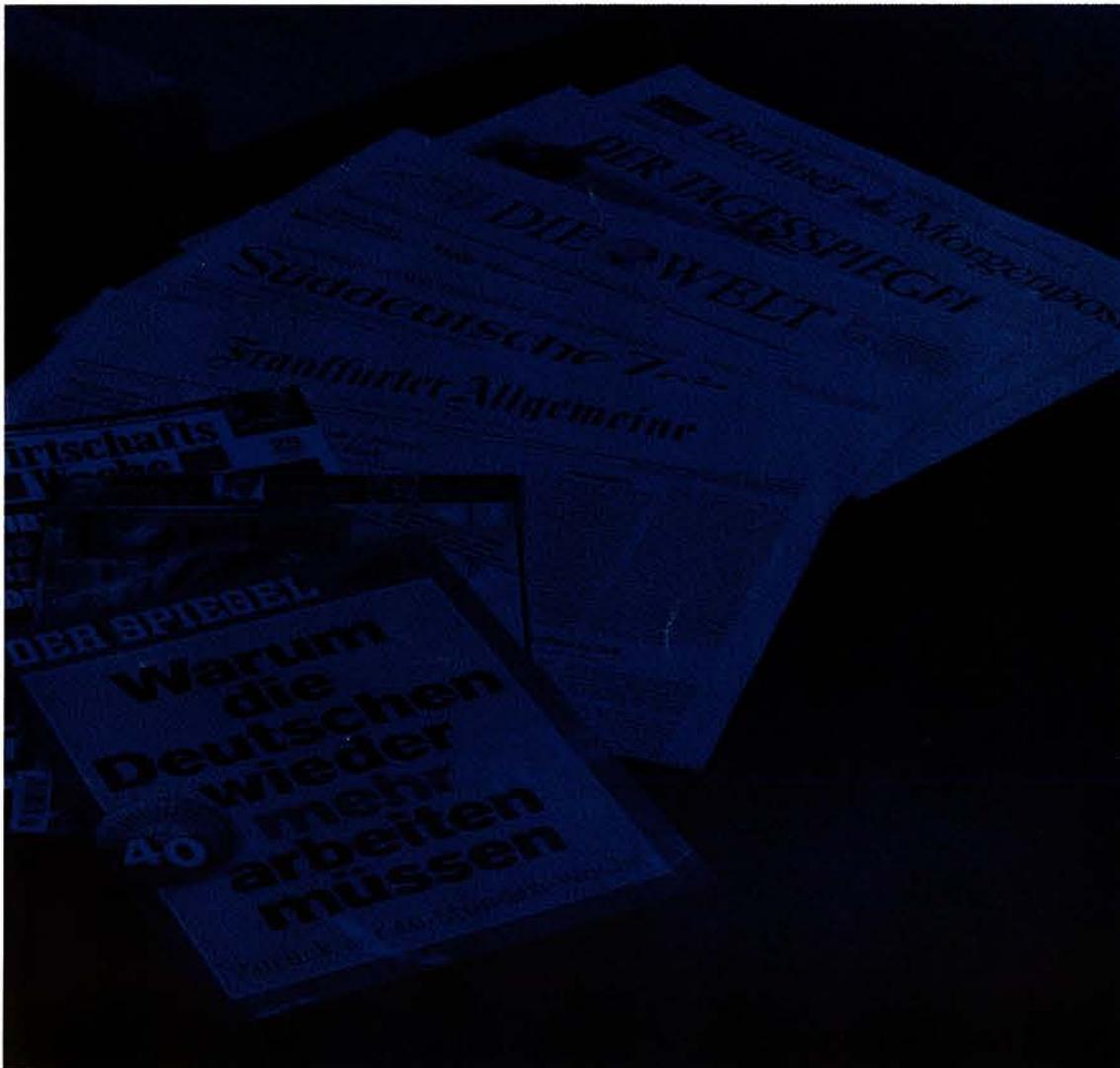


MEDIEN – MACHT – HEGEMONIE



Christiane Leidiger
Die Entstehung
medialer Waren

Joachim Rock
Die Inszenierung
der Sozialreform

Walter van Rossum
...und Sonntags
spielen wir Demokratie

Im **Forum DL21**
schreiben u. a.:

Andrea Nahles, Marco
Bülow, Axel Berg, Hilde
Mattheis und Hans-
Joachim Olczyk

„Die Erde ist eine Scheibe!“ Was hatten es die Ideologieträger des 16. und 17. Jahrhunderts doch leicht, ihren Glaubenssatz durchzuhalten, mag in stillen Stunden Gerhard Schröder oder Franz Müntfering seufzen. Damals gab es die Einrichtung der Inquisition, die gegen Andersdenkende von den Päpsten angewandt werden konnte. So gelang es tatsächlich, Galileo Galilei zu zwingen, seiner Erkenntnis, dass die Erde um die Sonne kreist, abzuschwören. Dass er Recht hatte, interessierte vielleicht die damalige „scientific community“, gefährdete aber die unhinterfragte ideologische Machtstellung der katholischen Kirche prinzipiell, obwohl der Streit dem Volk damals ziemlich egal war. – So konnte sich die katholische Kirche bis zum 31.10.1992 Zeit lassen, Galileo Galilei offiziell zu rehabilitieren.

„Die Erde ist ein einziger Marktplatz und gibt allen Wohlstand, wenn natürliche Ressourcen und Arbeitskraft überall eingekauft werden können, wo sie am billigsten sind und die Produkte dort abgesetzt werden können, wo sie den besten Preis erzielen!“ Die Ideologieträger dieses Glaubenssatzes haben es nicht ganz so leicht. Es gibt keine Inquisition. Aber die Priester des Neoliberalen Weltbilds haben die Machtmittel, den ökonomisch-politischen Hauptstrom vor allem durch Medienmacht zu bestimmen und alternative Meinungen durch Totschweigen wirkungslos zu machen, während der Glaubenssatz in den Mantel eines Reformprinzips geschlüpft ist, der als alternativlos erklärt wird. Kritiker, die behaupten, dass die Erde als Marktplatz den Reichtum bei wenigen anhäuft und die Mehrheit der Menschen ärmer macht, werden entweder Tod geschwiegen, als Ewiggestrige an den Pranger gestellt oder als letztes Mittel diskriminiert. Ökonomen, die gegen den Hauptstrom schwimmen wie Josef Stiglitz (Nobelpreisträger für Wirtschaft und Ex-Vizepräsident der Weltbank) oder Rudolf Hickel, Politiker wie Oskar Lafontaine oder auch Gewerkschafter und Globalisierungsgegner sind die Galileis des 21. Jahrhunderts! Solange es gelingt, die öffentliche Auseinandersetzung zu unterdrücken, wird die politische Wirksamkeit in der Bevölkerung gering bleiben.

Kurzum: wer seine Macht auf ideologische Glaubenssätze gründet, muss verhindern, dass öffentlich über deren Wahrheitsgehalt diskutiert wird.

*

Deshalb ist die Forderung der Globalisierungskritiker „Eine bessere Welt ist möglich!“ das große Tabu der Öffentlichkeitsagenturen der Ideologieträger unserer Zeit. Eine Forderung, die einleuchtet, gefährdet die ideologische Macht des ökonomisch-politisch-wissenschaftlich-medialen Komplexes, die den Hauptstrom des öffentlichen Bewusstseins dominiert und Andersdenkenden die Beweislast zuschiebt, ohne ihnen Gelegenheit zu geben, den Beweis zu führen. Da bei jedem Leitsatz der Neoliberalen der Nutzen als alternativlos proklamiert wird, die gesellschaftlichen Kosten verschwiegen und Risiken geleugnet werden, besteht für alle, die meinen, dass eine andere Welt möglich ist, eine strategische Herausforderung: wie kann der öffentliche Gegendiskurs um die Hauptsache erfolgreich gestaltet werden. Welche Foren können geschaffen werden, welche medialen Plattformen sind errichtbar, wie können die Ergebnisse von Tagungen vernetzt werden, wie werden sie Streitpunkt in den Kommunikationsstrukturen der politischen Entscheidungsträger? Kurzum: Wie verhält sich die innerparteiliche SPD-Linke?

Ist sie Teilnehmer eines alternativen Diskurses und damit auch innerparteilich konfliktbereit oder steht sie für kosmetische Operationen am Design des falschen Agenda 2010-Kurses?

*

Zurück zu den stillen Seufzern von Gerhard Schröder und Franz Müntfering im Hinblick auf den Umgang der Päpste mit Galileo. Auch die SPD befindet sich in der Situation, die ideologische Macht über ihre Anhänger- und Wählerschaft zu verlieren. Der Streitpunkt ist dabei nicht so sehr jeder einzelne Inhalt der Agenda 2010, sondern die Behauptung der Alternativlosigkeit der Reform und die Behauptung des Nutzens für die von der Reform negativ betroffenen. Die politisch engagierten Teile der Partei und der Anhänger werden aufgefordert, gewissermaßen als Hilfslehrer der Nation negativ Betroffenen zu erklären, dass ihre Belastung zu ihren eigenen Nutzen sei, ohne selbst davon überzeugt zu sein. Eine solche politische Operation kann eigentlich nicht gelingen: die Mittel der Päpste, Andersgläubige der Inquisition zu unterwerfen oder mit der Exkommunizierung zu drohen, stehen nicht zur Verfügung. Der Parteiabschluss ist unter den Begleitumständen, dass einige Kritiker dabei sind, ein Konkurrenzunternehmen aufzubauen, keine wirksame Drohung; das beste Integrationsmittel, die Aussicht auf eine lukrative politische Karriere, ist durch Wahlabstinenz der traditionellen Anhängerschaft nicht mehr attraktiv genug.

Die Unterstützung durch die Ideologieträger des Neoliberalismus ist ein zweischneidiges Schwert: einerseits wird die Agenda 2010 als Schritt auf dem richtigen – d.h. neoliberalen – Weg unterstützt, andererseits wird kritisiert, dass sie nicht weit genug geht und schließlich werden sozialdemokratische Projekte wie Ausbildungsplatzumlage, Bürgerversicherung und alle möglichen noch folgenden Vorschläge als traditionell, bürokratisch, ewig gestrig verurteilt.

„Hütet euch vor den Griechen, auch wenn sie Geschenke anbieten“ warnte Laokoon die Trojaner vor dem Pferd des Odysseus. Zumal die neoliberale Gemeinde im neuen Bundespräsidenten ein wichtiges Mitglied gewonnen hat.

„Was tun?“ heißt die alte Frage. Wie wäre es, wenn der Parteivorsitzende und der Kanzler sich der Frage der Beweislast stellen würden? Es ist durchaus modern, die Wirksamkeit von Maßnahmen nach einer bestimmten Laufzeit zu überprüfen. Wurden die intendierten Ziele erreicht? Hat es nicht beabsichtigte Folgen und Nebenwirkungen gegeben? Welche Nachbesserungen sind aus der Evaluation heraus erforderlich. Ein Verfahren, dem sich Konzernmanager unterwerfen müssen, sollte auch für Politikmanager zumutbar sein – zumal die Grenzen der Zumutung in der Agenda 2010 ja sehr weit gesteckt sind. Anfang 2005 wäre der richtige Zeitpunkt für die Evaluation des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes, der Beginn des Jahres 2006 für das Arbeitslosengeld II. Der Vorschlag wäre kompatibel mit der Absicht der Regierungsklausur in Neuhardenberg, sich in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode stärker der Gesetzesumsetzung zu widmen und wäre dafür ein Glaubwürdigkeitsbeweis. Außerdem wäre es die Chance, wieder mit den Kritikern ins Gespräch zu kommen, die nicht im wissenschaftlich-ökonomischen Hauptstrom schwimmen.

Kurzum: wenn man die Kritiker in der Demokratie nicht los wird, muss man mit ihnen den Dialog suchen. 400 Jahr – wie bei Galileo Galilei – hat man dazu nicht Zeit, der nächste Wahltermin ist bereits im Spätsommer 2006.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Klaus Dörre (Recklinghausen)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Dietlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Bochum)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 René Rösper (Hagen)
 Thomas Sauer (Mölin)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)
 Ulrich Zächert (Apsen)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Ulf Bartscherus
 Björn Böhning
 Tanja Breuer
 Stefanie Gerszewski
 Sebastian Jobelius
 Oliver Kaczmarek
 Anja Krüke
 Dirk Meyer
 Lars Neumann
 Svea Reiners
 Reinhold Runker
 Frank Schauß
 Inken Wiese

Redaktionsmanagement:

Reinhold Runker, logo office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Olaf Schade
 Alfred Voges

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr,
 Jahresabonnement Euro 34,-
 (bei Bankinzug Euro 32,-)
 Auslandsabonnement Euro 37,-
 Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2004.
 Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-2. Tausend, August 2004

Kurzum	2
<i>Andrea Nahles</i>	
Jedem Sommer folgt ein Herbst	4
<i>Kai Burmeister/Tobias Gombert/Cordula Drautz</i>	
Juso-Bundeskongress 2004: Alte Spaltungen überwunden	5
<i>Marco Bülow</i>	
Weltkonferenz für erneuerbare Energien: Seht die Signale!	7
<i>Axel Berg</i>	
Kennen Sie IRENA?	8
Dokumentation: „Denkfabrik“	
Auszüge aus der Erklärung vom 09. Juli 2004	9
<i>Lena Hipp</i>	
Eine Frage des Geschlechts: vom Mainstream an die Spitze?	10
<i>Hilde Mattheis</i>	
Die SPD muss leben, was sie im Wahlprogramm versprochen hat	12
<i>Hans-Joachim Olczyk</i>	
SPD in Bremen: Neu erleben?	13
MEDIEN – MACHT - HEGEMONIE	
<i>Kai Burmeister, Nja Kruke, Horst Peter, Felix Welti</i>	
Medien – Macht – Hegemonie: Einleitung zum Schwerpunkt	14
<i>Christiane Leidinger</i>	
Medien – Macht – Konzentration: zur Entstehung medialer Waren	17
<i>Hans J. Kleinsteuber</i>	
Konzentrationsprozesse im Mediensektor	22
<i>Thomas Reißberg</i>	
Howard Dean und die Blogger	25
<i>Joachim Rock</i>	
Medien, Macht und die Inszenierung der Sozialreformen	28
<i>Walter van Rossum</i>	
Und Sonntags spielen wir Demokratie	31
<i>Anja Kruke</i>	
Wahlkampf, Fernsehen und Öffentlichkeit	33
INTERNATIONALE POLITIK	
<i>Thilo Scholle</i>	
Frankreich: Die Parti socialiste mit neuem Schwung zurück zur Macht?	36
<i>Simon Schubert</i>	
EU-Verfassung: Union der Regierungen	38
<i>Sebastian Vollmer</i>	
Die globale Wasserkrise und das GATS	40
THEORIE & STRATEGIE	
<i>Friedrich Putz:</i>	
SPD-Linke und neue Linkspartei: bekämpfen, dulden oder unterstützen?	44
<i>Reinhard Wegner</i>	
Die neue SPD – Impulse für ein neues Grundsatzprogramm	45
<i>Kai Rogusch</i>	
Gesamtgesellschaftliche Kriminalitätsvorsorge: institutionalisierte Angstkultur	48
<i>Ulf Bantscherus</i>	
Chancengleichheit in der Bildung?	50
<i>Jürgen Meier</i>	
Welchen Fortschritt gibt es, welchen wollen wir?	52
<i>Ulf Bantscherus</i>	
FIAB-Konferenz „Erneuerung von unten“	54
<i>Jörg Flecker/Gudrun Hentges</i>	
Was hat der Rechtspopulismus in Europa mit der Arbeitswelt zu tun?	55
Rez. Göll/Thio: Nachhaltigkeitspolitik in EU-Staaten (Horst Peter)	56
Rez.: Schulten: Solidarische Lohnpolitik in Europa (Gabriele Sterkel)	59
Rez.: Hochhuth: McKinsey kommt (Jürgen Karrasch)	59

Jedem Sommer folgt ein Herbst

von Andrea Nahles

Der Sommer fällt aus. Dafür dürfte der Herbst umso heißer werden. Die Arbeitgeber schießen sich auf die 40 Stunden Woche ein. Dezentral laufen massive Angriffe, getroffen wird die Herzkammer der Mitbestimmung: der Flächentarifvertrag. Wie entfesselt wird ein sozialstaatlicher Konsens nach dem anderen aufgekündigt: 50 h Woche, Feiertage, Weihnachts- und Urlaubsgeld. Nichts scheint sicher. Wer in diesen Wochen durch Berlin geht, wird bald merken: Die Konservativen und Neoliberalen dieses Landes feiern eine große Party. Sie nehmen die nächsten Wahlsiege schon mal vorweg. Es hält kaum jemand dagegen. Sozialdemokraten und Gewerkschaften hauen sich stattdessen wechselseitig mit Lust auf die Ohren. Hurra. Doch es gibt auch andere Signale. Der Übermut im anderen Lager offenbart Risse. Bestes Beispiel ist das Hickhack der Konservativen um ihr eigenes großes Reformthema: die Kopfpauschale.

CDU und CSU wollen lange nicht dasselbe. Merkel und Merz favorisieren eine Kopfpauschale ohne Abstriche. Beschlossen auf dem Parteitag der CDU in Leipzig 2003. Stoiber, Seehofer und Rüttgers sind dagegen in Sorge. Die Kopfpauschale ist ihnen schlicht zu ungerecht. Das Volumen des steuerlichen Ausgleichs für sozial Schwächere und Kinder berechnet die CSU (!) mit 28,4 Milliarden Euro. Eine phantastische Summe – besonders in Verbindung mit dem Steuer senkungskonzept von Friedrich Merz (Stichwort: Bierdeckel). Egal wie der Streit ausgeht: Familien, Rentner und Geringverdiener sind die Verlierer. Alle sollen einkommens unabhängig erstmal das Gleiche zahlen. Hinzu kommt: Der Wegfall der beitragsfreien Versicherung von Ehepartnern. Das führt für viele zu erheblichen Mehrbelastungen, weil weder genügend noch ausreichend bezahlte Arbeitsplätze für Frauen in Deutschland angeboten werden. Warum wird das Solidarprinzip aufgegeben? Weil angeblich die Entkoppelung von einkommensbezogenen Beiträgen Arbeitsplätze schafft und weil Besserverdiener, besonders Alleinstehende, begünstigt werden. Nicht zuletzt werden sich auch die privaten Krankenversicherer bedanken: An dem verzerrten Wettbewerb zwischen PKV und GKV wird nicht gerüttelt. Der neueste Rürup-Vorschlag

macht das Konzept keineswegs besser. Es wird komplizierter, aber nicht gerechter:

- Erst wird eine Kopfpauschale von 170 – 210 Euro kassiert.
- Dann werden die Kosten für die Kinderversicherung (14 Mrd) über Steuern (?) finanziert.
- Dazu kommt ein Sozialausgleich für Geringverdiener der zusätzlich zur Kopfpauschale als Beitrag von 1-3 % auf Arbeitseinkommen erhoben wird.
- Der bisherige 50% Arbeitgeberbeitrag würde ausgezahlt und müsste von den Abeitnehmern versteuert werden, um damit den restlichen Sozialausgleich zu finanzieren.
- Wahlweise soll statt der 1-3-% Beitrag ein neuer Steuerzuschlag für alle erhoben werden. Merz schlägt eine drastische Anhebung der Mehrwertsteuer vor.

Das alles macht deutlich: Die SPD hat eine enorme Chance, die CDU hier zu entkleiden. Eine Konfrontation ist unvermeidlich. Eine Polarisierung der unterschiedlichen Modelle Kopfpauschale und Bürgerversicherung ist nicht nur unvermeidbar, sie könnte die konservative Mobilisierung gegen den immer noch klaren gesellschaftlichen Konsens für eine solidarische Gesundheitsversorgung brechen.

Dazu braucht es zweierlei Handwerkszeug: 1. Ein gutes Konzept. 2. Eine geschlossene und über die eigenen Parteigrenzen hinausreichende Kommunikation.

Das Konzept ist schon im Ofen. Statt einer ruinösen Systemkonkurrenz zwischen PKV und GKV braucht es einen echten Wettbewerb um Qualität. Um das zu erreichen müsste die Versicherungsgrenze aufgehoben werden. Dann würden alle Bürgerinnen und Bürger in die solidarische Krankenversicherung aufgenommen. Die Privaten sollen nicht vom Markt verdrängt werden. Sie werden Mitanbieter. Aber sie müssen einen echten Wettbewerb zulassen. Risikoselektion wird nicht mehr gehen, Kontrahierungszwang auch für die Privaten. Dennoch: Warum sollte es nicht private und gesetzliche Anbieter einer Bürgerversicherung geben? Warum nicht mehr Wahlfreiheit zwischen diesen Systemen? Hier wird noch viel Feinarbeit im Aushandeln der Wettbewerbsbedingungen nötig sein. Aber möglich ist das.



Andrea Nahles

Dreh- und Angelpunkt einer Bürgerversicherung ist jedoch die neue Finanzierungsgrundlage. Es geht um die Einbeziehung von Kapital- und Zinseinkünften. Zwar sind die Gesundheitskosten in den letzten 25 Jahren im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) lediglich von 6,3 auf 6,6 Prozentpunkte gestiegen. Das heißt, sie sind konstant geblieben. Aber dennoch besteht Handlungsbedarf. Seit 1982 ist die Lohnquote in Relation zum BIP stetig gesunken, im gleichen Zeitraum ist der Anteil der Kapitaleinkünfte am BIP um 8 % gestiegen. Die zusätzliche Finanzquelle für die Gesetzlichen Krankenkassen braucht es wegen der anhaltenden Einnahmeschwäche. 100 000 Versicherte, die in die Privaten Krankenkassen wechseln, kosten die Gesetzliche Krankenversicherung 500 Millionen Euro. In den letzten Jahren sind über 350 000 Versicherte pro Jahr gewechselt. Darüber hinaus hat es im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung milliarden schwere Verschiebepahnhöfen von den Krankenkassen in die Renten- und Arbeitslosenversicherung und ins Steuersystem gegeben. Nicht zuletzt zeigen sich die Folgen der veränderten Erwerbsbiografien auch im Gesundheitssystem: Die zurückgehende Zahl von Normalarbeitsverhältnissen sorgt neben den anderen Faktoren für steigende Beitragsätze. Deshalb: Die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung darf nicht länger nur aus Beiträgen auf Löhne und Gehälter erhoben werden.

Wichtig wäre es, das Kontrollmitteilungen eine bessere Erfassung von Kapital – und Zinseinkünften ermöglichen würden. Gerade aus linker Sicht müssen wir hier die Zusammenhänge von Steuersystem und erfolgreicher Umsetzung einer Bürgerversicherung thematisieren. Eines steht fest: Wenn weitere Einkunftsarten hinzugezogen werden, kann der Beitragssatz nicht unerheblich abgesenkt werden. Die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber würden davon klar profitieren.

Kurz: Die Bürgerversicherung lohnt sich. Mehr Gerechtigkeit, echter Wettbewerb, stabilere Finanzierungsgrundlagen und Beitragssenkungen sind mit der Bürgerversicherung möglich. Profitieren werden nach unseren Überlegungen Familien und Rentner, eine Schlechterstellung der unteren Einkommen wird aktiv verhindert. Nicht zuletzt profitieren alle von niedrigeren Beiträgen. Belastet würden dagegen Gutverdiener – insbesondere Bezieher von hohem Kapital- und Zinseinkommen. Das

sind doch Botschaften, mit denen wir arbeiten können. No problem to find problems – ja, die Einzelfragen sind nicht selten kompliziert. Aber sie sind keinesfalls unüberschaubar oder gar unlösbar. Im Gegensatz zur Agenda 2010 haben wir mit der Bürgerversicherung ein mehrheitsfähiges Konzept. Und wir können es diskutieren und kommunizieren, bevor es seine politische Strahlkraft in Mühlen des Berliner Politikbetriebs einbüßt. Aber eins ist für mich klar geworden

in den letzten Wochen: Es ist und bleibt ein Konzept, was die Partei von unten noch oben durchtragen muss. Wenn wir das Potential des Themas ausschöpfen wollen, müssen wir mit der Bürgerversicherung vor Ort arbeiten. Warum nicht zusammen mit den Zielgruppen – wie Gewerkschaften und Sozialverbänden – die sich vielfach abgewendet haben. Warum nicht im ‚Streit‘ mit den Christdemokraten vor Ort und ihren Verbänden? Polarisierung ist nötig. Siehe oben.

Forum DL21

Jusos 2004: Alte Spaltungen überwunden ...weiter auf Linkskurs und jede Menge Herausforderungen

von Kai Burmeister, Cordula Drautz und Tobias Gombert

35 Jahre nach der Linkswende von 1969 sind die Jusos an den Ort des Geschehens zurückgekehrt und haben eine Woche nach der historischen Niederlage bei der Europawahl ihren Bundeskongress in München abgehalten. Es galt während dieser drei Tage eine Auswertung der aktuellen Lage von Partei und Regierung vorzunehmen, zu den Bereichen Soziales, Bildung, Finanzen und Außenpolitik konsistente Politikalternativen vorzulegen und eine neue Verbandsführung zu wählen.

Zwei Grußworte standen stellvertretend für die Stimmung auf dem Kongress. DGB-Chef Sommer machte unter dem Beifall der 300 Delegierten deutlich, dass viele Maßnahmen der Agenda 2010 wenig mit Solidarität oder ökonomischer Vernunft und noch weniger mit Gerechtigkeit zu tun haben und kritisierte insbesondere die Kürzungen von Einkommen durch das Arbeitslosengeld II sowie das Einknicken bei der Umlage. Der Münchner Oberbürgermeister Ude unterstrich, wie eingeschränkt die Handlungsspielräume der Städte und Gemeinden angesichts von Massenarbeitslosigkeit und hieraus resultierender Defizite der öffentlichen Haushalte sind. Ude machte mit Beispielen aber auch deutlich, dass trotz der einschränkenden Rahmendaten sozialdemokratische Kommunalpolitik mehr als technokratische Verwaltung sein kann und benannte mit der Kindertagesbetreuung und Bodenpolitik wichtige Bausteine fortschrittlicher Kommunalpolitik.

Antworten auf die Krise der SPD

Eine Woche nach der Europawahl galt es für die Jusos eine Aufgabenbeschreibung für die SPD sowie für die Regierungspolitik vorzunehmen. Die Rahmendaten sind erschreckend: Von den 61,6 Mio. Wahlberechtigten haben 5,5 Mio. am 13. Juni ihr Kreuz bei der SPD gemacht, über 6 % der Mitglieder gaben letztes Jahr zudem ihr Parteibuch zurück. Es geht angesichts dieser Entwicklung schon lange nicht mehr um die Wiederwahl der SPD 2006, vielmehr steht insgesamt der Charakter der SPD als gesellschaftlich verankerte Volkspartei zur Disposition. In mehreren Debatten und Anträgen haben die Jusos deutlich gemacht, wie sich die Regierungspolitik in den nächsten Monaten zu entwickeln habe, um das Ruder doch noch zu wenden und wieder mögliche sozialdemokratische Mehrheiten zu erlangen und damit nicht schon heute die sozialdemokratische Generation von morgen zu verlieren. Elemente dieser Politik liegen in der Einführung einer Bürgerversi-

cherung und in einer umfassenden Wende in der Bildungs- und Familienpolitik, die Zukunftschancen für alle Kinder und Jugendliche durch ausgebauten Kinderbetreuungseinrichtungen und aufgewertete integrierte Bildungsinstitutionen eröffnet. Als Finan-



zierungsvorschläge stehen die drastische Erhöhung der Erbschaftssteuer sowie die Abschaffung des Splittingvorteils bei der Einkommensteuer im Mittelpunkt. In der Diskussion mit Edelgard Bulmahn stellten die Jusos ein Grundsatzpapier zur politischen Gestaltung der Weiterbildung vor. Noch vor den Empfehlungen der von der Ministerin eingesetzten Expertenrunde präsentierten die Jusos damit Leitlinien für die Finanzierung und Ausgestaltung von individueller Fort- und Weiterbildung. Das nunmehr beschlossene Positionspapier leitet aus einer kurzen Analyse, welche Funk-

Kai Burmeister (geb. 1976), Lübeck, ist IUSY-Vizepräsident, Cordula Drautz (geb. 1981), Bonn, ist stellvertretende Jusos-Bundesvorsitzende, Tobias Gombert (geb. 1975), Münster, ist stellvertretender Jusos-Bundesvorsitzender



Björn Böhning wurde in München zum neuen Juso-Bundesvorsitzenden gewählt

tion und welchen Stellenwert Wissen und Weiterbildung in den Umbrüchen der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft hat, Anforderungen für eine sozialistische Strategie für lebensbegleitendes Lernen her. Dabei steht die dauerhafte Möglichkeit auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe und die Notwendigkeit sie gesellschaftlich zu gestalten im Vordergrund. Dazu werden eine solidarische Finanzierung der Weiterbildung, eine garantierte Lernzeit und eine neue gesellschaftliche Regulierung der Weiterbildung vorgeschlagen.

Zusammengefasst fordern die Jusos ein, nun auch stärker höhere Einkommen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen und konkrete Elemente sozialer Gerechtigkeit in die Regierungspolitik einfließen zu lassen. Es muss gesehen werden, dass dieser Weg angesichts vieler unbekannter Größen mit einigen Fragezeichen versehen ist. Wie groß das Quertreiberpotential gegen gerechte Politikinitiativen ist, haben die Attacken von sozialdemokratischen Ministerpräsidenten sowie von Bundesministern beim Ausbildungsplatzsicherungsgesetz deutlich gemacht. Auch ist unklar, ob die angestrebte Belastung höherer Einkommen durch die Bürgerversicherung ausreichen wird, um die Sympathie unterer und mittlerer Einkommen angesichts der sich noch real auswirkenden Belastungen durch Hartz IV und die anstehende Zahnzusatzversicherung wieder erlangen zu können. Es könnte eingewandt werden, dass die

Beschlüsse eine zu optimistische Erwartungshaltung an die Regierungspolitik darstellen. Anders gewendet haben die Jusos mit ihren Beschlüssen beschrieben, wie konkrete Regierungspolitik auszu-sehen hätte, um bis 2006 weitere Wahlniederlagen zu verhindern und gesellschaftlich wieder in die Offensive zu kommen. Um in die Offensive zu kommen, knüpfen die Jusos verstärkt auch wieder an die Doppelstrategie an und streben insbesondere eine stärkere Kooperation mit den Gewerkschaftsjugendenden an. Die gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften bei der Ausbildungsplatzumlage und der Reform des BBiG im letzten Jahr sollen an dieser Stelle aus-geweitet werden.

Alte Spaltungen überwunden

Nachdem Niels Annen im Frühjahr seinen Rücktritt angekündigt und Björn Böhning als seinen Nachfolger vorgeschlagen hatte, reagierte der Juso-Verband in der Vorbereitung des Bukos verantwortungsvoll. Es ist maßgeblich der Verdienst der integrierenden dreijährigen Amtszeit von Niels Annen zu verdanken, aber auch der oben beschriebenen Lage der SPD geschuldet, dass die Jusos in den Wochen vor dem Kongress auf alte Spielchen der Fraktionen verzichtet haben und sich um reale Politik gekümmert haben. Die Wahl von Björn Böhning zum Vorsitzenden mit 70 % der Stimmen unterstreicht zweierlei. Eine klare Mehrheit unterstützt den Bundesvorstand und dennoch gibt es weiterhin unterschiedliche Auffassungen innerhalb des Verbandes. Als qualitativ neu ist hervorzuheben, dass die Jusos mittlerweile in der Lage sind, auf um den Jusoplaneten kreisende Fraktionsauseinandersetzungen zu verzichten. Angesichts einer sich immer schneller wandelnden Generation von Aktiven ist die Hoffnung berechtigt, dass Jusos auch künftig verantwortlich miteinander streiten werden, lähmende Auseinandersetzungen aber für immer überwunden sind.

Herausforderungen

Die Krise der SPD und der jünger werdende Verband stellen alle Jusos vor massive Herausforderungen. Als zentral für die nächsten Monate sind folgende Eckpfeiler anzusehen,

die unter dem Dach der Kampagne Gerech-t weiter gebündelt werden:

Die Beteiligung junger Frauen in den Juso-Strukturen ist nach wie vor unterdurchschnittlich. Das können und wollen wir nicht hinnehmen. Programmatisch wollen wir verstärkt die Ansprüche junger Frauen in unsere Arbeit integrieren. Neben dieser programmatischen Herausforderung stellen sich umfassende Anforderungen an die frauenfreundliche Gestaltung des Verbandes. Diese Aufgaben nehmen Jusos zum Anlass zur Neugestaltung der Organisationsstruktur, die stärker aktionspolitische Elemente in die Arbeit integriert und die Kampagnenfähigkeit ausbaut.

Die hundertjährige Geschichte der Arbeiterjugendbewegung sowie der 35. Geburtstag der Linkswende zeigen, dass die Jusos eine Tradition und Geschichte haben. In einem jünger werdenden Verband braucht es eine Verfestigung und Professionalisierung der Bildungsarbeit. Mit der ersten Juso-Sommerschule auf Bundesebene startet daher die Juso-Verbandsschule im Jahr 2004 ihre Arbeit. Dort wollen die Jusos Schulungsreihen für junge Funktionärinnen und Funktionäre und für SeminarleiterInnen von Juso-Schulungen anbieten, die politische Inhalte, politische Strategie, theoretische Positionen und politisches Handwerkzeug kombinieren. Außerdem soll mit der Juso-Sommerschule die Diskussion mit linken WissenschaftlerInnen gestärkt werden.

Im Interesse all derjenigen, die für eine fortschrittliche, solidarische Gesellschaft kämpfen, muss der Riss zwischen Gewerkschaften und SPD gekittet werden. Angesichts der unter starkem Druck der Konservativen und Liberalen bereits durchgesetzten Erhöhung der Arbeitszeit auf 40 Stunden sowie ihrer Forderung nach Aushöhlung der Tarifautonomie müssen all diejenigen, die Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auch in Zeiten der Globalisierung verwirklichen wollen noch enger „Seit’an Seit’schreiten“. Deswegen werden wir uns in beiden Organisationen für unsere Inhalte einsetzen. Dazu gehören neben den auf dem Bundeskongress geforderten bildungs-, steuer-, und gesellschaftspolitischen Inhalten zukünftig eine gemeinsame Strategiedebatte. Voraussetzung dafür ist, die gegenseitigen medialen Anfeindungen und die mangelnde Gesprächsbereitschaft endlich zu beenden und gemeinsam an die Fragen nach dem besten Arbeiten, Wirtschaften und Leben zu beantworten. Einen Anfang haben junge Aktive in SPD und Gewerkschaften mit der Erklärung „Das gemeinsame Band nicht zerschneiden“ gemacht.

Zusammengefasst wird es darauf ankommen, unsere inhaltlichen Positionen in der eigenen Generation zu verankern und offensiv für sozialen Fortschritt in neuen Zeiten zu kämpfen. Deshalb wollen wir Jusos in den nächsten Wochen Gerech-t weiter denken.

Seht die Signale!

Die Weltkonferenz für Erneuerbare Energien läutet wichtige Phase für das Weltklima ein.

von Marco Bülow

Der nicht gerade als Umweltaktivist bekannte wissenschaftliche Chefberater der britischen Regierung David King sieht in der weltweiten Klimaveränderung eine größere Bedrohung als im internationalen Terrorismus. Ähnliche Töne sind mittlerweile sogar aus dem Hause Shell Transport & Trading zu hören. Viele in der seriösen Fachwelt kommen immer mehr zu der Überzeugung, dass es höchste Zeit wird, dem Klimawandel deutlich entschiedener als bisher entgegenzutreten. Dabei gibt es keinen Zweifel mehr, dass der Klimawandel kommen wird. Es geht nur noch darum, ob wir seine Gewalt noch entscheidend abmildern können. Bereits ein globaler Anstieg der Klimatemperatur von über 2 Grad in 100 Jahren würde zu dramatischen Entwicklungen führen – das ist mittlerweile ein breiter wissenschaftlicher Konsens. Um 0,6 Grad ist die Temperatur bereits gestiegen, weitere 0,7 Grad kommen in jedem Fall dazu, weil das dafür notwendige Kohlendioxid bereits in die Atmosphäre gelangt ist. Es bleibt also nur noch ein Bremsweg von 0,7 Grad, mit großem Optimismus von einem Grad Celsius.

Dabei muss leider festgestellt werden, dass die Welt bisher nicht auf die Bremse tritt, sondern das Gaspedal noch weiter durchdrückt. Das liegt sicherlich mit daran, dass außerhalb der Umweltbewegung das Thema Klimawandel bisher nur ein Schattendasein fristete. Nun scheint es allerdings endlich eine höhere Aufmerksamkeit zu erhalten. Ein Grund dafür ist die erste Weltkonferenz für Erneuerbare Energien, die Anfang Juni in Bonn stattfand. Zahlreiche Umwelt- und Klimakonferenzen hatten zwar immer wieder auf den Klimawandel aufmerksam machen können, doch düstere Zukunftsaussichten will niemand lange und schon gar nicht häufiger hören. Mit dem Thema der Förderung der Erneuerbaren Energien ist es allerdings gelungen, nicht nur die Risiken zu verdeutlichen, sondern auch die großen Chancen aufzuzeigen.

Die Weltkonferenz für Erneuerbare Energien war ein voller Erfolg. Sie hat ohne Zweifel dazu beigetragen, Themen wie Energiepolitik und den Kampf gegen die Klimakatastrophe eine größere Öffentlichkeit zu beschern. Über 3000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, 154 Regierungsdelegationen und zahlreiche NGO's kamen zu dem bisher größten Erneuerbaren-Energien-Event zusammen.

Am Ende war es gar nicht so wichtig, wie die Resolutionen und Absichtserklärungen aussahen. Wichtig war, dass viele Delegierte aus vielen Ländern die Förderung der Erneuerbaren Energien als Chance erkannten. Für arme Länder steht neben der Rettung vor dem Klimawandel vor allem die Möglichkeit im Vordergrund, vielen Menschen überhaupt einen Energiezugang zu ermöglichen. In weiten Regionen, vor allem in Afrika, gibt es keine Energienetze. Eine dezentrale Energiegewinnung, beispielsweise durch Solarkollektoren oder Windräder, würde dort einen unglaublichen Fortschritt bedeuten.

Die entscheidende Dynamik ging bei der Konferenz von einem Aktionsplan aus, der von 165 Initiativen, von Staaten, Kommunen und Internationalen Organisationen initiiert wurde. Bundeskanzler Gerhard Schröder, der zu dieser Konferenz geladen hatte, sprach überraschend deutliche Worte: „Wer Armut bekämpfen und Entwicklung ermöglichen will, muss in dezentrale, erneuerbare Energiequellen investieren. Dafür konkrete Vorgaben zu verabreden, haben wir uns vorgenommen. (...) schließlich bleibt der Klimawandel die größte Umweltgefahr. Das Schreckens-Szenario, dass sich die Wüstengebiete ausdehnen oder dass weite Teile der Erde überflutet werden, lässt sich nur verhindern, wenn wir die Emission von Treibhausgasen radikal verringern. Der verstärkte Einsatz von erneuerbaren Energien ist also auch eine Frage der Umweltsicherheit – und des Schutzes von Millionen Menschenleben. Auch das macht diese Konferenz hier in Bonn so wichtig.“

Es bleibt zu hoffen, dass die rot-grüne Regierungskoalition diese Worte auch weiterhin in konkretes Handeln umsetzt. Zum Teil ist dies schon geschehen. Als Beispiel ließe sich die Novellierung des Erneuerbaren Energiengesetzes nennen. Die Förderung der Erneuerbaren Energien ist damit in Deutschland zumindest mittelfristig gesichert. Beim Emissionshandel dagegen regierten wieder die Lobbygruppen. Der Klimaschutz, um den es dabei eigentlich gehen sollte, wurde deutlich zurechtgestutzt.

Dennoch, die Weltkonferenz und die deutsche Förderung könnten der endgültige Anfang vom Ende des Mauerblümchendaseins des Klimaschutzes sein. Es werden Folgekonferenzen stattfinden und das Thema wird seine Ak-



Marco Bülow

tualität beibehalten. Das nächste Jahr wird zudem entscheidend für das Engagement gegen die Klimaveränderung werden. Dazu gibt es viele ermutigende Signale:

Es fällt die Entscheidung, ob eine internationale Agentur zur Förderung der Erneuerbaren Energien geschaffen wird, um den Prozess des solaren Umbaus weltweit einzuleiten und zu unterstützen.

Nach dem es aus Russland positive Signale gibt, könnte es endlich die Basis für ein tragfähiges Kyoto-Protokoll geben.

Die US-Präsidentenwahl entscheidet, ob ein neues Staatsoberhaupt eine andere Richtung in der Energiepolitik vorgibt. Kerry hat in seinem Energieplan dargelegt, die Erneuerbaren Energien deutlich zu fördern.

Die vermutlich wichtigste Entscheidung wird in China getroffen. Das 1,2 Milliardenland hat angekündigt, innerhalb der nächsten Monate ein Gesetz zu verabschieden, welche sich an der deutschen Förderung der Erneuerbaren Energien orientiert.

Zudem gibt es weitere Länder, die den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreiben. Allein der riesige Markt in China würde den absoluten Durchbruch der Erneuerbaren Energien bringen. Die Vorreiterrolle Deutschlands hat sich ausgezahlt. Deutsche Firmen können ihre Spitzentechnologie in einem rasant wachsenden Markt exportieren und damit weitere neue Arbeitsplätze schaffen. Arbeitsplätze, die wir in Deutschland dringend brauchen.

Vergessen wir bei aller Euphorie allerdings nicht, dass bei einer Energiewende nicht nur immer stärker auf Wasser, Wind und Sonne gesetzt werden muss. Unserem Klima nützt es am Ende wenig, wenn wir unsere Energie nicht effizienter einsetzen und der Weltenergieverbrauch weiterhin ansteigt. Nur im Zusammenspiel mit Energieeffizienz, Energieeinsparung und dem Ausbau der Erneuerbaren Energie können wir die Klimakatastrophe noch ausbremsen.

Kennen Sie IRENA?

von Axel Berg

IRENA ist vergleichbar mit der Internationalen Atomenergie Behörde (IAEA), doch nicht für Atomkraft zuständig, sondern für Erneuerbare Energien (EE). Nur gibt es sie noch nicht. Doch beginnen wir von vorn: Die Internationale Erneuerbare-Energien-Konferenz im Juni 2004 in Bonn hat gezeigt, dass das Thema rund um die Erneuerbaren Energien längst nicht mehr die Spielwiese einiger ausgeflippter Ökoaktivisten ist. 154 vertretene Regierungen, zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und das parallel tagende Internationale Parlamentarierforum stellten eindrucksvoll unter Beweis, dass die Gruppe derjenigen größer wird, die dem Handlungsdruck nicht mehr durch eine Vogel-Strauß-Politik ausweichen, sondern durch gezielte Maßnahmen einen Strategiewechsel ins Visier nehmen. Einen Strategiewechsel, der neben der Inangriffnahme der Klimaproblematik die Hauptthese vertritt, dass man sich mit Energieeinsparung und der Diversifizierung der Energieversorgung langfristig auf der sichereren Seite bewegt. Leider geschieht dies nicht in dem Maße, wie die Gefahr eines sich beschleunigenden Klimawandels wächst. Permanente Jahrhundertfluten, Tornados auch in Deutschland oder extreme Trockenperioden sind erste Anzeichen der Klimakatastrophe.

Trotz der ermutigenden Ergebnisse, die die Konferenz gebracht hat, müssen wir uns ehrlich eingestehen, dass das „Internationale Aktionsprogramm“ bei genauerer Betrachtung eine Aneinanderreihung von bereits laufenden oder geplanten Projekten einzelner Länder ist, die zwar allesamt positiv zu beurteilen sind, doch im eigentlichen Sinne noch kein Programm darstellen.

Zu den Determinanten politischer Entscheidungsprozesse gehören – gerade bei globalen Herausforderungen – Interessen und Einfluss der verschiedensten Akteure. Kommunikation und der multinationale Austausch der unterschiedlichen Anforderungen sind eine absolut notwendige Voraussetzung. Zeitpunkt, Thema, Teilnehmer der Bonn-Konferenz und sogar die Ergebnisse sind durchaus positiv und als Erfolg zu bewerten. Doch gerade der Wunsch nach konsensualen Prozessen birgt auch die Crux

multinationaler Entscheidungsfindungen. Wir können nicht länger darauf warten, bis die letzte Schlafmütze begriffen hat, dass ein Umsteuern in der Energiebereitstellung und –nutzung überfällig ist. Darum war es ebenso mutig wir richtig von Gerhard Schröder zu der Regierungskonferenz nicht einfach alle Länder, sondern nur die Gutwilligen nach Bonn einzuladen. Damit waren all jene Länder gemeint, die die EE ernsthaft nach vorne bringen wollen und diese wirkten dann auch mit.

Es wird geschätzt, dass den Entwicklungsländern allein durch den derzeit hohen Ölpreis Mehrkosten in Höhe von 60 Milliarden Dollar entstehen. Das entspricht in etwa der weltweit ausgegebenen Entwicklungshilfe. Wir können Armut, Hunger und Wasserknappheit nur mit einer Energieversorgung begegnen, die auf dezentrale Systeme setzt und aus erneuerbaren Energiequellen stammt. Dazu müssen wir ein paar alte Zöpfe abschneiden.

- Ökologie darf nicht gegen Ökonomie ausgespielt werden. Dafür unabdingbar ist die Internalisierung der externen Kosten, damit die wahren Preise der verschiedenen Energieträger deutlich werden. Ist auf diese Weise eine Vergleichbarkeit zwischen konventionellen und erneuerbaren Energien hergestellt, kann der wirtschaftliche Mehrfachnutzen der Erneuerbaren Energien seine Tragweite sichtbar entfalten.
- Die internationale Abwartehaltung, die aus einem in der Umweltpolitik üblichen Konsenswillen heraus erklärbar ist, führt angesichts der wachsenden Gefahrenkenntnis aber zu erschütternden Rückschritten. Selbst bei einer Ratifizierung des Kiotoprotokolls werden voraussichtlich 2012 die CO₂-Emissionen um mehr als 10% gegenüber heute gestiegen sein.
- Hoch entwickelte EE-Technologien in Entwicklungsländern zu exportieren



Axel Berg

bringt nichts, wenn parallele Wartung der Anlagen, Schulung der Betreiber vor Ort und ein schlüssiges Finanzierungskonzept jenseits des Förderzeitraumes fehlen. Hier sind die Zauberwörter angepasste Technologien, Aus- und Weiterbildung oder Mikrofinanzierungskonzepte.

Um in diesem Politikfeld eine zuverlässige und ständig treibende Kraft fest zu installieren, sollte endlich eine Internationale Energieagentur (International Renewable Energy Agency- IRENA) errichtet werden: Die IRENA als konstanter Akteur auf der Weltbühne, der den Durchbruch der globalen Energiewende zum Ziel hat. Ein multinationaler Konsensprozess zur Errichtung einer entsprechenden Stelle ist immer wieder gescheitert, nicht zuletzt an dem Einfluss der OPEC-Länder. Darum wurde im April 2003 vom Deutschen Bundestag beschlossen, die Initiative zur Gründung der IRENA zu ergreifen und auch Mittel dafür im Haushalt einzustellen.

Ganz im Sinne des Bundeskanzlers, mit den Gutwilligen zu kooperieren, müssen wir uns jetzt darauf konzentrieren, die IRENA durch unsere Regierung auf den Weg zu bringen und dann alle mit ins Boot zu nehmen, denen die Notwendigkeit einer internationalen Agentur ebenfalls einleuchtet. Schließlich wird man auch die Erdöl-exportierenden Länder gewinnen können, denn je knapper das Öl wird, desto mehr brauchen auch sie eine IRENA. So wird ihr Interesse daran wachsen, im eigenen Land dezentrale Energieversorgungslösungen auf Basis von EE zu entwickeln, schon um eigene Bodenschätze meistbietend an andere verkaufen zu können. Deutschland ist mit seinem Erneuerbaren-Energien-Gesetz Vorreiter einer Entwicklung, die heute in anderen Ländern ebenfalls stattfindet. Geben wir den Erneuerbaren Energien nicht nur eine Chance, sondern einen Wachstumsmotor durch die IRENA.

Forum DL21

In der Denkfabrik...

...sollen sozialdemokratische Antworten auf zentrale Zukunftsfragen erarbeitet werden

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:

Niels Annen, Mitglied im Parteivorstand der SPD; Ingrid Arndt-Brauer, MdB; Klaus Barthel, MdB; Marie-Luise Beck, Wissenschaftliche Mitarbeiterin; Marco Bülow, MdB; Martin Deschauer, Wissenschaftlicher Mitarbeiter; Karin Kortmann, MdB; Christine Lambrecht, MdB; Heiko Mau, Wissenschaftlicher Mitarbeiter; Rolf Mützenich, MdB; Andrea Nahles, Mitglied im Präsidium der SPD; Dietmar Nietan, MdB; Florian Pronold, MdB; Gerold Reichenbach, MdB; Holger Reise, Wissenschaftlicher Mitarbeiter; René Röspel, MdB; Heinz Schmitt, MdB; Kai Senf, Wissenschaftlicher Mitarbeiter; Regina Suchanek, Wissenschaftliche Mitarbeiterin; Simone Viola, MdB; Thomas Wisniewski, Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Das Positionspapier enthält noch weitere „Zukunftsfragen“, die hier nicht alle aus Platzgründen dokumentiert werden können. Das vollständige Diskussionspapier und weitere Informationen zur Denkfabrik sind erhältlich bei Regina Suchanek, Tel. 030-227-51054.

Seit dem 9. Juli hat die SPD eine Denkfabrik. An diesem Tag haben 21 vorwiegend jüngere Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sich in der „Denkfabrik“ zusammengeschlossen. Unter ihnen befinden sich zwölf Bundestagsabgeordnete sowie das SPD Präsidiumsmitglied Andrea Nahles und der ehemalige Juso-Bundesvorsitzende Niels Annen. Damit ist das Berliner „Netzwerk“ nicht mehr der einige Zusammenschluss der eher jüngeren Generation in der SPD Bundestagsfraktion. Die Mitglieder der Denkfabrik wollen jenseits des politischen Tagesgeschäfts Impulse liefern, die das sozialdemokratische Profil der SPD wieder schärfen sollen. Nachfolgend dokumentieren wir Auszüge aus ihrem ersten Diskussionspapier, in dem sie ihr Selbstverständnis dargelegt haben:

„Die richtigen Fragen stellen

Wer die Probleme der Gegenwart und Zukunft lösen will, muss die richtigen Fragen stellen. Die „Denkfabrik“ stellt sich der Herausforderung. Wir beziehen uns dabei nicht auf die verselbstständigten Denkschablonen, sondern auf die gesellschaftliche und politische Realität. Es gibt auch heute sozialdemokratische Antworten auf die Zukunftsfragen. Die Zukunft ist gestaltbar, wenn wir es wollen und uns dafür engagieren! Dazu bilden Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als Grundwerte des demokratischen Sozialismus weiterhin das notwendige Fundament. Ein Fundament, auf dem wir mit weiteren Werten und politischen Konzepten unser Haus der Zukunft bauen müssen. Einige Bestandteile der Bausubstanz ergeben sich aus unserem sozialdemokratischen Erfahrungsschatz, einige müssen wir neu ergänzen.

Für den Bau dieses Hauses erwächst unserer Generation eine besondere Verantwortung. Wir wollen den Gestaltungsanspruch

und die Gestaltungsverantwortung von Politik behaupten. Demokratische Willensbildung wollen wir in allen gesellschaftlichen Bereichen stärken. Die SPD kann daran nur als aktive Mitgliederpartei mitwirken. Die Parlamente bleiben der demokratisch legitimierte Ort politischer Entscheidungen. Hier und nicht in Kommissionen, Expertenrunden oder anderen demokratisch nicht legitimierten Gremien, müssen die Entscheidungen für eine gute Zukunft getroffen werden.

Wer Zukunft gestalten will, muss sich gut vorbereiten. Als aktive Parteimitglieder und Abgeordnete nehmen wir uns das Recht, selbst zu entscheiden, was wir wann diskutieren. Wir sind uns bewusst, dass in der Mediendemokratie jeden Tag Meinungen gefragt sind. Dennoch wollen wir selbst bestimmen, wie viel Zeit wir uns geben, bis wir solide Lösungsansätze auf wichtige Fragen erarbeitet haben. Dies ist für uns der einzige Weg aus dem Dickicht von Schnellschüssen und Unverbindlichkeiten.

Wir wollen uns Zeit für solide inhaltliche Arbeit nehmen. Es gehört zu unserem Selbstverständnis, ein offener Kreis mit transparenten Entscheidungsstrukturen zu sein. Wir wollen einen Raum schaffen, in dem alle die Möglichkeit haben, ihre Ideen und Meinungen offen und ungeschminkt zu diskutieren. Gute Ideen entstehen dort, wo die Freiheit besteht, Unfertiges in einer vertrauensvollen Atmosphäre zu etwas Neuem zu entwickeln. Wir wollen unter Einbeziehung des in unserer Gesellschaft vorhandenen Sachverständnisses konkrete Vorschläge für politisches Handeln entwickeln.

Die Denkfabrik versteht sich als kreativer Impulsgeber innerhalb der Sozialdemokratie. Wir arbeiten an einer Alternative zur reinen Verteidigung der bestehenden Strukturen einerseits und zur kritiklosen Übernahme neoliberaler Konzepte andererseits...

Mit neuem Realismus Denkblockaden überwinden

...Tragfähige sozialdemokratische Antworten auf die aktuellen Herausforderungen finden wir nur, wenn wir unsere Politik an der ökonomischen und sozialen Realität ausrichten und uns nicht durch Vorurteile, ideologische Blockaden und ritualisiertes Denken einschränken lassen. Starke Kräfte in Gesellschaft und Politik berufen sich seit mehr als zwanzig Jahren auf die immer gleichen Sachzwänge und geben die gleichen alten Antworten auf aktuelle Fragen. Wir sind nicht der Auffassung, dass all das modern und richtig sein soll, was möglichst deutlich mit den bisherigen sozialdemokratischen Politikkonzepten bricht. Wer behauptet, alles könne so bleiben, wie es ist, betrügt die Menschen um ihre Zukunft. Und wer behauptet, es gäbe nur einen möglichen Weg der Modernisierung, verbaut den Blick auf unsere Chancen. Wir wollen die Selbstbeschränkung in der Reformdebatte aufbrechen und sozialdemokratische Konzepte weiterentwickeln. Es geht darum, auf Basis einer nachhaltigen Entwicklung Erwerbstätigkeit zu schaffen, den Sozialstaat zu erneuern und zu stärken. Nur so bleibt die SPD über 2006 hinaus mehrheits- und regierungsfähig und damit auch Garant für die Durchsetzung dieser Ziele.

Die SPD als moderne Mitgliederpartei im Medienzeitalter

In den letzten Jahren bestand die Funktion der politischen Debatten in der Partei oft darin, Regierungshandeln nachzuvollziehen. Das ist für eine Mitgliederpartei zu wenig. Auch im Medienzeitalter ist eine Willensbildung von unten nach oben innerhalb der SPD möglich.

Wer Mitglied in der SPD ist, ist nicht nur als Wahlkämpfer und Verkäufer von Regierungshandeln gefragt, sondern auch als Mitgestalter neuer Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit. Die SPD kann und muss wieder zu einem Ort der Entwicklung von Politikkonzepten werden. Dazu wollen wir unseren Beitrag leisten.

Es geht nicht nur darum, was unter den bestehenden Macht- und Mehrheitsverhältnissen kurzfristig durchsetzbar ist, sondern was wir für zukunftsgerichtet und überzeugend halten...

Wir stellen an den Anfang unserer Tätigkeit kein klassisches Positionspapier, sondern einen Katalog von ersten Zukunftsfragen. Unsere Antworten wollen wir gemeinsam erarbeiten und in politisches Handeln umsetzen. Wir laden alle dazu ein, daran mitzuarbeiten.

Die Zukunftsfragen wirklich anpacken

Wir wollen unsere Diskussionen anhand der hier aufgeführten Leitfragen führen. Der Fragenkatalog ist dabei nicht abgeschlossen, sondern wird im Laufe der Diskussion ergänzt und weiterentwickelt.

Wie schaffen wir Arbeit?

Deregulierung und Lohnkostensenkung auf dem Arbeitsmarkt werden vielfach als Allheilmittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verkauft, obwohl die Anwendung dieser alten Rezepte versagt hat. Wir brauchen eine tiefere Analyse der Ursachen der Beschäftigungskrise, die auch die Bedeutung der privaten und öffentlichen Nachfrage thematisiert. Innovation, Forschung und neue Technologien und damit steigende Produktivität sind die Basis für eine erfolgreiche ökonomische Entwicklung und neuen Wohlstand. Dies gelingt nur mit der Entwicklung innovativer Produkte und der Erschließung neuer zukunftsträchtiger Märkte und Arbeitsfelder. Logische Konsequenz der steigenden Produktivität ist aber auch der Verlust von Arbeitsplätzen. Vor diesem Hintergrund muss endlich auch die Frage beantwortet werden, wie vorhandene Arbeit neu organisiert und verteilt wird und wie aus bisher nicht befriedigten gesellschaftlichen Bedürfnissen neue Arbeitsplätze entstehen können.

Welche Werte und Prinzipien braucht sozialdemokratische Politik in Zeiten der Globalisierung?

Viele politische Initiativen werden heute sehr schnell mit dem Verweis auf die Zwänge der Globalisierung zu den Akten

gelegt. Dabei geht um ein das Bewusstsein dafür verloren, dass die Globalisierung in ihrer heutigen Form ein von wirtschaftlichen Interessen vorangetriebener Prozess ist, zu dem es gerechtere Alternativen gibt. Zum anderen verkümmert das Bestreben zur Entwicklung nationaler und europäischer Konzeptionen, die einen Gestaltungsspielraum auch unter den Bedingungen der Globalisierung bewahren. Deshalb wollen wir klären, welche nationalstaatlichen Spielräume Politik heute noch hat, wie neue Spielräume auf internationaler Ebene erreicht werden können und wie internationale Solidarität und eine Korrektur der Erarbeitung, der Qualität und der Verteilung des Wohlstands unter den heutigen Bedingungen erreicht werden können.

Wie kann der Sozialstaat als Grundlage für Freiheit erneuert werden?

Konservativen und Liberalen ist es gelungen, die Alltagserfahrungen vieler Menschen mit einem bürokratischen Verwaltungsstaat zu nutzen, um Sozialstaatlichkeit und Daseinsvorsorge als Freiheitsfessel für die Menschen in einer modernen Gesellschaft darzustellen. Für uns ist Sozialstaat die Basis von Freiheit. Erst, wenn ein hohes Maß an Chancengleichheit und gesellschaftlicher Teilhabe existiert, kön-

nen Menschen auch ihre individuellen Fähigkeiten und Neigungen und ihre Freiheit leben. Wir wollen deshalb wissen, nicht ob, sondern wie soziale Freiheit auch im 21. Jahrhundert politisch gewährleistet und erweitert werden kann. Wir wollen deshalb klären, wie der Sozialstaat emanzipatorischer gestaltet werden und tatsächlich „aktivierend“ im Sinne einer Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe werden kann.

Wie schaffen wir Gerechtigkeit zwischen und innerhalb der Generationen?

Mit dem Begriff Generationengerechtigkeit wird versucht, Gerechtigkeit zur Verteilungsfrage zwischen jung und alt zu machen und den Sozialstaat ausschließlich in Abhängigkeit vom Altersaufbau der Gesellschaft zu definieren. Beides halten wir für falsch. Für uns stellt sich die Frage, wie Solidarität in unserer Gesellschaft zwischen Jungen und Alten, zwischen Armen und Reichen auch in Zukunft verwirklicht werden kann. Wir wollen klären, welche Rolle die demografische Entwicklung nicht nur für die Finanzierung des Sozialstaats spielt. Wir wollen diskutieren, worin die tatsächlichen Herausforderungen im Umgang mit der Alterung der Gesellschaft bestehen und wie die Lebensqualität für nachfolgende Generationen erhalten und ausgebaut werden kann...

Forum DL21

Vom Mainstream an die Spitze?

von Lena Hipp

Anders als bei populären Medienprodukten meint „Mainstream“ in Verbindung mit „Gender“ nicht den genormten Geschmack der breiten Masse, sondern eine differenzierte Herangehensweise zur Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit. Diesem Anliegen (ein weiteres Mal) ein weiteres Mal Öffentlichkeit zu verschaffen, war ein Ziel, das wir junge Nachwuchswissenschaftler/innen mit unserer Publikation „Eine Frage des Geschlechts“ und der dazugehörigen Abendveranstaltung in der FES Berlin verfolgt haben. Vor einem rund 200-köpfigen Auditorium konnten wir unsere

Positionen und Arbeitsergebnisse zum Thema „Geschlecht“ präsentieren und deutlich machen, dass wir Gender Mainstreaming als Konzept ernst nehmen und begrüßen, der Idee aber keineswegs unkritisch gegenüberstehen.

„Eine Frage des Geschlechts“, herausgegeben von Bettina Boekle und Michael Ruf: Interdisziplinär, fächerübergreifend, praxisbezogen – so die Herangehensweise und treffende Selbstbeschreibung des Sammelbands.

In den Beiträgen legen wir, insgesamt 18 Jungautor/innen, die Analysekatégorie „Ge-



Lena Hipp

schlecht“ an unterschiedliche Themenbereichen an. Wir machen in den einzelnen Beiträgen zu den unterschiedlichsten Themenbereichen geschlechtsblinde Flecken auffindig und identifizieren den Wandel, welcher sich in der Geschlechterpolitik während der letzten Jahrzehnte vollzogen hat. An dieser Stelle taucht die berechtigte Frage nach dem „Mehrwert“ dieser Publikation

Lena Hipp ist 26 Jahre alt, Autorin des Beitrags „Teilzeitarbeit – Von einer Arbeitsmarktfalle für Frauen zu einer Arbeitsmarktbrücke für beide Geschlechter?“, Mitbegründerin des Genderforums Berlin und arbeitet für die SPD-Bundestagsfraktion im Bereich Wirtschaft und Arbeit.

auf. Literatur zum Thema Gender und Gender Mainstreaming gibt es zu Hauf und der Begriff des Gender Mainstreamings ist in aller Munde. Jede Behörde der Republik weiß um die Notwendigkeit, Initiativen und Maßnahmen auf ihre unterschiedlichen Auswirkungen auf die Lebensrealität von Männern und Frauen zu überprüfen – und auch in den Reihen der Nicht-Akademiker/innen hat die Unterscheidung von SEX und GENDER allmählich Verbreitung gefunden.

Die scheinbare Selbstverständlichkeit des Themas wird allerdings begleitet von viel Nichtwissen und noch mehr Halbwissen. Dieser Tatbestand, gekoppelt mit einer gewissen Ignoranz führt dazu, dass geschlechtsspezifische Analysen nicht selten zu bloßen Vermeidungsstrategien verkommen:

„Das Projekt xy zielt bereits in der Aufgabenstellung ins Zentrum der Lebensverhältnisse und Einstellungen von Frauen und Männern. Der Auftragnehmer greift diese Zielsetzung in angemessener Weise zu einem späteren Zeitpunkt auf.“ Eine Reduzierung von Gender Mainstreaming auf eine solche Formalia liegt nicht im „Sinne des Erfinders“ und entspricht schon gar nicht unseren Vorstellungen. Uns war es ein Anliegen beispielhaft zu zeigen, was geschlechtsspezifische Analysen sind, wozu sie nützlich sind und wie geschlechtergerechte Politik gemacht werden kann. Es geht uns also um eine Einführung und Sensibilisierung in und für geschlechtsspezifische Fragestellungen. Auch für die zahlreichen Gender-Expert/innen, die es glücklicherweise gibt, ist durch die Themenvielfalt und die verschiedensten Anwendungsbereiche der vorliegende Reader eine durchaus eine durchaus geeignete Lektüre.

„Gender matters“ – so das durchgängige Leitbild des Sammelbandes wie auch der Abendveranstaltung.

Durch eine Mischung aus theoretischen Überlegungen und praktischen Anwendungen wollen wir nicht nur den hohen Stellenwert geschlechtsspezifischer Analysen aufzeigen, sondern auch neue und belebende Denkanstöße für Debatten geben, die schon seit längerer Zeit geführt werden.

Institutionelle Arrangements und Maßnahmen wirken sich verschieden auf die Lebensrealität von Männern und Frauen aus. Das ist gemeinhin bekannt. Diese „alte Wahrheit“ belegen wir mit neuen Beispielen aus den Bereichen Kultur, Finanzen, Arbeits-

markt, Gesundheits- oder Entwicklungspolitik und bringen unsere Vorschläge und Forderungen zu Veränderungen ein.

Die Analysekategorie Geschlecht kann nicht immer leicht ausfindig gemacht werden. Das ist für diejenigen, die sich mit dem Thema

beschäftigten, ebenfalls keine neue Erkenntnis. Mit unseren Beiträgen wollen wir sensibilisieren: Zum einen dafür, dass tatsächlich eine Geschlechterperspektive eingenommen wird und nicht nur die weibliche Sicht der Dinge als aufrichtige Genderperspektive „verkauft“ wird. Zum anderen plädieren wir dafür, weitere Kategorien

wie beispielsweise Ethnizität oder ‚race‘ in die Analyse von Geschlechterarrangements mit einzubeziehen.

An der Frage nach konkreten Ausgestaltungsvarianten einer geschlechtergerechten Welt scheiden sich noch immer die Geister: Wollen wir die Kategorie „Geschlecht“ auflösen oder wollen wir am Ziel der Gleichberechtigung der binären Geschlechterkonstellation festhalten? Sowohl im Sammelband als auch nach der Diskussion mit dem Publikum, bleibt die normative wie auch empirische Frage nach der Differenz bzw. Gleichheit zwischen den Geschlechtern unbeantwortet. Mit Prognosen und Zukunftsaussichten, „Autoformation des Fordismus“ vs. „Re-

maskulinisierung der Öffentlichkeit“, wurden Ideen und Szenarien geliefert, wie sich in den unterschiedlichen Bereichen (Arbeitsmarkt, Film, Cyberspace u.v.m.) die Geschlechterarrangements der Zukunft ausgestalten könnten.

Geschlecht macht auch für uns, die wir zeitlich weder der Generation Ally noch der Generation Golf zuzurechnen sind, einen Unterschied. Bedingt durch unser Alter, die meisten noch weit diesseits der 30, und unseren Erfahrungshintergrund spielt das Thema Geschlecht eine andere Rolle als bei unseren Mütter- und Vätergenerationen. Als junge Frauen sind wir heutzutage oftmals dem Vorwurf ausgesetzt, wir würden die Rechte, ehemals hart von unseren Müttern erkämpft als selbstverständlich hinnehmen. Feministisch zu sein klingt in den Ohren vieler junger Frauen wie ein Schimpfwort. Jungen Männern fehlen, bedingt durch ökonomische und gesellschaftliche Verwerfungen, die Vorbilder. Eine Beschäftigung mit Männerthemen wird, obschon sich seit Mitte der 80er Jahre auch in der Bundesrepublik ein entsprechender Wissenschaftszweig entwickelt, oftmals als Gefühlsduselei abgetan und auf Fragen der Homosexualität beschränkt.

Unser Wissen und unsere Arbeit, angesammelt durch unsere Ausbildung, erste Berufserfahrungen und lange Diskussionen beim „Genderforum Berlin“, sollen einen Beitrag dazu leisten, das Thema Gender einer breiten Öffentlichkeit in all seinen Facetten zugänglich zu machen. Es soll gezeigt werden, dass auch wir konkrete – wenngleich nicht homogene – Vorstellungen einer geschlechtergerechten Welt haben. Dieser Zielsetzung trägt der vorliegende „Gender-Reader“ Rechnung.

Forum DL21

Bettina Boekle, Michael Ruf (Hrsg.): Eine Frage des Geschlechts – „Der Gender-Reader“, Verlag für Sozialwissenschaften, 29,90 Euro. Über die einzelnen Autor/innen sowie die einzelnen Beiträge informiert die Website www.gender-reader.de. Das Genderforum, welches sich seit Ende 2001 in Salonatmosphäre zum regelmäßigen Austausch zu geschlechterrelevanten Themen trifft, steht anbei bemerkt allen Interessierten offen. Kontakt per email an Silke Kull (silkekull@web.de) oder Lena Hipp (magdalena.hipp@gmx.de).



Die SPD muss leben, was sie im Wahlprogramm versprochen hat

Gründung der Baden-Württemberg-Linken im Forum DL21

von *Hilde Mattheis*

Die Kritik an der Regierungspolitik ist auch in der SPD in Baden-Württemberg nicht erst seit der Europa- und Kommunalwahl vorhanden und schließt die stark netzwerkorientierte Positionierung und die damit verbundenen Personalentscheidungen des SPD-Landesverbandes mit ein. Das hat einige Genossinnen und Genossen, die sich bislang auf Bundesebene der Parlamentarischen Linken und/oder dem Forum DL 21 zugeordnet hatten, bewogen, die Baden-Württemberg-Linke im Forum DL 21, zu gründen. Und in den letzten Monaten hat die B-W-L für viele, die eventuell sonst die Partei verlassen hätten, eine Diskussionsplattform geboten.

Neben VertreterInnen der großen Landesarbeitsgemeinschaften gehören Mitglieder des DGB Landesvorstandes und Mandatsträger dem Sprecherkreis der B-W-L an.

In unserer ersten, von 23 Erstunterzeichnern veröffentlichten Positionierung vom Februar 2003 heißt es im Vorwort: „Die Menschen erwarten von der SPD geführten Regierung keineswegs ein Aufgreifen neoliberaler oder anderer gerade „moderner“ Ideen, sondern auch in der Zukunft das Weiterentwickeln der Ideale von Solidarität und Gerechtigkeit. Diese Erwartung wird untermauert durch die Tatsache, dass in der Vergangenheit alle wichtigen Reformschritte am Prinzip der sozialen Gerechtigkeit festgemacht waren. Qualitatives Wachstum braucht Investitionen in allen Bereichen und die Stärkung der unteren und mittleren Einkommen, um die schwache Binnennachfrage zu fördern. Die SPD muss leben, was sie im Wahlprogramm versprochen hat.“

Die inhaltliche Auseinandersetzung und damit auch personelle Auseinandersetzung hatte begonnen.

Das Manifest

Aus diesem achtseitigen Papier erarbeiteten wir vor dem Landesparteitag im Frühjahr 2003, bei dem die Agenda 2010 im Mittelpunkt der Diskussion stand, ein zweiseitiges Manifest, das ohne großen Einsatz von unserer Seite sofort von über 100 Funktionären von Orts-, Kreis- und Landesebene unterzeichnet wurde. Kernaussagen der Einleitung und der Schlusspassage sind:

„Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundlagen unseres politischen Handelns. Die Sozialdemokratie kann nur dauerhaft mehrheitsfähig bleiben, wenn sie an der Vision einer solidarischen und gerechten Gesellschaft festhält und die Gestaltungsfähigkeit der Politik wieder entdeckt. Alle Maßnahmen und Forderungen sind daher danach zu prüfen, wer jeweils Gewinner und wer Verlierer von Reformen ist, wer wie belastet und wer wie entlastet wird...“. Und weiter: „Angesichts der Herausforderungen wie Massenarbeitslosigkeit, alternder Gesellschaft, deutsche Einheit und europäischer Integration sowie der gesellschaftlichen Tendenz zu größerer Individualisierung und der Folgen der Globalisierung halten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht einfach nur fest am alten Modell des Wohlfahrtsstaates, sondern sind zu notwendigen Reformen bereit. Wir setzen dabei allerdings nicht auf das Recht des Stärkeren und lassen uns nicht von so genannten Sachzwängen in „Reformen“ hineindrängen, die Verteilungsgerechtigkeit erzeugen. Unser Ziel ist ein reformierter, offensiver Sozialstaat in europäischer Einbettung!“

Auf dem Landesparteitag 2003, auf dem auch der Landesvorstand neu zu wählen war, wurde deutlich, dass es „B-W-Ler“ im Landesverband noch schwer haben. Für uns war dies die Aufforderung, noch en-

Foto: Jens Neumann / Edgar Rottmann



Hilde Mattheis

gagierter für unsere Überzeugungen einzutreten und trotz heftiger Angriffe auch auf dem Bundesparteitag entsprechend zu votieren.

Ermutigt hat uns die Resonanz aus den Ortsvereinen und Kreisverbänden. Die Zahl unserer aktiven B-W-L-Zugehörigen steigt ständig.

Veranstaltungen

Seit dem Herbst 2003 organisieren wir regelmäßig Veranstaltungen. Dr. Christoph Butterwegge hat zum Thema „Warum sozialer Ausgleich kein Luxus ist“ gesprochen, mit Ekaterina Kouli vom Baden-Württembergischen Handwerkstag haben wir über das Thema Bildung diskutiert, Dr. Heiner Flassbeck hat die Frage beantwortet, warum Globalisierung und Alterung nicht das Ende des Wohlfahrtsstaates sein müssen.

Die Außenwirkung unserer Arbeit und auch die Wirkung in die Partei hinein nimmt in dem Maße zu wie die interne Auseinandersetzung um den richtigen Kurs zunimmt. Das verwundert nicht. Unser Anspruch ist, einen kritisch konstruktiven Beitrag dafür zu leisten, dass die Akzeptanz für unsere Politik wieder steigt. Es hilft uns nicht, Meinungen zu unterdrücken.

Unruhe gab es um unsere nächste Veranstaltung mit Oskar Lafontaine mit dem Titel: „SPD – wohin?“. Auch für manche/manchen in der B-W-L ist Oskar Lafontaine eine Reizfigur. Doch in unsere Partei hatten Querdenker immer Platz. Das soll auch eine unserer Stärken bleiben.

Für den Herbst planen wir einen Strategiekongress für 2006. Die B-W-L im Forum DL 21 wird auch mit dieser Veranstaltung dafür werben, in der Partei zu bleiben und in ihr zu versuchen die offene Diskussion mit zu gestalten.

Denn: Die SPD wird gebraucht, und es lohnt, um sie zu kämpfen.

Forum DL21

Hilde Mattheis, MdB, Lehrerin, lebt in Ulm, ist stellv. SPD-Landesvorsitzende in Baden-Württemberg

SPD in Bremen: Neu erleben?

... oder: Sozis zwischen Diskurs halten und Kurs halten

von Hans-Joachim Olczyk

Es geht ums Profil – sagt der neue Landesvorsitzende Carsten Sieling, der seit seiner Wahl im Frühjahr beharrlich versucht, Kurskorrekturen einzufordern. Erleichtert wird sein „frischer Wind“ durch den Gegenwind, den die SPD bei den letzten Wahlen erlebt. Für viele Mitglieder in Bremen war die Auswertung des Landesverbandes eine Erholung gegenüber den sonst abgesetzten Durchhalteparolen: *„Unsere Kernkompetenz als Partei des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der sozialen Gerechtigkeit haben wir damit in den Augen vieler Menschen ganz offensichtlich verloren.“* (...) *Die Politik und die Maßnahmen der Agenda 2010 sind nicht nur schlecht vermittelt worden. Sie finden in der Mehrheit der Bevölkerung und auch in den traditionell sozialdemokratischen Wählerschichten keine Unterstützung. Die noch umzusetzenden Maßnahmen (z.B. Zahnersatz, Hartz IV) müssen auf den Prüfstand gestellt werden.“* heißt es in der Stellungnahme des SPD-Landesvorstands Bremen zum Ergebnis der Europawahl am 14. Juni 2004. Gibt es in Bremen einen Aufbruch nach links?

AGENDA 2010: Druck auf Schwache macht keinen stark

Klar ist: Kurskorrekturen bei der sog. „sozialen Schieflage“ der Agenda 2010 wird es nicht geben. Geben wird es materiellen Verschlechterungen für die Bezieher/innen von Arbeitslosenhilfe. Dass zukünftig auch die sog. „Mini-jobs“ angenommen werden müssen, weil sonst Kürzung oder Wegfall des ALG II droht, macht deutlich, dass nichts mehr bleibt von „Fördern“ und „Fordern“. Es sei denn, mit „fordern“ ist gemeint, dass man Geld fordert. Und zwar von den Betroffenen. Für diese Sichtweise spricht einiges, wenn die Zahlen in einer Studie nur annähernd stimmen: Im Bundeshaushalt 2005 sind für das ALG II lediglich 13 Milliarden Euro eingeplant – von Juni 2003 bis Juni 2004 wurden dagegen aber 17,6 Milliarden ausgegeben. D.h. die Leistungskürzungen müssen höchstwahrscheinlich nochmals verschärft werden. (Vgl. Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe e.V.: „Haushaltswahrheit und – Genauigkeit klein geschrieben“) Der Druck, der auf die sog.

„Leistungsbezieher/innen“ ausgeübt werden wird, geht dabei weitgehend ins Leere: Auf eine offene Stelle kommen im Land Bremen bis zu dreizehn Menschen – wie in so vielen Regionen.

Kein Geld ohne Sparpolitik

Das zentrale Problem der Koalition bleibt: Ein genehmigungsfähiger Haushalt ist ohne zusätzliches Geld aus Berlin kaum zu erreichen. Dazu gibt es den sog. „Kanzlerbrief“. Um dieses Geld zu erhalten, wird der Bremer Senat nachweisen müssen, dass er ordentlich gewirtschaftet hat – also: gespart hat. Alle Sparauflagen werden unter der Maßgabe „durchgezogen“, einen sog. „verfassungskonformen“ Haushalt zu erreichen. Die Deckungslücke ist aber auch mit den Millionen, die noch aus Berlin erhofft werden, zu groß – sagen die Kenner der Haushaltsproblematik und verweisen dann wieder auf den Bund.

Die Bremer Politik kommt also über die neoliberale Agenda 2010 in einen Zwiespalt. Wenn die Lebensbedingungen der Menschen durch keine oder eine ungenügend finanzierte Arbeitsmarktpolitik und durch das „Spar“-Diktat eingeschränkt werden, muss bzw. müsste eine regionale Wirtschafts- und Strukturpolitik versuchen, hier gegenzusteuern. Dies hat die große Koalition auch versucht, in dem Geld in Investitionsprojekte geflossen ist, was sicherlich Beschäftigungseffekte hatte. Aber die Grenzen für diese Projekte sollen jetzt „enger gezogen“ werden. Die Gründe: Das Geld wird knapp und knapper. Die Wirkungen stellen sich nicht so schnell ein: Ein zentrales Großprojekt versandet wohl in privatwirtschaftlichen Fehlkalkulationen: Der „Space-Park“ – eine Art Abschiedsgruß an das alte Bremen aus Schiffbau und Stahl und ein Willkommensgruß für ein neues Bremen mit Luft- und Raumfahrtindustrie und touristischen Attraktionen.

Zudem geraten die Schwerpunktaktivitäten der Großen Koalition im Bereich der Privatisierung öffentlicher Bereiche immer mehr in die Kritik: Die Privatisierung der Schulgebäude, die Abwasser-GmbH, die GmbHs, die gegründet wurden, um die Wirtschaftsförderung professioneller zu gestalten: Vermutet wird eine Art schwarz-rote Klüngelei zur



Hans-Joachim Olczyk

Beschaffung von Versorgungsposten. Die Vergabe neuer Gewerbeflächen ist überall umstritten und die alten „grünen“ Bürgerbewegungen laufen sich langsam warm. Ihr Ansprechpartner ist dabei der schlaue CDU-Bausenator Eckhoff, der im letzten Sommer ganz selbstverständlich mit seinem CDU-Innensenator-Kollegen gegen die vom Senat verkündete Schließung von Freibädern demonstriert hat ... Die meisten Freibäder gibt es auch heute noch ...

Und wenn das Sparen nix genützt hat?

Die ersten Folgewirkungen dieser widersprüchlichen Politik zeigen sich jetzt: Waren es im letzten Jahr noch kleine Initiativen, wie die Aidshilfe Bremen, deren Existenz einfach beendet wurde, und gab es da und dort mal Proteste wegen Kürzungen im Jugendbereich, geht es nun ans Eingemachte. Die Sozialsenatorin Röpkke sah sich jetzt einem eintägigen Streik aller Kindertagesstätten gegenüber. Die Reaktion: Die Vorwürfe seien nicht nachvollziehbar – gespart würde doch gar nicht ... Hier bewegt sich die Politik genau in die Richtung, die von der Landespartei gegenüber der Bundesregierung kritisiert wurde: Es geht nicht um die Frage der „schlechten Vermittlung“ von Sparbeschlüssen, sondern darum, dass Bürger/innen sich dagegen wehren, die niedrigeren Standards anderer Großstädte als Orientierungsgröße genannt zu bekommen: 13 Millionen muss das Land bis Ende 2005 noch sparen, damit die sog. „Sparauflagen“ erfüllt werden können.

Ein Politikkonzept muss daher nicht nur schnell mal die sozialdemokratische See beruhigen, in dem die Agenda 2010 kritisiert wird. Auch in Bremen wird es darum gehen, als Partei im Regierungshandeln Ansätze davon erkennen zu lassen, wie es denn wäre, wenn man allein könnte ... Dabei geht es dann nicht nur ums Profil. Denn: Die SPD hat im Jahr 2003 gerade mit der Parole „Kurs halten“ und einer Henning-Scherf-Kampagne nochmals die Wahlen gewonnen. Zentrales Thema: Familienfreundliche Stadt. Mit guter Infrastruktur und guten Dienstleistungen. Daran werden die BürgerInnen die Politik messen.

„Ist die SPD noch zukunftsgerichtet?“ – so wird im Bremer Forum gefragt, und damit ob die SPD bei den Wahlen 2007 im Lande Bremen erfolgreich sein kann. Dies wird nur gelingen, wenn die SPD in Bremen es schafft, ein soziales Profil bei der Gestaltung der Haushaltsanierung zu bewahren.

Medien – Macht – Hegemonie

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Horst Peter, Kai Burmeister, Anja Kruke und Felix Welti

In diesem Heftschwerpunkt wird die Tagung „Medien – Macht – Hegemonie“ dokumentiert, die spw gemeinsam mit Projekt Moderner Sozialismus Norddeutschland im April 2004 in Hamburg veranstaltet hat. Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse werden davon mitgeprägt, wie die Medien der Information und Kommunikation organisiert werden und wer über sie verfügt. Der Blick nach Italien zeigt, welche Macht die politische Rechte durch Medienkonzentration erringen kann. Es scheint der Linken insgesamt an einer entwickelten Analyse der modernen Medien und erst recht an einer Strategie zu fehlen. Oftmals werden Debatten darüber geführt, „man müsse mal“ bestimmte Fakten, Meinungen und Ziele bekannt machen, ohne dass hinreichend diskutiert wird, welche Möglichkeiten die politische Linke dazu hat und welche nicht. Dass die Verfügung über wichtige Kommunikationsmittel nicht demokratisch organisiert ist, gehört zur realen Verfassung unserer Republik. Weniger klar ist, wie neuere Änderungen in Medien und Öffentlichkeit einzuschätzen sind, namentlich die Vorherrschaft von Unterhaltung und Zerstreuung über Information und Diskurs. Wer nur versucht, in diesem Strom mitzuschwimmen, wird Aufklärung und notwendige Konflikte nicht vermitteln können. Wer nur Desinformation und Verblendung am Werke sieht, wird der Tiefe der zu Grunde liegenden gesellschaftlichen Prozesse nicht gerecht. In diesem Umfeld sollte die Tagung einen Diskurs anregen, in dem die Chancen der Linken in einem Hegemoniewettbewerb und damit im Kampf um Deutungshoheit eingeschätzt werden sollen. Die Tagung verschaffte tiefere Einsichten darüber, wie die Konzentration der ökonomischen Macht und die Homogenisierung des öffentlichen Bewusstseins zusammenhängen und zu einer „Mediensperre“ für Alternativen zum ökonomischen, politischen und medialen Hauptstrom führen. Leitende Fragestellungen der Tagung werden auch den weiteren Diskurs der spw prägen:

- Wer berichtet wie, unter welchen Aspekt, aus welcher Interessenlage heraus über welche Geschehnisse?
- Welche Folgen haben Medienkonzentration und Verlegermacht für Berichterstattung und Meinungsvielfalt?
- Wirken Medien nur als Träger und Verstärker der Hegemonie des politisch gesellschaftlichen Hauptstroms oder können sie auch subversiv, im Sinne bürgerlich-demokratischer Öffentlichkeit sein?
- Wie können die demokratischen Öffentlichkeit mobilisiert, alternative Medien eingesetzt und die Mechanismen der Medienwirklichkeit genutzt werden, um Hegemoniechancen der Linken verbessern?
- Wer könnte Träger einer solchen Öffentlichkeit sein, wie soll ein solcher Hegemoniewettbewerb gewonnen werden?

1. Zunehmende Konzentration

Der dominierende Trend der Entwicklung des Mediensektors ist der Konzentrationsprozess, den Hans J. Kleinsteuber in seinem Artikel näher darstellt. Die ökonomische Konzentration geht einher mit publizistischer Konzentration. Es bilden sich beherrschende, integrierte Medienkonzerne und immer mehr regionale Zeitungsmonopole. So gab es 1954 lediglich in 15 % der Kreise und kreisfreien Städte nur eine Regionalzeitung, mittlerweile sind es 56 %. Insgesamt leben 42 % der Bevölkerung in Regionen mit nur einer Lokalzeitung (Medienspiegel des Instituts der Deutschen Wirtschaft, September 2003). Ein besonderes Problem ist die geringe Transparenz der Konzentrationsprozesse. So kann durchaus der Eindruck entstehen, es gebe hinreichende Meinungsvielfalt bei rund 200 Zeitungen mit etwa 1500 Ausgaben und 1300 Anzeigenblättern. Dahinter steht aber das Abstecken von „Claims“ durch Verleger unter dem Druck zunehmender struktureller Abhängigkeit von der Werbewirtschaft und dem Zwang, die Produktionskosten zu senken. Die Möglichkeiten der Politik, mit Mitteln des Kar-

tellrechts den ökonomischen Konzentrationsprozessen entgegenzuwirken, werden nicht ausreichend genutzt und sind beschränkt. Neben der horizontalen Konzentration innerhalb der regionalen und überregionalen Medien steht die vertikale Konzentration mit Beteiligungen an Nachrichtenagenturen, PR-Agenturen sowie Prozessen in den Bereichen neue Medien und Onlinekommunikation.

Diese Konzentration und Verflechtung führt dazu, dass die globalen Konzerne des Mediensektors über die Technologie des Nachrichtentransports und über die Medieninhalte verfügen können. Weltweit gibt es ca. zehn börsennotierte transnationale Konzerne in 60 bis 70 regionalen Zentren, die über eine nahezu vollständige Marktmacht verfügen. Börsengänge schaffen Spekulationsfelder und bieten Chancen einer erweiterten Kapitalisierungsbasis, allerdings mit der Unterwerfung unter das Prinzip der Kapitalverwertung. Die multisektorale Durchdringung führt dazu, dass auch die globalen Wissensbestände von einem ökonomisch-medialen Machtkomplex produziert werden.

2. Wechselspiel zwischen ökonomischer Konzentration und publizistischer Krise

Dieser Konzentrationsprozess prägt auch die publizistische Entwicklung. Die Veränderungen des Konsumverhaltens zwingen zur multimedialen Verankerung in elektronischen Medien wie etwa *spiegel-online* u.ä., dies beschreibt Christiane Leidingner ausführlich in ihrem Beitrag.

Die Eigenarten des Informationstransports in den jeweiligen Medien und die Struktur des Medienkomplexes verändern die journalistische Arbeit und damit die Qualität der publizistischen Produkte. Die ökonomische und publizistische Konzentration in ihren verschiedenen Dimensionen beeinträchtigt die publizistische zu Gunsten der ökonomischen Funktion der Medien. Der Gebrauchswert wird durch Tauschwert ersetzt. Medien sind immer stärker Handelsware, immer weniger dienen sie Meinungsfreiheit und Demokratie. Damit verschiebt sich auch das Machtverhältnis zwischen Verleger und Redaktion zugunsten des Verlegers und des Imperativs der Kostenminimierung.

Diese Rahmenbedingungen verändern die Arbeitsbedingungen der Journalisten. Die fi-

Horst Peter (Kassel) ist spw-Arbeitsausschussvorsitzender, Kai Burmeister (Lübeck) ist Mitglied im spw-Arbeitsausschuss und IUSY-Vize-Präsident, Anja Kruke (Bochum) ist Mitglied der spw-Redaktion, Dr. Felix Welti (Lübeck) ist Vorsitzender von ProMs-Nord und Mitglied im spw-Arbeitsausschuss

nanziell angeschlagene Frankfurter Rundschau, die jüngste harte Tarifaueinander- setzung der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (DJU in ver.di) so- wie die massive Entlassungswelle bei allen Zeitungen sind Hinweise für die aktuellen Veränderungen in den Redaktionen. Die Zu- stimmung zum Ergebnis der Tarifverhand- lungen war zurückhaltend. Der dju/ver.di- Verhandlungsführer Frank Werneke wertet dieses Ergebnis als „klaren Auftrag, die Fra- ge von Arbeitsbedingungen, vor allem von Zeitbelastungen, in Zusammenhang mit der Qualitätsdebatte in den Vordergrund zu stellen“.

Der Zwang zur Kostenminimierung macht die Arbeitsverhältnisse der Journalisten unsicherer, verschiebt das Verhältnis von freiberuflichen zu festangestellten Jour- nalisten in Richtung Freiberuflichkeit und fördert die Mehrfachverwertung von jour- nalistischen Beiträgen. Die DJU macht darauf aufmerksam, dass Journalistinnen und Journalisten bei Tageszeitungen zu- nehmend fachfremde Aufgaben erledigen, immer mehr Überstunden leisten und kaum noch Zeit für Recherche und Weiterbildung haben. Durch vertragliche Anbindung von Agenturjournalisten vor allem an Regionalzeitungen, die sich keine Redaktionen in den politischen Zen- tren leisten, verschwimmen die Grenzen von Nachrichtenpool und Nachrichten- auswahl und von Nachricht und Kommen- tar.

Vor allem die Aktualitätspeitsche – dabei zu sein, wenn die journalistischen „Leitwölfe“ das Thema der Woche oder des Tages kam- pagnenmäßig vorgeben – zwingt die Mehr- heit der Journalisten, schnell den Original- ton eines Prominenten oder weniger pro- minenten politischen Akteurs einzuholen, nach dem Prinzip „eine Hand wäscht die an- dere“. Das Ergebnis ist eine oft symbioti- sche Verflechtung von Journalismus und Politik. Verbunden ist das übrigens mit dem parallelen Verlust an Ansehen der Profes- sion Journalismus und Politik. Nach einer Allensbach-Umfrage von 2001 belegen bei der Bewertung von 18 herausgehobenen Berufen die Journalisten den 13. und Poli- tiker den 16. Platz.

Es sind schlechte Zeiten für gründlichen, auf eigener Recherche beruhenden Quali- tätsjournalismus. Selbst die großen überre- gionalen Zeitungen werden ihrem Informa- tionsauftrag und ihrem Kritik- und Kontroll- auftrag nur unzureichend gerecht. Viele sa- gen das Gleiche, fast alle unterwerfen sich den gleichen Denkverboten und Tabus. Qualitätsjournalismus wird zum „Filetstück- journalismus“ oder zum Nischenjournalis- mus. Parallel hierzu ordnen sich auch vor- gebliche Qualitätsmedien dem Diktat der Unterhaltung und Boulevardisierung unter. Die Überlebensstrategie vieler Journalis- ten besteht in der „Schere im Kopf“ aus

Angst vor Arbeitsplatz- und Einkommens- verlusten. Das berufliche Selbstverständnis ändert sich: Weg von Recherche, Kritik, Kon- trolle; hin zu neutraler Vermittlung von In- formationen im Generalanzeigerstil, oft er- gänzt durch PR- oder Servicejournalismus für die Mehrfachverwertung des Produkts. Damit verschieben sich auch die Gewich- tungen der Nachrichtenwertfaktoren in Richtung „Status der Akteure und „human interest“. Das alles öffnet den Raum für Ver- legerinterventionen in die Arbeit der Re- daktionen und signalisiert schlechte Zeiten für die innere Pressefreiheit und Meinungs- freiheit der einzelnen Journalisten.

Ein so verändertes journalistisches Berufs- verständnis wirkt sich auf die Qualität des publizistischen Produkts aus, da es stärker in ökonomische und politische Macht- konstellationen eingebunden ist. Publizistische Leitpersonen und Leitsendungen mit Un- terhaltungscharakter besetzen die kurzfris- tig bedeutsamen Themen und zwingen zum Nachbeten, um nicht ausgegrenzt zu werden. Im Zusammenwirken mit Macht- trägern und vorgeblichen Expertensyste- men werden Probleme aus ihrem Kontext herausgelöst und dem nicht hinterfragten Reformbegriff des wissenschaftlich-öko- nomisch-politischem Hauptstroms unterge- ordnet. Joachim Rock beschreibt exemplar- isch in seinem Beitrag Erfahrungen aus der Rürup-Kommission. Welche Rolle die Mei- nungs-/Wahlforschungsinstitute im Gefüge von Politik und Medien einnehmen, stellt eine weitere offene Frage für die künftige Debatte dar. Anja Kruke stellt hier aktuelle Forschungsbeiträge vor.

Im Ergebnis führen diese Prozesse zur Vereinheitlichung der politischen Be- richterstattung und Kommentierung, die den Hauptstrom nur verstärken. Die Funk- tionsbestimmung der Medien als „vier- te Gewalt“, mit den Aufgaben Informati- on, Kritik, Kontrolle und dem Zweck, an der Formierung von öffentlichem gesell- schaftlichen Be- wusstsein mitzuwirken, ist in Frage ge- stellt. Die Medien, so scheint es, unterhö- len ihren eigenen Anspruch darauf.

3. Repräsentations- krise ergreift die Me- dien
Diese Entwicklung bleibt in weiten Tei-

len der Bevölkerung nicht ohne Resonanz. Große Teile der Gesellschaft finden sich mit ihren Interessen, ihrem Alltag, ihren Wert- vorstellungen weder in den Medien noch in der Politik repräsentiert. Dort dominiert der neoliberale Zeitgeist, den der gehobene Mittelstand (re)produziert. Die Bedürfnisse weiter Teile der abhängig Beschäftigten nach Anerkennung, Solidarität und Teilhabe an dem alleine von ihnen produzierten ge- sellschaftlichen Reichtum finden sich in der Ideologieproduktion nicht wieder. Immer durchschaubarer wird der Versuch von Wirt- schaft und Medien, die Krise des Systems als „Politikverdrossenheit“ alleine einem Teil- system zuzuweisen. Die berechnete Unzu- friedenheit in der Mitte der Gesellschaft geht allerdings längst tiefer.

Die Demonstrationen der 500.000 am 3. April haben gezeigt, dass es sehr viele Men- schen gibt, die mit Sozial- und Lohnabbau nicht einverstanden sind und sich nicht (mehr) von Protest abhalten lassen. Ver- gleicht man aber, welcher Raum den Kund- gebungen und ihren Argumenten in den etablierten Medien eingeräumt wurde mit der Berichterstattung über die Antikriegs- demonstrationen 2003 fällt auf: Die akade- misch geprägte Friedensbewegung an der Seite ihrer Bundesregierung bekam we- sentlich mehr Raum als die tatsächlich aus allen Volksschichten stammende Bewe- gung gegen Sozialabbau.

Noch deutlicher wird der Unterschied, wenn man das mediale Gewicht der 500.000 mit jenen vielleicht 5.000 Wirt- schaftslenkern, Professoren, Chefredakteu-



Foto: Christian Kiel (Berlin)

ren und Politikern vergleicht, die nach der Bundestagswahl 2002 beschlossen haben, dass Deutschland unter einem „Reformstau“ leide, auf die „demografische Katastrophe“ zusteure, eine „Kostenexplosion im Gesundheitswesen“ erlebe und durch besseres „Fördern und Fordern“ 5 Millionen Arbeitslose davon abhalten könne, „sich auf Kosten der Gemeinschaft zurückzulehnen“. Diese 5.000 mussten sich nicht im Regen versammeln, damit ihre Stichworte große Resonanz erreichten. Während im gemeinen Volk ein gesundes Misstrauen gegen die BILD-Zeitung lebt – sie wird ja nur wegen des Sportteils gelesen – halten viele sich kritisch wahnende Studienräte, Anwälte und Berater an der Fiktion fest, bei SPIEGEL, ZEIT und Christiansen handele es sich um kritische und seriöse Medien.

Gerade diese milieudifferenzierte Sichtweise wird noch stärker zu beachten sein. So ist die mediale Spaltung in „Süddeutsche, ARD und 3Sat“ für die oberen Schichten und „Bild und Glotze“ für die unteren Schichten zwar festzustellen, doch das Einheitsdenken (*pensée unique*) verbreitet sich im Schein von Medienvielfalt vor allem auch in den etablierten gehobenen Medien. Passend hierzu beschreibt Walter von Rossum in seinem Beitrag, wie Christiansen allwöchentlich am Sonntag das Land rettet.

Die politischen Konstellationen erscheinen insgesamt gegenwärtig blockiert. Die sozialistische Linke darf aber nicht alleine das

etablierte Politik- und Parteiensystem wahrnehmen, sondern muss die Herausforderungen und Chancen erkennen, die sich bieten. Erfolgreiche Volksbegehren mit linken Themen – zuletzt in Hamburg gegen die Privatisierungen im Gesundheitswesen und für die Ausweitung der Kinderbetreuung –, wachsende gewerkschaftliche Aktivitäten und Initiativen für eine eigene Öffentlichkeit im Internet sind Anzeichen dafür, dass die Unzufriedenheit sich neue Wege sucht. Thomas Reißberg beleuchtet in seinem Beitrag am Beispiel des Vorwahlkampfes von Howard Dean die Perspektiven und Grenzen der neuen Medien für die politische Arbeit zwischen realer Wirksamkeit und Nischenfunktion.

4. Fragen zu Repräsentation und Deutungsmacht

Der politische Alltag ist davon geprägt, kleine Veränderungen unter den Bedingungen von Staat, Wirtschaft und Medien zu erreichen, so wie sie sind. Wer am modernen Sozialismus festhält, wird auf Analyse und Kritik der herrschenden Verhältnisse nicht verzichten können. Die Ausleuchtung des Mediensektors ist hierfür eine elementare Aufgabe.

Für die Linke stellt sich die Frage nach den Chancen, mit dem ökonomisch-bürokratisch-politisch-medialem Komplex in einen Hegemoniewettbewerb einzutreten. Die Gründung eigener Medien, die ökonomisch

konkurrenzfähig sind, dürfte illusorisch sein. Die ökonomische Schwäche korrespondiert mit Defiziten in der Medienkompetenz der Linken. Zu sehr reduziert man sich bei der Suche nach Gegenöffentlichkeit auf Nischen und distanziert sich ansonsten in zynischer Skepsis von den Alltagsmedien.

Die Stagnation der Abo- und Auflagenzahlen linker Zeitschriften wie spw belegen diese These. Dennoch leistet auch unser Kreis mit dem Erscheinen der spw seit 1978 einen Beitrag zu einer demokratischeren Öffentlichkeit. Darüber hinaus erscheint Engagement in alternativen Medienbereichen, bis hin zu Zeitungsgründungen nach dem Motto „das steht nicht in der Monopolzeitung“ im regionalen Bereich, nicht von vornherein aussichtslos. Der Ausweg in den alternativen Bereich unter Einbeziehung von Internet, Bürgerradio und Bürgerkanal ist grundsätzlich gangbar, aber mit Grenzen versehen. Eine moderne sozialistische Position zur Entwicklung der gesellschaftlichen Kommunikation und Öffentlichkeit muss noch gefunden werden. Sie wird von einer realistischen Analyse und Kritik der politischen Ökonomie der Medien ausgehen müssen und den besseren Umgang mit ihren Mechanismen ebenso umfassen müssen wie eine erneuerte Gegenöffentlichkeit. Wir hoffen, mit diesem Heft einen Beitrag dazu geleistet zu haben. Debattenbeiträge sind willkommen.

spw 4 / 2004

Medien – Macht – Konzentration

Zur Entstehung medialer Waren

von Christiane Leidinger

„Haben Sie das gestern abend auch im Fernsehen gesehen?“ Oder: „Hast'e gestern in der Zeitung gelesen?“ So oder ähnlich fängt zumeist ein klassisches Gespräch politisch Interessierter und engagierter Personen über Medien an. Wenn wir Medien thematisieren, diskutieren wir über Inhalte, die in den Medien stehen – zumeist in Form politischer Empörung, hektischer Aufgeregtheit oder auch wohlwollender Zustimmung. Sicherlich, es gibt auch Verweise auf die Notwendigkeit, in den Medien Werbung zu verkaufen, das diesbezügliche Stichwort *Kommerzialisierung* der Medien ist im Alltag recht geläufig. Wie die Medieninhalte allerdings zustande

kommen, d.h. unter welchen Bedingungen Medien produziert werden, ist hingegen in der BRD seit der Anti-Springer-Kampagne Ende der sechziger Jahre selten Gegenstand breiterer politischer, gesellschaftlicher Debatten.

Diese medienökonomische Abstinenz gilt sogar für internationale Foren, die u.a. das Thema Medien explizit auf ihrer Agenda gesetzt hatten, wie etwa der Weltinformationsgipfels der *UNO – World Summit on the Information Society (WSIS)*- der im Dezember 2003 in Genf stattgefunden hat und dessen zweiter Teil 2005 in Tunis folgen wird. (Informationen und Dokumente zum *UNO*-Weltinformationsgipfel vgl. URLs:

<<http://www.itu.int/wsis>> (Deklaration: WSIS-03/GENEVA/DOC/4-E; Aktionsplan: 5-E); <<http://www.geneva03.net>>; <<http://www.hubproject.org>>; <<http://www.crisinfo.org>>; <<http://www.worldsummit2003.de>> download 12/2003.)

Wer, was, wie und unter welchen Bedingungen Inhalte produzieren kann und darf, ist allerdings ein wichtiger Schlüssel für das Verständnis von Medien, präziser: der Entstehung ihrer Inhalte und damit schließlich auch der Problematik ihres Nutzens als politische Ressource.

Die Hyperkommerzialisierung, die heute für die Medienlandschaft mit ihren global herrschaftlich verschärften Bedingungen auf den weltweiten Märkten konstatiert werden kann, zeigt eine deutliche Binnenverschiebung innerhalb des doppelten Charakters der Ware Medien: Der Ge-

Dr. Christiane Leidinger ist Politologin und Autorin des Buches „Medien – Herrschaft – Globalisierung“ (Münster 2003). Sie lebt in Berlin.

brauchswert der Ware Medien wird deutlich zugunsten des Tauschwertes der Medien verschoben. Was sich nicht in den Profit einbinden läßt, fällt heraus oder wird marginalisiert. Dazu können auch kritische Inhalte zählen, die punktuell durchaus in den Medien Platz finden, aber nicht die Struktur herrschaftsförmiger oder auch schlicht belangloser Inhalte in den Medien verändern.

Als Ansprüche an die Medien werden als viele normative Einzelfunktionen genannt, die sich alle unter einen der drei Oberbegriffe Information, Kritik und Kontrolle fassen lassen. Darüber hinaus wird als eine weitere Medienfunktion die Notwendigkeit genannt, Einzelinformationen zu reduzieren.

Gerade die stetig anwachsende Informationsfülle, der sich JournalistInnen gegenüber sehen – Stichwort: Internet –, macht überdeutlich, dass Informationen zur Publikation ausgewählt werden müssen.

In der Diskussion um Funktionsbestimmungen von Medien werden ökonomische Bedingungen der Medienproduktion marginalisiert oder sogar ausgeblendet. Dadurch kann auch die Frage nach der Umsetzbarkeit der genannten normativen Ansprüche an die Medien nicht oder nur sehr bedingt ausgelotet werden.

Da Medien integralen Bestandteil und Ausdruck von Gesellschaft, von unterschiedlichen Herrschaftsverhältnissen sind, außerdem ein aktives Element im sozialen Prozeß, und Medien nicht nur informieren, sondern je nach Rezeption und entsprechender Rezeptionsressourcen der MediennutzerInnen auch Bewußtsein formieren, läßt sich deren inhaltliche Struktur ausdrücklich nicht allein auf ökonomische Faktoren zurückführen.

Nachrichtenentscheidungen

Bevor ich mich mit den ökonomischen Faktoren zuwende, zunächst ein Blick hinter die Kulissen der Nachrichtenproduktion: Die Auswahl von Nachrichten, insbesondere aus dem Pool von Agenturmeldungen und Berichten sowie anderen, den Redaktionen täglich in einer schier unübersichtlichen Fülle zugehenden Informationen und solchen, die durch Recherche generiert werden, gehört zentral zum Handwerkszeug von JournalistInnen. Nachrichtenauswahl ist zentraler Teil journalistischen Lernens und beruflicher Sozialisation. Damit ist auch die Ausbildung von bestimmten, journalistischen Wahrnehmungskorridoren verbunden, die durch eine spezifische Eigenlogik der Medien – präziser: der Redaktionen, der Medienschaffenden geprägt sind.

Zum Verständnis ein einfaches, abstraktes Beispiel: Wenn politisch engagierte Personen mit einem Problem an eine Redaktion herantreten, mit der Bitte, das Thema öffentlich zu machen, wird unter Umständen gesagt, das es sich dabei um ein Thema handelt, das weder neu, noch selten ist. Die ei-

gene Perspektive ist aber vielleicht gerade davon bestimmt, die Alltäglichkeit bis hin zur Serialität eben dieser Problematik deutlich zu machen. Die etablierte mediale Perspektive ist einer solchen Sichtweise gegenüber aber oft strukturell verschlossen. Die mediale Frage lautet demgegenüber: Was ist neu, was ist anders, was macht gerade diese Nachricht – auch gegenüber anderen – berichtenswert. Besonders für politisch Engagierte ist dies meist und durchaus verständlich eine recht frustrierende Erfahrung. Was steckt dahinter? Wesentlich sind die Kriterien, die dazu führen, ein Thema als interessantes, berichtenswertes Thema zu sehen, schließlich zur Publikation vorzuschlagen und redaktionell durchzusetzen versuchen. In der wissenschaftlichen Debatte wird dieser gesamte Komplex der sogenannten Auswahl von Nachrichten unter den Stichworten Nachrichtenwert, Nachrichtenfaktoren bzw. Nachrichtenwertfaktoren diskutiert.

Zunächst einmal sind die Medienschaffenden bei der Informationsgenerierung und bei der Informationsbearbeitung – abhängig von ihren Ressourcen, also: Ausbildung, Ausstattung, Personal, Zeit etc. (vgl. Gerhards 1995, 155).

Wichtig ist es, sich dabei auch zu vergegenwärtigen, welchen Status JournalistInnen jeweils haben, da dies etwas darüber aussagen kann, welche Möglichkeiten bestehen, ein Thema redaktionell durchzusetzen und wie hoch die Motivation ist, ein 'heißes Eisen' anzufassen oder auch schlichter ein nicht marktgängiges Thema anzubieten und damit eine Ablehnung zu riskieren – was bedeutet, viel Arbeitszeit ohne Honorar investiert zu haben. Gerade die freien und sog. festen freien JournalistInnen, die im Zeitungsjournalismus arbeiten, stehen unter immensem Existenzdruck.

Als zentrale Nachrichtenwertfaktoren werden z.B. die folgenden sechs unterschieden (vgl. Gerhards 1995, 157; Hall 1989, 129; Leidinger 2003, 51-53):

1. *Status der Akteure* als Nachrichtenwertfaktor – hierbei sind insbesondere Elite-Na-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



tionen im Blick oder auch anderes relevante Nationen bzw. es wird nach deren institutionellem Einfluß und beteiligten Elitenpersonen gefragt

2. *Relevanz* als Nachrichtenwertfaktor macht sich fest an der Nähe eines Ereignisses, am Ethnozentrismus – das meint eine Orientierung entlang geographischer und herrschaftlicher Relationalität im internationalen Staatengefüge; desweiteren wird überlegt, welche Tragweite ein Ereignis hat, wer wie betroffen ist etc.

3. zielt *Dynamik* als Nachrichtenwertfaktor auf Stichworte wie Überraschung; Ungewißheit bzw. Vorhersehbarkeit; die Sensation zählt, d.h. es geht gerade nicht um sog. banale Kontinuität; zudem wird die Frequenz des Vorkommens abgefragt

4. *Konsonanz* zielt auf Stereotypie von Darstellungen; Thematisierung; Kontinuität, die als Macht der Wiederholung wirkt

5. beim Nachrichtenwertfaktor *Valenz* spielt Aggression und Gewalt eine Rolle oder zumindest eine Kontroverse oder Wertverletzungen sowie Fragen von Erfolg

6. *Human Interest* als Nachrichtenwertfaktor wird verstanden als Personalisierung von Ereignissen oder auch als 'Namen sind Nachrichten' sowie als Emotionalisierung von Geschehnissen

Aus feministischer Perspektive wird die Debatte um die Nachrichten(wert)faktoren aus mehrfacher Hinsicht kritisiert und gezeigt, wie z.B. frauenpolitische Berichter-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



stattung durch das strukturelle Raster fällt und darüber hinaus, wie Androzentrismus die Inhalte bestimmt usw. (vgl. Leidinger 2003, 53-57). Im Zentrum der feministischen Grundsatzkritik der Nachrichtenwertdiskussion steht der wissenschaftliche Ansatzpunkt: Die Kritik muß bereits vor der journalistischen Praxis anhand der Nachrichtenwertfaktoren angesetzt werden. D.h. die Ausführungen zu den Nachrichtenfaktoren, können zwar die Prozeduren journalistischer „Routinen“ beschreiben, aber die Anwendung der Nachrichtenfaktoren selbst kann mit diesem Ansatz nicht als „Folge von komplexen Entscheidungsprozessen“ begriffen werden. Um sich dessen auch forschungslogisch klarer zu werden, wird vorgeschlagen, präziser von „Nachrichtenentscheidungen“ zu sprechen (Huhnke 1996, 48; 58-60). Denn mit diesem Terminus läßt sich der Ursachenkomplex beleuchten, konkreter: der Handlungsaspekt und das Ergebnis stärker betonen und auch begrifflich auf die professionell-journalistische und organisatorische Praxis als gewachsene Struktur der Nachrichtenproduktion verweisen. Der Vorstellung, es handele sich bei den Nachrichtenwertfaktoren um ein quasi naturhaftes Regelsystem, wie sie in Teilen der Nachrichtenwerttheorie vertreten wird, kann so der Boden entzogen werden. Denn die Herstellung von Nachrichten basiert auf Entscheidungen, denen „wiederum jeweils zu bestimmende soziale Standpunkte, herrschende Stereotype sowie eben auch darauf aufbauend journalistische Konventionen zugrunde liegen.“ (Huhnke 1996, 60) Herrschaftsverhältnisse und die jeweilige soziale Verortung der MedienarbeiterInnen sind der journalistischen Anwendung der

Nachrichtenwertfaktoren demnach *vorgängig*.

Mit der simplen Frage nach den Nachrichtenwertfaktoren wird der Nachrichtenproduktionsprozeß auf die Selektion aus dem vorhandenen news pool verengt und die teilweise vorgelagerte Themengenerierung spielt beispielsweise keinerlei Rolle. D.h. in der feministischen Diskussion wird bereits auf den Schritt vor der Auswahl aufmerksam gemacht. Dies trifft besonders auf die journalistische Eigenrecherche zu, also die Generierung von Themen jenseits der bloßen Nachrecherche etwa zur Aufbereitung von Agenturmeldungen.

Zusammengefaßt bedeutet dies, präziser von selektierender *Wahrnehmung*, selektierender *Auswahl* und *Bearbeitung* sowie selektierender *Veröffentlichung* zu sprechen, die die Prozesse der Nachrichtenentscheidungen ausmachen und die in ihren komplexen herrschaftlichen Kontext gestellt werden müssen.

Die journalistische Arbeitspraxis zeigt übrigens, dass die Orientierung an den Nachrichtenwertfaktoren bei Journalistinnen und Journalisten weitgehend gleich ist, was sich letztlich auf die berufliche Sozialisation zurückführen läßt, innerhalb derer Frauen wie Männer diese medialen Produktionsmodi lernen, zu denen ganz zentral die Nachrichtenentscheidungen gehören (vgl. Klaus 1998, 54). Diese vorherrschenden Entscheidungsprozeduren und deren Auswirkungen auf mediale Inhalte sind ein nicht unwesentlicher Teil der strukturellen Macht der Medien – und zwar jenseits deren Politischer Ökonomie. Die zunehmende Konzentration im Medienbereich verstärkt dieses Machtpotential der Medien und zwar

nicht zuletzt durch die mit Konzentration verbundene Zunahme an gesellschaftlichem Einfluss einzelner Medienkonzerne (vgl. Trappel u.a. 2002).

Konzentrationsbewegungen und potentielle Auswirkungen

Konzentrationsbewegungen im Medienbereich sind Folge der Kapitalisierung der Medienindustrie und verursachen ihrerseits wiederum in einem sich steigernden Prozess Konzentration. Diese Konzentrationsbewegungen stellen ein zentrales Strukturprinzip der Medienwirtschaft dar.

Dabei sind für den Medienbereich insbesondere vier Konzentrationsrichtungen relevant: die *horizontale*, *vertikale*, *multimediale* sowie die *multisektorale*, also branchenfremde Konzentration. Gemeinsam sind diesen vier Konzentrationsrichtungen die – logische – unternehmerische Zielsetzung des Profiterhalts bzw. der Profitmaximierung. Ein Beispiel ist hierfür im Kontext *multimedialer* Konzentrationsbewegungen, auch *cross-ownership* genannt, die gegenseitige redaktionelle Werbung verschiedener Medienarten: das *cross-promotion* als Form medialer Selbstberichterstattung, das zudem auf unternehmerische Imagepflege zielt. Die Zulieferung von Programmen als speziellem Teilproblem *vertikaler* Konzentration (vor-/nachgelagerte Bereiche) birgt die Problematik der Homogenisierung von Medieninhalten; sofern PR-Beiträge von Agenturen in einzelnen Medienprodukten übernommen werden, geht dies bis hin zur Pervertierung der Idee von Journalismus. Über Konzentrationsbewegungen wird in verschiedener Hinsicht versucht, eine marktkontrollierende Stellung zu entwickeln oder zu halten. Unter Umständen ermöglicht Konzentration, Marktzutrittsbarrieren zu errichten. Dabei wirkt vor allem das Prinzip der Marktmacht durch Größe eines Konzerns. Preis- und Qualitätskonkurrenz wird vermieden, was als Stabilisierung im „Medien-Oligopol-Kapitalismus“ (Prokop 2002, 195) begriffen werden kann. Denn der Medienbereich ist weniger durch Monopolsituationen als durch Oligopolsituationen gekennzeichnet.

Mit dem Begriff des Oligopols wird eine Marktform bezeichnet, innerhalb derer nur wenige ein bestimmtes Produkt anbieten – wie etwa auf dem überregionalen Abo-Zeitungsmarkt. Monopole finden sich hingegen auf den Lokal- und Regionalmärkten in Landkreisen und in kreisfreien Städten: hier wird von sog. Ein-Zeitungskreisen ohne jegliche Konkurrenz gesprochen. In über der Hälfte der bundesdeutschen Stadt- und Landkreise, so Angaben des *Bundeskartellamts*, erscheint heute nur noch eine Zeitung. Solche regionalen bzw. lokalen Zeitungsmonopole sind ein Zeichen für eine weitgehend abgeschlossene horizontale Zeitungskonzentration.

Durch horizontale Konzentration steigt die Zahl abhängiger Medien. Ökonomische Unabhängigkeit ist allerdings keineswegs eine hinreichende Bedingung für unterschiedliche mediale Waren. Andersherum formuliert: Auch Waren, die unter ein- und demselben Konzerndach produziert werden, also abhängig sind, könnten durchaus unterschiedlich sein.

Relevant für die Klärung der Frage nach der sog. Vielfältigkeit im Kontext *horizontaler* und auch *multimedialer* Konzentration ist die *corporate identity* oder auch verlegerische Leitlinie eines Konzerns, die beispielsweise auf verschiedene Zeitungen, die unter einem Konzerndach produziert werden, ausgeweitet werden kann. Interventionen mit Blick auf die verlegerische Leitlinie bewirkt eine Homogenisierung innerhalb der Medien und zusammen betrachtet auch der gesamten Medienlandschaft, verstanden als der Gesamtheit der Medienprodukte.

Wenn es gelingt, Konkurrenten vom Markt zu vertreiben, führt dies – abstrakt formuliert – ebenfalls zu einer Homogenisierung der Medienlandschaft. Wesentlich relevanter als Marktverdrängung ist für den Medienbereich in der Bundesrepublik allerdings die schlichte Tatsache, dass der Markt bereits hermetisch abgeriegelt ist: Dabei handelt es sich um eine Art prohibitive Homogenisierung der Medienlandschaft, weil das Potential ggf. heterogener Medienerzeugnisse im Vorfeld verhindert wird.

Neben den bislang genannten Konzentrationsfolgen wie den Marktzutrittschranken, der Marktkontrolle und der in/direkten Homogenisierung der Medienlandschaft lassen sich zwei weitere Kernfolgen von Konzentrationsprozessen im Medienbereich herausarbeiten: *erstens* der Bereich der Mehrfachverwertung von medialen Inhalten und weitergehend als eine spezielle Form davon, die Mehrfachverarbeitung von Inhalten. Beide führen sie im Ergebnis zu einer Homogenisierung von Medieninhalten; *zweitens* der Komplex der Selbstzensur als potentielle Auswirkungsmöglichkeit, nicht nur, aber besonders im Kontext der *multi-sektoralen* Konzentration im Medienbereich.

Mehrfachverwertung und Mehrfachverarbeitung

Die mehrfache Verwertung von Beiträgen bietet sich nicht nur bei horizontaler, sondern speziell bei multimedialer Konzentration an. Dabei werden Beiträge ganz einfach in mehreren hauseigenen Medien veröffentlicht. Dieses Prinzip der Mehrfachverwertung kann dabei eine besondere Form annehmen, nämlich die einer Mehrfachverarbeitung medialen outputs. D.h. Beiträge werden nicht nur quantitativ mehrfach verwertet, sondern auch qualitativ mehrfach für verschiedene Medien verarbeitet. Wäh-

rend diese Mehrfachverarbeitung für den Konzern Kostensenkung und Effizienzerhöhung ermöglicht, zieht sie für JournalistInnen Mehrarbeit nach sich. Diese Mehrarbeit geht der Recherche oder dem Schreiben verloren, was zwangsläufig zu einer oberflächlicheren Analyse führt. Themen, die mit großem Aufwand zu recherchieren sind oder ebenfalls arbeitsintensive journalistische Genres wie die Reportage fallen aus dem Repertoire.

Das Problem Mehrfachverwertung und auch der Mehrfachverarbeitung zeigt, dass der „schöne Schein unendlicher Vielfalt“ des Medienangebots (Barber 1996, 127) durchaus trügerisch ist. Zwar zeichnet sich beispielsweise der Zeitschriftenbereich durch eine beeindruckende Fülle von Titeln aus und es kann in einem engen Sinne von einer immensen Vervielfältigung des Angebots gesprochen werden. Aber nicht zuletzt die problematisierte Strategie der Mehrfachverwertung legt dabei sehr nahe, weitgehende Übereinstimmungen in Themenauswahl und Aufbereitung zu vermuten. Dies pervertiert den Topos der Vielfalt der Medien: Vielzahl und Vielfalt sind nämlich keineswegs identisch.

Die Mehrfachverwertung/Mehrfachverarbeitung wird im Kontext eines journalistischen status quo praktiziert, ist also eine mehrfache Publikation von eher mainstream-orientierten Beiträgen. Im Ergebnis lässt sich dies so pointieren: Marktgängige Inhalte werden potentiell verstärkt eingeblendet, während kritische Inhalte potentiell verstärkt ausgeblendet bleiben. Der Gesellschaft werden so u.U. zentrale Informationen vorenthalten, Herrschaftsverhältnisse werden journalistisch fortgeschrieben. Die „Macht der Wiederholung“ (Faludi 1993, 128) durch mehrfache Verwendung und andere journalistische Arbeitspraxen, die zu einer Gleichförmigkeit der Inhalte führen, dürfte zur Zementierung herrschaftlicher Bilder und Stereotype beitragen. Das mediale Angebot kann so herrschaftsförmig verengt und vereinheitlicht werden.

Alle hier angeführten potentiell homogenisierenden Auswirkungen auf die Medieninhalte bzw. die Medienlandschaft sind gerade in vielen Gebieten mit regionalen und/oder lokalen Monopolstellungen – zumeist Zeitungen –, besonders prekär. Denn bei thematischen Auslassungen, Verzerrungen etc. kann kein anderes Blatt eine korrektive Funktion einnehmen. Im Falle multimedialer Konzentration kommt es darüber hinaus zu Doppelmanipulationen von Print- und Rundfunkbereich, etwaige publizistische Korrektive durch verschiedene Medien entfallen dort ersatzlos.

Marktstrukturell vermittelte Selbstzensur Selbstzensur ist ein komplexer, fatalerweise zudem selbst (journalistisch) tabui-

sierter Bereich potentieller Auswirkungen (nicht nur) von Medienkonzentration: Speziell vor dem Hintergrund branchenfremder Verflechtungen werden un/erwünschte Inhalte vorenthalten oder auch gezielt lanciert.

In durchgeführten, angedrohten oder befürchteten zensorischen Eingriffen in Medieninhalte sind selbstensorische Praktiken von JournalistInnen bereits eingelassen: Dies fasse ich mit dem Begriff der Selbstzensur. Das großgeschriebene Z betont, dass es sich um ein untrennbares Verhältnis von potentiellen oder realen Zensurdrohungen handelt. Diese gehen mit selbstensorischen Praktiken Hand in Hand und zwar um den gleichsam möglichen zensorischen Akten bzw. Befürchtungen hinsichtlich des Arbeitsverhältnisses vorzubeugen. Beim Selbstzensurmechanismus, ob es nun bewußter vorauseilender Gehorsam oder unbewußte Scheren im Kopf sind, werden die Grenzen des gegebenenfalls sogar Möglichen nicht ausgetestet oder gar zu verschieben versucht.

Konkreter: In der Regel wird psychisch auf Angst – also vor einem möglichen zensorischen Akt oder auch schlicht der Ablehnung durch eine Redaktion – vergleichsweise schlicht reagiert: mittels eines Angstmechanismus vollzieht sich eine „Übersetzung von Machtverhältnissen in primär psychisch zu verarbeitende Ohnmacht“ (Horn 1979, 180). Der konkreten oder imaginären Gefahr wird „antizipatorisch“ aus dem Weg gegangen und diese unter Umständen sogar „realitätsunangemessen abgefälscht“ (*ibid.*) – etwa bei der Einschätzung 'sonst verliere ich meinen Arbeitsplatz'. Hierbei treffe ich keineswegs Aussagen über ein quantitatives Ausmaß, sondern skizziere die Problematik, wie ein – z.B. konzentrationsbedingter – Machtkonflikt privatisiert werden kann und sich damit öffentlicher Kritik und Kontrolle entzieht, da er sich scheinbar nur noch im Individuum JournalistIn/Journalist selbst abspielt.

Die sich hier anschließende Frage ist die nach denjenigen JournalistInnen, die sich diesem Druck bewußt entgegen stellen. Zweifellos: Es gibt in einzelnen Redaktionen und auf dem Markt der Freien, Journalistinnen und Journalisten, die persönlich mutig genug sind und lieber ihren Job riskieren, als sich Vorschriften darüber machen zu lassen, ob oder wie sie über wichtige, womöglich skandalöse Geschehnisse z.B. in einem Konzern berichten. Vor dem Hintergrund des beruflichen Selbstverständnisses von JournalistInnen scheint aber äußerste Skepsis angebracht, ob dieser Personenkreis etwa im bundesdeutschen Journalismus – der hierbei gerne gegenüber dem US-amerikanischen positiv hervorgehoben wird,

www.sozialismus.de



Redaktion Sozialismus: Wahlen, Profit, Moral; Joachim Bischoff: Emanzipation der Lohnarbeit im 21. Jahrhundert Utopie als politischer Kampfbegriff; Herbert Schui: Produktivität und Wohlstand; Grundlagen für eine andere Politik; Harald Werner: Allseits ohnmächtige Entschlossenheit; Christoph Lieber: Zeitdiagnostiker Habermas. Eine Nachlese anlässlich seines 75. Geburtstages

Marcel Schaller: Steuerpolitik in der Diktion des Zeitgeistes; Eva Müller: Staatsschulden und Sozialausgaben; Klaus Steinitz: Wie offen ist die Zukunft Ostdeutschlands? Klaus Kohlmeyer: Wegschließen oder resozialisieren? Strafvollzug in der Bundesrepublik; Gine Elsner: Zum Beispiel: Zuwanderung

Klaus Pickshaus: »Gute Arbeit«. Revitalisierung der Arbeitspolitik; Redaktion Sozialismus: Aufklären – Debatte – Aktion, Arbeitnehmerbegehren: die Politik in die Betriebe bringen

Bernhard Sander: Französische Linke – Stärker als der Bürgerblock, aber nicht hegemonial; Mario Kessler: Der arabisch-jüdische Konflikt 1929. Der erste Bürgerkrieg in Palästina; Jens Becker: Opfer- und Täterbiografien. Neue Ansätze der historischen Kommunismusforschung; Antje Trosien: »Musik für Hochzeiten und Begräbnisse« (Filmkritik)

Supplement: Sebastian Herkommer
Architektur und soziale Stadtentwicklung

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-
Abo: € 62,- (erm. € 44,-)

Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Fax 040/280 505 68
e-Mail: redaktion@sozialismus.de

immer noch besonders groß ist. Während in älteren Untersuchungen deutsche Journalistinnen und Journalisten als eifrige „Missionare“ bezeichnet werden, kommen neuere repräsentative Studien zu einem anderen Ergebnis: Das Gros versteht sich lediglich als neutrale „Vermittler“ von Information, was mit einem wenig aktiven Verständnis von Recherche einhergeht – gegenläufig dazu ist der Enthüllungsjournalismus zu nennen (vgl. z.B. Kepplinger 1979; Weischenberg/Löffelholz/Scholl 1993; Schönbach/Stürzbecher/Schneider 1994; Altmeppen/Löffelholz 1998).

Ein unumstrittenes Selbstverständnis wie das des lediglich informierenden Journalismus, läßt sich selbstredend deutlich einfacher in redaktionell-journalistisches Handeln umsetzen als der Anspruch ein Kritiker oder eine Kontrolleurin zu sein. Im angenommenen Fall X eines Interessenskonflikts um ein heikles Thema oder Detail im Kontext multisektoraler Verflechtung liegt es nahe zu vermuten, dass JournalistInnen mit einem nicht ausgewiesenen kritischen beruflichen Selbstverständnis den beschriebenen Angstmechanismus eher typisch mit Anpassung, sprich Selbstzensur lösen, als widerständig und dass sie diese Praktiken sogar nach dem Prinzip der „Entthematisierung“ der Angst (vgl. Horn 1979) mit Verweis auf die Nachrichtenwertfaktoren verschleiern. Die gesamte Problematik steht im Kontext eines immer enger werdenden journalistischen Marktes, weshalb ich dies als *marktstrukturell vermittelte Selbstzensur* bezeichne.

Schauen wir uns den Kontext multisektoraler Konzentration, durch die in besonderem Maße selbstzensurische Akte auftreten können, genauer an: Die Medienindustrie steht durch die verstärkt auftretende branchenfremde Verflechtung im Kontext anderer finanzieller Privatinteressen, die Intransparenzen und neuartige Abhängigkeiten schaffen. Darin liegt ein Risikopotential, das die Unabhängigkeit der Medien potentiell aushöhlt und/oder untergräbt und damit die Glaubwürdigkeit journalistischen Arbeitens ernsthaft in Frage stellt. Hierbei wird ein beträchtlicher Grad an Vermachtung und Verkaptalisierung der Öffentlichkeiten deutlich! Im Kontext multisektoraler Konzentration möchte ich noch einen weiteren relevanten Bereich, durch den im Kontext der Globalisierung der Medien (vgl. Leidinger 2003) negative Konsequenzen für die Medieninhalte zu erwarten sind, aufzeigen.

Medienkonzerne an der Börse und shareholder-value

Der Gang von Medienkonzernen an die Börse ist als eine Form der „Kapitalisierung“ der Medienindustrie zu verstehen

(Knoche 2001, 180). Im Zuge aktueller Entwicklungen im Globalisierungsprozeß gewinnt die Börsennotierung zur Beschaffung von Akquisitionskapital auch in Europa mehr an Bedeutung.

Die Problematik zunehmender tendenzieller Instabilität im Medienbereich ist u.a. auf zwei miteinander kombinierbare Spekulationsvarianten auf den Aktienmärkten zurückzuführen: erstens auf verschiedene Formen multisektoraler Verflechtungen im Kontext börsennotierter Unternehmen wie z.B. dem Mischkonzern *General Electric* und zweitens auf anonymes Kapital/sog. Investmentgesellschaften als spezifische Form multisektoraler Konzentration. Aktienspekulation ist ein Sonderfall des Aktienbesitzes, d.h. nicht alle AktienbesitzerInnen spekulieren im folgenden beschriebenen Sinn. Außerdem ist die Börsennotierung von Medienunternehmen selbstredend unabhängig von multisektoraler Konzentration – dort wird sie aufgrund der komplexen Konzernarchitektur allerdings wahrscheinlicher als im klassischen Medienbereich.

Sofern sich branchenfremdes Kapital mit dem Ziel der *Medienproduktion* engagiert, wird *shareholder value* zum Maßstab des Unternehmenserfolges (vgl. Hautsch 1999, 27). Dies bedeutet, die Wertsteigerung der Aktien wird zu einem *entscheidenden* Kriterium für die Geschäftspolitik und der Börsenwert prägt die Entscheidungen der Medienunternehmen.

Wie läßt sich die *shareholder value*-Orientierung im Medienbereich konkreter denken? Für Medienkonzerne sind bezogen auf den *Aktienkurs* – ähnlich wie in anderen Branchen und Bereichen auch – insbesondere zwei Stichworte zentral: *Kostensenkung* und *Technologie*.

Zur Kostensenkung zählt in verschiedenster Hinsicht auch die Personalpolitik etwa durch Besetzung von Schlüsselpositionen sowie Personalentlassungen – häufig im Kontext von Fusionen. Entwicklung, Einführung, Transfer oder Anwendung von Technologien gelten als weitere Aspekte, die für das Verhalten am Aktienmarkt entscheidend sein können. *Negative* Folgen, die sich auf *Technologien* beziehen, sind insbesondere dann zu erwarten, wenn die finanziellen *Mittel* eines Medienkonzerns für technische Innovationen bzw. deren Transfers *umgelagert* werden, die sich beispielsweise in erster Linie auf die Übertragungs- und Bildqualität auswirken wie etwa bei der Digitalisierung, nicht aber auf den journalistischen *output* im engeren *inhaltlichen* Sinne. Sofern JournalistInnen zugunsten von Technikinvestitionen Ressourcen entzogen werden, sind auch hier *potentiell* negative Auswirkungen auf die Medieninhalte zu erwarten.

Personalabbau in einem Medienunternehmen kann sich ebenfalls negativ auf die journalistische Qualität auswirken, sofern die *personellen Ressourcen* zum Beispiel für bestimmte Themenfelder aber auch in der laufenden Berichterstattung knapper werden und dies die Berichterstattung (z.B. Recherchemöglichkeiten) einschränkt.

Da der *Verfall* von Aktienkursen dazu führen kann, dass ein Konzern zum *billigen* Übernahmekandidaten wird, besteht für 'unabhängige' Unternehmen ein Zwang, immer im Trend liegen zu müssen, was in der Konsequenz zu einer Vereinheitlichung von Unternehmenskulturen führt, da sich alle am sog. Marktführer orientieren; Produktinnovationen und Technologie stehen dabei im Vordergrund. Für den Medienbereich ist besonders problematisch, dass *homogenisierend* eher *imitate* gefördert werden, während sich erst langfristig auszahlende Investitionen wie etwa neue Programm- oder Zeitschriftenformate kurzfristig negativ auf die Unternehmensbilanzen auswirken, was wiederum Rückwirkungen auf den Börsenwert hat.

Shareholder value orientierte Überlegungen greifen außerdem speziell bei Konzentrationsbewegungen börsennotierter Unternehmen: zum einen hinsichtlich etwaiger Ankündigungen, eine Nachrichtenagentur aufzukaufen, da hierdurch erhebliche Einsparungen (bspw. sog. Tickerkosten) zu erwarten sind, oder zum anderen durch die Ankündigung oder auch Umsetzung einer *multimedialen* Fusion, in deren Folge verstärkt journalistische Mehrfachverwertung oder sogar Mehrfachverarbeitung praktiziert werden kann.

Alle hier angeführten *potentiellen, negativen* Folgen für den medialen output durch Spekulation auch im Medienbereich lassen sich begrifflich als *Anti-journalistischer shareholder value* pointieren. Journalistische Standards bleiben ebenso auf der Strecke wie arbeitsrechtliche, soziale und ggf. auch ökologische Mindeststandards.

Die potentiellen Auswirkungen von Medienkonzentration als Folgenabschätzung, die ich problematisiert habe, skizzieren gewissermaßen einen *worst case* dessen, was passieren *kann*, aber eben *nicht muß* (vgl. Leidinger 2003, 128-137). Gegenüber der stark auf die (fraglos wichtigen) str/eng ökonomischen Aspekte der Medienkonzentration und deren Beschreibung fokussierte deutschsprachige Medienforschung, zentriere ich die *gesellschaftlichen* Folgen der Konzentrationsbewegungen durch ihre potentiellen Auswirkungen bei der Konstituierung von Öffentlichkeit.

Wir sollten also nicht mehr nur fragen: „Haben sie das gestern auch im Fernse-

hen gesehen?“ Oder: „Hast'e gestern in der Zeitung gelesen?“, sondern darüber hinaus auch eine Vorstellung davon entwickeln, wem die jeweiligen Medien gehören und wer darin unter welchen Bedingungen Inhalte produziert.

Denn die entfesselte Medienwirtschaft zeigt eine Medien-Macht-Konzentration erschreckenden Ausmaßes. Dieser ökonomischen und politischen Machtkonzentration steht in der Bundesrepublik derzeit eine wenig ausgeprägte Kritikultur gegenüber. Wenn sich eine politisierte, kritische gesellschaftliche Diskussion über Medienkonzentrationsprozesse wiederbeleben ließe, wäre zwar noch nicht alles gewonnen, aber eben auch noch nicht alles verloren. Und: Die Parole muß ja – in verschiedener Hinsicht – nicht zwingend wieder: „Enteignet Springer!“ lauten.

spw 4/2004

Literatur

Altmeppen, Klaus-Dieter/Löffelholz, Martin (1998): Zwischen Verlautbarungsorgan und vierter Gewalt. Strukturen, Abhängigkeiten und Perspektiven des politischen Journalismus, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 97-123

Barber, Benjamin R. (1996): Coca Cola und heiliger Krieg, Bern/München/Wien: Scherz

Faludi, Susan (1993 [1991]): Die Männer schlagen zurück. Wie die Siege des Feminismus sich in Niederlagen verwandeln und was Frauen dagegen tun können, Reinbek: Rowohlt

Gerhards, Jürgen (1995): Welchen Einfluß haben die Massenmedien auf die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, in: Göhler, Gerhard (Hrsg.): Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht, Baden-Baden: Nomos, 149-177

Hall, Stuart (1989): Die strukturierte Vermittlung von Ereignissen, in: ders., *Ausgewählte Schriften. Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus,*

Nora Rätzhel mit einem Vorwort von H. Gustav Klaus (Hrsg.), Hamburg: Argument, 126-149

Hautsch, Gert (1999): Zwischen Buch und Börse. Die deutsche Medienbranche zwischen Sommer 1998 und Sommer 1999, in: M 10, 20-27

Horn, Klaus (1979): Zur politischen Psychologie informeller Zensur und Selbstzensur, in: 3. Internationales Russell-Tribunal. Zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland 3: Gutachten, Dokumente, Verhandlungen der 2. Sitzungsperiode/Teil 1: Zensur, Berlin: Rotbuch, 179-187

Huhnke, Brigitta (1996): Macht, Medien und Geschlecht. Eine Fallstudie zur Berichterstattungspraxis der dpa, der taz sowie der Wochenzeitungen Die Zeit und Der Spiegel von 1980-1995, Opladen: Westdeutscher Verlag

Klaus, Elisabeth (1998): Kommunikationswissenschaftliche Geschlechterforschung. Zur Bedeutung der Frauen in den Massenmedien und im Journalismus, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag

Knoche, Manfred (2001): Kapitalisierung der Medienindustrie aus politökonomischer Perspektive, in: M&K 49, 177-193

Leidinger, Christiane (2003): Medien – Herrschaft – Globalisierung. Folgenabschätzung zu Medieninhalten im Zuge transnationaler Konzentrationsprozesse, Münster: Westfälisches Dampfboot

McChesney, Robert (1999): Rich Media, Poor Democracy. Communication Politics in Dubious Times, Urbana/Chicago

Prokop, Dieter (2002 [2001]): Der Medien-Kapitalismus. Das Lexikon der neuen kritischen Medienforschung, Hamburg: VSA, 2. aktual. Aufl.

Schönbach, Klaus/Stürzebecher, Dieter/Schneider, Beate (1994): Oberlehrer und Missionare? Das Selbstverständnis deutscher Journalisten, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, KZfSS, Sonderheft 34, Opladen, 139-161

Trappel, Josef u.a. (2002): Die gesellschaftlichen Folgen der Medienkonzentration. Veränderungen in den demokratischen und kulturellen Grundlagen der Gesellschaft, Opladen

Weischenberg, Siegfried/Löffelholz, Martin/Scholl, Armin (1993): Journalismus in Deutschland. Design und erste Befunde der Kommunikator-Studie, in: MP 1, 21-33



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Konzentrationsprozesse im Mediensektor

von Hans J. Kleinsteuber

Seit einiger Zeit arbeitet die „rot-grüne“ Bundesregierung daran, die bestehenden Regelungen zur Pressefusionskontrolle zu novellieren: Faktisch heißt dies, sie zu lockern. Was bedeutet dies in der gegebenen Mediensituation und wie sind die neuesten Entwicklungen einzuordnen? Voraussetzung jeder demokratischen Medienpolitik muss das Bekenntnis sein, dass Medien konstitutiv für westlich-demokratische Systeme sind. Ihre Aufgabe ist es, staatliches Handeln kritisch zu begleiten, sie sollen die Staatsbürger objektiv und hintergründig informieren und eine Vielfalt von Meinungen repräsentieren. Das Bundesverfassungsgericht hat diesem Anliegen höchste Weihen erteilt, Aufgabe der Medienpolitik sei es „die Verhinderung des Entstehens vorherrschender Meinungsmacht“ (im sog. Vierten Rundfunkurteil 1986) sicherzustellen.

Dieser Beitrag gibt einen kurzen Überblick zu aktuellen Entwicklungen. Er beginnt damit, die Bedeutung des Mediensektors innerhalb der gesamten Ökonomie zu umreißen und betont darauf spezifische Besonderheiten, die sich aus der Geschäftspraxis und den Marktkonditionen von Medienunternehmen ergeben. Die derzeitige Konzentrationssituation in Deutschland wird umrissen, aktuelle Tendenzen angesprochen. Schließlich wird die bestehende Situation in der Konzentrationskontrolle beschrieben und ein Ausblick auf geplante und notwendige Veränderungen gegeben.

1. Medienwirtschaft: Was ist das eigentlich?

Wir haben uns daran gewöhnt, von Medienkonzernen zu sprechen, wenn wir von den großen der Branche wie *Bertelsmann* oder *Springer* sprechen. Tatsächlich ist die Medienwirtschaft recht vielfältig organisiert. Zwar können von der *Axel Springer Verlag AG* Aktien erworben werden, gleichwohl befindet sich dieses wie die meisten anderen Unternehmen unter der Kontrolle der namensgebenden Familie (Springer, Bauer, Burda, Holtzbrinck), bei Bertelsmann ist es die Mohn-Familie. Auf Medienmärkten tummeln sich aber auch Anbieter wie die öffentlich-rechtlichen Rundfunkhäuser, die juristisch gesehen, auf einer (eigentlich anti-

quierten), „Anstalts“-Verfassung beruhen und damit ganz sicher keine Unternehmen darstellen (auch wenn dies mitunter von ihnen und anderen behauptet wird). Andere Anbieter wie die (ehemals) alternative *tageszeitung* sind genossenschaftlich geprägt. Schließlich finden wir auch zivilgesellschaftliche Medienträgerschaft, etwa die Trägervereine, die nicht-kommerzielle Lokalradios oder Offene Kanäle betreiben.

Diese begrüßenswerte Vielfalt überdeckt allerdings die Tatsache, dass die meisten und vor allem die reichweitenstärksten Angebote der Republik aus ganz wenigen, großen, häufig diversifizierten Unternehmen stammen. Um dies an einem Beispiel zu erläutern: Der gesamte privat-kommerzielle Teil des Fernsehens wird von zwei „Senderfamilien“ (was für ein Begriff von Familie!), faktisch zwei Unternehmen kontrolliert, die jeweils ein ganzes Bündel von TV-Kanälen ihr Eigen nennen und gemeinsam den Werbemarkt zu ca. 90 % unter sich aufteilen. Die *RTL-Familie* zählt mehrheitlich zum *Bertelsmann-Konzern*, dem größten Medienkonzern Europas und einer der fünf weltweit tätigen „Player“. Die zweite Senderfamilie *Pro7Sat1* hatte der Medienkönig Leo Kirch aufgebaut, allerdings mit seiner verfehlter Geschäftspolitik in den Konkurs getrieben. Heute wird dieser Teil des Kirchschen Imperiums durch amerikanische Investoren unter Führung von Heim Saban kontrolliert, einen zweistelligen Prozent-Anteil hält aber auch der *Springer Verlag*. Bei letzterem handelt es sich um das größte Pressehaus Europas, das auf dem deutschen Zeitungsmarkt nahezu ein Viertel aller Publikationen herausgibt. Es handelt sich hier also durchgängig um große, marktmächtige Akteure. Auch wenn sie sich im Konzert anderer Großunternehmen eher klein ausmachen: Nach der *WELT-Rangliste* rangiert *Bertelsmann* auf Position 21 der größten Unternehmen, *Springer* auf 185 und die *Pro7Sat1* bringt es auf Platz 272 (Zahlen von 2001). Medien werden als machtvoll und einflussreich wahrgenommen, weil sie am Markt für Meinungen agieren. Weil sie aber eigentlich eher mittelgroße Familienunternehmen darstellen, sind sie vor Aufkäufen nicht gefeit. Darum wird es für die wirklich starken Großunternehmen immer

interessanter, zusätzlich in den Medienbereich zu investieren. In den USA zählen die das TV-Networks, deren Nachrichten die Meinungsführerschaft im Lande innehaben, allesamt zu größeren Unternehmen. NBC wird von dem gigantischen Konglomeratunternehmen *General Electric* kontrolliert, CBS vom *Viacom*, ABC von *Disney*, CNN von *Time Warner* und *Fox* von *Murdoch*. Die vier letztgenannten zählen zusammen mit *Bertelsmann* zu den fünf großen Global Players im Medienbereich. In Frankreich liegen die beiden größten Mediengruppen in der Hand von Rüstungskonzernen. Auf die Spitze getrieben erscheint die Situation in *Silvio Berlusconi* Italien, wo der reichste Geschäftsmann des Landes auch die größte Ansammlung von Medien kontrolliert und als Ministerpräsident die Gesetzgebung und sogar die Besetzung von Konkurrenzorganisationen wie der *RAI* mitbestimmen kann. Die Beispiele machen deutlich, dass der Medien-sektor nicht als Wirtschaftsbranche wie jede andere betrachtet werden darf. Hier geht es niemals allein um unternehmerische Tätigkeit, sondern immer auch um Instrumente zur Kontrolle politischer Macht. Dies soll eigentlich im Sinne der Bürger als „Vierte Gewalt“ geschehen, dient aber allzu oft wirtschaftlichen Mächten zur Durchsetzung eigener Interessen.

2. Die besonderen Gesetzmäßigkeiten der Medienökonomie

Ein spezifisches Problem der Medienindustrie ist, dass ihr eigentümliche Gesetze einer „*Economics of Scale*“ gelten, zu deutsch: Größenvorteile. Die bedeuten, dass die Stückkosten der Produktion mit steigender Betriebsgröße sinken. In anderen Worten: Größe am Markt wird gegenüber Kleinheit extrem belohnt. Dies beruht darauf, dass der Betrieb einer leistungsfähigen Redaktion unabhängig von der Auflage hohe feste Kosten erzeugt, während das eigentliche Produkt, etwa die Zeitung aus bedrucktem Papier, kaum etwas kostet. Wer der großen Marktanteil hat, gewinnt, der kleine Konkurrent oder ein Herausforderer werden erdrückt und verlieren schließlich. Deswegen sind auch Neugründungen fast nie erfolgreich.

Daraus resultiert eine zerstörerische Tendenz zur Konzentration, aus ehemals kleinen Unternehmen werden wenige zu verzweigten Konzernen, der Rest verschwindet vom Markt. Die Richtung dieser Expansion kann in verschiedene Richtungen weisen:

1 Horizontales Wachstum erfolgt, wenn ein Unternehmen auf seinem angestammten Markt expandiert, aufkauft oder mit auf demselben Markt arbeitenden Unternehmen fusioniert. Horizontales Wachstum führt zu marktbeherrschenden Positionen ist deshalb erster Angriffspunkt von Konzentrationskontrollen.

2 Vertikales Wachstum erfolgt entweder „vorwärts“ oder „rückwärts“ in die jeweils nächste Stufe der Versorgungskette. Ein typisch vertikal integriertes Unternehmen spannt seine Tätigkeit von der Produktion von Medieninhalten bis zur Distribution an den Konsumenten. Diese Form der Expansion ist weniger konzentrationsrelevant, da nicht Marktbeherrschung in Vordergrund steht, sondern die Verminderung von Transaktionskosten.

3 Diagonales Wachstum erfolgt, wenn ein Unternehmen in neue, bisher nicht versorgte Geschäftsfelder expandiert oder Unternehmen mit unterschiedlicher Branchenorientierung miteinander fusionieren. Printmedien streben in den elektronischen Medienbereich; Medienunternehmen liieren sich in Erwartung der digitalen Konvergenz mit Telekommunikationsanbietern etc. Auch dieses Wachstum ist konzentrationspolitisch weniger problematisch.

4 Transnationales Wachstum ist dann zu erwarten, wenn die Märkte in einem Land dicht besetzt sind oder nationale Konzentrationskontrollen eine weitere Expansion unmöglich machen. Dann tendiert ein Medienunternehmen dazu, seine Expertise zum Einstieg in weitere nationale Märkte zu nutzen, durch Kauf, Fusion, Lizenzierung oder Joint Venture. Diese Form horizontaler Expansion schafft Konzentrationsprobleme auf anderen nationalen Märkten oder auch im größeren Raum, etwa auf europäischer oder globaler Ebene

Diese Auflistung sollte nicht so verstanden werden, dass ein „Empire Building“ allein in der Dynamik der Märkte angelegt ist. Auch wenn diese Tendenz als objektive Tendenz vorhanden ist, so darf der subjektive, der menschliche Faktor nicht übersehen werden, ohne den wirtschaftliches Handeln nicht auskommt. Ein solcher Faktor sind die zahlreich vertretenen „Medienmogule“ in dieser Branche, also Einzelpersonen als Unternehmer, die – in Zeiten der anonymen Aktiengesellschaften die Ausnahme – eine umfassende Kontrolle über ihr Unternehmen ausüben. Der bekannteste Mogul ist sicherlich der in Australien geborene, heute vor allem aus den USA agierende Rupert Murdoch mit seiner *News Corporation*, einer der Global Players mit Aktivitäten auf allen fünf Kontinenten.

3. Konzentrationspolitik in Deutschland
 Normativ gesehen ist es Aufgabe der Politik sicherzustellen, dass eine möglichst vielfältige Medienlandschaft besteht, in der

vom Staat, von wirtschaftlichen Interessen und auch voneinander unabhängige Informationskanäle zur Verfügung stehen. Die wichtigste Sicherung in dieser Hinsicht stellt die Existenz eines Public Service-Rundfunksystems im Rahmen einer dualen Struktur dar, wobei Voraussetzung ist, dass sich die Anbieter beider Säulen nach Art der Organisation, der Finanzierung, der Kontrollstruktur und der Programmaufträge fundamental unterscheiden. Selbst wenn es im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Prozesse der Selbstanpassung an kommerzialisierte Umwelten gab, ist dies nach wie vor der wichtigste Beitrag zu einer Konzentrationspolitik – die natürlich eine Anti-Konzentrationspolitik sein muss.

Ein weiteres Moment stellen Bestimmungen im Rundfunkstaatsvertrag dar, denen zufolge kein Anbieter mit seinem Angebot den Zuschaueranteil von 30% überschreiten soll. Eine zu diesem Zweck errichtete Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) soll begleitend Daten liefern, um Einschreiten zu können. Faktisch handelt es sich vor allem um symbolische Politik, weil die beiden oben genannten Senderfamilien unter der Konzentrationsrechtlich relevanten Zuschauerquote von 30 % liegen, außerdem das Instrumentarium zu Bekämpfung wenig durchsetzungsfähig erscheint. Immerhin wird dokumentiert, dass im Medienbereich spezielle Rahmenbedingungen herrschen und Konzentrationsbekämpfung eine staatliche Aufgabe darstellt.

Schon in den 60er und 70er Jahren war eine Welle des Zeitungssterbens durch das Land gegangen und es waren erste Zeitungsketten entstanden. 1976 erfolgte, als Antwort auf diese Tendenzen, eine Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen dahingehend, dass die meisten Übernahmen und Beteiligungen an Presseunternehmen ab 25 % Kapitalanteil dem Bundeskartellamt mitgeteilt werden müssen, welches darauf seine Zustimmung

zu geben hat. Diese Bestimmung konnte nur begrenzte Wirkung erzielen, weil internes Wachstum der Pressehäuser nicht tangiert war (Gründung neuer Verlagsobjekte), gleichwohl wurde effektiv eine weitere Expansion der Großen in der Branche gedämpft. Die *Axel Springer AG* liegt – nicht zuletzt wegen dieser Bestimmungen – seit Jahren bei einem Anteil von etwa 23 % auf dem Tageszeitungsmarkt (2004: 22,7), der Zweitplatzierte *WAZ* bei 6,0%, die Gruppe um die *Stuttgarter Zeitung* bei 5,0 %. Diese Globalzahlen sagen allerdings noch nichts aus über die Verhältnisse auf Einzelmärkten, so monopolisiert *Springer* mit über 80 % Anteil den Markt für Sonntagsanzeigen. Am bedrückendsten sieht es bei der großen Mehrzahl der lokalen Zeitungsmärkte aus, über 60 % der deutschen Zeitungskreise werden von einer Monopolzeitung beherrscht, die in vielen Fällen einem Kettenunternehmen (das weitere Zeitungen hält) zugehört. Selbst in einer Millionenmetropole wie Hamburg mit mehreren Zeitungen verfügt ein Haus (*Springer*) mit seinen Blättern über einen Marktanteil von über 80 %, dazu kommen Beteiligungen an dem führenden Radiosender *RHH* und dem Ballungsraum-TV *HHT*. Weniger bedrohlich sieht es auf dem nationalen Markt für Zeitschriften aus, allerdings haben auch hier die vier größten Häuser (*Bauer, Springer, Burda, Gruner + Jahr*) einen gemeinsamen Marktanteil von über 60 % und *Bauer* allein erreicht über 23 % (2002).

Nach dem New Economy-Crash von 2001 sind die Werbeumsätze – von denen die Zeitungen zu etwa Zweidritteln abhängen – massiv zurückgegangen und erholen sich erst allmählich. Dies brachte vor allem kleinere Zeitungen in Schwierigkeiten, aber auch große Blätter wie die *FAZ*, die *Süddeutsche* und die *Frankfurter Rundschau* (bei der inzwischen die SPD einstieg). Vor allem kleine Lokalblätter, die bisher noch nicht in Ketten integriert sind, stehen zum Verkauf. Die Medienkonzerne, welche die



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Verluste der Krise schnell abpuffern konnten, würden gern zulangen, treffen aber schnell an die geschilderten Grenzen. Von ihnen geht deshalb die Initiative aus, die bestehenden Bestimmungen zu lockern. Begleitmusik dazu lieferte der besonders umkämpfte Berliner Zeitungsmarkt, wo das Haus *Holtzbrinck*, das bereits den *Tagesspiegel* besitzt, erklärte, die *Berliner Zeitung* aufkaufen zu wollen. Als Hauptgegner trat dort der *Springer Verlag* auf, mit seinen Zeitungen derzeit noch Platzhirsch, der seine dominierende Rolle mit Gegendrohungen zu sichern suchte. So ließ er durchklingen, er werde die *WELT* einstellen..

Die Bundesregierung und vor allem ihr sehr wirtschaftsfreundlicher Minister Wolfgang Clement hatte den unter Zuhilfenahme der publizistischen Möglichkeiten der beteiligten Häuser ausgetragenen Streit zu entscheiden. Sie zeigte, da sie zwei große Medienhäuser unter Druck setzten, wenig Neigung, eine klare Entscheidung zu treffen. Strittig war u.a., ob nach geltendem Recht die Übernahme durch *Holtzbrinck* rechters ist. Eine Gesetzesnovellierung könnte hier Klarheit schaffen. Das Haus *Springer*, das mit seinem Lamento Unruhe stiftete, könnte dadurch versöhnt werden, dass ihm Zukäufe wieder erlaubt sind. Die Lockerungen in der Pressefusionskontrolle würden die Großen größer werden und weitere Kleine verschwinden lassen. Genau so zeigten sich auch die internen Fronten im Zeitungsverlegerverband BDZV: Die Großen plädierten für „Deregulierung“, die Kleinen befürworteten zum eigenen Schutz den Erhalt gesetzlicher Dämme.

Im Sommer 2004 ist der Stand, dass die Paragraphen 35 bis 38 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (WBG) in der Überarbeitung stehen. Danach sind nur noch größere Fusionen (z.B. ab 50 Mio. €) zur Prüfung beim Kartellamt anzumelden. Platzhirsche auf einem Markt können sogar den Konkurrenten kaufen und Anzeigenkooperationen eingehen, wenn bestimmte Minderheitenrechte beachtet werden. Wie das gehen soll, bleibt weitgehend im Unklaren. Marktbeherrsch-

de Positionen bis hin zum Monopol können also dort ausgebaut werden, wo bisher noch Wettbewerb herrscht. Das Kartellamt lehnt diese Deregulierungen ab, der grüne Regierungspartner ebenso. Der Pressevielfalt in der Minderheit von Zeitungskreisen, in denen noch mehr als eine Publikation erscheinen, ist massiv gefährdet.

6.Fazit

In der Medienbranche herrscht weltweit eine ungebrochene Konzentrationstendenz. Deutschland befindet sich hier nur im Mittelfeld, in anderen Staaten ist der Prozess weiter fortgeschritten, etwa in europäischen Kleinstaaten wie Österreich, wo sich etliche Medienkonzerne aus dem benachbarten Deutschland breitgemacht haben. Es sind die jeweils großen Player auf den Medienmärkten, die ihre politische Einflussmacht nutzen, um ihre wirtschaftliche Potenz zu stärken. Der persönlich konservativ gesonnene Medienmogul Murdoch unterstützt in den USA relativ ungeniert die Bush Administration und ihren umstrittenen Irakkrieg mit seinem *Fox*-Nachrichtenkanal, in Großbritannien verhalf er Toni Blair zur Macht, um damit Kartellmaßnahmen gegen sein Unternehmen abzuwehren. Konzerne und ihre Bosse werden immer ihrem Machtinstinkt folgen und das bedeutet angesichts der speziellen Spielregeln in der Medienökonomie immer mehr monopolistische Markbeherrschung. Politiker wissen, dass sie der Unterstützung der großen Medien bedürfen, deren Attacken und Kampagnen haben sie wenig entgegenzusetzen – was ganz besonders in Wahlkampfzeiten gilt. Also machen sie sich oft viel zu schnell deren Anliegen zu eigen.

Es ist ein Gebot der Stunde, dass sich die Gesellschaft als selbstbewusster Akteur wehrt, weil jeder Bürger in einer Demokratie auf eine leistungsfähige und vielfältige Medienlandschaft bitter angewiesen ist. Jede Begrenzung, die Aufkäufe erschwert, ist deshalb prinzipiell von Vorteil. Dies bedeutet in der gegenwärtigen

überlegt werden. Weitere Maßnahmen sollten angedacht werden, etwa die steuerliche oder auch direkte Förderung kleiner Anbieter, die andernfalls vom Markt zu verschwinden drohen (Beispiele gibt es in Skandinavien).

Selbstredend ist der Public Service-Bereich als Garant von Autonomie und Vielfalt zu sichern, seine Zukunft darf nicht in Frage gestellt werden. Die Begehrlichkeiten aus der Politik wie aus der Wirtschaft, sich diesen Bereich zunutze zu machen, müssen mit Entschiedenheit abgewehrt werden. Auch die zivilgesellschaftliche Trägerschaft von Medien wirkt der Kommerzialisierung entgegen. Derartige Medien müssen bessere Startchancen erhalten; so ist es ein Unding, dass nicht-kommerzielle Radioanbieter in vielen Landesmediengesetzen diskriminiert, in einzelnen Bundesländern Lizenzvergaben sogar mit unüberwindlichen Hürden versehen werden. Diese bisher beschriebenen, externen Maßnahmen zur Sicherung der für unsere Demokratie konstitutiven Kommunikationsfreiheit sollten um interne ergänzt werden: Hier bieten sich Modelle der inneren Pressefreiheit an (etwa Redaktionsstatute), welche die Abhängigkeit der Kommunikatoren in den Redaktionen von den Eignern des Unternehmens reduzieren und journalistische Spielräume verstärken können.

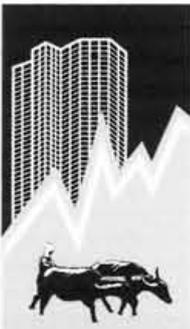
Wenn es unseren Gesellschaften nicht mehr gelingt, ihre genuinen Belange gegen die immer weiter erstarkenden Medienkonzerne durchzusetzen, wenn sich Politik nicht mehr als Garant von Kommunikationsfreiheit versteht, sondern als verlängerter Arm großer Medienakteure, dann sind allerdings Grundwerte demokratischer Ordnungen in Gefahr. Von der weltweit tätigen NGO *Freedom House*, beheimatet in New York, die jährlich den Grad der Kommunikationsfreiheit in den Staaten dieser Welt bewertet, kam die Alarmmeldung, dass sich – wie bereits in den letzten Jahren schon – auch 2004 die globale Situation weiter verschlechtert hat. Immer weniger Staaten werden danach noch als vollständig „frei“ geführt. Unser Nachbar Italien ist, was die Kommunikationsfreiheit im Lande anbetrifft, gerade von „frei“ auf „teilweise frei“ zurückgestuft worden, also auf das Niveau typischer Entwicklungsländer. Es ist zu befürchten, dass Vergleichbares uns in Deutschland blühen wird, wenn wir nicht endlich dem Problem der Medienkonzentration die gebührende Aufmerksamkeit widmen.

spw 4 / 2004

Literatur:

Hans J. Kleinsteuber/Barbara Thomaß: „Medienökonomie, Medienkonzerne und Konzentrationskontrolle“. In: Klaus-Dieter Altmeyden/Matthias Karmasin, Hrsg.: *Medien und Ökonomie*, Bd. 2. Wiesbaden, S. 123-158.

medienpolitischen Konstellation Deutschlands, dass die bestehende Pressefusionsgesetzgebung nicht aufgeweicht werden darf. Im Gegenteil sind neue, enge Grenzen einzuziehen. Dazu müssen Verfahren zur Zerlegung von Unternehmen, die ihre Marktmacht erkennbar missbräuchlich nutzen,



**Informationsbrief
Weltwirtschaft & Entwicklung**

Kurz, kompetent, kompakt: Monatlich das Wichtigste über Globalisierung, Nord-Süd-Politik und internationale Ökologie

12 W&E-Informationsbriefe und ca. 6 W&E-Sonderdienste pro Jahr mit orientierenden **Kurzanalysen**, informativen **Fachartikeln** und Beiträgen zur **Strategiediskussion** der Zivilgesellschaft. **W&E-Update** und **W&E-Infospiegel** mit Kurzinfos, Lesehinweisen und ausführlicher Terminvorschau.

Jahresabo für Einzelpersonen 30,- €, für Institutionen, Organisationen und Medien 60,- €, jeweils zzgl. Versandkosten.

Abos und kostenlose Probeexemplare: WEED, Torstr. 154, D-10115 Berlin, Tel. 030/27582163, Fax 27596928, e-mail: weed@weed-online.org, Internet: www.weed-online.org

Howard Dean und die Blogger

Einige Merkposten zum Nutzen und zur Nutzung des Internet

von Thomas Reißberg

Mittlerweile redet man nicht mehr so viel über Howard Dean, den demokratischen Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur, der noch zum Jahreswechsel 2003/2004 in der Online-Community Furore machte, weil er eine – finanziell wie personell – starke Bewegung aufbaute und nutzte, die sich intensiv der Möglichkeiten des Internet bediente. Zahlreiche Artikel verzauberten auch das deutsche Publikum mit der Geschichte vom Kandidaten, der mit seinem Weblog und diversen Online-Debatten eine große Zahl kleiner Dollarsummen für seinen Wahlkampf anhäufte statt eine kleine Zahl großer Summen, wie wir es bei seinem republikanischen Mitbewerber und natürlich auch bei so manchem von Deans Parteifreunden beobachten durften.

Die Kunst des Bloggens

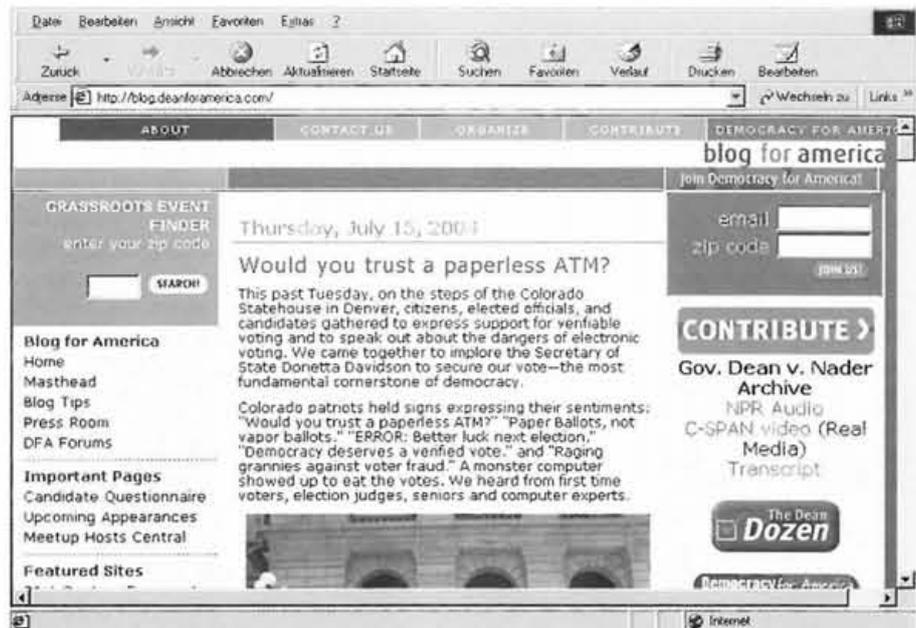
Blog ist die Abkürzung für Weblog und bedeutet soviel wie interaktives Online-Tagebuch: Ein/e BloggerIn notiert Idealerweise täglich dies und das von den letzten Surferfahrungen, zitiert und verlinkt interessante Beiträge, schreibt seine oder ihre Gedanken nieder und lädt sämtliche LeserInnen dazu ein, an diesen nicht nur teilzuhaben, sondern selbst Reaktionen darauf zu verfassen, eigene Gedanken einzubringen und so an einem Forum, einem begrenzten Diskurs Gleichgesinnter teilzunehmen. Schlaue Kandidaten wie Howard Dean engagieren auch gerne mal andere und bekanntere Blogger wie Matthew Gross für ihr Weblog und stellen dadurch nicht nur ihre ausnehmende Offenheit zur Schau, sondern ziehen damit natürlich auch mehr BesucherInnen in ihre Gefilde als sie das mit ihrem eigenen Namen könnten.

Die große Kunst beim Bloggen besteht nun darin, neben dieser besonderen Form eines Langzeit-Testimonials die Debatten der MitbloggerInnen so ernst zu nehmen, dass diese auch am Ball bleiben. Das ist der erste Merkposten aus dem Wahlkampf von Dean: *Wenn die BetreiberInnen eines Online-Angebots sich nur selbst darstellen und gar nicht mit den NutzerInnen reden*

wollen, so merken Letztere das und merken sich das; das fällt hier mehr auf als im Fernsehen, im Radio oder in der Zeitung. Wenn eine Website nur die verlängerte und elektronische Form eines Flugblattes ist und mit Begriffen wie «Kontakt», «Dialog» und «Forum» eine nicht eingelöste Interaktivität suggeriert wird, so schreckt das nicht nur Internetfreaks ab, aber die zuallererst.

Aus dem eben gesagten ergibt sich ein weiterer Merkposten, der ganz offensichtlich für deutsche Organisationen jeder Art – vom kleinen Verein über die Parteien und Verbände bis hin zu großen

und gemeinschaftsbildende Kern einer Organisation nennt – nicht etwa in die der PR- / Öffentlichkeitsabteilung, der Bildungsabteilung und noch viel weniger in die Hand irgendwelcher organisationsfremder Gehilfen, «die auch schon mal was mit HTML gemacht haben», denn diese Kompetenz ist weder originell noch tut sie wirklich Not. Vielmehr sollte Jede/r, der/die eine Textverarbeitung bedienen und eine E-Mail schreiben kann nach wenigen Schulungsstunden auch ein Weblog oder ein einfaches Content Management System bedienen können. Wer allerdings denkt, dass Texte und E-Mails immer von



Konzernen – mit einer fest verankerten Selbstverständlichkeit bricht: *Keine Gnade für die Führungsebenen! Wer Verantwortung in einem politischen Gremium übernimmt, hat sich auch mit den Kommunikationskanälen des Jahres 2004 zu befassen. Wer das nicht kann oder will, soll sich zu diesem Zwecke schulen lassen oder jemanden engagieren.* Die Internetkommunikation gehört in die Zuständigkeit der Organisationsabteilung –oder wie sich auch immer der am meisten meinungs-

Sekretärinnen geschrieben werden, hat hier natürlich schlechte Karten.

In seinem «Blog for America» (www.blogforamerica.com) baute Dean konsequent und geschickt eine eigene Community auf, die in wenigen Monaten 700.000 Unterstützeradressen sammelte. (vgl. Rötgers 2004) Mit diesem Weblog konnte er seinen AnhängerInnen ein niedrigschwelliges Angebot liefern, seine Kampagne zu unterstützen. Er initiierte Onlinedebatten, diskutierte selbst in hohem Maße mit den InternetnutzerInnen und griff vielfach deren Anregungen und Meinungen auf. Dieser offene Stil machte den besonderen Charme des Kandidaten aus: Er ist in der Lage, offen und verständlich Fragen zu beantworten und auch

– das unterscheidet ihn deutlich vom jetzigen und vom letzten Präsidenten – Fragen zu stellen, wenn er von einem Thema selbst nicht viel versteht. So schreibt er in *Winning Back America*: «Das Land hat ... die Wahl unter verschiedenen Möglichkeiten und muss schwere Entscheidungen treffen. Wenn ein Politiker nicht auf einfache Weise erklären kann, welches diese Wahlmöglichkeiten sind, dann macht er seine Arbeit nicht.» (Dean 2003, vgl. auch Born; 2004)

Und die Inhalte?

Das Programm, das Dean während seiner virtuellen und realen Auftritte vertritt, lässt sich schnell zusammenfassen. Am herausragendsten war wohl seine frühe und eindeutige Ablehnung des Irak-Kriegs. Das machte ihm in seiner Demokratischen Partei nicht nur Freunde, da man sich dort mit der Zustimmung zu diesem Präventivkrieg und der weitgehenden Nichtbehandlung des Themas versprochen hatte, die Mehrheitsfähigkeit bei den nächsten Präsidentschaftswahlen erreichen zu können. Allerdings wurde Howard Dean so zum Lieblingskandidaten im Weißen Haus, wo man dachte, ein Friedensfreak aus der Hippiehochburg Burlington in Vermont – einem Bundesstaat, der politisch als nicht sonderlich wichtig gilt – mache sich ganz gut als Witzfigur im Kampf um die Präsidentschaft, deren Ausgang dann mit einem grandiosen Sieg für George W. Bush besiegelt wäre. Was jedoch sowohl das Weiße Haus als auch die Demokratische Partei unterschätzten war die breite Ablehnung des Irak-Kriegs in der Bevölkerung. Dean lehnt übrigens nicht nur diesen Krieg, sondern den Präventivkrieg insgesamt als Mittel zur internationalen Machtdurchsetzung ab. Mit diesem Thema konnte er schon frühzeitig viele AnhängerInnen gewinnen. Das Lieblingsthema des gelernten Arztes ist allerdings die Reformierung des Krankenversicherungssystems. Außerdem

steht er für die Zurücknahme der Steuer-senkungen für höhere Einkommen und eine eiserne Haushaltsdisziplin, die er als Gouverneur von Vermont einige Jahre praktizierte. Darüber hinaus setzt er sich für das Recht auf Abtreibung und gegen die Todesstrafe ein. Mit diesem Programm geht er in den USA eindeutig als Linksliberaler durch. (Liberal meint hier nicht etwa eine besondere Nähe zur FDP, sondern vielmehr den Political Liberalism, wie er beispielsweise vom amerikanischen Philosophen John Rawls, der großen Einfluß auf die Rechtswissenschaft der USA hat, vertreten wird. Bei ihm ist die Fairness der wichtigste Grundsatz mit der beispielsweise auch Gerechtigkeit und soziale Verantwortung hergeleitet werden. Vgl. dazu Rawls 1993) Vor allem im Jahr 2003/2004, wo sich die beiden großen politischen Parteien mehr und mehr voneinander entfernen (vgl. Kleine-Brockhoff; :2003), da bei den Republikanern eine erdrückende Mehrheit aus Erz- und Libertär-Konservativen herrscht.

Herrschaftsfreie Netizens?

Viel Diskussionsstoff für die Weblogs, will man meinen. Doch wie erst kürzlich eine wissenschaftliche Analyse der Kommunikationsinhalte dieser Blogs zeigte, waren gar nicht so sehr die Inhalte Thema der Auseinandersetzung, sogar nur 35% der Beiträge befassten sich mit dem Kandidaten selbst, wohingegen 43% das eigene Medienhandeln reflektierten: «Wahrhaftigkeit, Glaubwürdigkeit und Vertrauen standen für die Blogger im Vordergrund – neben regelmäßigen Treffen im real life sicherlich die wesentlichen Bestandteile für den Zusammenhalt einer Community.» (Hooffacker –2004) Hauben und Hauben beschreiben zu anderer Gelegenheit diese Diskurspraxis der «Netizens» (von Net Citizen – NetzbürgerIn) folgendermaßen: «... Du

len der Gesellschaft eine Stimme verleiht.» (Hauben/Hauben 1997, S.4.). In der Tat sind mit den Mitteln des Internet kommunikative Grenzen über Bord geworfen worden. Die vielen unabhängigen (und auch die abhängigen) Stimmen dieses Mediums sind aus der heutigen Informations- und Kommunikationswelt nicht mehr wegzudenken. Das große Problem an der Betrachtung über den Netizen besteht allerdings darin, dass die gelobten Computernetzwerke nicht «den ausgeschlossenen Teilen der Gesellschaft» eine Stimme verleihen, sondern einzelnen Menschen, die sich dann wiederum in einem neuen Kontext zusammenfinden und dort ihren herrschaftsfreien Diskurs führen. Da kann dann schon einmal im Eifer der Herrschaftsfreiheit die eine oder andere Verwechslung vorkommen, wenn aus dem Reden über die Ausgeschlossenen der Gesellschaft eine Graswurzelbewegung der Ausgeschlossenen der Gesellschaft wird.

Digitale Spaltung

Es sei hier noch auf ein weiteres Problem hingewiesen, das sich nahtlos anknüpft und eigentlich einen eigenen Beitrag verdienen würde: Die «digitale Spaltung» (Digital Divide) der Gesellschaft, die sich allzu oft –hier in Europa wie in den USA– entlang der sozialen Spaltung gebildet hat. Die oben genannten «Ausgeschlossenen der Gesellschaft» finden leider de facto auch im Internet keine Stimme. So wurde Deans Kampagne von innen wie von außen kritisiert, weil sie in besonderer Weise die Klientel der typischen InternetnutzerInnen anspricht: Einfach ausgedrückt ist das die weiße Mittelschicht. Etwas differenzierter betrachtet sind das eher Haushalte mit hohem Einkommen, eher Personen mit höherem Bildungsabschluss, eher Männer als Frauen (in diesem Punkt ist die Differenz aber bei weitem nicht so hoch wie in Deutschland), eher jüngere als ältere Menschen, eher Asian-Americans und Weiße als Afro-Americans oder das Schlußlicht der Hispanic-Americans.. Es liegt außerdem auf der Hand, dass sich Merhfachbetroffenheiten hier auch erheblich auf die digitale Spaltung auswirken: Eine ältere Afro-Amerikanerin mit geringem Einkommen und geringer Schulbildung gehört zu Kerngemeinschaft der InternetnutzerInnen und schon gar nicht der Blogger. Allerdings –und deshalb greift diese Kritik an Deans Kampagne viel zu kurz– zielen große Teile des Wahlkampfes aller Kandidaten auf den weithin als Mainstream angesehenen Weißen aus der Mittelschicht und dessen mutmaßlichen oder tatsächlichen Grundüberzeugungen. Das ist sozusagen keine Besonderheit von Deans Kampagne, sondern das Gemeinsame, was ihn mit den

analysen, fakten & argumente
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.



EU 2004
Sozialabbau + Weltmachtkurs

Information und Argumentationshilfe für alle, die sich für ein anderes Europa engagieren

„Die ökonomische Umstrukturierung des EU-Wirtschaftspotenzials, die Ost-erweiterung, die EU-Verfassung mit ihren supranationalen Staatsstrukturen und der Ausbau der EU zur Militärmacht sind keine isoliert voneinander verlaufenden Vorgänge ...“

Analysen und Reportagen von
 Thomas Seibert (Globaler Kapitalismus u. globaler Krieg),
 Dario Azzellini (Kolumbien),
 Sabah Alnasser (Irak),
 Anne Jung (Afrika),
 Boris Konzleiteh (Kosovo),
 Mithras: medico international e.V.



Weltordnungskriege und Gewaltökonomien

Analysen & Reportagen zur Verunsicherung der Sozialen

Irak – ... mit Organisationskriterien
Kosovo – ... Organisationskriterien
Kolumbien – ... Organisationskriterien
Afrika – ... Organisationskriterien

isw-report 57
 April 2004
 3,00 EUR + Vers.

isw-report 58
 Juni 2004
 2,50 EUR + Vers.

www.isw-muenchen.de

Bestellungen Gesamtprogramm

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.
 Johann-von-Warth-Str. 3, 80639 München.
 fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

Strategen der beiden großen Parteien verbindet.

Und: Die digital Benachteiligten zählen auch in den anderen Medien nicht als Kernzielgruppe und es schließt sich die Frage an, ob überhaupt irgendein Medium (oder ein Kandidat) dafür bereit steht. Die digital Benachteiligten haben insgesamt eine schwache Lobby – und das nicht nur im Internet!

Hegemonie oder wie?

Die Frage, ob damit auch das Konzept gescheitert ist oder ob man sich nicht eher das falsche Ziel gesetzt hat wird unter den AktivistInnen weiterhin diskutiert. Denn der kandidatenfixierte Wahlkampf in den USA wird nicht nur von europäischen Linken kritisch betrachtet. So wird auf «Change for America» (<http://changeforamerica.com/community>) betont, dass es nicht um die Veränderung im Rahmen einer Wahlkampagne geht, sondern «... to challenge the existing order in our nation. Certainly in 2004 it is about changing presidents, the Senate and the House of Representatives. But at the core of Change For America is the need to fundamentally change a political system that is broken, a system that has failed us.» Dieser Ansatz ist gerade unter dem Gesichtspunkt einer Hegemoniedebatte ausgesprochen interessant: Die Bewegung, die Howard Dean neben vielen anderen ans Laufen gebracht hat, war und ist beeindruckend, wenn sie auch Deans Ziel, nämlich seine Nominierung für die Präsidentschaft nicht erreicht hat. Nach seinem Rückzug wandte sich Dean in einem offenen Brief im März 2004 an seine AnhängerInnen, ihn weiter dabei zu unterstützen, die rechte Vorherrschaft in Kongress und Weißem Haus zu brechen und die amerikanische Politik insgesamt zu renovieren. Es gehe mit Blick auf die ausgesprochen niedrige Wahlbeteiligung von unten, um die Ablösung der Ära, in der Politiker falsche Entscheidungen über Krieg und Frieden treffen, um die Ablösung der tonangebenden Rechten und die speziellen Interessengruppen in Washington und um die Umsetzung progressiver Politikinhalte. (Dean, Howard, A New Day, in: www.democracyforamerica.com)

Aus alledem leitet sich Merkposten drei ab: *Steck Dir ein realistisches Ziel und bleib nicht im Netz hängen sondern auf dem Teppich.* Die überzogenen Erwartungen an die wundersamen und universellen Kräfte des Internet sind vielfach enttäuscht worden. Aber im Windschatten diverser Hypes haben sich hocheffektive und beteiligungsorientierte Kommunikationsformen mit überraschend hoher Verbindlichkeit herausgebildet, die sicherlich zukunftstauglicher und massenwirksamer sind als das Verfassen von LeserInnenbriefen an Zeitungen und politische Wochenzeitschriften oder von Gegen-



darstellungen für Fernsehmagazine. Dabei kommt es auch gar nicht darauf an, mit einem bestimmten Angebot millionenfach NutzerInnen anzusprechen, oder diese gar zu aktivieren. Auch eine kleine Zielgruppe von zwanzig oder dreißig NutzerInnen ist eine gute Zielgruppe, jedenfalls besser als eine Zielgruppe, die sich unfreiwillig dezimiert, weil den Einen das Angebot zu flach und den Anderen zu politisch ist, Dritte sich wiederum mehr Action wünschen.

Dabei macht es ausgesprochen wenig Sinn, die – wie auch immer näher definierte – Online-Community vereinnahmen zu wollen. Vielmehr geht es um die Etablierung von Kommunikations-, Vernetzungs- und Informationsstrategien, die sich der Mittel der Online-Communities bedient. (Lohnenswert ist nicht nur die Beschäftigung mit den Weblogs, sondern auch mit den Möglichkeiten, die Wikis (vgl. zum Beispiel die freie Enzyklopädie Wikipedia <http://de.wikipedia.org>), Foren, gemeinsame Workspaces etc. bieten. Denn wo sonst als im Internet ist es möglich, regelmäßig über große Distanzen eine beteiligungs- und ergebnisorientierte Kommunikation zu führen, die beliebig weit für andere Gruppen geöffnet werden kann? Sofern auf Medien dieses Attribut überhaupt zutrifft, ist das Internet mit seinen Möglichkeiten das wohl demokratischste Medium unserer Zeit und praktischerweise ist es noch ausgesprochen kostengünstig.

Fazit

Von Howard Dean lernen heißt sicherlich nicht im engeren Sinne siegen lernen. Es heißt aber sehr wohl, die

Möglichkeiten für den demokratischen gesellschaftlichen Diskurs besser nutzen zu lernen. Wer sich in hegemonialen Auseinandersetzungen positionieren will, kann das sicherlich nicht allein mit den Mitteln des Internet tun, aber ohne diese wird das mehr und mehr unmöglich werden. Dabei ist und bleibt es ein Unterschied, was das Ziel eines Internetprojekts ist und natürlich auch, wer oder was TrägerIn einer Internetkommunikation ist: eine Bewegung, eine Kampagne, eine Organisation oder ein Netzwerk.

spw 4/2004

Literatur

Born, Hanspeter, Der Doktor macht Hausbesuche, in: Weltwoche 1/2004
 Chen, Wenhong / Wellman Barry, Charting and Bridging Digital Divides: Comparing Socio-economic, Gender, Life Stage, and Rural-Urban Internet Access and Use in Eight Countries, Toronto 2003
 Dean, Howard, Winning Back America, Simon & Schuster, 2003
 Dean, Howard, A New Day, in: www.democracyforamerica.com
 Hauben, Michael / Hauben, Ronda, Netizens: On the History and Impact of Usenet and the Internet, Los Alamitos / CA 1997, S.4, vgl. auch <http://www.columbia.edu/~hauben/netizens2004.txt>
 Hooffacker, Gabriele, Ist die Mediengesellschaft eine Fiktion?, in: Telepolis vom 22.5.2004, <http://www.telepolis.de/deutsch/inhalt/konf/17480/1.html>
<http://changeforamerica.com/community>
 Kleine-Brockhoff, Thomas, Die polarisierte Nation, in: Die Zeit vom 31.12.2003
 Rawls, John, Political Liberalism, New York 1993
 Rötgers, Janko, Das Ende der Sprechstunde, in Telepolis am 19.02.2004 (<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/16790/1.html>)
www.digitale-chancen.de
www.nonliner-atlas.de

Medien, Macht und die Inszenierung der Sozialreformen

von Joachim Rock

I. Einleitung

Der Um- und Abbau der Systeme sozialer Sicherung in Deutschland hat innerhalb nur weniger Monate ein rasantes Tempo angenommen. Gleichzeitig ist ein über Jahrzehnte bestehender sozialer Grundkonsens in der Gesellschaft erodiert. Ein Symptom dafür sind die inzwischen kaum noch zu zählenden Profilierungsversuche, die insbesondere junge Politikerinnen und Politiker – die Generation Missfelder – parteiübergreifend mit Forderungen nach einer Streichung sozialer Leistungen unternehmen. Diesen Forderungen liegt ein Kalkül zugrunde, dass einerseits auf den medialen Wert der Provokation setzt und andererseits bestehende Stimmungen zuspitzt und damit den gesellschaftlichen Mainstream zu antizipieren und mitzuprägen versucht. Dies belegt einen gesellschaftlichen Stimmungswandel, der überraschen muss.

Noch im Spätsommer 2002 war die politische Debatte – insbesondere vor dem Hintergrund der Flutkatastrophe in Ostdeutschland – durch eine ausgeprägte Solidaritätsrhetorik bestimmt, die nicht nur einem tagespolitischen Trend entsprach. Sie beruhte vor allem auf der hohen Zustimmung für solidarische Sicherungssysteme in der Bevölkerung. Die Programme der politischen Parteien zur Bundestagswahl 2002 trugen dem Rechnung. Auch dort wurden Solidarität und soziale Sicherheit großgeschrieben. Die Bevölkerung hat den nach den Wahlen folgenden Bewusstseinswandel der politischen Eliten bis heute nicht nachvollzogen, wie Demoskopien immer wieder belegen. Der Göttinger Parteienforscher Franz Walter weist auf diesen Umstand hin: Die Agenda 2010 werde von 70 bis 80 Prozent der Gesellschaft abgelehnt, ohne dass dies seinen Niederschlag finden würde. Die Hauptursache sieht er in der eindimensionalen Diskussion in der Medienlandschaft: „Die Medien planieren alles nieder. Sie bilden die unterschiedlichen Einstellungen und Mentalitäten in diesem Land nicht mehr ab“ (Walter, taz vom 2.4.2004). Die hier vertretene These ist, dass dies auch das Resultat entsprechender medialer Inszenierungen ist.

II. Nach der Wahl und vor der Reform

Noch die Regierungserklärung des Bundes-

kanzlers vom 29.10.2002 vermied jegliche Andeutung eines geplanten sozialpolitischen Paradigmenwechsels. Selbst das im Dezember 2002 lancierte Thesenpapier für die Planungsklausur am 5. Dezember 2002, das sog. Kanzleramtspapier, liest sich über weite Strecken als Dokument der Forderung nach sozialstaatlicher Kontinuität bei Modifikationen im Detail. So wird darin lediglich gefordert, die „an sich hervorragenden Systeme der sozialen Sicherung“ durch eine Änderung der Anreize neu zu justieren. Von Zuzahlungen, Selbstbehalten und einer Reduzierung des Leistungskataloges war ein Vierteljahr vor der Geburt der Agenda 2010 noch keine Rede.

Die am 14. März 2003 in einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers vorgestellte Agenda 2010, die in wesentlichen Teilen von einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Kanzleramtsleiter Steinmeier entwickelt worden war, unterschied sich sowohl in der Problemanalyse als auch im Hinblick auf die angestrebten Reformmaßnahmen erheblich von den vorherigen Absichtsbekundungen. Übertroffen wurde die Regierungserklärung dabei noch von den Forderungen aus einem Positionspapier der GRÜNEN, denen schon angesichts ihrer Wähler- und Mitgliederstruktur keine übersteigerte Affinität zu den Systemen sozialer Sicherung nachgesagt werden kann. Unter dem Titel „Solidarität in Bewegung: Chancen für alle“ legten die Abgeordneten Katrin Göring-Eckardt und Thea Dückert ein Grundsatzpapier vor, dass die neue Richtung unverklausuliert formulierte: „Ziel sozialstaatlichen Handelns wird die Schaffung einer Infrastruktur der Eigenverantwortung. Der Staat stellt das Spielfeld, die Trainer und die Grundregeln. Alles, was darüber hinaus geht liegt in der Verantwortung jedes einzelnen“. Der Ton hatte sich grundlegend geändert.

Offenbar wurden die Weichen für einen grundlegenden Angriff auf die etablierten sozialen Sicherungssysteme wesentlich in der Zeit zwischen der Veröffentlichung des Kanzleramtspapiers und der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 14. März 2003 gestellt. In dieser Zeit wurde auch in den Medien der Boden für einen Politikwechsel bereitet. Auf einige besonders

hervorzuhebende Entwicklungen und Akteure dieser medialen Inszenierung soll im Folgenden näher eingegangen werden.

III. Die Rürup-Kommission

Die Berufung einer Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, der sog. Rürup-Kommission, war ein Kind der rot-grünen Koalitionsverhandlungen. Anders als bei den vorhergehenden Kommissionen fällt bei der Rürup-Kommission dreierlei auf: die geradezu auf unauflösbare Kontroversen angelegte Zusammensetzung der Kommission, ihre akademische Grundausrichtung und der enge Zeitrahmen, der für die Arbeit der Kommission zur Verfügung stand.

Der Kreis der berufenen Experten war breit gefächert. Insgesamt bestand die Kommission aus 26 Mitgliedern. Vier Mitglieder waren dabei direkt den Gewerkschaften zuzurechnen, fünf Vertretern von Arbeitgeberinteressen. Die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder bestand jedoch aus Wirtschafts- und Finanzwissenschaftlern. Die Interessen der Betroffenen wurden nur von zwei Vertreterinnen repräsentiert: von Edda Müller, der Präsidentin des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (VZBV) und von Barbara Stolterfoht, der Vorsitzenden des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV). Anders als bei der Hartz-Kommission, die auch in ihrer Zusammensetzung auf Kooperation ausgerichtet war, konnte in der Regierung von Anfang an niemand einen Konsens erwarten. Zu gegensätzlich waren die Positionen der Mitglieder, zu denen u.a. Ursula Engelen-Kefer, Klaus Wiese, Roland Berger und Bernd Raffelhüschen zählten.

Ein weiteres deutliches Unterscheidungsmerkmal zur vorangegangenen Hartz-Kommission war ebenfalls in der Zusammensetzung der Kommission angelegt. In der Rürup-Kommission hatte die Mehrheit der Kommissionsmitglieder einen akademischen, keinen praxenmäßigen Zugang den zu behandelnden Themenfeldern. Das spricht nicht grundsätzlich gegen ihre Kompetenz, verweist aber auf unterschiedliche Interessenlagen und unterschiedliche Loyalitäten. Während die Vertreter von Sozialversicherungsträgern, Tarifparteien und Betroffenenorganisationen immer die Konsequenzen der Umsetzung vor Augen haben mussten, war ein wesentliches Interesse vieler Wissenschaftler und Berater die Nutzung der Kommissionsmitgliedschaft zur Profilierung in der Öffentlichkeit und gegenüber Dritt-

mittelgebern und Auftraggebern für Gutachten. Die zu Beginn der Kommissionsarbeit vereinbarte Verschwiegenheitspflicht wurde dadurch schnell zu Makulatur.

Der enge Zeitrahmen für die Arbeit der Kommission war ein weiteres, untypisches Merkmal für eine ergebnisorientierte Ausrichtung. Die Kommission war zwar schon im November berufen worden, die erste reguläre Sitzung nach der Konstituierung fand jedoch erst am 20. Februar 2003 statt. Innerhalb der Kommission war damit wenig Raum für einen Prozess der gemeinsamen Meinungsfindung. Stattdessen wurden die Kommissionsmitglieder zum Teil mit fertigen Vorlagen konfrontiert. So wurde in der Sitzung am 9. April 2003 durch den Vorsitzenden der Kommission ein den Mitgliedern vorher nicht bekanntes Zwischenergebnis der Kommission als Tischvorlage vorgelegt, das weitgehende Vorschläge für kurzfristige Einsparungen und Leistungskürzungen im Gesundheitswesen enthielt, obwohl das Plenum der Kommission bis dahin erst einmal regulär getagt hatte. Änderungswünsche wurden zurückgewiesen und die Vorlage so zur Abstimmung gestellt. Eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder stimmte daraufhin dem Papier zu, das unmittelbar danach als Beschluss der Kommission veröffentlicht wurde – trotz massiver Kritik einzelner Kommissionsmitglieder, die sich später in einer eigenen Pressekonferenz Gehör verschaffen mussten.

Keine Regierung kann ein Interesse daran haben, dass eine eingesetzte Kommission ihre inhaltliche Zerstrittenheit in der Öffentlichkeit austrägt und damit ihr eigenes Ansehen unterhöhlt. Die Zusammensetzung und die Rahmenbedingungen der Kommissionsarbeit legen jedoch nahe, dass dies hier zumindest in Kauf genommen

wurde. Denn das im Kontext der Kommissionsarbeit einsetzende und über Wochen und Monate dauernde Lancieren von radikalen Reformvorschlägen erzeugte in der breiten Öffentlichkeit ebenso wie unter der Mehrheit der Abgeordneten ein Klima der Ungewissheit und Unsicherheit, welches die Aufnahme der Agenda 2010 wesentlich begünstigte. Ohne Bezug auf die Rürup-Kommission und andere mediale Inszenierungen hätte die Agenda 2010 wenig Aussicht auf Umsetzung gehabt. Sie widerspricht nicht nur deutlich den Wahlprogrammen zur zurückliegenden Bundestagswahl, sondern auch ganz konkret den Zielen, für die die Abgeordneten im Wahlkampf persönlich geworben hatten und für die sie von ihren Wählerinnen und Wählern ein Mandat erhalten hatten. Die Rürup-Kommission eröffnete vor diesem Hintergrund neue Spielräume. Da im Rahmen der Kommission eine Streichung aller zahnärztlichen Behandlungsleistungen aus der Krankenversicherung ebenso diskutiert worden war wie die Einführung von Kopfpauschalen bei erhöhten Zuzahlungen und Selbstbehalten, erschien die Agenda 2010 selbst fast schon wieder als moderat. Mit Verweis auf die drohenden größeren Übel konnte deshalb um Loyalität in den Fraktionen und um Akzeptanz in der Öffentlichkeit geworben werden.

IV. Konjunkturen der Beraterbranche

Das allein kann die Hegemonie wirtschaftsliberaler Positionen im öffentlichen Diskurs aber nicht erklären. Beachtlichen Anteil daran haben auch die zahllosen Beratungsunternehmen: PR- (*Public Relations*) und PA (*Public Affairs*) – Agenturen, klassische Werbefirmen, Kommunikationsberater, Gesundheitsökonomien, selbsternannte oder

von den Medien auserkorene Spin-Doktoren und eine Vielzahl von Unternehmensberatern bevölkern den politischen Raum. Sie versuchen nach Kräften, sich in den Medien zu profilieren und Themen zu setzen. Auch wenn die Branche im Zuge der sog. Huntzinger-Affäre öffentlich an Kredit verloren hat, ist ihr Einfluss nicht zu unterschätzen. Sie umfasst allein 14.000 Beratungsfirmen mit 68.000 Mitarbeitern und einem Umsatz von ca. zwölf Milliarden Euro. Allein 2003 wurden etwa 5000 neue „Consultants“ an Hochschulen rekrutiert. Ihre Kunden sind v.a. große Firmen, die sich zunehmend weniger auf die Lobby-Arbeit ihrer Dachverbände stützen. Sie nutzen ihren Einfluss, um die Medien im Sinne ihrer Auftraggeber oder schlicht im Interesse der eigenen Profilierung zu beeinflussen. In noch viel höherem Masse als die 602 Abgeordneten, denen allein 1781 beim Bundestag registrierte Interessenvertreter gegenüberstehen, sind die Medien auf Angaben und Hinweise Dritter angewiesen. Sie ermöglichen es ihnen angesichts immer knapperer Ressourcen für umfängliche Recherchen unter Verweis auf die vorgeblich vertrauenswürdigen Quellen Nachrichten zu produzieren. Obwohl viele Journalisten um die Gefahr dieser Entwicklung wissen, führen die Sachzwänge dazu, dass Daten und Behauptungen ungefiltert in die Debatte einfließen. Die asymmetrische Verteilung von Ressourcen in diesem Bereich trägt damit wesentlich dazu bei, die öffentliche Debatte mitzuprägen – und sei es nur durch das Setzen bestimmter Themen („*Agenda-Setting*“). Dies belegt auch ein Blick auf das Feld der neuen Zusammenschlüsse von Privatpersonen und Unternehmen, die sich die Herbeiführung eines Bewusstseinswandels in der Bevölkerung zum Ziel gesetzt haben.

V. Bürger auf den Barrikaden: die neue APO

Nicht überall wurde der Wahlsieg der rot-grünen Bundesregierung im September 2002 euphorisch gefeiert. Der Historiker Arnulf Baring schien in besonderer Weise darunter gelitten zu haben. Ausdruck seines Unbehagens war dabei ein in der FAZ vom 19. November 2002 erschienener Artikel mit der Überschrift „Bürger auf die Barrikaden! – Deutschland auf dem Weg zu einer westlichen DDR“. Verschiedene Gruppen hatten da längst Posten auf den Barrikaden bezogen. Inzwischen sind es über 20 bundesweit tätige Organisationen wie die „Initiative Neuen Soziale Marktwirtschaft“ (INSM), der „Bürgerkonvent“ und die „Initiative Deutschland packt's an“, die sich finanz- und tatkräftig darum bemühen, die Verhältnisse nach ihrer Melodie zum Tanzen zu bringen und die beschworene vorrevolutionäre Stimmung im Bürgertum aufzugreifen. Die 68er-Bewegung ist ihnen dabei Vorbild: „Wir wollen eine bürgerliche APO sein“, so



Foto: Christian Kiel (Berlin)

zumindest das Selbstverständnis der INSM in den Augen ihres Geschäftsführers Tasso Enzweiler (zitiert nach Lilienthal 2003). Auch Gerd Langguth, der geschäftsführende Vorstand des Bürgerkonvents ist und zur Studentenbewegung promovierte, teilt die „Einsicht, dass kleine Gruppen durch eine geschickte Thematisierungsstrategie, durch Emotionalisierung und durch die Attraktion von Identifikationsfiguren zu einer kritischen Masse mit Außenwirkung“ (ebenda) werden können. In erster Linie bedienen sie sich dazu Fernsehwerbespots, Anzeigen oder Interviews mit ihren Galionsfiguren. Ihnen stehen dafür erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung. Nach Recherchen des ZDF hat allein der „Bürgerkonvent“ nach seiner Gründung 6 Millionen Euro aufgewandt, um bekannter zu werden. Bis Ende 2003 sollen es insgesamt 8 Millionen Euro gewesen sein. Anders als beispielsweise bei der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die v.a. von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert wird und die allein in den ersten 3 Monaten ihres Wirkens 9 Millionen Euro in Werbung investiert haben soll, bleiben die Geldgeber dabei weitgehend im Verborgenen. Der Einfluss der „neuen APO“ beschränkt sich jedoch nicht auf das Schalten kostspieliger Anzeigenkampagnen. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel dafür war die „Märchen-Reihe“, die die ARD im vergangenen Jahr mit Titeln wie „Das Märchen... vom blühenden Arbeitsmarkt / von der gerechten Steuer / von der sicheren Rente“ und insgesamt 135 Sendeminuten ins Programm nahm und die mit ihrer Fundamentalkritik der sozialstaatlicher Institutionen pro Folge bis zu 2,36 Millionen Zuschauer erreichte. Für Zuschauer, die an eine Urheberschaft der ARD und damit zumindest an eine um Ausgewogenheit bemühte Berichterstattung glaubten, wird diese Dokumentationen nicht ohne Eindruck geblieben sein. Die Produktion der Sendung lag jedoch nicht bei der ARD bzw. dem in diesem Fall verantwortlichen Hessischen Rundfunk (HR), sondern bei der durch den HR beauftragten Firma „Welt und Wirtschaft Filmproduktion“, für die der Fernsehproduzent und Autor Günter Ederer die Reihe drehte. Pikant sind dabei die Verflechtungen, die der Journalist Volker Lilienthal in einer hervorragenden Recherche für den Evangelischen Pressedienst nachgezeichnet hat. Danach hat der HR die Serie zwar in Auftrag gegeben, schon dabei soll jedoch eine wesentliche Rolle gespielt haben, dass der HR die Videorechte vorab an die Berolino.PR GmbH verkaufen konnte. Diese GmbH sei ihrerseits eine Tochter des Deutschen Institutsverlages, der wiederum dem arbeitgebernahen Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln gehöre. Geschäftsführer der Berolino:PR

GmbH ist der früher bei der Financial Times Deutschland arbeitende Tasso Enzweiler, der gleichzeitig für die von Unternehmerverbänden finanzierte „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ mitverantwortlich ist.

Diese Initiative konnte damit nicht nur einen immensen Gewinn an öffentlicher Aufmerksamkeit für ihre Anliegen verbuchen, sondern wahrscheinlich sogar einen handfesten finanziellen Ertrag. So wurde im Abspann ausdrücklich dafür geworben, dass die Filme über die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft erworben werden können. Der damit erzielte Umsatz übersteige, so Lilienthal in seiner Recherche, die Kosten für den Kauf der Videorechte deutlich – eine gewinnbringende Kooperation für die von Unternehmerverbänden mit mehreren Millionen Euro ausgestattete Initiative, die diese Mittel in neue Projekte investieren kann: „Initiativenmanager Rat macht keinen Hehl daraus, dass öfters auch mit bezahlten Anzeigen der Goodwill honoriert wird, den Zeitungen und Zeitschriften vorher im redaktionellen Teil bezeugt hatten. (...) Es sei halt ‚das übliche Koppelungsgeschäft‘“ (Lilienthal 2003).

Angesichts der immer weitergehenden Kooperationsbemühungen der Interessengruppen hat das ZDF im November 2003 beschlossen, ab 2004 keine Kooperationen mehr mit pharmazeutischen Unternehmen einzugehen. ZDF-Intendant Schächter begründete dies ausdrücklich mit dem „zunehmenden Druck im Pharma-Markt“. Diese neue Unabhängigkeit habe aber auch ihren Preis: „Uns kostet diese Entscheidung künftig einige hunderttausend Euro für Eigenproduktionen im Jahr“, so Schächter (TAGESSPIEGEL, 7.11.2003). In der aktuellen Krise auf dem Anzeigenmarkt und angesichts der Abhängigkeit zahlreicher Medien von Drittmitteln sind die Möglichkeiten für eine Einflussnahme trotzdem immer noch beträchtlich. Aber selbst wenn keine direkte Ansprache vorliegen sollte, wird sich mancher Redakteur zweimal überlegen, ob ein kritischer Kommentar es tatsächlich wert ist, gegebenenfalls einen großen Anzeigenkunden zu verärgern. Zudem fördern finanzkräftige Interessengruppen die Motivation von Journalisten auch dadurch, dass sie Auszeichnungen und Ehrungen für die Berichterstattung vergeben. Dieses Instrument erfreut sich auch deshalb zunehmender Beliebtheit, weil sie selbst Anlässe für eine positive Berichterstattung erzeugen. Auch diese subtile Art der Einflussnahme bleibt nicht ohne Wirkung: „Die Schere im Kopf, sagt Wilhelm von Sternburg, ehemaliger Chefredakteur des HR, sei völlig normal und politische Einflussnahme an der Tagesordnung“ (Assheuer 2004).

VI. Perspektiven einer Gegenöffentlichkeit: Heute am Abgrund, morgen schon einen Schritt weiter?

Dass die Ausgangsbedingungen der gesellschaftlich progressiven Kräfte zur Darstellung ihrer Ziele angesichts der Ausstattung mit finanziellen Ressourcen nicht die besten sind, ist richtig. Die Klage allein führt jedoch nicht weiter, zumal sie von eigenen strukturellen und strategischen Defiziten ablenkt. Ein Beispiel dafür ist die Debatte um die Einführung einer Bürgerversicherung. Die Ausgangsbedingungen für das Mobilisieren auch breiter Bevölkerungsschichten waren dabei denkbar günstig. Mit der Bürgerversicherung wird an ein vertrautes System angeschlossen, so dass Reformmängste entweder gar nicht aufkommen oder schnell zu zerstreuen sein sollten. Das Konzept selbst ist verständlich und den Bürgern vertraut. Auch der Begriff selbst ist ohne Zweifel positiv besetzt, ganz im Gegensatz zum alternativen Prinzip der Kopfpauschale. Dennoch war insbesondere die private Versicherungswirtschaft mit einer Kampagne zur „Wahrheit über die Bürgerversicherung“ erfolgreich. Dies lag nicht nur an deren Finanzkraft, sondern auch an der Geschlossenheit dieser Gruppe. Sie vereinigt relativ homogene Interessen, die es ihr ermöglichen, medial mit großer Geschlossenheit zu agieren. Im Gegensatz dazu ist das Lager der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, wie es u.a. auf dem Perspektivenkongress im Mai 2004 in Berlin zu sehen war, durch sich zum Teil deutlich unterscheidende Interessen gekennzeichnet.

Die notwendige Bündelung heterogener Interessen funktioniert – wie die Demonstrationen am Europäischen Aktionstag am 3. April 2004 gezeigt haben – dann, wenn die Konsequenzen von bereits verabschiedeten oder kurz vor der Verabschiedung stehenden Reformvorhaben spürbar oder zumindest sichtbar sind. Sie funktioniert aber immer dann nicht, wenn politische Vorhaben – scheinbar abstrakt – in der politischen Diskussion stehen. Die Politik der Gewerkschaften, aber auch anderer großer Sozialverbände, ist deshalb in der Regel reaktiv. Auch die Debatte um das Hartz 4-Paket wird dafür als Lehrstück dienen können. Angesichts des hohen Reformtempos wirkt sich das fatal aus, denn die politischen Aktivitäten beschränken sich dann meist notgedrungen auf die Verteidigung bestehender Strukturen. Alternativen dazu geraten aus dem Blickfeld.

Während organisierte Interessengruppen wie die Gewerkschaften und einige wenige große Sozialverbände auch dann noch in der Lage sind, für ihre Mitglieder Nachbesserungen durchzusetzen, geraten konkret von sozialer Ausgrenzung betroffene

Gruppen aus dem Blickfeld der wesentlich durch die Medien vermittelten Debatte. Die Interessen der Mittelschicht haben sowohl im politischen Kalkül der Wahlkampfstrategien als auch hinsichtlich des Organisationsgrades der Interessengruppen viel größeres Gewicht. Erzielte Kompromisse gehen deshalb häufig gerade zu Lasten der ohnehin schon bedürftigen, aber kaum organisierten Randgruppen der Gesellschaft. Die gesellschaftlichen Widersprüche, die soziale Bewegungen ihrem eigenen Anspruch zu bekämp-

fen suchen, werden dadurch potenziert. Auch dies wird bei der notwendigen Debatte über alternative Strategien der politischen Kommunikation zu berücksichtigen sein.

spw 4 / 2004

Literatur:

Assheuer, Thomas: Kopfsprung ins Seichte. In: DIE ZEIT Nr. 3 / 2004.
 Bittner, Jochen / Niejahr, Elisabeth: Die Beraterrepublik. In: DIE ZEIT vom 5. Februar 2004.
 Deul, Dieter: Recherche mit Makel. In: epd-Medien Nr. 28, 12. April 2003.
 Gammelin, C. / Hamann, G.: Das Netz: Wie Polit- und

Medienprofis im Auftrag der Wirtschaft die Berliner Republik formen. In: DIE ZEIT vom 5.12.2002.
 König, Jens: Große Populisten und kleine Eliten. In: die tageszeitung vom 2.4.2004.
 Lauterbach, Jörn: Diese Krankheit wird präsentiert von... In: DIE WELT vom 10.10.2003.
 Leif, Thomas / Speth, Rudolf (Hrsg.) 2003: Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland; Opladen.
 Lillenthal, Volker: Drittmittelfernsehen. Der HR, Günter Ederer und die deutsche Wirtschaft. In: epd-Medien Nr. 37, 14. Mai 2003.
 Speth, Rudolf 2003: Der BürgerKonvent – Kampagnenprotest von oben ohne Transparenz und Bürgerbeteiligung; Köln.
 Wagner, Joachim: Die fünfte Gewalt. In: DIE ZEIT vom 30.10.2003.

Und sonntags spielen wir Demokratie

Wie Sabine Christiansen jede Woche Deutschland rettet

von *Walter van Rossum*

Wenn es am Sonntag 21.45 Uhr wird in Deutschland, dann beginnen bei der ARD die Geier der Apokalypse ihren Flug. *Sabine Christiansen* geht auf Sendung. Unerbittlich stellt sie Fragen, die in das Dunkel unserer Zukunft weisen: „Deutschland bankrott? Euro in Gefahr?“ Eine Woche zuvor kam die Gefahr eher aus der Restwelt: „Ist der Terrorismus noch aufzuhalten?“ „Später in Rent! Rettet das Deutschland?“ hieß der Titel einer anderen Sendung. Leitmotivisch geht es jeden Sonntag darum, Deutschland erst in Gefahr zu wiegen, um es anschließend zu retten.

Und jeden Sonntag wieder tritt eine neue repräsentative Auswahl des Juste-Milieu an: die Chefetage aus Politik, Wirtschaft, Lobby und Beratern. Die Deutschland-Rettungs AG besteht aus einer kostbaren Mischung aus Multimillionären oder mit abstrusen Sondervergütungen gemästen Spitzenbeamten, die jeden Sonntag verkünden, dass Deutschland ein Sanierungsfall ist: „Wie krank ist Deutschland?“ (Juli 2001); Wirtschaftsflaute, Streik – Bleibt Deutschland Schlusslicht?“ (Mai 2002); „Rauchen fürs Vaterland – Eichel am Ende?“ (Mai 2003); „Kassen leer, Nerven blank – Regierung ratlos“ (Mai 2004). Es geht im Grunde schon nicht mehr um Reformen, sondern um die Systemüberwindung. Stellvertretend formulierte das Ole von Beust in einer Sendung so: „Ich glaube, wenn wir im Moment die Chance nicht nutzen, zu sagen, es geht nicht mehr um Bausteine im System, es geht um ei-

nen notwendigen Systemwechsel in vielen Bereichen, vertun wir eine Chance.“ Und deshalb bietet Sabine Christiansen der großen Koalition der Systemüberwinder allwöchentlich die Chance, dem Publikum, das gerne „der kleine Mann“ genannt wird, zu verkünden, dass die heilige Utopie des Kapitalismus erst mal ans Ende gekommen ist. Denn es sieht nicht so aus, als ob es so weiter ginge wie bisher versprochen: dass wir immer weniger arbeiten müssen und dabei immer mehr verdienen. Im Moment sieht es eher umgekehrt aus: Die Wirtschaft muss zwar wachsen, aber dafür muss der „kleine Mann“ mehr und länger arbeiten, weniger verdienen und seine selbstverschuldete Arbeitslosigkeit mit Sozialhilfe bezahlen. Dabei ist ziemlich unsicher, ob er Arbeit findet und ob „die“ Wirtschaft beliebt, einen 50-Jährigen noch zu beschäftigen. Trotzdem wird das Rentenalter rausgesetzt, und man sollte sich mal drauf einstellen, sich um drei Minijobs gleichzeitig zu prügeln. Wir wollen diesem Deutschland Rescue-Team unsere Hochachtung aussprechen: Die Aufgabe ist schwer, und trotzdem scheut es keine Mühe, seine unfrohe Botschaft zu verkünden. Und Sabine Christiansen gibt ihr Bestes, dass die Herrschaften dabei nicht gestört werden. So wird man in dieser Runde niemals hören, dass in den letzten zehn Jahren die Netto-Realeinkommen bereits um über vier Prozent gesunken sind, während die Wirtschaft um ca. 15 Prozent gewachsen ist – mit den bekannten Ergebnissen.

Bei Sabine Christiansen wird nicht diskutiert: die Chefetage dekretiert ihre Zehnjahrespläne. Da es nichts zu diskutieren gibt, versucht man, uns mit der Androhung des Untergangs zu unterhalten. Hin und wieder wird nach Schuldigen gefahndet: „Die Stunde der Wahrheit: Wie viel soziale Gerechtigkeit können wir uns noch leisten?“ oder: „Gewerkschaften, Beamte, Politiker – Wer blockiert das Land?“. Leider stehen alle Antworten schon vor Sendebeginn fest. Jeder dieser Katastrophentalks ist komplett austauschbar. Kein menschliches Gedächtnis wäre in der Lage, irgend etwas anderes zu erinnern als ein irres Lamento über eine total verschnarrte Gesellschaft, die die Wirtschaft am Wachstum hindert: „Lässt die Regierung die deutsche Wirtschaft im Stich?“

Sabine Christiansen funktioniert als eine Tonspur in der Endlos-Schleife mit den stets gleichen Figuren, die bloß unterschiedliche Namen tragen. Transkribierte man die Palavermasse in Schrifttext ohne Quellenangabe – 98% des Wortumsatzes bei *Sabine Christiansen* ließe sich keiner Person oder einem eigenem Programm zuordnen. Heinrich von Pierer, Friedrich Merz, Wolfgang Clement mögen genetisch differieren, rhetorisch nicht. Es ist nicht neu, doch wenn man sich damit näher beschäftigt, immer noch erschütternd: Der vordringliche Sanierungsfall im angeblichen Sanierungsgebiet Deutschland ist die intellektuelle Verfassung der Öffentlichkeit (oder ihres medialen Simulakrums) selbst. Das Zentralkomitee in der *Sabine-Christiansen-Demokratie* wird irgendwann an den Folgen jahrelangen Inzests eingehen.

Walter van Rossum, Journalist, lebt in Köln

Friedrich Merz in seiner großen Weisheit formulierte in der Sendung vom 29. Juni 2003 eine treffende Einsicht: „Mir liegt es zunächst am Herzen – Sie haben ja heute Ihre 250. Sendung – ich finde, wir sollten Ihnen erst mal gratulieren zu dieser Sendung. Diese Sendung bestimmt die politische Agenda in Deutschland mittlerweile mehr als der deutsche Bundestag. Das betrübt mich, aber das ist ein großer Erfolg.“ Nun werden sich ältere Jahrgänge vielleicht nicht nur an den Bundestag erinnern, sondern auch daran, dass zur Demokratie auch unterschiedliche Programme gehören. Nun lässt sich in harmloser Pauschalierung sagen: es gibt nicht nur keine politischen Programme (außer „Wirtschaftswachstum“), es gibt auch keine Unterschiede in den „Als-ob“-Programmen. Politik beschränkt sich darauf, dem Wähler angebliche Zwänge zu verkaufen. Sabine Christiansen als beflesene Chefsekretärin des Juste-Milieu sorgt dafür, dass das so wenig als möglich auffällt: Sie simuliert streitbare Demokratie. So wurde etwa im vergangenen Jahr ein „Duell der Zuchtmeister“ – Merkel vs Müntefering – inszeniert. Mit aller Macht spielte die Moderatorin auf Differenz. Doch man erlebte nichts als einen erbärmlichen Familienkrach auf offener Straße. „Machen Sie damit, was Sie wollen“, entließ Sabine Christiansen ihr Publikum.

Im letzten Jahr, auf dem Höhepunkt der Systemüberwindungswut, die sich jetzt erst mal wegen der vielen Wahlen beruhigt hat, im letzten Jahr hat Sabine Christiansen es geschafft, zu dem verwegenen Geniestreich politischer Vision, nämlich zur sogenannten vorgezogenen Steuerreform ein halbes Dutzend Sendungen zu moderieren.

Und es ging hoch her. Im Eifer des Gefechtes konnte einem glatt entgehen, dass ja niemand dagegen war, nicht mal in Details der Finanzierung gab es nennenswerte Differenzen. Man muss schon den Hut vor der Leistung der Moderatorin ziehen, der es gelungen ist, so zu tun, als ginge es hier, erstens, um eine wegweisende Entscheidung, die, zweitens, heftig umstritten sei. Im Sperrfeuer der großen Brandreden hätte man gerne mal erfahren, welchen Beitrag eigentlich die vorgezogene Steuerreform zur Rettung Deutschlands liefert. Natürlich sollte es mal wieder irgendwie darum gehen, die total lahme Konjunktur anzuhetzen oder wie es in der unerbittlichen Rhetorik unserer Experten heißt: den Motor des Aufschwungs anzuwerfen. Bekanntlich wurde daraus nichts: „Advent, Advent – die Kasse klemmt!“ beendete Sabine Christiansen alle Hoffnungen, die allerdings nur in ihrer Sendung begründungsfrei keimen durfte. Andererseits ist es so, dass man über sehr viel folgenreichere fiskalische Maßnahmen bei Sabine Christiansen kein Wort verloren wird: So hat die beiläufige Senkung der Körperschaftssteuern von 2001 bis 2003 zu Einnahmeausfällen von über 50 Milliarden Euro geführt. In gewissem Sinne ist es manchmal viel aufschlussreicher zu sehen, worüber bei Sabine Christiansen nicht geredet wird, und was statt dessen als Ansichtsfeld des Politischen dem Publikum zum Fraß vorgeworfen wird.

Während also Vieles vor dem Publikum verborgen wird, wird manches auf unnachahmliche Weise zelebriert. Man darf sagen, fast jede Sendung ist ein orgelumtostes Hochamt für den Gott des Wachstums. Es ist nämlich so: geht es „der“ Wirtschaft gut, dann geht es „uns“ gut. Nur leider geht es der Wirtschaft nicht gut. Und daran ist der

Rest der Gesellschaft Schuld. Und es gibt nur eine Rettung: Wachstum. Das heißt: Wirtschaftswachstum, für das die Arbeitenden wie die Arbeitslosen etwas weniger bekommen, aber mehr tun müssen. Gerne wüsste man Genaueres. Der französische Philosoph Maurice Merleau Ponty bemerkt einmal: „Die interpretierte Religion ist die abgeschaffte Religion.“ Das scheint Sabine Christiansen bei ihren Göttern auch zu fürchten. Natürlich kann sie ja nichts dafür, dass sich die parlamentarische Vernunft restlos darin erschöpft, als Grubenpferde „der“ Wirtschaft zu schufteln. Aber sie müsste nur ein einziges Mal danach fragen, wie hohes kontinuierliches Wirtschaftswachstum zustande kommen soll, ohne weiteren Verlust an Arbeitsplätzen und wie dieses Wirtschaftswachstum dann wieder einen einzigen neuen Arbeitsplatz schaffen wird? Dann allerdings drohte der Systemüberwindung bald eine neue schier grausame Frage: Können wir uns diese Wirtschaft noch leisten? Doch wer 30.000 Euro – wie das *Managermagazin* schätzt – pro Sendung erhält und zusätzlich als Chefin der eigenen Produktionsfirma beachtliche Gewinne macht, muss sich natürlich nicht den Kopf über anderer Leute Arbeitsplätze zerbrechen. Andererseits sollte man von einer hochbezahlten Journalistin im öffentlich-rechtlichen Fernsehen schon erwarten dürfen, nicht nur als Durchlauferhitzer für absurde Propagandarhetorik zu dienen.

Das Weltbild, das bei Sabine Christiansen zusammengeplappert wird, ist nicht gerade neu und es ist keineswegs exklusiv. Es ist nicht einmal besonders „deutsch“. Doch im Sendegebiet der deutschen Kampfzone dürfte es keine politische Talkshow geben, die auf ähnliche Weise die Wünsche der Chefetage ans Volk durchreicht – und dabei eine unschlagbare journalistische Unbedarftheit an den Tag legt.

Im Laufe der Zeit habe ich eine erstaunliche Beobachtung gemacht: Bei Sabine Christiansen staut sich der dräuende Fluss der Zeit zu einem schier uferlosen Teich. Alles fließt – nur Sabine Christiansen nicht. Alle Aktualität gerinnt zu kleinen Ewigkeiten. Jedes dieser hochartifizialen Gespräche über angeblich hochbrisante Aktualitäten hätte auch ein Jahr früher oder später stattfinden können. Allenfalls beiläufige Requisiten der Zeitgeschichte müssten angepasst werden. So ähnlich wie die vertauschten Neujahrsansprachen von Helmut Kohl. In einem geduldigeren Buch als meinem könnte man untersuchen, wie Sabine Christiansen Themen und Probleme in universelle Erzählstrukturen umarbeitet – in Sagen, Legenden, Komödien, Tragödien, in Heldenepen und immer in ihr eigenes Märchen von dem armen Mädchen, die zur Chefsekretärin des Juste-milieu wurde, weil sie furchtlos eklige Politiker zu küssen wagte.



Wahlkampf, Fernsehen und Öffentlichkeit

Zur Analyse politischer Kommunikation

von Anja Kruke

In den letzten Jahren häufen sich die Analysen politischer Kommunikation. Die Kritik an der Vermittlung ist von den Feuilletons in den allgemeinen Gebrauch der politischen Kritik übergegangen; jeder weiß etwas zur Kommunikationsunfähigkeit der Politiker oder die nervenden Talkshows beizutragen. In dieser Situation ist es angezeigt, sich einmal in den Fachpublikationen von Soziologie, Politikwissenschaft und Kommunikations-/Medienwissenschaft umzusehen, um zu erfahren, was sich dort an Analysen zu Öffentlichkeit und Politik findet. Die drei vorgestellten Beispiele sind eher willkürlich ausgewählt, stehen jedoch für zwei verschiedene Interpretationsrichtungen bzw. methodische Denkweisen über das Verhältnis von Öffentlichkeit, Medien und Politik (die Titelangaben finden sich am Ende des Textes). Während die eine Herangehensweise die Funktionslogik von Öffentlichkeit, Politik und deren Verhältnis untersucht, widmet sich die zweite Methode diesen Fragen empirisch und beschränkt sich auf die Untersuchung konkreter Funktionsweisen, der Verzahnung von Politik und Medien.

Wahlkämpfe, verstanden als Zeiten verdichteter Kommunikation, bieten ein quasi-natürliches Reservoir für Untersuchungen in dem Bereich. So widmet sich auch die erste Untersuchung einem Höhepunkt des letzten Wahlkampfes, dem Fernsehduell zwischen Gerhard Schröder und seinem 'Herausforderer' Edmund Stoiber. Die am Institut für Publizistik an der Universität in Mainz vorgenommene Untersuchung zielt auf die Medienwirkung der Duelle, sie fragt nach der Rolle der Duelle für den Wahlkampf und für die Wahlentscheidung. Die beiden Autoren, x und y, konzentrieren sich dabei aus arbeitstechnischen Gründen auf das zweite Duell. Sie gehen dabei von der Annahme aus, dass sich die Wahlentscheidung zunehmend kurzfristig vollzieht und die Wähler noch Wochen vor der Wahl zu überzeugen sind.

Ede oder Acker? Das Duell

Die Operationalisierung ihrer Analyse vollzieht sich vor dem Hintergrund einiger Prämissen, die hier nur kurz diskutiert werden sollen. So nehmen sie an, dass die Form des

„duellierenden“ Redens eine amerikanische Erfindung sei und daher die Einführung der Duelle eine weitere Amerikanisierung des Wahlkampfes bedeute. Allerdings gab es eine (etwas andere) Tradition der Rededuelle in Deutschland bis zur Weimarer Republik, wenn auch nicht massenmedial organisiert, sondern auf Parteiveranstaltungen, zu denen eine gegnerische Rede dazugehörte. Die Unterschiede sind zwar beträchtlich, doch lädt das Beispiel dazu ein, vielleicht einmal stärker darüber nachzudenken, was der gern vorgebracht Vorwurf der „Amerikanisierung“ eigentlich bedeutet und ob die oftmals von technischem Vorsprung bestimmte Übertragungsrichtung nicht auch eine alltägliche „Adaption“ bedeutet.

Ausgehend von der Idee, dass diese Duelle eine solche Bedeutung erlangen, weil sie einen großen Hype erzeugten und damit als Ereignis eine Medienaufmerksamkeit erlangten, die nicht getoppt wurde, und außerdem zwar Parteien gewählt werden, aber doch Personen im Vordergrund stehen, die durch ihre Reden überzeugen können (zumindest dem Anspruch nach), wurde versucht, ein komplexes Modell der Meinungsbildung in eine Messreihe zu gießen. Eine Paneluntersuchung sollte in drei Schritten offen legen, wie sich Zuschauer von dem Duell oder von der nachfolgenden Berichterstattung beeindrucken lassen, ob sie dabei irgendwann ihre Meinung ändern oder nicht. So schaute eine Gruppe von 75 Personen das (zweite) Duell auf einer Großbildleinwand, während eine „Kontrollgruppe“ von 18 Personen, die sich als nicht politisch interessiert definierten und das Duell nicht anschauen wollten, einen Spielfilm; als weiteres Korrektiv und als Vergleichsmöglichkeit dienten allgemeine Trenduntersuchungen. Alle Zuschauer waren direkt zuvor auf ihre Wahlabsichten hin befragt worden. Die unmittelbaren Reaktionen der Duell-Gucker wurden dann mit Hilfe einer Apparatur erfasst, die durch die Bedienung eines Drehreglers je nach sofortigem Eindruck die Kandidaten bewerten sollten. Diese Messung ermöglichte einen minutengenauen Nachvollzug der Reaktionen auf die Beiträge. Direkt im Anschluss wurden erneut die politischen Meinungen erfragt und dann noch ein weiteres Mal fünf

Tage später, um auf diese Weise den Einfluss der Nachberichterstattung erfassen zu können, auf die das Panel befragt wurde – ebenso wie die Rolle der unmittelbaren Umgebung, also die Rolle der interpersonellen Kommunikation, erfasst wurde.

Sorgfältig entwickeln sie ihre vielfältigen Befunde. Die zwei wichtigsten lauten: Das Duell war zu einem gewissen Grad wahlentscheidend, auch für diejenigen, die das Duell nicht gesehen hatten. Dies lag zu einem großen Teil an der Nachberichterstattung, an deren Meinung entlang sich die Meinung des größten Teils der Zuschauer entwickelte. Diese zwei wesentlichen Aussagen sind zwar keine wirklichen Neuigkeiten, unterstreichen aber die Ausmaße der Rollen von Duell und vor allem der anschließenden Interpretation in den Medien. Sie präzisieren diese Aussagen auch. So währte die Wirkung und die Präsenz des Duells einige Tage, bis sie sich abschwächte und wieder von anderen Ereignissen überlagert wurde; währenddessen konnten die Autoren feststellen, dass gerade auch die politisch Interessierten ihre Meinung während und nach dem Duell änderten, sie jedoch einige Tage nach dem Duell wieder korrigierte. Dies deutet zumindest auf die Aufweichung einer in der Wahlforschung immer noch vorhandenen Vorstellung hin, dass politisch fest sozialisierte Wähler nur langsam zu Meinungsänderungen bereit seien – auch wenn sich die Frage stellt, was eine Meinung ist und was sie nun von der Wahlentscheidung im vorliegenden Fall unterscheidet.

Außerdem stellen sie die Frage nach der Überzeugungskraft in einem Rededuell. Mit ihren Daten und Rückgriffen auf die (antike) Rhetorik argumentieren sie, dass es nicht so sei, dass immer durch Fakten Evidenzen geschaffen würde und diese überzeugten, sondern ganz im Gegenteil: Die Präsentation von Fakten kann auch zu negativen Auswirkungen für den jeweils Vortragenden führen, insbesondere, wenn es längst bekannte Fakten sind. Sie spitzen ihre Befunde dieses Untersuchungsbereichs dahingehend pointiert zu, dass nicht derjenige gewinnt, der die Zuschauer faktenreich überzeugen will, sondern der, der sich „auf die Seite der Zuschauer schlägt“.

Insgesamt ist diese plausibel argumentierte Arbeit ein Zugewinn an analytischer Tiefenschärfe in Bezug auf Medienwirkung und Verarbeitung von „Information“, wenn man sich nicht von dem Tabellenwust abschre-

cken lässt und auf die Argumentationsführung einlässt.

Der Wahlkampf 2002

Das zweite Buch stammt ebenfalls aus dem Institut für Publizistik. Der von Christina Holtz-Bacha herausgegebene Sammelband widmet sich der Frage nach dem Verhältnis von Politik und Medien während des Wahlkampfes. Hier geht es nun dezidiert nicht um die Medienwirkungen, sondern um die „Medialisierung“, ihr Aussehen, ihre Auswirkungen auf das Verhältnis von Medien und Politik sowie auf das jeweilige Verhalten. Unter Medialisierung wird dabei die freiwillige Anpassung der Politik an die Medienlogik verstanden, die sich als Professionalisierung politischer Kommunikation, aber auch einer Veränderung dieser Kommunikation und damit auch der Politik äußert. In zwölf Beiträgen werden verschiedene Aspekte dieser Thematisierungsform beleuchtet. Neben dem Überblick über den Wahlkampf, in dem die Herausgeberin nur kurz den Verlauf des Wahlkampfes schildert und ihn in der Entwicklung der letzten Wahlkämpfe bewertet, finden sich vier Beiträge über verschiedene Medien, zwei Artikel über Meinungsforschung, zwei über Medienformate und jeweils ein Artikel über Medialisierung als solche sowie über den Zusammenhang zwischen Fußball und Wahlen.

Gemeinsam ist allen Aufsätzen (abgesehen von dem einführenden Überblick), dass sie sich mit empirischen Ansätzen an die Rolle der Medien im Wahlkampf herantasten. Im Vordergrund stehen dabei quantitative Inhaltsanalysen der Medien oder Medienformate. So können Jürgen Wilke und Carsten Reinemann zur (Qualitäts-)Presse, Winfried Schulz und Reimar Zeh zu den Fernsehnachrichten und auch Hans Mathias Kepplinger und Marcus Maurer zur visuellen Berichterstattung im Fernsehen jeweils aussagen, dass die Quantität und dabei vor allem die Personalisierung um einiges im letzten Wahlkampf im Vergleich zum vori-

gen gestiegen sei. Alle führen diese Feststellung auf die unglaublich hohe Präsenz des Duells 'auf allen Kanälen' zurück. Ob damit auch die „Macht der Bilder“ zugenommen hat, wie Kepplinger und Maurer behaupten, nur weil sich mehr befragte Personen positiv auf die Erscheinungsbilder von Schröder und Stoiber bezogen haben, ist jedoch fraglich (und sollte mal eigenständig diskutiert werden).

Dass die spezifische *Visualisierung* der politischen Auseinandersetzung in Form des Duells für die erhöhte Aufmerksamkeit verantwortlich ist, könnte sich durch die Befunde zur Berichterstattung im Radio (Thüringens und Sachsens) bestätigt finden, da hier Gerhard Vowe und Jens Wolling zu dem Ergebnis kommen, dass der Wahlkampf so gut wie keine Rolle im Radio gespielt hat. Beachtet man die Tatsache, dass das Radio gerade diejenigen erreicht, die Information im Fernsehen vermeiden, ist es umso alarmierender, wenn man sich die differenzierenden Befunde nach den einzelnen Sendern anschaut. Während die Jugendlichen eben diejenigen sind, die Information meiden, sind es auch 'deren' Sender, die den Wahlkampf geradezu ignoriert haben. Das sind zwar Befunde, wie man sie sich im Allgemeinen zwar vorzustellen vermag, doch ist es anhand dieser empirischen Befunde mit Nachdruck zu fragen, wie es um den Informationsauftrag der öffentlich-rechtlichen Sender im Jugendbereich bestellt ist.

Die Untersuchung des Wahlkampfes im Internet fällt in dieser Untersuchungsreihe der quantitativen Bewertung heraus. Das liegt jedoch nicht an der Empirik, denn die wird hier von Eva Schweitzer ebenso gepflegt wie in den anderen Beiträgen zu verschiedenen Medien: Die Ausgangsfrage nach der Funktion und Gestaltung der Seiten und der darüber zu erschließenden Kommunikationsstrategie der Parteien wird nur quantitativ in Aussagen zur Selbstreferentialität, Personalisierung etc. gemessen und danach bewertet, wie sehr sich die deutschen Parteien damit den amerikani-

Dabei wäre eine überlegte Antwort auf die Frage nach den Kommunikationsstrategien der Parteien im Netz (und deren Erfolg, wie auch immer messbar) wirklich spannend, da es sich um einen in seiner Bedeutung stetig wachsenden Kommunikationsraum handelt. Schade, Chance vergeben.

Gleich zwei Beiträge widmen sich dem seit eh und je umstrittenen Einfluss der Meinungsforschung auf die Meinungsbildung und gar die Wahlentscheidung der Wählerschaft. Während sich Juliana Raupp dem Thema auf der Ebene der journalistischen Nutzung annähert und in einer quantitativen Inhaltsanalyse der Presse fragt, inwiefern die Daten zur Information, Instrumentalisierung oder zur Reflexion auf der Meta-Ebene genutzt werden, beschäftigt sich Patrick Rössler in einem größer angelegten Forschungsdesign mit der Frage der Wirkung der Umfragen auf die Rezipienten.

Letzterer ist zwar methodisch sicherlich interessanter in Bezug auf die Weiterentwicklung einer mehrdimensional operierenden Wirkungsforschung, jedoch kann er noch keine wirklichen Ergebnisse vorlegen, abgesehen von der durchaus überzeugenden Vermutung, dass es egal sei, ob der Mediennutzer die öffentliche Meinung als Kuchengrafik übernehme oder ob er sich das Bild aus den Medien selber rekonstruiere (die Aussage kann gelesen werden als: die Umfragezahlen sind kaum nur in eine Richtung wirkungsmächtig und/oder außerdem verlaufen sie in einer Schleife mit der in den Medien postulierten Meinung). Der Beitrag von Raupp ist mit dem Blick auf die informatorische Praxis spannender, da sie die Nutzung der Meinungsforschung durch die Medien beleuchtet, und dies außerdem mit Überlegungen zur eigenständigen oder emanzipativen Nutzung der Rezipienten verbindet. Davon ausgehend, dass die Medien im Wahlkampf zum eigenständigen Akteur werden, interessiert sie, welche Deutungsmuster Journalisten eigentlich auf die Umfragen anlegen und sie einsetzen. Mit dem traurigen Befund, dass die qualitativen Standards in der demoskopischen Berichterstattung sehr schlecht sind und die Umfragen den Medien, die als eigenständige Akteure im Wahlkampf agieren, als Mittel dienen, schließt sie mit der Bemerkung, dass Umfragen ein „Baustein in einem mehrfach gebrochenen Prozess der öffentlichen Meinungsbildung“ seien und hofft, dass daher die steigende Meta-Berichterstattung und Reflexion über die Rolle von Umfragen der Instrumentalisierung als Korrektiv dienen könnten.

Die Meta-Berichterstattung wird im Beitrag von Frank Esser ganz anders gedeutet. Für ihn ist sie ein Zeichen der steigenden Selbstreferentialität der Medien, die für ihn wiederum nichts anderes als Medialisierung bedeutet. Neben seinen theoretischen und praktischen Ausführungen zu einem Unter-

schönen online-Auftritten angenähert haben. Diese einengende Beurteilung der Seiten gibt leider keine qualitativ überzeugende Antwort auf die Ausgangsfragen, zumal die Schlussbemerkung, anhand der vorliegenden Befunde handele es sich bei den deutschen Parteien also um einen „Sonderfall politischer Kommunikation“, die gesamte Analyse diskreditiert.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

suchungsdesign sind hier vor allem die Überlegungen, warum und wie es zu dieser Medialisierung kommt, von Interesse. Er argumentiert hier mit Richard Münch eher systemtheoretisch, indem er von der Herausbildung eines gemeinsamen Teilsystems von Politik und Medien ausgeht: Politik professionalisiert sich durch ihre Öffentlichkeitsarbeit(er), die Medien stellen für den Bereich eigene Journalisten, es gibt (organisierte) gemeinsame Orte der Kommunikation. Doch was passiert, wenn die Vermischung dem einen oder anderen Teil des Systems zu weit führt, es eben als Einmischung in eigene Dinge gedeutet wird? Seine These zu der von ihm nicht in der Form gestellten Frage lautet, dass eben dann eine Meta-Berichterstattung und Selbstreflexion der Journalisten einsetzt, um sich von dem berichteten Gegenstand, mit dem man eigentlich so fest verbunden ist und symbiotisch lebt, zu distanzieren. Auf diese Weise vermag er auch die negative Berichterstattung als Distanzierungsbewegung gegen eine wachsende Vereinnahmung zu deuten. Die Überlegungen sind spannend, auch wenn sich hier erst die Konturen eines Forschungsprojektes abzeichnen.

Der Sammelband wird noch vervollständigt mit einem Beitrag über Plakate im Wahlkampf, deren Rolle als weithin sichtbare und auch wahrgenommene Zeichen nicht unterschätzt werden sollte, sowie einem dialoganalytischen Beitrag über das Duell, in dem vor allem analysiert wird, warum die Duelle so enttäuschend wirkten (um es kurz zu machen: es waren die Regeln). Und der letzte Beitrag zur positiven Korrelation zwischen internationalen Fußballturnieren und dem Wahlausgang ist ein ernst gemeinter Beitrag zur Rolle von „Public Mood“, also der allgemeinen Stimmung eines Wahlvolkes: selber lesen!

Nahezu alle Beiträge dieses Sammelbandes beinhalten, auch wenn manche arg empirisch ausgerichtet oder fast banal in ihren Ergebnissen sind, interessante Aspekte zur politischen Kommunikation, die nicht nur in der Wahlkampfzeit stattfindet. Sie geben Hinweise, wie Medien „Informationen“ verarbeiten, wie Funktionslogiken innerhalb der Medien ablaufen oder welche Formate, Stilmittel oder Argumentationsweisen wie funktionieren. Den Band auf diese Weise „gegen den Strich“ zu lesen, ist jedoch eher als Leseübung zu verstehen denn als Lese-genuss.

Wie aktuell ist Habermas?

Etwas anders verhält es sich mit dem dritten Buch, das es hier zu besprechen gilt. Der von Lennart Laberenz herausgegebene Sammelband „Schöne neue Öffentlichkeit“ scheint ein aus dem Umfeld der Berliner Universitäten stammendes Projekt zu sein. Nähere Informationen erhält man leider nicht; auch eine einführende Einleitung fehlt. Doch gibt ein kurzes Vorwort Hinweise auf die Anlage des Sammelbandes. Er soll unterschiedliche Beiträge zur Aktualität des

von Jürgen Habermas vor über 40 Jahren postulierten „Strukturwandels der Öffentlichkeit“ versammeln. Habermas selber hatte in der Neuauflage von 1990 behauptet, dass sich durch die Ereignisse 1989/90 und den Sieg des Neoliberalismus neue Herausforderungen ergäben: Im Band soll nun ein „emphatischer Begriff von Öffentlichkeit“ gesucht sowie die „Zivilgesellschaft als Korrektive staatlicher Politik“ diskutiert werden (S. 9). Ein genereller Anlass ist der Punkt, dass Habermas seit der englischen Übersetzung seiner Habilitationsschrift am Ende der Achtzigerjahre eine unglaubliche Rezeption im angelsächsischen Raum erfahren hat und dies nun auch in die deutschsprachige Diskussion zurückschwappt.

Die beiden interessantesten Beiträge stammen dabei vom Autor selbst, da sie die umfassendsten Ansätze einer Erneuerung und Historisierung bieten. Laberenz diskutiert in dem einen Beitrag die Aktualität von Habermas vor der theoretischen Folie neuerer Autoren; vor allem zieht er dabei Luhmann, der immer wieder strukturell, nicht zitiert, in den Argumenten auftaucht, und Michel Foucault heran, dessen Theorem der Gouvernementalität sicherlich den interessantesten Einschnitt in die Diskussion um eine vermachtete Öffentlichkeit unter den Bedingungen zunehmender Selbstreflexivierung des 'Publikums' darstellt.

Er erhebt den Anspruch, den „weichgespülten Mainstream-TheoretikerInnen der Feuilletons“ (S. 54) etwas entgegenzusetzen. Doch sollte er schon Ross und Reiter nennen statt so nebulös zu bleiben: Meine Erfahrung ist eher, dass die Feuilletons in den letzten Jahren einen der wenigen öffentlichen Orte darstellten, in denen tatsächlich über Politik geredet wurde, ganz in Laberenz' Sinne, dass an anderer Stelle eben nur „Identifikationspolitik“ (S. 51) stattfindet. An dieser Stelle scheint eine Schwäche des Aufsatzes deutlich auf, nämlich die Schwarz-Weiß-Malerei in Bezug auf die heutige Konstitution von Öffentlichkeit und Bedingungen politischer Kommunikation. Aber es gehen, wenn man differenziert, leicht die Feindbilder verloren. So beruht der Prozess der Medialisierung, der an keiner Stelle benannt, aber den Kern der Kritik darstellt, auf der simplen Annahme, dass die „Medienwahrnehmung die Realitätswahrnehmung“ (S. 49) ersetze. Was bitteschön ist denn eine Realitätswahrnehmung? Auch der Vorwurf, politische Kommunikation ersetze Politik und Politik sei auf „permanent campaigning“ geschrumpft, zielt auf diese Vereinfachung. Als wenn Kommunikation nicht integraler Bestandteil von Politik sei (man könnte fast auf die Idee kommen, dass Laberenz es so meint, wenn er von der Alibifunktion der Zivilgesellschaft spricht). Das hat der Autor mit seiner eigentlich überzeugenden Argumentation nicht nötig. Laberenz setzt, so scheint es, auf politischen

Essenzialismus und damit auf Macchiavelli, den er eingangs ausführlich zitiert: Politik ist Entscheidung, nichts anderes.

Die vorfindliche Öffentlichkeit existiert dank ihrer ökonomischen und machtpolitischen Auszehrung also nur noch auf einer Schwundstufe, und das, was sie ausmache, das subversive Potenzial, ist soweit integriert. Das könnte man nach dem ersten Aufsatz schlussfolgern. Doch er reproduziert diese Ansicht von Habermas im zweiten Aufsatz nicht, auch wenn hier weiterhin die grundlegende Annahme, Öffentlichkeit sei durch ihre Trägerschaft existent und definiert, Aufrecht erhalten wird und als Ziel deklariert wird, eine „kritische Publizität“ zu erreichen. Hier entwickelt er eine Analyse der historischen Bezüge des „Strukturwandels“ und historisiert den Ansatz damit zugleich. Doch steht dies nicht im Vordergrund, sondern die Offenlegung der raum- und identitätsbezogenen Prämissen des Philosophen, indem er Identitätsbildung durch kulturelle Bezüge, Nationenbildung und die Herausbildung einer bürgerlich dominierten Gesellschaft miteinander verbindet. Dabei wiederholt er die Kritik, dass Habermas die historische Bedingtheit der öffentlichen Kommunikation des 18. Jahrhunderts nicht ausreichend beachtet und zugunsten des demokratischen Ideals der herrschaftsfreien Kommunikation die Vermachtung des öffentlichen Raums, so, wie er sich herausbildete, ignorierte.

Im Vergleich der drei besprochenen Bände bleibt kaum etwas an Gemeinsamkeit, zumindest auf den ersten Blick. Doch sei darauf hingewiesen, dass die beiden unterschiedlichen Ansätze der empirischen Analyse der Medien und der theoretischen Betrachtung der Konstitution von Öffentlichkeit auf denselben Prämissen der Amerikanisierung und der Verflachung von Politik durch ein Zuviel an medialer personalisierter Kommunikation beruhen. Beide Ansätze zusammen zu denken und sich mal zu fragen, wie sich die Vermachtung der Öffentlichkeit, wie von Laberenz in theoretisch aktualisierter Form beschrieben, denn eigentlich niederschlägt, ist eine Frage, die die empirischen Analysen nur zum Teil beantworten konnten. Doch auch wenn diese Fragen größtenteils noch offen sind, verweisen die Analysen auf Strategien der Kommunikation in den Massenmedien und der Produktion von Öffentlichkeit, sogar auf Handlungsanleitungen.

spw 4/2004

Literatur

- Christina Holtz-Bacha (Hrsg.), Die Massenmedien im Wahlkampf. Die Bundestagswahl 2002, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2003
- Marcus Maurer, Carsten Reinemann, Schröder gegen Stoiber. Nutzung, Wahrnehmung und Wirkung der TV-Duelle, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2003
- Lennart Laberenz, Schöne neue Öffentlichkeit. Beiträge zu Jürgen Habermas' Strukturwandel der Öffentlichkeit, VSA-Verlag, Hamburg 2003

Frankreich: Die Parti socialiste mit neuem Schwung zurück zur Macht?

von Thilo Scholle

Mit etwa 29 % der abgegebenen Stimmen erzielte die Parti socialiste (PS) in Frankreich bei der letzten Europawahl am 13. Juni eines ihrer besten Wahlergebnisse überhaupt. Die französischen Sozialisten bewegten sich damit deutlich gegen den Trend in Europa, der auch dem kommenden Europäischen Parlament eine konservative Mehrheit bescherte. Zugleich konnte sich die PS wieder klar als führende Partei der politischen Linken in Frankreich und als ernsthafter Konkurrent der regierenden Konservativen etablieren.

Zumindest parteiintern scheint der Schock der verheerenden Niederlagen bei der Präsidentschafts- sowie bei den Parlamentswahlen im Jahr 2002 überwunden. Ob der Wahlerfolg der PS jedoch gleichbedeutend ist mit einem wiedergefundenen Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in die Fähigkeit der Partei, eine echte Alternative zum neoliberalen Regierungsmainstream darzustellen, ist aber fraglich.

Der Schock des 21. April 2002

Das Ergebnis der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 21. April 2002 versetzte die PS in einen Schockzustand: Ministerpräsident Lionel Jospin lag nicht nur hinter Amtsinhaber Jacques Chirac, sondern – schlimmer noch – hinter dem Rechtsextremen Jean-Marie Le Pen zurück und schied damit aus dem Rennen aus. Für den 2. Wahlgang mobilisierte die Linke gezwungenermaßen für Chirac, der dann mit 82% der Stimmen gewählt wurde. Was folgte war der Rückzug von Lionel Jospin aus der Politik und eine deutliche Niederlage der Partei bei den Parlamentswahlen zwei Monate später.

Die neue Regierung von Premierminister Jean-Pierre Raffarin machte sich umgehend auf, den Sozialstaat zu „reformieren“. Getreu dem Handbuch neoliberaler Politik wurde unter anderem in Renten- und Arbeitslosenunterstützung gekürzt, wurden Stellen im Bildungssektor und in der Forschung gestrichen sowie weitere Privatisierungen öffentli-

cher Betriebe wie beispielsweise des Stromerzeugers EDF angekündigt.

Die Gründe für die Wahlniederlage sind vielfältig und innerhalb der PS Gegenstand von heftigen Debatten. (s. die kontroversen Beiträge von Christian Rentsch und Bernard Pignierol in spw 132) Auf der linken Seite des politischen Spektrums traten neben dem Kandidaten der PS auch die Grünen („Les Verts“), die Kommunisten („Parti communiste français“, PCF), die linksbürgerliche „Parti radical de gauche“ (PRG), die Euro-Skeptiker um den ehemaligen sozialistischen Innenminister Jean-Pierre Chevènement („Mouvement républicain et citoyen“, MRG), sowie die drei trotzkistischen Parteien „Lutte ouvrière“ (LO), „Ligue communiste révolutionnaire“ (LCR) sowie die „Parti des travailleurs“ (PT) an. Die drei Letzteren konnten dabei mehr als 10 % der Stimmen im ersten Wahlgang auf sich vereinigen.

Dass die Unfähigkeit der Linken, sich auf gemeinsame Kandidaturen zu verständigen, ein Faktor der Niederlage war, ist relativ unstrittig. Die Zersplitterung der Stimmen auf der Linken ist allerdings kein neuer Faktor. Mit entscheidend für die Wahlniederlage dürfte darüber hinaus vor allem die Bilanz der Regierung Jospin sowie die Art des Wahlkampfes von Seiten des sozialistischen Kandidaten Jospin gewesen sein. Nach dem unverhofften Wahlsieg 1997 hatte die Regierung Jospin unter anderem mit dem großangelegten Beschäftigungsprogramm für junge Menschen sowie dem Gesetz zur Reduzierung der Arbeitszeit auf 35 Stunden auch innovative Projekte auf den Weg gebracht. Zunehmend beschränkte sich die Regierung jedoch auf das schlichte Verwalten ihrer Erfolge, und wurde beispielsweise in der Finanzpolitik zunehmend liberaler. Der Wahlkämpfer Lionel Jospin versuchte sich zudem mehr als überparteilichen Präsidenten denn als konsequenten linken Reformler zu präsentieren. Damit enttäuschte die PS viele linke Wählerinnen und Wähler, die entweder nicht zur Wahl gingen, oder ihre Stimme beispielsweise den trotzkistischen Kandidaten gaben.



Frankreich nach den Regional- und Europawahlen

Auch wenn die Regionen auf Grund nur geringer eigener Kompetenzen als politisch eher einflusslos angesehen werden, haben die Ergebnisse große Auswirkungen auf die politische Lage. PS und verbündete Linksparteien erreichten mehr als 50 % der abgegebenen Stimmen, die parlamentarische Rechte aus der konservativen UMP und der christdemokratischen UDF kam auf etwa 37 % der Stimmen. Von den 26 Regionen werden nunmehr 24 von der PS regiert. Erstmals in der Geschichte gewann die Linke zudem die Mehrheit in der Stadt Paris. Getragen wurde der Erfolg auch von der Zustimmung bei Erstwählerinnen und Erstwählern sowie bei den ArbeiterInnen. Hier konnte die Linke nach langen Jahren wieder mehr als 50 % der Stimmen erzielen.

Zugleich konnte sich die PS wieder klar als führende Formation innerhalb der politischen Linken etablieren. Die Trotzkisten von LO und LCR erreichten weniger als 5 % der Stimmen und blieben weit unter den eigenen Erwartungen. Damit ist die Wahlstrategie der PS aufgegangen, die Stimme für die PS in erster Linie zur Proteststimme gegen die Regierung zu machen. Relativ einhellig wird das gute Abschneiden der PS denn auch in erster Linie der Unbeliebtheit der Regierung Raffarin gut geschrieben.

Bei der Europawahl am 13. Juni 2004 konnte die PS ihre Erfolgsserie fortsetzen. Dieser Wahlerfolg war umso wichtiger, da es sich bei dieser Wahl um den letzten Urnengang vor den Präsidentschaftswahlen 2007 handelt. Mit 28,89 % der Stimmen behauptete sich die PS als erste Kraft der parlamentarischen Linken in Frankreich, die insgesamt mehr als 40 % der Stimmen erhielten, und damit klar vor den bürgerlichen Parteien lagen.

Die wiederum gemeinsam angetretenen Trotzkisten von LO und LCR erreichten nur noch 2,56 %, und werden zukünftig keine Abgeordneten mehr nach Strasbourg senden. Im Vergleich zur Präsidentschaftswahl 2002 büßten sie absolut mehr als drei Viertel ihrer Wählerstimmen ein. Insgesamt scheinen die beiden Parteien – die gemeinsam auf wenig mehr als 10 000 Mitglieder kommen – ihre Anziehungskraft für Proteststimmen

vorerst verloren zu haben. Momentan scheint sich für viele Wählerinnen und Wähler mit einer Stimme für die PS die Ablehnung der Regierungspolitik Jacques Chiracs mit der Hoffnung auf eine tatsächliche Besserung der politischen Verhältnisse gut verbinden zu lassen.

Mit den beiden Wahlniederlagen gewinnen die Auseinandersetzungen innerhalb des konservativen Lagers wieder an Schärfe. Der Versuch von Präsident Chirac, nach seinem Wahlsieg im Jahr 2002 in der Partei UMP („Union pour le mouvement populaire“) die rechte Mitte des Parteienspektrums unter seiner Führung zu einen, ist spätestens nach der Wahlschlappe mit nur etwa 16 % der Stimmen bei der Europawahl gescheitert. Neben der UMP konnte sich die christdemokratische „Union pour la démocratie française“ (UDF) mit fast 12% der Stimmen behaupten. Dadurch gewinnt auch die innerparteiliche Auseinandersetzung um eine erneute Kandidatur Chiracs an Fahrt. Die Stellung von Regierungschef Raffarin ist stark geschwächt, der Austausch von Ministern nach der Regionalwahl zeigte bei der Europawahl keine Wirkung. Damit steigen die Aussichten des liberal-konservativen Finanz- und Wirtschaftsministers Nicolas Sarkozy, nächster Kandidat der UMP zu werden.

Der rechtsextreme „Front National“ (FN) von Jean-Marie Le Pen bleibt solide im französischen Parteienspektrum verankert, auch wenn die Ergebnisse der Wahlgänge in einigen Landesteilen enttäuschend waren. Bei den Regionalwahlen erhielt der FN in einigen Regionen im ersten Wahlgang mehr als 20%, bei den Europawahlen knapp 10%.

Die Situation der Parti socialiste

Politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung findet innerhalb der PS vor allem entlang verschiedener Strömungen statt, die auf Parteitag Leittränträge gegeneinander abstimmen lassen. Die Wahlniederlagen des Jahres 2002 haben zu einer Neuordnung und Neuorientierung der Strömungen innerhalb der PS geführt. Die Parteimehrheit gruppiert sich seit dem Parteitag von Dijon im Jahr 2003 um den 1. Sekretär der Partei, Francois Holland. Weitere Bestandteile der Mehrheit sind unter anderem die Anhänger des ehemaligen Premierministers Laurent Fabius sowie von Ex-Finanzminister Dominique Strauss-Kahn.

Die Parteilinke „Gauche Socialiste“ hat sich gespalten. Teile der Parteilinken um deren ehemaligen Sprecher Julien Dray wechselten in das Lager der Mehrheit. Die verbliebene Parteilinke erhielt beim letzten Parteitag der PS etwa 40 % der Stimmen und verteilt sich auf die Gruppen „Nouveau Monde“ („Neue Welt“) um Henri Emmanuelli und Jean-Luc Mélançon sowie „Nou-

veau parti socialiste“ („Neue PS“) um Arnaud Montebourg und Vincent Peillon. Mitgerechnet wird zur Parteilinke auch die kleine Gruppe „Force Militante“, die vor allem lokale PS-Anhänger organisiert. Hintergrund der Aufspaltung der Parteilinken sind vor allem unterschiedliche Schlussfolgerungen aus dem Wahldebakel von 2002. Während die verbliebene Parteilinke vor allem eine Öffnung der PS nach links fordert, um verstärkt die in den letzten Jahren verloren gegangenen Wählerschichten anzusprechen, halten andere Teile eine Beeinflussung der Politik der Partei aus der Mehrheit der Partei heraus für wichtiger.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Mehrheiten auf dem nächsten Parteitag 2006 zusammensetzen werden. Ein Zusammengehen zumindest der drei linken Fraktionen eventuell unter Einbeziehung einzelner Gruppen aus der aktuellen Parteimehrheit scheint nicht ausgeschlossen.

Durch die Erfolge bei den Regionalwahlen ist die Position von Parteichef Holland gestärkt worden. Er ist jetzt in der Lage, den Prozess hin zur Präsidentschaftswahl 2007 zu bestimmen. Zur Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms bis zum Jahr 2005 wurde im Juli eine 140köpfige Kommission eingesetzt. Entwickelt werden soll das Programm im Dialog mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sowie mit Befragungen der Franzosen selbst.

Gesteuert werden soll die Kommission unter anderem von den sich bereits für eine mögliche Präsidentschaftskandidatur warmlaufenden Schwergewichten der Partei, zu denen neben Fabius und Strauss-Kahn auch Ex-Bildungsminister Jack Lang sowie die ehemalige Arbeitsministerin Martine Aubry gehören. Seit den Regionalwahlen ist auch Holland selbst zum engeren Kreis der Kandidaten zu zählen. Ins Spiel gebracht werden daneben auch die Namen der neuen Regionalpräsidentin von Poitou-Charentes, Ségolène Royal sowie der des populären Pariser Bürgermeisters Bertrand Delanoé.

Der augenblickliche Elan der PS speist sich zum Großteil aus der gemeinschaftlichen Ablehnung der Regierungspolitik. Daneben versammelt sich die PS um die Verteidigung der Ergebnisse der Regierungszeit Jospin wie beispielsweise die 35 Stunden Woche, die auch in Frankreich unter erheblichem Beschuss von Seiten der Arbeitgeber und der Regierung steht.

Darüber hinausgehend ist die Partei momentan weitgehend ideenleer. Ein Teil der führenden Personen wie Fabius und Strauss-Kahn haben sich rhetorisch nach links bewegt, und beschwören den Kampf gegen Ausgrenzung und für Chancengleichheit. Wie diese beiden Ziele zu einem konsistenten sozialistischen Zukunftsprojekt verbunden werden können wird bisher kaum thematisiert. Ähnlich wie die deutsche Sozialdemokratie steht auch

die PS vor dem Dilemma, noch keine wirkliche Analyse der sich verändernden ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vorgenommen zu haben.

Großer Streitpunkt innerhalb der PS ist die Mitte 2004 von den EU-Regierungschefs vereinbarte Europäische Verfassung. Der Großteil der Parteilinken lehnt diesen Vertrag vor allem mit Verweis auf die im Vertrag festgeschriebenen marktradikalen Grundsätze ab. Während Strauss-Kahn sich bereits für eine Zustimmung ausgesprochen hat, laviert Parteichef Hollande noch. Vorgesehen ist, dass die Mitglieder der PS demnächst über diesen Streitpunkt in einer Urabstimmung entscheiden.

Ausblick

Den etwa 140.000 Mitgliedern der PS haben die Wahlerfolge von März und Juni gut getan. Ob es der PS gelingen wird, bis zur Präsidentschaftswahl 2007 eine programmatische wie auch personelle Alternative zu präsentieren, bleibt abzuwarten. Um für das nach wie vor große Wählerpotential auf der Linken attraktiv zu sein, müsste eine klare Abgrenzung zur Politik der Regierung Jospin erfolgen, die im Ruf steht, oft mit linker Rhetorik ordinäre wirtschaftsliberale Politik betrieben zu haben. Für diese Gruppen dürfte ein Kandidat Dominique Strauss-Kahn, mit Abstrichen auch ein Laurent Fabius, zumindest im 1. Wahlgang nicht wählbar sein.

Andererseits darf die Größe dieses Wählerpotentials nicht überschätzt werden. Die Mitgliedschaft der PS hat sich zudem in den letzten Jahren verändert. Hinzugekommen sind eher Anhänger, die den am der Politik von Tony Blair orientierten Kurs von Strauss-Kahn teilen. Auf sie wie auch auf einen Teil der Wählerbasis wirkt eine Rhetorik, die auch Bündnisse bis hin zu den Trotzlisten der LCR vorsieht, abschreckend.

Auf der Parteilinke besitzt keiner der handelnden Akteure eine öffentliche Wahrnehmung, die ihn bis 2007 zu einem ernsthaften Kandidaten der Partei machen könnte. Entscheidend wird damit sein, ob es bis zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2007 gelingt, die beiden Parteiflügel wieder näher aneinander anzunähern, und für die PS ein politisches Projekt zu formulieren, das den Spagat zwischen traditionellen Wählerschichten und modernen Arbeitnehmermilieus verkörpern kann. Mit den zunehmend nur in Vorbereitung einer Präsidentschaftskampagne agierenden Fabius und Strauss-Kahn wird ein solcher Prozess nicht möglich sein. Für Parteichef Hollande könnte hingegen die Organisation eines solchen Prozesses die Möglichkeit eröffnen, sich selbst für eine Kandidatur zu empfehlen.

Union der Regierungen

Auch mit Verfassung ist die EU von Demokratie weit entfernt

von Simon Schubert

Den inzwischen 25 Staats- und Regierungschefs ist es im Juni 2004 in Brüssel doch noch gelungen, den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ zu beschließen. Dabei ist man sogar weitestgehend dem Entwurf gefolgt, den ein Jahr zuvor der für europäische Verhältnisse außerordentlich demokratisch zusammengesetzte Konvent vorgelegt hat (vgl. die Beiträge von Jürgen Meyer und Ulrich Brand in spw 135). Lediglich in den wenigen Fragen, deren machtpolitische Konsequenzen auch für Laien auf der Hand liegen (Vertretung der Mitgliedstaaten in der Kommission, Stimmengewichtung im Rat etc.) musste noch einmal ein Jahr lang in altbewährter Manier gefeilscht werden, ein gescheiterter Gipfel inklusive, und ohne den überraschenden Regierungswechsel in Spanien wäre die Einigung wohl nicht zustande gekommen. Nun müssen wie gewohnt Legionen JuristInnen und LinguistInnen den in allen 21 offiziellen Sprachen von Estnisch bis Maltesisch und Gälisch bis Griechisch gleichermaßen verbindlichen endgültigen Text erarbeiten (eine vorläufige Fassung findet sich unter http://europa.eu.int/futurum/index_de.htm). Dieser bedarf der Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten, mancherorts wird hierfür sogar das Volk befragt. Auch wenn auf diesem Weg das britische Referendum noch ein vergleichsweise kleines Hindernis ist – schwieriger dürfte beispielsweise die Zustimmung der Tschechischen Republik zu erreichen sein –, ist es immerhin nicht völlig auszuschließen, dass das Dokument irgendwann in Kraft tritt.

Mehr Transparenz und Demokratie?

Dies ist das – vorläufige – Ergebnis eines Prozesses, der zu mehr „Effizienz, Transparenz und Demokratie“ in der Union führen sollte, nachdem der Gipfel von Nizza im Jahr 2000 und sein Ergebnis offenkundig in keinem der drei Kriterien besonders gut abgeschnitten hatten. Streiten lässt sich über Sinn oder Unsinn der Bezeichnung „Verfassung“ für ein Dokument, das keine ist, sondern wie die Vorgänger ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen den Mitgliedstaaten, das aber wie die Vorgänger Funktionen einer Verfassung erfüllt. Transparenz in juristischen Angelegenheiten auch für Nichtjuristen zu schaffen, ist

nun einmal nicht einfach. (Man möge sich die 325 Seiten bei Gelegenheit als Bettlektüre vornehmen.) Angenommen, der nun beschlossene „Verfassungsvertrag“ tritt tatsächlich in absehbarer Zeit in Kraft, kann man es immerhin als Fortschritt werten, dass die Parallelität von bislang zwei Verträgen und drei sogenannten Säulen europäischer Politikgestaltung aufgehoben ist zugunsten einer Europäischen Union, die tatsächlich (nicht einmal das war seit Maastricht gelungen) Rechtspersönlichkeit erhält. Mit der Umbenennung von „Verordnungen“ in „Europäische Gesetze“ und von „Richtlinien“ in „Europäische Rahmengesetze“ können auch Menschen ohne tiefere europarechtliche Kenntnisse eine ungefähre Vorstellung

er wissen, so ist man zur Lektüre der einschlägigen Bestimmungen des umfangreichen Teils III gezwungen, der im Wesentlichen aus dem alten EG-Vertrag übernommen wurde. Doch auch dort liegt nicht der Weisheit letzter Schluss in Sachen Unionszuständigkeit – per einstimmigem Ratsbeschluss (der neuerdings immerhin auch die Zustimmung des Parlaments erfordert) kann die Union auch über die im Vertrag festgelegten Kompetenzen hinaus tätig werden. Zur genauen Abgrenzung der Kompetenz der Union von denen der unteren Ebenen kommen interessierte EU-BürgerInnen also auch weiterhin nicht um das Studium des gesamten *acquis communautaire* herum. Von denen, die ihn erarbeitet haben, wird



davon erlangen, welche Bedeutung die in Brüssel produzierten Rechtsakte eigentlich haben. Die Grenzen der Transparenz erfährt man jedoch spätestens dann, wenn man versucht, aus dem Vertrag herauszulesen, wofür die EU denn nun eigentlich zuständig ist: Ein Kompetenzkatalog war nicht gewollt, es hat gerade mal zu der wohlfeilen allgemein gehaltenen Aufteilung in Kompetenzkategorien in Art. I-11 gereicht, wobei die übergroße Mehrzahl der Politikbereiche unter die „geteilte Zuständigkeit“ fällt. Will man es genau-

der Verfassungsvertrag vor allem aber als wichtiger Fortschritt in Sachen *Demokratie* gepriesen. Wie weit ist es nun damit her? Sicher: Die Kompetenzen des Parlaments bei Gesetzgebung und Auswahl des Kommissionspräsidenten wurden ausgeweitet (wie übrigens bei bislang jeder Revision der Europäischen Verträge), die Parlamente der Mitgliedstaaten erhalten garantierte Informationsrechte, die Möglichkeit der Volksinitiative ist vorgesehen. Doch Demokratie – bürgerliche, repräsentative Demokratie, um nur das Wenigste zu verlangen – ist das noch lange nicht. Zwar wird das sogenannte Mitentscheidungsverfahren, das dem Parlament ein Vetorecht in Gesetzgebungsverfahren verleiht, zum Regelfall erhoben.

Simon Schubert lebt in Berlin und studiert Politikwissenschaft. Er ist Kreisvorsitzender der Jusos Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf.

Ausnahmen hiervon bleiben jedoch bestehen, und gemessen an der Messlatte repräsentativer Demokratie ist jedes Gesetz, das gegen den Willen des gewählten Parlaments zustande kommen kann, eines zu viel. Überdies hat in fast allen Fragen die Kommission als Exekutive das alleinige Initiativrecht, das Parlament kann also nur Vorschläge der „Regierung“ aufnehmen, ihnen zustimmen, Änderungen verlangen oder sie gänzlich ablehnen, aber nicht von sich aus aktiv werden.

Hier drängt sich die Frage nach dem Charakter der Kommission auf: Ursprünglich war sie als „Hohe Behörde“ und über nationalen wie parteipolitischen Interessen stehende Hüterin eines angenommenen Gemeinschaftsinteresses gedacht, längst ist sie jedoch – wenn sie je etwas anderes war – zur „Regierung“ der Union geworden, die nach politischer Logik handelt und deren Handeln nach politischen Kriterien zu bewerten ist. Insofern wäre es höchste Zeit für die Erkenntnis, dass die Kommission nicht *das* eine Interesse Europas kennt und vertritt, dass Kritik an der Kommission also nicht gleichzusetzen ist mit Kritik an „Europa“, am Gedanken der europäischen Integration als solchem. Es bedarf also einer Demokratisierung der Kommission in dem Sinne, dass sie entweder vom Parlament – und nur von ihm! – gewählt und abgewählt wird, oder dass ihre Spitze nach US-amerikanischem Vorbild direkt von der Bevölkerung gewählt wird. In jedem Fall müsste die Besetzung das Ergebnis eines demokratischen Wettstreits zwischen politischen Alternativen sein, die nach einigen Jahren erneut zur Wahl durch die Bevölkerung stehen. Stattdessen sieht auch der Verfassungsvertrag ein – wenngleich verändertes – kompliziertes Wechselspiel zwischen Europäischem Parlament und nationalen Regierungen vor, an dessen Ende wie gehabt eine erzwungene Allparteienkoalition stehen wird. Abwahl durch das Parlament ist nur mit Zweidrittelmehrheit möglich. Auch in der Aufgabenbeschreibung bleibt die Fiktion von der technokratisch verwaltenden Kommission erhalten, unter deren Deckmantel längst neoliberale Politik betrieben wird.

Gesetzgebung durch Regierungen

Doch selbst wenn in Europa demokratische Minima erfüllt wären, wenn das Parlament jedem Gesetz zustimmen müsste, wenn die Regierung auf demokratische Weise eingesetzt würde, bliebe ein weiteres Problem. Dieses teilt die Europäische Union mit dem deutschen Föderalismus: Demokratisch gewählte Parlamente werden in ihren Kompetenzen beschnitten durch undemokratisch eingesetzte Versammlungen von Regierungsmitgliedern. Was in Deutschland der Bundesrat, ist in Europa der Ministerrat. In beiden Fällen hat ein Gremium entscheidenden Anteil am Gesetzgebungspro-

zess, das nicht gewählt ist, sondern aus Regierungsmitgliedern der jeweils nächstniedrigeren Ebene besteht. Diese sind zwar in ihre eigentlichen Ämter zumindest indirekt (über das jeweilige nationale bzw. Landesparlament) demokratisch gewählt, für ihre legislative Tätigkeit auf einer höheren Ebene besitzen sie jedoch keine eigene demokratische Legitimation. Dass Regierungsmitglieder einer Ebene aus dieser Funktion heraus auf einer anderen Ebene gesetzgeberisch tätig werden, ist überdies eine eklatante Durchbrechung des Prinzips der Gewaltenteilung.

Vor allem aber beschneidet jedes Mitentscheidungsrecht eines nichtparlamentarischen Gremiums an der Gesetzgebung die Kompetenzen des gewählten Parlamentes. Gängigerweise wird es als Erfolg in Sachen Demokratisierung Europas wahrgenommen, wenn die Beteiligungsrechte des Parlamentes am Gesetzgebungsprozess gestärkt werden. Völlig vergessen wird dabei, dass es quasi der Wesensgehalt repräsentativer Demokratie ist, dass Gesetze nur vom Parlament (ggf. von zwei *gewählten* Kammern) beschlossen werden und von niemandem sonst. Davon ist die Europäische Union weit entfernt. Doch auch in der Bundesrepublik Deutschland lässt sich Ähnliches beobachten. Zwar ist hier mit dem Bundestag das gewählte Parlament formal in einer stärkeren Position, doch muss es ebenso seine legislativen Kompetenzen mit einem Gremium von Regierungsmitgliedern teilen, dem Bundesrat. Gerechtfertigt wird dies in beiden Fällen mit der Notwendigkeit der Beteiligung der Gebietskörperschaften der niedrigeren Ebene an den Entscheidungen der nächsthöheren. Wenn man dies denn zugestehen will – was zumindest zu diskutieren wäre –, so ist aber nicht einzusehen, warum diese Mitsprache nur durch Regierungsmitglieder gewährleistet werden kann. Andere föderalstaatliche Systeme haben dafür parlamentarische Lösungen gefunden, wie das Beispiel des US-amerikanischen Senats zeigt – eine Möglichkeit, die auch 1948/49 bei den Beratungen über das westdeutsche Grundgesetz diskutiert wurde.

Gerade angesichts der jüngsten Entwicklungen in Deutschland kann man die Geltung des in den 1980er Jahren vom konservativen Politologen Winfried Steffani geprägten paradoxen Satzes kaum bestreiten, die BRD sei eine „Republik der Landesfürsten“. Noch viel mehr jedoch ist die Europäische Union eine Union der Regierungen. Die gewählten RepräsentantInnen der Bevölkerung haben das Nachsehen – von der Bevölkerung selbst ganz zu schweigen. Die deutsche Föderalismuskommission wird daran nichts Maßgebliches ändern, und auch der Verfassungsvertrag für die Europäische Union beinhaltet nur minimale Verbesserungen, die nicht die eigentlichen Probleme beheben. Demokratie sieht anders aus.

spw 4 / 2004

www.dampfboot-verlag.de



Thomas Atzert/ Jost Müller (Hrsg.)
Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität
Analysen und Diskussionen zu Empire
2004 - 292 Seiten - € 24,80
ISBN 3-89691-545-2

Christian Zeller (Hrsg.)
Die globale Enteignungsökonomie
2004 - 315 Seiten - € 24,80
ISBN 3-89691-549-5

Werner Rügemer
Cross Border Leasing
Ein Lehrstück zur globalen Enteignung der Städte
2004 - 196 Seiten - € 19,90
ISBN 3-89691-568-1

Worldwatch Institute (Hrsg.)
Zur Lage der Welt 2004
Die Welt des Konsums
In Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung
und GERMANWATCH
2004 - 292 Seiten - € 19,90
ISBN 3-89691-570-3

Willi Hoss
Komm ins Offene, Freund
Autobiographie
herausgegeben von Peter Kammerer
2004 - 256 Seiten - € 19,90
ISBN 3-89691-562-2

Dagmar Baatz/Clarissa Rudolph/
Ayla Samiltis (Hrsg.)
Hauptsache Arbeit?
Feministische Perspektiven
auf den Wandel von Arbeit
(Arbeit-Demokratie-Geschlecht Band 1)
2004 - 281 Seiten - € 24,80
ISBN 3-89691-572-X

Willi Hoss
„Komm ins Offene, Freund“
Autobiographie
herausgegeben von Peter Kammerer
2004 - 256 Seiten - € 19,90
ISBN 3-89691-562-2

Verlag Westfälisches Dampfboot
Hafenweg 26a - D-48155 Münster
Tel.: 0251 39 00 48 0 - Fax: 0251 39 00 48 50
info@dampfboot-verlag.de



Die globale Wasserkrise und das GATS

von Sebastian Vollmer

Die globale Wasserkrise

Es kann mit großer Gewißheit davon ausgegangen werden, dass Wasser zum wichtigsten Rohstoff der Zukunft wird. Von der Weltbank wurde es sogar schon als „Erdöl des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet. Wenn man sich vor Augen führt, wie viele bewaffnete Konflikte im 20. Jahrhundert durch den Streit um Zugang zum Erdöl ausgelöst bzw. verursacht wurden, wird die politische Brisanz einer solchen Aussage besonders deutlich. Auch der UN-Generalsekretär Kofi Annan hat mehrfach davor gewarnt, dass die Kriege des 21. Jahrhunderts Kriege um Wasser sein könnten.

Bereits heute ist Wasser eine gewichtige Ursache von Konflikten im Nahen Osten. Zum Beispiel beansprucht Ägypten zu Lasten anderer Anrainerstaaten den größten Teil des Nilwassers und deckt damit etwa 90 Prozent seiner Wasserversorgung ab. Initiativen von Äthiopien und Sudan mit dem Ziel ebenfalls mehr vom Nilwasser zu profitieren, entgegnete die ägyptische Regierung mit konkreten militärischen Drohungen. Gegenüber Äthiopien erklärte 1979 der damalige ägyptische Präsident Anwar el-Saddat sogar: „Das einzige, wofür Ägypten noch einmal Krieg führen würde, ist Wasser.“ (Kürschner-Pelkmann 2003, S.3.) Die Türkei verfolgt, wenngleich ohne derartig explizite Drohgebärden, gegenüber Syrien und dem Irak eine grundsätzlich gleiche Politik, wenn es um das Wasser von Euphrat und Tigris geht. Israel ist in den 60er Jahren noch einen Schritt weiter gegangen und hat die Baustelle eines syrischen Bewässerungsprojekts am Jordan bombardiert. Bis heute sind die Konflikte um den Jordan und andere Flüsse zwischen Israel, Syrien, Libanon und Palästinensern nicht geklärt. Auch wenn Wasser mit Sicherheit nicht die einzige Ursache für Hass und Gewalt im Nahen Osten ist, würde eine Lösung der Wasserfrage einen wichtigen Beitrag zu Stabilisierung der gesamten Region leisten. Ein kurzsichtiger Umgang mit den existierenden Wasservorräten kann zu einer weiteren Verknappung führen und zudem fatale ökologische Konsequenzen haben. Eingriffe in den Wasserhaushalt können das regionale Klima verändern, Böden schädigen, Grundwasserspiegel absenken und die biologische

Vielfalt beeinträchtigen. (Deutscher Bundestag 2002, S. 328) Bei allen Lösungsansätzen für die globale Wasserkrise muss daher auch immer das Prinzip der Nachhaltigkeit Beachtung finden.

Beim Verbrauch gibt es ähnliche Unterschiede wie bei der Verteilung. Während ein Teil der Welt buchstäblich im Wasser schwimmt, haben Menschen andersorts Schwierigkeiten, eine minimale zum Leben notwendige Versorgung zu sichern. In Südkalifornien liegt der tägliche Wasserverbrauch pro Kopf beispielsweise bei über 3000 Litern, ein durchschnittlicher Mitteleuropäer verbraucht etwa 300 Liter täglich, und ein Bewohner der Sahelzone hat täglich nur ungefähr 30 Liter zur Verfügung. (Vgl. Deutscher Bundestag 2001, S. 92.)

Regionale und soziale Unterschiede in der Verfügbarkeit von Gütern sind keine Seltenheit. Wasser ist aber nicht irgendein Gut, sauberes Trinkwasser ist ein elementares Grundnahrungsmittel, welches jeder Mensch zwingend zum Überleben benötigt. Folgerichtig ist das Recht auf Wasser auch im internationalen Recht verankert. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 war dies bereits implizit in Artikel 25 der Fall: „Jeder Mensch hat das Recht auf einen Lebensstandard, angemessen für Gesundheit und Wohlfahrt...“.

Auf besonders dramatische Weise stellt sich die Frage der Wasserversorgung in den Ländern des Südens. Derzeit sterben jeden Tag 6000 Kinder an Krankheiten, die auf verschmutztes Trinkwasser zurückzuführen sind. Ungefähr 1,2 Milliarden Menschen weltweit haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Wenn nicht gehandelt wird, ist in den nächsten Jahren mit einer Zuspitzung des Problems zu rechnen. Dies macht deutlich, dass nicht nur nachhaltig sondern auch schnell und pragmatisch gehandelt werden muss. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass die Staats- und Regierungschefs beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im Jahre 2002 das Ziel vereinbart haben, bis zum Jahr 2015 den Anteil der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, zu halbieren.

Um dies zu erreichen, sind noch große Anstrengungen nötig. Nach Angaben der Welt-

bank müssten jährlich \$180 Milliarden investiert werden, damit das Ziel von Johannesburg erreicht werden kann. Momentan werden aber nur \$80 Milliarden investiert, es besteht also eine Investitionslücke von rund \$100 Milliarden. (Vgl. Wieczorek-Zeul 2003). Hierbei handelt es sich um Schätzungen mit umstrittener Genauigkeit. Derzeit ist es politisch nicht gewollt und praktisch auch nicht möglich, diese Lücke allein durch Entwicklungshilfe oder eigene staatliche Ressourcen zu schließen. Eine Hoffnung der Entwicklungspolitik liegt daher darin, das fehlende Kapital mit Hilfe privater Investoren im Rahmen sogenannter Public-Private-Partnerships (PPP) aufbringen zu können.

In einem Dokument vom 1. Juli 2002, in dem die Europäische Union ihre GATS-Forderungen an 109 Handelspartner im Rahmen der Doha-Runde der WTO-Verhandlungen übermittelt hat, fordert sie von 72 Staaten, zum großen Teil Entwicklungsländer, eine Liberalisierung ihres Wassersektors, Marktzugang für ausländische Wasserkonzerne sowie Gleichbehandlung dieser Konzerne mit lokalen Unternehmen. Diese Forderungen werden gestellt, obwohl die Aufnahme der Trinkwasserversorgung in die GATS-Klassifikation bislang noch keine Zustimmung der WTO-Mitglieder gefunden hat. Auch wenn die Notwendigkeit des GATS für private Investitionen nicht unmittelbar ersichtlich ist, wird versucht, diese Forderungen entwicklungspolitisch mit den Möglichkeiten von Public-Private-Partnerships zu rechtfertigen. Der Wassersektor als Teil des GATS

Die Trinkwasserversorgung gehört gemäß der offiziellen Klassifikation nicht zu den durch das GATS erfaßten Dienstleistungen, unter dem Oberbegriff Umweltdienstleistungen werden lediglich Abwasserbeseitigung und Kanalisation subsumiert. Demzufolge ergeben sich in diesem Bereich auch noch keinerlei Verpflichtungen durch das GATS. In der aktuellen Verhandlungsrunde der WTO wird aber u.a. von Seiten der Europäischen Union versucht, den Umweltsektor durch den neuen Teilssektor „Wasser für den menschlichen Gebrauch und Abwassermanagement“ weiter zu differenzieren und somit die Trinkwasserversorgung in die offizielle Klassifikation des GATS mit aufzunehmen. Dieser Versuch geht einher mit umfassenden Liberalisierungsforderungen im Trinkwassersektor, die sich insbesondere an Entwicklungs- und Schwellenländer richten. Das GATS differenziert zwischen allgemeinen Verpflichtungen, die für alle Dienstleistungssektoren gelten, und spezifischen Ver-

pflichtungen, die nur für jene Sektoren gelten, in denen die Mitglieder konkrete Liberalisierungsverpflichtungen übernommen haben. Dies bedeutet, dass bestimmte Regeln des GATS-Vertrages, nämlich die allgemeinen Verpflichtungen, für alle Sektoren gelten unabhängig davon, ob die Mitglieder in diesen Sektoren Liberalisierungsverpflichtungen übernommen haben oder nicht. Im Falle einer Neuklassifikation des Umweltsektors im Sinne der Europäischen Union müssten daher alle Mitgliedsstaaten der WTO die allgemeinen Verpflichtungen im Trinkwassersektor übernehmen.

Die spezifischen Verpflichtungen werden von den Mitgliedsstaaten in Listen eingetragen, welche verbindlicher Teil des GATS-Vertrages sind. Hierbei sind die Mitglieder sehr flexibel, da sie im Einzelfall entscheiden können, ob eine Verpflichtung horizontal, d.h. in allen Sektoren, oder nur sektoral Anwendung finden sollen. Zudem können Ausnahmeregelungen und eine Differenzierung zwischen den unterschiedlichen Erbringungsarten festgehalten werden.

Die wichtigste allgemeine Verpflichtung ist das Meistbegünstigungsprinzip, welches besagt, dass jedes Mitglied „den Dienstleistungen und Dienstleistungserbringern eines anderen Mitglieds sofort und bedingungslos eine Behandlung (gewähren muss), die nicht weniger günstig ist als diejenige, die es den gleichen Dienstleistungen oder Dienstleistungserbringern eines anderen anderen Landes gewährt“ (GATS, Artikel II.1). Hiervon ausgenommen sind regionale Integrationsabkommen wie zum Beispiel die Europäische Union (GATS, Artikel V).

Ausgangslage im Wassersektor

Weltweit gibt es zwar viele Tausend Wasserunternehmen, ein Großteil dieser Unternehmen ist jedoch im öffentlichen Besitz und hat einen regional sehr begrenzten Aktionsradius. Der Weltmarkt wird von nur zehn bis zwölf Großkonzernen beherrscht, die überwiegend aus Frankreich und Großbritannien stammen (Vivendi, Suez, Thames Water und andere.).

Von den 97 PSP-Projekten (Private Sector Participation), welche die Weltbank im Wassersektor für den Zeitraum von 1990 bis 1997 erfasst hat, entfielen mehr als die Hälfte auf die vier größten dieser Unternehmen. Der Löwenanteil von 40 Prozent lag sogar bei nur den beiden Unternehmen Suez und Vivendi. Bei Bewerbungen um Großaufträge kooperieren die anderen Unternehmen meistens mit einem dieser beiden Marktführer, einheimische Unternehmen sind an Großprojekten mit nur sehr geringen Anteilen beteiligt, die eher eine politische als wirtschaftliche Funktion haben.

Die starke Marktposition dieser Unternehmen hat verschiedene Gründe. Zum einen können sie sich auf einen profitablen heimischen Markt stützen, insbesondere in Groß-

britannien aber auch in Frankreich konnten in der Vergangenheit durch Monopolstellungen bei nur mäßiger staatlicher Kontrolle außerordentlich hohe Gewinne erzielt werden. Zudem haben diese Unternehmen eine starke internationale Operationsbasis aufgebaut und bereits Erfahrung mit der Realisation von Großprojekten gesammelt. Beides sind Faktoren, die bei der Vergabe von Projekten durch die Weltbank oder andere Entwicklungsbanken äußerst vorteilhaft sind. Hinzu kommt, dass viele dieser Unternehmen Mischkonzerne sind, die neben der Wasserversorgung auch Lösungen für die Müllverwertung, Krankenhäuser, Energieversorgung, Hoch- und Tiefbau sowie Telekommunikation anbieten können.

Der Wassermarkt in Entwicklungsländern ist für diese Konzerne höchst attraktiv. Nach einer Marktstudie im Auftrag von Vivendi wird in den nächsten zehn Jahren in diesem Bereich ein Markt mit einem Volumen von \$26 Milliarden für private Unternehmen entstehen. Es wird erwartet, dass der Anteil des öffentlichen Sektors in Asien sowie Ost- und Zentraleuropa im Zeitraum von 1997 bis 2010 von 99 bzw. 96 auf 80 Prozent sinken wird, für Lateinamerika wird ein Rückgang von 96 auf unter 50 Prozent und für Afrika von 97 auf 67 Prozent vorhergesagt. (Vgl. Hoering 2001, S. 17.)

Angesichts dieser Daten wird deutlich, dass die Europäische Kommission unter Führung des Handelskommissars Pascal Lamy im Interesse der europäischen Wasserkonzerne handelt, wenn sie in der aktuellen Verhandlungsrunde des GATS 72 von 109 Handelspartnern auffordert, ihren Wassermarkt für ausländische Unternehmen zu liberalisieren. Wegen der hohen Durchsetzungskraft von Abkommen der WTO durch deren Schiedsgerichtsbarkeit könnte durch eine Liberalisierung im Rahmen des GATS eine große Sicherheit für Wasserkonzerne erreicht werden, welche sie vor politischen Schwankungen und willkürlichen staatlichen Eingriffen schützt.

Ob die Forderungen der EU auch immer einen entwicklungspolitischen Hintergrund haben, wie die

Europäische Kommission in offiziellen Verlautbarungen oftmals verkündet, ist zumindest fraglich. So richten sich die Liberalisierungsforderungen zum Beispiel auch an Länder wie Honduras, Tunesien und Botswana, die, wie allgemein anerkannt ist, gute staatliche Wasserunternehmen haben. (Vgl. Joy/Hardstaff 2003, S. 18.)

Voraussetzungen für eine mögliche Liberalisierung der Wasserversorgung in Entwicklungsländern durch das GATS

Viele öffentliche Unternehmen machen deshalb Verluste oder erzielen nur kleine Gewinne, weil sie bestimmte Leistungen aus sozialen oder politischen Gründen auch dann anbieten, wenn diese unrentabel sind. Ihr Gesamtergebnis wird dadurch möglichst positiv gehalten, dass die Gewinne aus rentablen die Verluste aus unrentablen Unternehmensbereichen kompensieren. Ein klassisches Beispiel hierfür ist der öffentliche Nahverkehr, bei dem die Strassenbahn im Berufsverkehr bis zum letzten Platz gefüllt ist, aber auch am Wochenende nachts um drei ein paar Jugendliche sicher von der Disco nach Hause in einen entlegenen Stadtteil befördert.

Analoges gilt auch für die Wasserversorgung, die wegen niedrigerer Instandhaltungskosten und einem größeren Absatzmarkt in Städten normalerweise rentabler ist als auf dem Land. Durch die Gewinne aus profitablen Bereichen kann zudem der An-

Was, wenn ein Nahrungsmittelmulti die Wasserversorgung übernehme?

Stopppt GATS!
www.gats-kritik.de

attac
Gegen den Ausverkauf öffentlicher Dienstleistungen durch das WTO-Dienstleistungsabkommen GATS
www.attac.de

schluss und die Versorgung von ärmeren Teilen der Bevölkerung subventioniert werden. Bei Privatisierungen im Wassersektor besteht deshalb grundsätzlich die Gefahr, dass sich die privaten Versorgungsunternehmen auf die Versorgung attraktiver Bereiche konzentrieren und alle unrentablen Pflichtaufgaben der öffentlichen Hand überlassen.

Über die oben genannten Vorteile von Städten gegenüber dem Land hinaus sind Großstädte für private Unternehmen besonders interessant, weil dort in den meisten Fällen bereits halbwegs funktionierende städtische Versorgungsbetriebe existieren, deren Strukturen weitgehend übernommen werden können und somit hohe Anfangsinvestitionen in Grenzen halten. Zudem gibt es dort eine Klientel, die bereit und in der Lage ist für eine gute Wasserversorgung zu zahlen. Folgerichtig haben sich vergangene Privatisierungsprojekte in Entwicklungsländern auch auf Großstädte konzentriert.

Zur zahlungsfähigen und -willigen Kundenklientel zählen hierbei nicht nur die Mittel- und Oberschicht sondern prinzipiell auch die Ärmsten. Diese sind derzeit illegal ans System angeschlossen oder beziehen ihr Wasser über fahrende Händler, die teilweise das zehnfache des Preises des lokalen Wasserversorgungsunternehmens verlangen. Die Einbeziehung der Armen in das formale Versorgungssystem scheint damit allem Anschein nach zu vernünftigen Konditionen möglich zu sein. Bei Privatisierungen der Wasserversorgung von größeren Städten sollte demnach zur Auflage gemacht werden, dass eine flächendeckende Versorgung innerhalb eines überschaubaren Zeitraums erreicht wird. Eine gute Versorgung der ärmsten Bevölkerungsgruppen sollte dadurch angestrebt werden, dass sie einen

kostenlosen Zugang sowie besonders günstige Tarife erhalten.

Damit Privatisierungen auch im Falle einer Liberalisierung des Wassersektors im Rahmen des GATS mit solchen Auflagen versehen werden können, sollte das Recht zur Festsetzung solcher Auflagen durch Zusatzvereinbarungen im GATS festgehalten werden. Im (ungewöhnlichen) Falle einer gemeinsamen Netznutzung sollte festgehalten werden, dass Ausgleichszahlungen zwischen den beteiligten privaten Unternehmen sowie ggf. dem öffentlichen Versorgungsunternehmen erfolgen müssen, falls sich die Unternehmen nicht in gleichem Maße an der kostenlosen bzw. kostengünstigen Versorgung der Ärmsten beteiligen.

Für die Wasserversorgung in ländlichen Gebieten spielt das GATS keine Rolle, da nicht zu erwarten ist, dass private Unternehmen an den ländlichen Wassermärkten von Entwicklungsländern interessiert sind. Es wäre höchstens möglich, bei Privatisierungen in Großstädten in geringem Umfang Investitionen für den Aufbau einer Versorgungsinfrastruktur in den angrenzenden ländlichen Gebieten zur Auflage zu machen. Dabei wäre es allerdings unrealistisch zu glauben, dass solche Auflagen, sofern sie praktisch überhaupt möglich sind, mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein sein könnten. Für die Versorgung der Wasserversorgung in ländlichen Gebieten von Entwicklungsländern muss die Entwicklungspolitik daher andere Antworten geben als Privatisierung.

Ein allgemeines Risiko des GATS stellt der Artikel XXI dar, nach dem eine Änderung oder Rücknahme von Verpflichtungen frühestens drei Jahren nach deren Inkrafttreten erfolgen kann. Hierfür sind allerdings Kompensationsverhandlungen mit dem betroffenen Partner erforder-

lich. Kommt zwischen den Vertragsparteien keine Einigung zustande, wird ein Streitschlichtungsverfahren eingeleitet, dessen Entscheidung verbindlich ist. Beachtet ein Land diese Entscheidung nicht, hat der betroffene Handelspartner das Recht, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und „im wesentlichen gleichwertige Vergünstigungen“ zurückzunehmen.

Der Artikel XXI GATS führt dazu, dass der GATS-Verhandlungsprozess selbst bei gravierenden Fehlentscheidungen faktisch nicht umkehrbar ist, weil Rücknahmen von Verpflichtungen nur für einen sehr hohen Preis erkauf werden können. Damit hat der erreichte Verhandlungsstand insbesondere für wirtschaftliche schwächere Länder in gewisser Weise Ewigkeitswert.

Diese faktische Unumkehrbarkeit ist auch nach Demokratiegrundsätzen ein Problem, da die Entscheidung über die Versorgung mit Wasser und vergleichbaren öffentlichen Gütern nach den Prinzipien der Demokratie und Subsidiarität zu erfolgen hat, wonach jedes Land und jede Kommune autonom und immer wieder neu entscheiden können muss, wie sie die Versorgung für ihre Bürgerinnen und Bürger regeln will.

Sowohl im Interesse der beteiligten Länder als auch wegen demokratischer Grundsätze sollte es daher in sensiblen Bereichen wie der Wasserversorgung nur zu Liberalisierungsverpflichtungen im GATS kommen, wenn hierfür im gleichen Zug sogenannte Sicherheitsklauseln (safeguard clauses) eingeführt werden, die bei triftigen Gründen auch eine Rücknahme von Verpflichtungen ohne Kompensation ermöglichen.

Die Bewahrung notwendiger Regulierungsmöglichkeiten

Da Wasserversorgungsunternehmen in der Regel eine natürliche Monopolstellung genießen, ist ökonomische Regulierung erforderlich, um Wohlfahrtsverluste zu vermeiden, die aus Mißbrauch der Monopolstellung resultieren. Selbst wenn es zum Beispiel durch gemeinsame Netznutzung gelungen ist, Wettbewerb auf dem Markt für Trinkwasserversorgung zu erzeugen, bleibt Regulierung weiterhin erforderlich, um den Fortbestand des Wettbewerbs zu sichern und die Bildung einer Vormachtstellung eines einzelnen Unternehmens zu verhindern.

Aus diesem Grund ist eine schlecht regulierte Beteiligung des privaten Sektors an der Trinkwasserversorgung für alle außer das profitierende Versorgungsunternehmen von Nachteil. Zahlreiche Beispiele haben belegt, dass unzureichende Regulierung in Entwicklungs- und Schwellenländern zumindest bei komplexeren Beteiligungsformen wie Konzessionen leider der Normalfall ist. Ein Hauptproblem liegt dabei in der asymmetrischen Verteilung von Kapazitäten, Erfahrung, Macht und Informationen zwischen Entwicklungsländern und den wenigen transnationalen Wasserkonzernen.



Bei vergangenen Privatisierungsprojekten wurde häufig versäumt, rechtzeitig ein funktionstüchtiges Regulierungssystem aufzubauen. Es wäre daher wünschenswert, dass sich diejenigen Länder, die Liberalisierungsforderungen im Wassersektor gestellt haben, parallel zu den GATS-Verhandlungen verpflichten, Entwicklungsländer beim Aufbau wirksamer Regulierungsinstanzen administrativ und finanziell zu unterstützen.

Vor Abschluss eines Konzessionsvertrages stellt sich zunächst die Frage, ob der Vertrag flexibel oder inflexibel gestaltet werden soll. Da die Nachfrage nach Wasser relativ stabil und die Versorgung technisch sehr ausgereift ist, ist eine inflexible Vertragsgestaltung ohne größere Komplikationen möglich. Im Falle einer schwachen Regulierungsbehörde unter politisch eher instabilen Bedingungen ist die inflexible Gestaltung des Vertrages zu präferieren, da sie geringere Anforderungen an die Regulierung stellt. Eine starke Regulierungsbehörde kann hingegen mit einem flexibel gestalteten Vertrag bessere Ergebnisse erzielen.

Es hat sich bewährt, eine unabhängige Institution einzurichten, die mit der Regulierung betraut wird. Dies schützt sowohl den Investor als auch die Verbraucher vor willkürlichen Entscheidungen wechselnder Regierungen und gibt somit auch in einem möglicherweise politisch instabilen System Planungssicherheit. Voraussetzungen hierfür sind:

- Ein klares durch Gesetz abgesichertes Mandat.
- Transparente und formale Verfahren zur Auswahl der Regulierungsbeamten.
- Schutz der Regulierungsbeamten vor willkürlicher Abberufung.
- Angemessene Bezahlung und Ausstattung der Regulierungsbeamten mit einem qualifizierten Personalstab.
- Zuverlässige Finanzierung der Behörde unabhängig von der Gunst öffentlicher Haushalte.

Hauptaufgabe der Regulierungsbehörde ist die Kontrolle der Preispolitik des Versorgungsunternehmens. Weiterhin ist es Aufgabe der Regulierungsbehörde sicherzustellen, dass das Versorgungsunternehmen andere vertragliche Vereinbarungen einhält. Hierzu können Instandhaltung des Netzes, Einhaltung von Umwelt- oder Qualitätsstandards sowie Investitionen in den Ausbau des Netzes gehören. Eventuelle Vertragsbrüche sind zu sanktionieren.

Neben der Fähigkeit zur Regulierung und der konkreten Ausgestaltung der Regulierung ist bei den GATS-Verhandlungen zunächst wichtig, dass nach einer möglichen Liberalisierung des Wassersektors auch das Recht auf Regulierung im notwendigen Umfang erhalten bleibt. Falls sich Entwicklungsländer im GATS zur Liberalisierung ihres Wassersektors verpflichten, sollte dieses Recht daher in Zusatzvereinbarungen festgehalten werden.

Fazit – Alternative Lösungsansätze für die globale Wasserkrise

Durch das GATS können für transnationale Wasserkonzerne attraktive Investitionsbedingungen in Entwicklungsländern geschaffen werden, der Preis hierfür ist allerdings, dass den betroffenen Ländern dadurch wesentliche Rechte zur Ausgestaltung ihres Wassersektors genommen werden, indem bestimmte Verpflichtungen im internationalen Recht festgeschrieben werden und nicht mehr autonom zurückgenommen werden können.

Ob die Vorteile des GATS in diesem Bereich, nämlich attraktivere Investitionsbedingungen für internationale Wasserkonzerne, diese Nachteile überwiegen, ist mehr als fraglich. Immerhin ist eine Beteiligung des privaten Sektors an der Wasserversorgung eines Landes auch ohne das GATS möglich. Die Projekte in Buenos Aires und Manila sowie weitere Beispiele haben gezeigt, dass es auch ohne das GATS möglich ist, durch Ausschreibungen attraktive Investitionsbedingungen für internationale Wasserkonzerne zu schaffen und große Privatisierungsprojekte zu verwirklichen. Immerhin geht es bei solchen Ausschreibungen darum, für einen befristeten Zeitraum von ungefähr 30 Jahren ein natürliches Monopol zu erhalten.

Als Ergebnis bleibt also festzuhalten, dass mögliche GATS-Verpflichtungen zur Liberalisierung der Wasserversorgung für Entwicklungsländer mehr Nachteile als Vorteile mit sich brächten. Auch wenn eine Verpflichtung zur Liberalisierung ihres Wassersektors nicht im Interesse der meisten Entwicklungsländer ist, scheint doch wahrscheinlich, dass es im Rahmen der WTO-Verhandlungen zu derartigen Verpflichtungen kommen wird, sofern insbesondere die Europäische Union nicht von ihrer Verhandlungsstrategie abkehrt. Es ist zum Beispiel denkbar, dass Verpflichtungen zur Liberalisierung des Wassersektors der Preis für Zugeständnisse der EU in anderen Bereichen wie zum Beispiel Landwirtschaft sein könnten. Für diesen Fall wurden in den vorangegangenen Abschnitten Vorsichtsmaßnahmen diskutiert, die getroffen werden müssten, um die Nachteile dieser Verpflichtungen möglichst gering zu halten. Noch einmal besonders herauszunehmen sind die sogenannten Sicherheitsklauseln, die es ermöglichen, Fehlentscheidungen im nachhinein zu korrigieren. Und wie bereits mehrfach erwähnt wurde, muss auch wirksame Regulierung eine prominente Rolle einnehmen.

Wie es sich mit der kostengünstigen Wasserversorgung der Armen verhält, ist nicht ganz unstrittig. Man könnte argumentieren, dass die kostengünstige Versorgung der Armen eine sozialpolitische Maßnahme ist, die nicht durch versteckte Subventionen in den Markt für Trinkwasserversorgung gehört. Fakt ist aber auch, dass öffentliche Versorgungsunternehmen Gewinne aus profitablen Ge-

schäftsbereichen verwenden, um eben diese sozialen Aufgaben zu erledigen. Im Falle einer Privatisierung ohne gleichzeitige Verpflichtung zur kostengünstigen Versorgung der Armen würde die öffentliche Hand die Gewinne aus den profitablen Geschäftsbereichen verlieren und müsste zugleich die sozialen Kosten tragen. Zumindest bei ärmeren Ländern wäre ein derartiges Ergebnis inakzeptabel und müsste durch Kompensationszahlungen aufgefangen werden.

Unabhängig davon, ob die Wasserversorgung von Entwicklungsländern in der Zukunft öffentlich, privat oder durch GATS-Vereinbarungen geregelt wird, muss die Welt handelsordnung so reformiert werden, dass Entwicklungsländer angemessen von den Vorteilen des Handels profitieren können. Dies würde auch einen wichtigen Beitrag zur Lösung der globalen Wasserkrise leisten.

Abschließend sei noch angemerkt, dass auch Alternativen und Ergänzungen zu privaten Beteiligungen nicht vernachlässigt werden dürfen. Wenn es gelingt, die Versäumnisse der Vergangenheit bei zukünftigen Privatisierungsprojekten zu vermeiden, können PSP-Projekte einen wichtigen Beitrag bei der Lösung der globalen Wasserkrise leisten. Eine umfassende und nachhaltige Lösungsstrategie für die globale Wasserkrise kann aber nur gefunden werden, wenn es gelingt, die einzelnen Instrumente der Entwicklungspolitik zu verzahnen und für verschiedene lokale Gegebenheiten die individuell passende Lösung zu finden.

spw 4 / 2004

Literaturverzeichnis

- Deutscher Bundestag (2001), „Zwischenbericht der Enquete-Kommission: Globalisierung der Weltwirtschaft“, Drucksache 14/6910, Berlin.
- Deutscher Bundestag (2002), „Schlussbericht der Enquete-Kommission: Globalisierung der Weltwirtschaft“, Leske + Budrich, Opladen.
- Hoering, Uwe (2001), „Privatisierung im Wassersektor“, Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e.V., Bonn.
- Joy, Clare/Hardstaff, Peter (2003), „Wessen Entwicklungsagenda? Eine Analyse der GATS – Forderungen der Europäischen Union“, Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e.V., Berlin.
- Kim, S.-Ran/Horn, A. (1999), „Regulation policies concerning natural monopolies in developing and transition economies“, DESA Discussion Paper No. 8, United Nations, New York.
- Kürschner-Pelkmann, Frank (2003), „Wasser im Nahen Osten“, Brot für die Welt, Stuttgart.
- Scherrer, Christoph et al. (2003), „GATS Dienstleistungsliberalisierung: Szenarien sektoraler Auswirkungen“, Studie im Auftrag der Hans Böckler Stiftung und ver.di.
- Ugaz, Cecilia (2003), „Consumer participation and pro-poor regulation in Latin America“, in: Cecilia Ugaz und Catherine Waddams Price (Hrsg.), *Utility Privatization and Regulation: A Fair Deal for Consumers?*, Edward Elgar Publishing Ltd., S. 80-100.
- Wieduwilt, Sven-Björn/Wagner, Jan/Vollmer, Sebastian/Lindner, Oliver/Klant, Torben/Hindersmann, Nils (2003), „Die WTO-Verhandlungen in der Doha-Runde“, in: spw, Heft 133, S. 39-42.
- Wieczorek-Zeul, Heidemarie (2003), „Der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist ein Menschenrecht“, in: Frankfurter Rundschau, 2. Juni 2003.
- World Bank (2003), „World Development Report 2004: Making Services Work for Poor People“, Oxford University Press.

SPD–Linke und neue Linkspartei: bekämpfen, dulden oder unterstützen?

von Friedrich Putz

Anfang Juli haben die Vertreter von 70 Initiativen den Verein „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ gegründet. Dessen Mitglieder sollen im Herbst über die Gründung einer Partei entscheiden. Wie diese Abstimmung ausgehen wird, kann nach der Europawahl und der Thüringer Landtagswahl am 13. Juni nicht mehr zweifelhaft sein: Die neue Linkspartei kommt! Ein Kurswechsel der SPD, der die Gründung einer solchen Partei evtl. noch hätte aufhalten können, wird vom Bundeskanzler und vom Parteivorsitzenden trotz der katastrophalen Wahlniederlagen der SPD weiterhin kategorisch ausgeschlossen. Wie soll sich die SPD–Linke der neuen Partei gegenüber verhalten? Mit den folgenden Überlegungen zu dieser Frage soll vor allem auf die Gründe eingegangen werden, aus denen Reinhold Rünker, Andrea Nahles und Horst Peter in ihrem Beitrag „Brauchen wir eine Partei links von der SPD?“ (spw 136, März/April 2004, S. 40) die Gründung einer neuen Linkspartei ablehnen.

Beginnen wir mit der in dem genannten Beitrag gestellten zentralen Ausgangsfrage nach der „programmatischen Kohärenz“ zwischen der SPD–Linken und der neuen Partei. Einfacher und anschaulicher: Stimmeninhalt und Ziele der von der neuen Partei angestrebten Politik mit dem überein, was die SPD–Linke will? Da mir ausreichender Raum für eine detaillierte Untersuchung hier nicht zur Verfügung steht, meine zusammenfassende persönliche Beurteilung: Ich habe in dem „Entwurf der ‚Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit‘ für programmatische Grundlagen einer angestrebten neuen Linkspartei“ (Dokumentation in der Frankfurter Rundschau vom 8. Juli 2004, Langfassung www.fr-aktuell.de/doku) nichts gefunden was nicht zumindest dem wesentlichen Inhalt nach auch von linken Sozialdemokraten und Gewerkschaftern verlangt wird. Die spw–Leserinnen und –Leser mögen selbst überprüfen ob das zutrifft. Wer zu einem anderen Ergebnis kommt, sollte dieses konkret begründen und in spw zur Diskussion stellen. Gelangt man zum selben Ergebnis wie ich, dann darf man der Frage nicht ausweichen, warum man weiterhin eine Partei – nämlich die SPD – unterstützen sollte, deren

Politik man als falsch und schädlich erkennt, eine solche, die das anstrebt, was man auch selbst für richtig und notwendig hält, aber ablehnen oder sogar bekämpfen sollte.

Die Gründung einer neuen Linkspartei ist nach Ansicht der Verfasser des Betrags in spw 136 schon deswegen abzulehnen weil eine solche Partei angeblich keine Aussicht hat, mit Erfolg an Wahlen teilzunehmen und in Parlamente einzuziehen. Zur Begründung zitieren sie dazu zunächst u. a. folgende Sätze ihres Aufsatzes in spw 132 vom Juli/ August 2003:

„Gesellschaftliche Bewegung und auf den Parlamentarismus bezogene Parteigründung müssen einander ergänzen und befördern, damit ein solches Unterfangen erfolgreich sein kann. Wir sehen nicht, dass gegenwärtig eine derartige gesellschaftliche Konstellation besteht... Weder gibt es aus den traditionellen sozialen Bewegungen, noch aus den neuen Bewegungen wie attac das Bedürfnis, sich zumindest soweit auf eine parteiiliche Organisationsform einzulassen wie es Ende der 1970er Jahre bei den Bewegungen und Initiativen war, aus denen heraus seinerzeit die Grünen gegründet wurden.“

Es mag dahinstehen, ob diese Einschätzung noch vor einem Jahr vertretbar war; sie ist jedenfalls heute, im Juli 2004, offensichtlich wirklichkeitsfremd. Die Gewerkschaften, immer noch starke und einflussreiche, „traditionelle soziale Bewegungen“, laufen mit wenigen, nicht ins Gewicht fallenden Ausnahmen Sturm gegen den Sozialabbau durch die „Agenda 2010“ und haben bereits am 3. April 2004 eine halbe Millionen Menschen zu Massendemonstrationen auf die Straße gebracht. Ihr Verhältnis zur SPD ist mittlerweile so schlecht, dass die SPD–Führung in der letzten Ausgabe des „Vorwärts“ die Chefredakteurin des Parteiblatts die Mitglieder regierungskritischer Gewerkschaften auffordern lässt, aus der Gewerkschaft auszutreten. Die Medien berichten fast täglich über Proteste von Verbänden Betroffener, Wohlfahrtsverbänden und kirchlichen Organisationen gegen die sogenannten „Reformen“ und ihre schlimmen Formen für Arbeitnehmer, Arbeitslose, Kranke, Rentner und Sozialhilfeempfänger. Viele aktive Mit-

glieder von attac arbeiten im Einvernehmen mit ihrer Organisation in Initiativen zur Gründung einer neuen Partei mit. Die Wähler, vor allen die Stammwähler laufen der SPD zu Millionen weg, und auch die CDU erleidet erhebliche Stimmenverluste. Zulauf hat vor allen die bei der Europawahl mit Abstand stärkste „Partei“, nämlich die der Nichtwähler. Und das alles soll keine ausreichende „gesellschaftliche Konstellation“ für einen Wahlerfolg einer neuen Linkspartei sein? „Angesichts der allgemeinen Unzufriedenheit mit der Politik der SPD würde eine neue Linkspartei nach Ansicht des früheren SPD–Vorsitzenden Oskar Lafontaine die Fünf–Prozent–Hürde spielend überspringen“, berichtet die Hessisch–Niedersächsische–Allgemeine am 7.7.2004 und zitiert Lafontaine: „Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik war das Potenzial für eine neue Partei so groß wie heute.“ Die neueste Umfrage von Infratest/dimap bestätigt diese Einschätzung: „Die Wahl einer solchen neuen Partei können sich sechs Prozent sicher vorstellen, das weitere Potenzial umfasst 37 Prozent.“ (FR–Dokumentation vom 3.7.04) Dieses Umfrageergebnis ist, wohlgermerkt, mit den „handelnden Akteuren“ der eine Parteigründung vorbereitenden Initiativen zustande gekommen, deren Qualifikation die Verfasser des Beitrags von spw 136 mit er Begründung in Zweifel ziehen, Franz Walter habe „nicht unrecht“, wenn er am 22. März 2004 in der Süddeutschen Zeitung schreibe: „Sie sind nicht die geeigneten Volkstribune für die politisch, ökonomisch und kulturell obdachlosen Menschen in den randstädtischen Trabantenvierteln der urbanen Zentren. Die potenziellen Parteigründer auf der Linken sind vielmehr durchweg ordentliche Gewerkschaftsfunktionäre, die wert auf Organisation, Programme, Stetigkeit, Disziplin, Verlässlichkeit und all dergleichen gediegene Facharbeiter – /Angestelltenmentalitäten legen. Die Lebenserfahrungen und Alltagserlebnisse der neuen städtischen Unterschichten aber fallen aus diesem Ordnungsraster heraus.“

Das ist in mehrerlei Hinsicht abwegig: Das Wählerpotenzial einer neuen Linkspartei besteht keineswegs hauptsächlich aus Bewohnern randstädtischer Trabantenviertel von Großstädten, sondern vor allem aus Arbeitnehmern, Rentnern, Arbeitslosen, Kassenpatienten und anderen Reformopfern, die Gott sei Dank noch nicht gettoisiert sind, und die so schreckliche „Facharbeiter – /Angestell-

tenmentalitäten“ wie Stetigkeit Disziplin, Verlässlichkeit und dergleichen durchaus zu schätzen wissen. Und auch die Behauptung, die neuen städtischen Unterschichten wünschten sich als Parteigründer keine „ordentlichen Gewerkschaftsfunktionäre“ lässt sich allenfalls mit der Enttäuschung eines Gegners einer neuen Linkspartei darüber erklären, dass es sich bei den Parteigründern nicht um chaotische Revoluzzer handelt, die man als Bürgerschreck vorführen kann.

Und dann ist da noch das Argument mit Maggie Thatchers Handtasche, mit der Angela Merkel sozialstaatsbedrohend herumfuchelt. „Niels Annen erinnerte in seinen Debattenbeitrag auf dem Sonderparteitag daran, dass nur eine starke SPD daran hindern könne, Maggie Thatchers Politik in Deutschland umzusetzen“, heißt es dazu in dem Beitrag in spw 136, S.40. In meinem Beitrag „Initiativen für eine neue Linkspartei – Gefahr oder Chance für die SPD?“ (spw 136, S.41) habe ich dargelegt warum es nach der nächsten Bundestagswahl für eine Neuaufgabe der rot/grünen Regierungskoalition mit höchster Wahrscheinlichkeit selbst dann keine Mehrheit geben würde, wenn diese Parteien keine Stimmen an die neue Partei verlieren würden. Als ich das geschrieben habe, lag die SPD nach Infratest/dimap bei der „Sonntagsfrage“ bei 25%, nach der neuesten Umfrage der selben Institute würden am nächsten Sonntag nur noch 23% der Wähler ihre Stimme der SPD geben. Das bestätigt meine Einschätzung dass ein Wahlerfolg der neuen Partei selbst dann für die SPD eine Chance wäre, wenn s nicht zu einer Linkskoalition mit dieser käme. Wer eine regierungsfähige Mehrheit von CDU/CSU und FDP verhindern will, muss dafür sorgen, dass das rie-

sige und weiter anwachsende Potenzial von Nichtwählern in diesem Sinne ausgeschöpft wird. Dass es Franz Müntefering doch noch gelingt, die SPD zur Sonderschule der Nation umzubauen und den lernschwachen Wählern mit Erfolg einzutrichern, zur Agenda 2010 gebe es keine Alternative, können nach den Wahlergebnis vom 13. Juni nur noch Wundergläubige annehmen.

Zu hoffen, die SPD-flüchtigen Wählermassen würden, wenn sie nur die Wahl zwischen der Politik Schröders und Merkels hätten, mangels einer anderen Alternative doch noch ihre Stimme der Schröder-SPD geben, wird gegenstandslos, sobald die neue Partei zur Wahl antritt. Eine solche Lösung könnten SPD-Linke auch gar nicht wollen. Das würde nämlich erstens bedeuten, dass Schröder keinen Grund hätte, seine Politik zu ändern, weil er mit seiner Behauptung, eine andere Politik sei nicht möglich, in dem Sinne Recht bekäme dass eine parlamentarische Mehrheit für eine andere, sozialgerechtere Politik nicht zu Stande kommen könnte. Zweitens würde unsere Demokratie schweren Schaden nehmen, wenn die 64% der Bundesbürger, die die Agenda 2010 für falsch und die 76%, die sie nach der selben forsa-Umfrage darüber hinaus für sozial ungerecht halten, bzw. die wahrscheinlich mindestens ebenso vielen wahlberechtigten die im Zeitpunkt der nächsten Bundestagswahl der selben Ansicht sein werden, keine Möglichkeit hätten, den gewünschten Politikwechsel mit dem Stimmzettel herbeizuführen. Das könnte den Boden für rechtsextreme Demagogen oder gar für gewalttätige Systemveränderer bereiten.

Bleibt die Frage der Ausnutzung in der SPD noch vorhandener „Handlungskorridore,

die Chancen auch für die Linke eröffnen“ (spw 136, S.40). „Wir setzen auf die Lernfähigkeit der handelnden Akteure auch in der SPD“, schreiben die Verfasser des Beitrags dazu, nachdem sie Franz Müntefering zu einem korridoröffnenden Akteur erklärt haben. Das entschiedene „weiter so“ des Bundeskanzlers und auch des neuen Parteivorsitzenden nach dem Wahldebakel der SPD am 13. Juni wirft die Frage auf ob der SPD auch noch die allerletzten Wähler weglauen müssen, damit die Lernfähigkeit der führenden Akteure dieser Partei aktiviert wird. Auch das Schicksal aktueller „linker“ Gesetzesvorhaben signalisiert weder zunehmende Lernfähigkeit der Parteispitze, noch einen auf einer solchen beruhenden Kurswechsel: Der „Handlungskorridor“ einer gesetzlichen Regelung der Ausbildungsplatzabgabe hat nur bis zum Müllhaufen eines schwammigen „Ausbildungspaktes“ mit denjenigen geführt, die schon frühere einschlägige Versprechen nicht eingehalten haben. Und wenn die Einbringung eines konkreten Gesetzentwurfs für eine Bürgerversicherung noch in dieser Wahlperiode abgelehnt und auf die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl verschoben wird, dann ist jedem, der weiß, wie schnell „Hartz IV“ und andere wichtige Gesetze durch den Bundestag gepeitscht wurden, klar: Die könnten, wollen aber nicht.

Trotzdem: linke Sozialdemokraten die noch echte, mit ihrem Grundverständnis sozialdemokratischer Politik vereinbare Handlungsmöglichkeiten in der SPD sehen, sollten diese ausschöpfen. Es gibt für sie aber keinen plausiblen, logisch nachvollziehbaren Grund, der neuen Partei zu schaden, sondern nur gute Gründe, sie zu unterstützen. spw 4 / 2004

Die neue SPD

Impulse für ein neues Grundsatzprogramm

von Reinhard Wegner

Anfang November 2003 stellte die Gruppe jüngerer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sog. Netzwerker, der Öffentlichkeit ihre „Impulse für ein neues Grundsatzprogramm“ vor, die nun in dem Buch noch einmal abgedruckt sind. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte eine Arbeitstagung zum Thema „Zukunft der sozialen Demokratie“ für jüngere Politiker, wis-

senschaftliche Experten und Publizisten vom 29.09.-04.10.2003 in der Kurt-Schumacher-Akademie in Bad Münstereifel ausgerichtet.

Die Netzwerker, zu denen so bekannte Politiker wie Kurt Bodewig, Hans Martin Bury, Sigmar Gabriel, Christoph Matschie und Ute Vogt zählen, verstehen sich als undogmatische Nach-68er, die den Reformkurs Schröders im

Wesentlichen unterstützen und keine grundsätzliche Alternative zur Agenda 2010 sehen. An einer Programmdebatte müssen sie deshalb interessiert sein, weil der gegenwärtigen Reformpolitik sowohl innerparteilich als auch von linker Seite generell vorgeworfen wird, gegen traditionelle Grundsätze sozialer Gerechtigkeit zu verstoßen. Ihre Antwort ist der Verweis auf die Notwendigkeit eines moderneren Verständnisses von sozialer Gerechtigkeit: weniger Verteilungs- und mehr Chancengerechtigkeit. In ihrem Papier heißt es (S.321):

„Heute ist klar, dass wir tief greifende Sozialstaatsreformen brauchen, damit soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft erreicht werden kann. Das derzeitige deutsche Sozialsystem wirkt vor allem reaktiv. ... Der erneuerte Sozialstaat muss weiterhin ein notwendiges Maß an sozialer Sicherheit gewährleisten, vor allem aber muss er Menschen stärken und neue Chancen eröffnen. Seine Qualität bemisst sich nicht an der Masse des Geldes, das

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE
UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

254 Widerstand und Erinnerung

»Wer sich zur Geschichte seiner Bewegung verhält, wie jemand, der sich an nichts erinnert«, heißt es bei Lenin, »kann kein klassenbewusster Arbeiter sein.« Der Satz gilt nicht nur für die Arbeiterbewegung. Mutatis mutandis mögen die andern emanzipatorischen Bewegungen ihre Erfahrung in diesem Satz wiedererkennen, was immer sie sonst von Lenin halten. Die jeweils Regierenden aber setzen, umrahmt von offizieller Geschichtsrepräsentation, auf die Vergesslichkeit der Völker. [...] Sich widerständig zu erinnern, ist kein Zustand, sondern eine aktive Haltung, die zur verändernden Kraft wird, wenn sie sich sozial mitteilt und zum massenhaft vollzogenen Eingedenken steigert. Dies im Rückblick aufs 20. Jahrhundert zu leisten und damit einem neuen sozialen Aufbruch den Weg zu bahnen, ist kein literarisches Werk geeigneter als Peter Weiss' *Ästhetik des Widerstands*. Seiner Rückholung ins Gedächtnis der Linken widmen wir den Schwerpunkt dieses Hefts.«

(aus dem Editorial)

Robert Cohen: Brief an Uwe Timm

Fredric Jameson: Ein Monument radikaler Momente. Für eine neue Lektüre von Peter Weiss' *Ästhetik des Widerstands*

Roger I. Simon: Beharrlichkeit des Vergangenen. Pädagogik und öffentliches Erinnern

Nils Zurawski: Nordirland. Terror als symbolischer Alltag

Klaus Weber: Erinnernte Aus- und Eingrenzungserfahrungen

Außerdem: Interview mit **Clyde Barrow** über die Zukunft des us-amerikanischen Superstaats; **Michael Heinrich** antwortet auf W.F. Haug in der Debatte um Historisches/Logisches; **Julia Reuter** zur Materialität des Performativen bei Erving Goffman und Judith Butler.

Werden Sie Abonnent/in für 52,50
Euro pro Jahr, Studierende 39 Euro.

Argument-Redaktion
Reichenberger Strasse 150, 10999 Berlin
T: 030 - 61 14 182, F: 030 - 61 14 270
versand@argument.de
www.argument.de

umverteilt wird. Die Qualität des Sozialstaates zeigt sich darin, ob er tatsächliche Lebenschancen für Menschen eröffnet und ihnen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.“ Das Buch enthält neben dem 45 Seiten starken Impulse-Papier 34 Beiträge, 17 davon von Verfasserinnen und Verfassern des Impulse-Papiers, 16 von wissenschaftlichen Gesprächspartnern, in der Mehrzahl Universitätsprofessoren, und einen Beitrag von Poul Nyrup Rasmussen, dem Dänischen Premierminister a.D.

Erwartungsgemäß umschreiben oder erläutern die Netzwerker in ihren Beiträgen ihr Impulse-Papier. Viel Zustimmung – ergänzt durch dänische Erfahrungen – bekommen die Programm-Impulse auch durch Rasmussen. Tiefergehende Problemanalysen und z.T. originelle Lösungsvorschläge findet man vor allem in den Beiträgen der 14 (nur männlichen) wissenschaftlichen Berater (Fritz W. Scharpf ist mit drei Beiträgen vertreten). Und hier zeigen sich z.T. überraschenderweise andere Akzentsetzungen und bei einigen Autoren auch traditionellere sozialdemokratische Grundorientierungen als bei den Netzworkern. Die wissenschaftlichen Gesprächspartner haben sich offensichtlich nicht einfach für die neue Richtung einspannen lassen.

Abweichungen von der Netzwerkerlinie findet man bei den Beiträgen von Thomas Meyer und Rolf G. Heinze ausdrücklich nicht. Sie liefern im Gegenteil gewissermaßen die theoretischen Kernstücke zum Impulse-Papier. Thomas Meyer (Uni Dortmund) trägt unter der Überschrift „Freiheit und Gerechtigkeit – Grammatik der Politik – Seele der SPD“ sein Konzept von sozialer Gerechtigkeit vor. Wie in seinen Publikationen der letzten Jahre bewegt er sich in der Denktradition von John Rawls („Eine Theorie der Gerechtigkeit“), ohne das hier zu erwähnen. Gehört ein solcher Kontext schon zum Allgemeinwissen, ist ein Begriff wie „gerechte Differenzierung“ mittlerweile auch ohne Bezug auf Rawls verständlich? Ferner ist mir aufgefallen, dass es Thomas Meyer in diesem Beitrag besonders darum geht, die Kontinuität mit dem Berliner Programm herauszuarbeiten, das er ja selbst, wie er hier anmerkt, mit verfasst hat. Insbesondere bemüht er sich darum, eine Kernaussage des Berliner Programms, nämlich „Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht ...“, die ja immer als ein Bekenntnis zur Verteilungsgerechtigkeit interpretiert wurde, mit einem Konzept gerechter Ungleichheit à la Rawls kompatibel zu machen (S.71): „Ungleichheiten in Einkommen und Eigentum sind nur in dem Maße gerecht, wie sie auf persönlichen Leistungen beruhen, die der gesamten Gesellschaft zugute kommen und daher von ihr gewollt sind.“

Von ähnlichen Kontinuitätsproblemen frei und auch nicht durch Rücksichtnahmen in

der politischen Praxis gebunden, kann Rolf G. Heinze (Uni Bochum) seine Auffassung vom neuen Sozialstaat darstellen. Die Überschrift seines Artikels „Vom statuskonservierenden zum sozialinvestiven Sozialstaat“ könnte den Netzworkern als Slogan dienen. Seine Auffassungen über Gerechtigkeit dürften für die angestoßene Programmdiskussion von besonderer Relevanz sein. An die Spitze setzt er die „Produktionsgerechtigkeit“ (S.262): „Der Begriff der Produktionsgerechtigkeit geht davon aus, dass Umverteilung dann nicht gerecht sein kann, wenn sie zu Lasten des gesellschaftlichen Wohlstands geht. ... Innovations- und Modernisierungsprozesse insbesondere ökonomischer Art sichern soziale Gerechtigkeit, indem sie den Kuchen optimieren, der verteilt werden kann. Andere Gerechtigkeitswerte müssen demnach zurückstehen, wenn sie zu Lasten der Produktionsgerechtigkeit gehen.“

Nachgeordnete, aber nichtsdestoweniger hohe Stellenwerte haben für ihn „Chancengerechtigkeit“ und „nachhaltige Gerechtigkeit“ (S. 262): „Chancengerechtigkeit ... bezieht sich auf die Voraussetzung gleicher Startbedingungen. Hier geht es vor allem darum, die Bürger zur Eigenleistung zu befähigen ... Dies bedeutet, dass sich der Schwerpunkt sozialpolitischer Aktivitäten von der monetären Umverteilungspolitik zur sozialinvestiven Dienstleistungspolitik verschieben muss ... Ein weiterer Begriff ist der der nachhaltigen Gerechtigkeit, die vor allem die Risiken der nachfolgenden Generation in den Mittelpunkt stellt.“ Auf den Punkt bringt er an späterer Stelle seinen Ansatz noch einmal in dem Satz (S. 268): „Umverteilung ist kein Maßstab, sondern höchstens ein Ergebnis von Sozialpolitik.“ Am bezeichnendsten ist hier das Wörtchen „höchstens“, was ja so viel heißt wie: kann auch wegfallen.

Sollte dies der Grundwertekatalog einer neuen SPD sein? Andere Autoren aus der Gruppe der wissenschaftlichen Gesprächspartner sehen dies anders. So geht Paul Nolte (Intern. Univers. Bremen) aus der Distanz des Historikers mit dem Berliner Programm zwar hart ins Gericht, was Problemfeldmarkierung und Lösungsperspektiven betrifft, skizziert die Grundwerte bzw. Grundorientierung der Sozialdemokratie aber überraschend traditionell (S. 31): „... die SPD wird sich auch in Zukunft von anderen Parteien dadurch unterscheiden können, dass sie einer Politik der Gleichheit im Zweifelsfall ein größeres Gewicht gibt. Das schließt Mechanismen der materiellen Umverteilung nach wie vor ein, auch wenn sich die Kriterien dafür teilweise verändern werden...“

... ein Element der Kontinuität für die Sozialdemokratie könnte darin bestehen, Funktionen des Staates auch jenseits der inneren und äußeren Sicherheit zu verteidigen und einem Primat der Deregulierung eine Politik

der regulierten Staatlichkeit entgegensetzen. Nicht alles muss der Staat machen, aber auch nicht alles kann der private Sektor besser, auch nicht unbedingt die autonome >>Bürgergesellschaft<<.“

Aber auch Jürgen Kocka (Freie Univers. Berlin), der mit der Zielrichtung der Netzwerker durchaus sympathisiert, äußert sich zur Änderung sozialdemokratischer Grundorientierung eher vorsichtig. Er kommt zwar zu folgendem Schluss (S. 62): „Mehr Teilhabe- und Gerechtigkeit ist derzeit nur durch einen Verzicht auf mehr Verteilungsgerechtigkeit zu haben.“ Er empfiehlt jedoch eine zeitliche Entzerrung (S. 62): „Es wird wieder Zeiten geben, in denen die Bedingungen so sind, dass wieder größeres Gewicht auf Verteilungsgerechtigkeit gelegt werden kann.“

Selbst Wolfgang Merkel (Humboldt-Univers. Berlin), einer der konsequentesten Verfechter einer am Prinzip der Chancengerechtigkeit nach Rawls ausgerichteten Reformpolitik, hat die Orientierung an traditionellen Kriterien sozialer Gerechtigkeit nicht aufgegeben, wenn er beim Thema Arbeitsmarktflexibilität u. a. schreibt (214): „Allerdings wäre eine Politik der Entlassungserleichterung aus sozialdemokratischer Sicht nur dann zu rechtfertigen, wenn dadurch die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit drastisch gesenkt werden kann, wenn man die Requalifizierungsprogramme der aktiven Arbeitsmarktpolitik ausbaut, eine effiziente Arbeitsvermittlungsorganisation existiert und Arbeitslosenunterstützung in ausreichender Höhe gewährt wird.“

Fritz W. Scharpf (emer. Prof.) kommt durch Analysen der Beschäftigungsstruktur im internationalen Vergleich zu dem Ergebnis, dass Deutschland in erster Linie in dem sog. geschützten, d.h. dem internationalen Wettbewerb nicht ausgesetzten Sektor ein Beschäftigungsproblem hat (S. 218): „Zum geschützten Sektor gehören alle Dienstleistungen, die lokal erbracht und lokal konsumiert werden – darunter das Bildungs- und Gesundheitswesen, die sozialen Dienste, haushaltsbezogene Dienstleistungen, Instandhaltung und Reparaturen, der Groß- und Einzelhandel, Gaststätten, Hotels, etc.“ Seine gegen den wirtschaftspolitischen Trend formulierten Lösungsvorschläge implizieren auf der einen Seite Vermehrung von öffentlich finanzierten qualifizierten Arbeitsplätzen im Gesundheits- und Bildungsbereich und auf der anderen Seite (zur Entlastung der Rentenkassen und damit zur Senkung der Lohnnebenkosten) die Einführung einer steuerfinanzierten Grundrente oberhalb des Sozialhilfeniveaus. Seine sorgfältig begründeten Finanzierungsvorschläge beinhalten eine (auch sozial ausgewogenere) Umschichtung der Steuer- und Abgabenbelastung.

Unterstützung für diesen Ansatz kann man auch in dem Beitrag von Werner Abelshau-

ser (Uni Bielefeld) finden, der sich aus wirtschaftsgeschichtlicher Sicht mit dem „deutschen Innovationsmodell“ beschäftigt, für dessen Bewahrung er gute Gründe anführt, und zwar in folgendem Zitat (S. 280): „Eine vergleichsweise hohe Belastung mit Steuern und Abgaben ist solange produktiv und politisch erträglich, wie sie ein attraktives Niveau sozialer Leistungen und eine hohe Lebensqualität für alle Bürger ermöglicht, darüber hinaus aber auch noch die Infrastruktur garantiert, die Menschen und Märkte brauchen um leistungsfähig zu sein. Der Sozialstaat muss nicht zwangsläufig der Weiterentwicklung der Neuen Wirtschaft im Wege stehen. Er kann ihr, im Gegenteil, auch neue Märkte öffnen, wie das finnische Beispiel der Verbindung von Gesundheitswesen und Informationstechnologie zeigt.“

Bisher habe ich das Augenmerk auf Beiträge aus den Bereichen Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik gelenkt, die für einen programmatischen Richtungsstreit in der SPD relevant sind. Es werden jedoch sowohl im Impulse-Papier als auch in den Buchbeiträgen weitere große Problem- oder Aufgabenfelder angesprochen, deren Relevanz und Zielperspektiven z. T. in der SPD nicht strittig sind, die aber nichtsdestoweniger einen großen, wenn nicht sogar größeren Problemdruck erzeugen.

Zum Thema „innere Sicherheit“ äußert sich nur Michael Hartmann aus der Impulse-Gruppe. Ihm geht es wesentlich um die Verdeutlichung des Problems, dass der Bedrohung im Inneren nicht mehr allein im staatlichen Rahmen begegnet werden kann (S. 77): „Durch die Entstehung einer Weltgesellschaft ohne anerkannte Gesamtorientierung wächst die Diskrepanz zwischen dem neuen Problem und dem alten Lösungsansatz (also zwischen der Bedrohung durch internationale Kriminalität und weltweiten Terrorismus einerseits und dem Erhalt des klassischen, staatlichen Gewaltmonopols andererseits) dramatisch.“ Bei diesem Thema vermisst man einen Beitrag von Wilhelm Heitmeyer (Uni Bielefeld), der zwar zu den wissenschaftlichen Gesprächspartnern gehörte, aber mit einem Buchbeitrag nicht vertreten ist.

Zwei interessante Beiträge (von Roland Roth, Uni Magdeburg-Stendal, und von Martin Schwanholz) befassen sich mit der sich entwickelnden Zivil- oder Bürgergesellschaft. Ihr Tenor: Zwar „(ist) die Bürgergesellschaft kein Wundermittel ..., um Fehlentwicklungen in anderen Gesellschaftsbereichen und deren Folgen zu heilen“ (Roth, S. 87), aber es wäre ein großes Versäumnis, wenn die SPD die Chance nicht nutzen würde, die Entwicklung einer Zivilgesellschaft (auch einer europäischen oder sogar Welt-Zivilgesellschaft) mit zu gestalten.

Zum Thema „Deutschland in Europa – Europa in der Welt“ gibt es zwei längere Bei-

träge, die sich gut ergänzen. Während sich Alfred Pfaller (Friedrich-Ebert-Stiftung) schwerpunktmäßig mit den Möglichkeiten beschäftigt, durch vielfältige Formen internationaler Verflechtungen die Schwelle für Gewaltanwendungen heraufzusetzen, diskutiert Michael Zürn (Uni Bremen) die gegenwärtigen Legitimationsprobleme bei der Anwendung internationaler Gewalt und die Möglichkeit für die (Weiter-)Entwicklung einer globalen Sicherheitsordnung. Dazu schreibt er (S. 172): „... das Ziel (müsste) ... langfristig darin bestehen, ein verlässliches internationales Interventionsregime aufzubauen, das auf der Grundlage transparenter und nachvollziehbarer Kriterien agiert, somit nicht nur Interventionsrechte, sondern auch Interventionspflichten kennt, ferner nur für extreme humanitäre Katastrophen den Einsatz militärischer Gewalt vorsieht und schließlich die Einbeziehung weiterer Teile der Welt- und Staatengemeinschaft in den Entscheidungsprozess ermöglicht.“

Zu dem Thema „Mensch und Umwelt“ gibt es indem Buch nur zwei kurze Beiträge (von Frank Decker, Uni Bonn, und von Ulrich Kelber). Das mag daran liegen, dass die globalen Machtkämpfe und die damit zusammenhängenden Bedrohungsszenarien den Blick auf die nach wie vor existierenden ökologischen Krisen verstellen. Es mag aber auch mit einer prekären Arbeitsteilung zusammenhängen. Das Aufgabenfeld „Mensch und Umwelt“ wird den Grünen zugeschrieben. Um das Problem zu verdeutlichen, macht Frank Decker, der in seinem Beitrag beklagt, dass Umweltpolitik immer noch nicht als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe begriffen wird, einen paradoxen Vorschlag (S. 291): „Die bisherige Arbeitsteilung in den rot-grünen Regierungsbündnissen bedarf der Korrektur. Das Abonnement der Grünen auf das Umweltministerium hat dazu geführt, dass die Sozialdemokraten als ökologisch kompetente Partei nicht (mehr) wahrgenommen werden. Eine Ressortaufteilung, bei der die Grünen die Bereiche Wirtschaft/Energie oder Verkehr zugesprochen bekämen und die SPD an ihrer Stelle das Umweltministerium übernehme, würde dem entgegenwirken. Die Grünen müssten sich dann an den Interessenwiderständen der großen Verursacher abarbeiten, während die Sozialdemokraten einen Teil der umweltpolitischen Kompetenz zurückerobern könnten, die ihr von der Ökopartei entwunden wurde.“ Folgte man dem Vorschlag Frank Deckers, käme man auch zu einer neuen SPD.

spw 4 / 2004

Literatur

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.)(2004): Die neue SPD – Menschen stärken – Wege öffnen. Bonn, Dietz, 350 Seiten, 14,80 Euro

Gesamtgesellschaftliche Kriminalitätsvorsorge: institutionalisierte Angstkultur

von Kai Rogusch

Die vorherrschende Politik fordert in den Diskussionen über die anstehenden „Wirtschaftsreformen“ häufig eine verstärkte Risikobereitschaft der Bürgerinnen und Bürger: Sie sollen sich in den kommenden Jahren auf den frischen Wind der „Freiheit“ einstellen und in einer neuen *Innovationskultur* das Land aus der Krise führen. Doch gleichzeitig institutionalisiert eine alle anderen Politikfelder überwölbende Kriminalpolitik das Gegenteil: das lähmende Prinzip der Risikominimierung, begleitet von einem Abbau elementarer Freiheitsrechte. Die ängstliche parteiübergreifende Annahme lautet: Wir leben in einer Zeit ständig steigender Kriminalitätsrisiken, angesichts derer die gesamte Gesellschaft im Zusammenwirken mit allgegenwärtigen Sicherheitsbehörden Schutz- und Vorsorgemaßnahmen ergreifen muss.

Es scheint heute zu einem zukunftsweisenden und „innovativen“ Gemeinplatz zu gehören, dass Kriminalitätsbekämpfung als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen wird, also nicht mehr bloß Sache von Polizei und Staatsanwaltschaften sei. Seit der zweiten Hälfte der 90er-Jahre sind als institutionelle Verkörperung dieser Idee nahezu überall *Präventionsräte* entstanden – auf kommunaler, Landes- und in Form des Deutschen Forums für Kriminalprävention mittlerweile auch auf Bundesebene. Sie werden entsprechend als *Innovationsmotoren einer zukunftsweisenden Sicherheitspolitik* gepriesen.

Präventionsräte

Solche Präventionsräte vereinen sämtliche gesellschaftlich anerkannten RepräsentantInnen der Städte, Gemeinden, Länder und des Bundes zum Zwecke der Beseitigung langfristiger Ursachen oder „Wurzeln“ von Kriminalität. Ein Vorzeigebispiel für derartige kommunale Präventionsräte hat Frankfurt am Main zu bieten. In ihm sitzen unter anderen die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU), der Frankfurter Polizeipräsident Harald Weiss-Bollandt und die Dezernenten für Soziales, Integration und Sicherheit. Die dem Frankfurter Präventionsrat untergliederten stadtteilbezogenen Regionalräte umfassen zudem auch VertreterInnen

von Kirchen, Sportvereinen, Schulen, Kindergärten und Wohlfahrtsverbänden. Ziel der Organisation ist es, dass Polizei, Bürger, Schulen und Vereine in den Stadtteilen eine so genannte „Sicherheitspartnerschaft“ eingehen. Jeder Teilnehmer soll zudem seinen Beitrag dazu leisten, städtische Verwahrlosungserscheinungen, die langfristig zu Kriminalität führen könnten, zu erkennen, zu benennen und somit in einem *Frühwarnsystem* Handlungsempfehlungen an die entsprechenden politischen und administrativen Einrichtungen der Stadt zu richten. In einer Zeit zunehmender Individualisierung und sozialen Zerfalls verspricht man sich aus Aktionen wie diesen *neue Impulse für die zivilgesellschaftliche Solidarität* sowie ein gesteigertes Sicherheitsgefühl unter den Bürgern.

Auch das seit dem Jahr 2001 wirkende Deutsche Forum für Kriminalprävention (DFK) institutionalisiert die Abkehr von der traditionellen Vorstellung der Kriminalitätsbekämpfung: Diese soll nicht mehr nur den spezialisierten staatlichen Organen wie Polizei und Staatsanwaltschaft überlassen werden. Zudem wird auch an einer zweiten Prämisse gerüttelt, nämlich dass Polizei und staatliche Stellen entweder objektiv bereits begangene Straftaten verfolgen oder unmittelbar Rechtsgutsverletzungen verhindern. Das DFK vereint PolitikerInnen der Bundesregierung, der Länder und Gemeinden sowie RepräsentantInnen wichtiger Verbände, Firmen und Kirchen – darunter des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, der Gewerkschaft der Polizei, der Deutschen Industrie- und Handelskammer, der Deutschen Bahn, der Evangelischen Kirche Deutschlands, des Zentralverbands der Juden in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz. Sie alle haben sich der *Kriminalprävention* verpflichtet. Im Rahmen einer bundesweiten „Bündelung der Kräfte“ sollen sich sämtliche wichtigen gesellschaftlichen Akteure in ihrem jeweiligen Tätigkeitsgebiet, wie etwa dem Sport (Deutscher Fußballbund), dem Arbeitsmarkt oder dem Schulwesen, in den nun neu geschaffenen bundesweiten Diskussionsforen auf Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung der „mangfaltigen und komplexen“ Ursachen der

Kriminalität verständigen. Das soll in Zusammenarbeit mit wichtigen Repräsentanten der Bundes- und Länderpolizeien geschehen.

Gesellschaftliche Sinnkrisen und die Erosion der bürgerlichen Moral

Die Themenbreite umfasst von der Wirtschaftskriminalität über die Gewaltkriminalität bis hin zur Jugendkriminalität ein ganzes Spektrum sozialer Verfallserscheinungen, deren Wurzeln sich sämtliche Akteure der Gesellschaft im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen „Frühwarnsystems“ zuwenden sollen. Da nach vorherrschender Auffassung Kriminalprävention nicht früh genug anfangen könne, soll ein Hauptaugenmerk vor allem auf der Jugendkriminalität liegen. Hier gelte es, besonders die „Erziehungskompetenz“ von Schulen und Familien zu stärken, da diese beiden Institutionen für die Vermittlung elementarer Regeln des Gemeinwesens entscheidende Bedeutung hätten. Schulen und Familien sollen Hand in Hand mit der Polizei potenzielle Ursachen von Kriminalität erkennen und angehen.

Auch auf anderer Ebene soll die Polizei verstärkt in Diskussionsprozesse und Planungen mit einbezogen werden – beispielsweise beim Städtebau, um kriminogene städtebauliche Ursachen der Kriminalität anzugehen. Entsprechendes gilt für den Sport- und Kulturbereich: „Musik gegen Gewalt“ oder „Fußball gegen Rechts“ lauten hier die Stichworte. Auch Wirtschaftsunternehmen werden bei solchen Initiativen verstärkt und bereitwillig in die Pflicht genommen.

Noch nie wurde der öffentliche, private und politische Raum derart allumfassend und systematisch um das Thema Sicherheit herum organisiert. Zudem hat es zuvor wohl noch nie eine derart verdrossene und angst erfüllte Krisenstimmung in Deutschland gegeben. Und noch nie war die Legitimitätskrise der Politik so akut. Auf welchem Feld der Politik auch immer: Alles scheint aus dem Ruder zu laufen. Der allgemeine Eindruck ist, dass die traditionell für die Sinnstiftung vorgesehenen Institutionen in öffentlichem und politischem Leben (Kirchen, Gewerkschaften oder Parteien) längst die Orientierung verloren haben, wodurch der Problemdruck immer größer wird. In diesem Klima der Verdrossenheit, des Misstrauens und der Verunsicherung versuchen RepräsentantInnen von Parteien und Verbänden, unter dem neuen institutionellen Dach der Präventionsräte über das Thema „Risikoversorge“ Au-

torität zurückzugewinnen. Mit dem so neu gewonnenen konzeptionellen Bezugspunkt soll die Verständigung mit einer verunsicherten Bürgerschaft wieder aufgenommen werden.

Und in der Tat kommen die neuen Präventionsräte gut an. Unter ihrem institutionellen Dach kann die Politik auf den Feldern des Arbeitsmarktes, der Sozial-, Familien- und Wirtschaftspolitik auf neue Weise mit den Bürgern ins Gespräch kommen, indem alles unter den Gesichtspunkt der Sicherheit subsumiert wird. Die Probleme am Arbeitsmarkt werden unter dem kriminalpolitischen Gesichtspunkt der präventiven Reintegration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt diskutiert. Das Problem einer stagnierenden Wirtschaft lässt sich durch die vermehrte Bezugnahme auf das Thema „Wirtschaftskriminalität“ angehen. Der Zerfall der Familie und die Gettoisierung von Stadtteilen und Schulen stellt man unter dem Gesichtspunkt der Gewaltprävention und der Erziehung zu einem multikulturellen und friedlichen Miteinander (schon von Kindesbeinen an) in einen neuen Sinnzusammenhang. Verunsicherte Bürger diskutieren zudem mit Kommunalpolitikern in den Präventionsräten, wie man durch die Änderung des städtischen Erscheinungsbildes und mit einem neuen Entwurf des Städtebaus die strukturellen Ursachen der Kriminalität beseitigen kann.

Das Problem an dieser Entwicklung ist jedoch, dass die gegenwärtige Krise des politischen Lebens weiter verschärft wird. Durch den Rückgriff auf den Präventionsgedanken können Politik und Verbände abhandeln gekommene zukunftsorientierte und positive Leitbilder nicht ersetzen. „Sicherheit“ als gesellschaftlicher Wert kann keinen dauerhaften Zusammenhalt gewährleisten. Vielmehr untergräbt der Präventionsdiskurs langfristig jede Form eines gedeihlichen Zusammenlebens. Vor allem löst er unerlässliche Regeln einer aufgeklärten freiheitlichen Gesellschaft auf. Denn Kern der Institutionalisierung der Präventionsräte ist die Annahme, wir lebten in einer Zeit sich mehrender Kriminalitätsrisiken, gegen die die Ergreifung ständiger Vorsichtsmaßnahmen geboten ist. Dies führt letztlich zu einem morbiden Klima des Alarms, des *Ausnahmezustands* und des Misstrauens, das das gesellschaftliche Leben lähmt.

Ein gutes Beispiel hierfür bieten zwei Ministerien, die sich ebenso wie die Präventionsräte das Prinzip der Risikovorsorge auf ihre Fahnen geschrieben haben: das amerikanische Heimatschutzministerium und das deutsche Verbraucherschutzministerium. Das *Department for Homeland Security* soll die amerikanische Gesellschaft um die Abwehr künftiger terroristischer Anschläge herum organisieren. Das deutsche BMVEL gibt vor, den individualisierten Konsumenten angesichts perfider Agrar- und Lebensmittelkonzerne oder unlauterer Werbung zu

schützen. Beide Ministerien geben in regelmäßigen Abständen Warnungen aus, die oft nur auf spekulativen Annahmen beruhen. Damit verstärken sie das allgemeine Unbehagen und bringen zum Teil buchstäblich den Verkehr zum Erliegen: so geschahen Weihnachten 2003, als alle Flüge zwischen Paris und Los Angeles wegen diffuser Terrorwarnungen vorsorglich abgesagt wurden. Bei allem gebührenden Respekt für die genuine Furcht vor neuen schrecklichen Terroranschlägen: Auf Dauer wirkt die Aufrechterhaltung eines wenigstens latenten Alarmzustands zersetzend auf die Moral aller Bürger. Gefahren für Rechtsstaatliche Errungenschaften

Indem die Präventionsräte die Kriminalitätsbekämpfung zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe erklären, stellen sie zudem rechtsstaatliche Errungenschaften in Frage. Es ist zum einen als ein gewaltiger zivilisatorischer Fortschritt zu betrachten, dass Kriminalitätsbekämpfung nicht als eine den ge-

samten Staat, geschweige denn als eine die gesamte Gesellschaft betreffende Aufgabe angesehen wird. Zum anderen sollte polizeiliches Eingreifen nur zur Verfolgung bereits begangener Rechtsverletzungen und zur Verhinderung unmittelbar drohender Rechtsverletzungen vorgesehen sein. Nur so kann die Polizei ihren einzig legitimen Zweck verfolgen: die Wiederherstellung, Bekräftigung und Verteidigung rechtlicher Vorgaben, ohne die eine Gesellschaft nicht existieren kann. Nur auf diese Weise ist zudem die Bindung der Exekutive an Gesetz und Recht gewährleistet. Schließlich sorgt die Verwirklichung dieses Prinzips dafür, dass es nicht zu einer Vermischung von Polizei, öffentlichem Leben und dem Privatleben der BürgerInnen kommt.

Gegen alle diese Grundsätze steht die Forderung einer „gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention“, die auf allen gesellschaftlichen Gebieten schon die Entstehungsvoraussetzungen von Kriminalität bekämpfen

„INNOVATIONEN“ AUS DEM SICHERHEITSPOLITISCHEN GRUSELKABINETT

„Wachsamer Nachbarn in Bensheim“

Wie in vielen Kommunen gibt es auch in Bensheim ein „Neighbourhood Watch“ (Nachbarschaftshilfe). Die Polizei kann „per Knopfdruck“ die an sie angeschlossenen Bensheimer „über wichtige Ereignisse informieren“. Vorbild für diese Aktion war die englische Partnerstadt Amersham. Ende 1997 bestanden in Großbritannien schon mehr als 161.000 Neighbourhood-Watch-Initiativen mit einer Gesamtbeteiligung von mehr als sechs Millionen Bürgern (mehr als ein Zehntel der britischen Bevölkerung).

Kinderpolizeiausweis LEXI

Seit Juli 1999 besteht in Bayern das Angebot für Kinder, eine Prüfung zum „Kinderpolizisten“ zu absolvieren. Laut Schreiben des Bayerischen Landeskriminalamtes vom 5.11.99 wirke das Ausbildungsprogramm auch im Alltag der Kinder weiter, da der jeweils geprüfte „Kinderpolizist“ auch im späteren Lebensalltag auf die Einhaltung bestimmter Regeln und Gebote achtete.

„Leo Listig“ und „Locki Wachsamer“

In Schleswig-Holstein erfolgt Kriminalprävention bei Kindern mit den Sympathiefiguren der Landespolizei „Leo Listig“ und „Locki Wachsamer“. In der Vernetzung mit Eltern, Erziehern in Kindergärten, Lehrern in Grundschulen und den örtlichen Polizeidienststellen würden laut Landeskriminalamt Schleswig-Holstein diese Sympathiefiguren für die unmittelbare Kommunikation mit Kindern eingesetzt. Danach bietet die „Zentralstelle Polizeiliche Kriminalprävention“ seit Mai 2000 ein bereits in der Praxis getestetes „Kinder-Sicherheits-Quiz“ als interaktives Spiel an. Die Kinder können an „Leo“ und „Locki“ schreiben. Alle Briefe werden handschriftlich beantwortet.

Bundesweites Medium für die Zielgruppe Kinder

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention des Bundes und der Länder (Pro PK) schlägt vor, Kinder mit einem bundesweiten Fernsehprogramm über verschiedene Erscheinungsformen der Kriminalität und der Prävention zu informieren. Zudem sollen Kinder über rechtliche Normen und Folgen strafbaren Verhaltens aufgeklärt werden und auch Informationen über den Ablauf von Ermittlungs- und justiziellen Verfahren bekommen.

Beteiligungen am XY-Preis

Das ZDF und die Deutsche Kriminalfachredaktion verleihen seit dem Jahre 2002 jährlich einen Preis an Personen, die sich mit ihrem couragierten und gleichzeitig besonnenen Verhalten gegenüber Kriminalität besonders hervorgetan haben und hierdurch beispielgebend in der Öffentlichkeit wirkten. Zielgruppe dieses Preises ist die gesamte Bevölkerung.

will. So soll nach neueren Vorstellungen die Polizei eine Sicherheitspartnerschaft mit Eltern, Kindergärten und Schulen eingehen, um auf diese Weise das Heranwachsen krimineller Erwachsener zu verhindern. Hier reicht für polizeiliche Präsenz allein die Vermutung, dass in der Zukunft Kinder und Jugendliche, in so genannte „Risikokategorien“ eingeteilt, kriminelle Gewohnheitstäter werden könnten. Polizeiliche Befugnisse verlieren zudem zusätzlich an Kontur, wenn in so genannten Nachbarschaftswachen im Rahmen kommunaler Kriminalprävention Sicherheitsbehörden zusammen mit den Bürgern an der Verhinderung künftiger Straftaten arbeiten wollen, oder wenn die Polizei gesicherte Mitwirkungsrechte beim kommunalen Städtebau erhält.

Auch auf anderen Gebieten schreitet die Aufweichung zentraler Prinzipien eines freiheitlichen Rechtsstaats im Namen der Bekämpfung von „Sicherheitsrisiken“ voran: Kürzlich hat das Bundesverfassungsgericht in einer Kompetenzentscheidung die Regelung der nachträglichen Sicherungsverwahrung zu einer Sache des Bundesgesetzgebers erklärt. Auf diese Weise hat das höchste deutsche Gericht zum einen die „Präventivhaft“ grundsätzlich gutgeheißen, die sich auf einer Prognoseentscheidung gründet, die vorhersagt, dass ein Häftling irgendwann in der Zukunft eine weitere Gewalttat begehen wird. So unterstützt auch das Bundesverfas-

sungsgericht die Annahme, der Staat habe das Recht, die Bevölkerung in Risikokategorien zu unterteilen und Bürgern, die in bestimmte Risikokategorien fallen, das Prinzip der Unschuldsumvermutung vorzuhalten. Zum anderen haben die Karlsruher Richter die Aufhebung der 10-Jahres-Frist für die Aufrechterhaltung der Sicherungsverwahrung für verfassungsgemäß erklärt: Schwere Gewalttäter können so nach Ablauf von zehn Jahren Sicherungsverwahrung nur noch dann freigelassen werden, wenn zweifelsfrei feststeht, dass *keine* Gefahren infolge eines Hangs zu erheblichen Straftaten mehr von ihnen ausgehen. Zwar geraten bislang nur Menschen in solche rechtsstaatliche Fallstricke, die sich in der Vergangenheit wirklich gravierende Straftaten zuschulden haben kommen lassen und so „vernünftigerweise“ mit einer „besonderen“ Behandlung rechnen müssen: derzeit etwa 300 Personen bei einer Gesamtbevölkerung von über 80 Millionen. Dennoch lassen jüngste erhitzte Forderungen vor allem der Unionsparteien nach weiteren Verschärfungen des Straf- und Polizeirechts den Schluss zu, dass die Zahl der in Sicherungsverwahrung Inhaftierten in Zukunft weiter steigen wird. Der bayerische Verfassungsrichter Klaus Hahnzog hat in Heft 136 der SPW weitere Gefährdungen unserer freiheitlichen Rechtsordnung durch eine kriminalpolitische Aufrüstung des Staates belegt, die sich aus der allgemeinen

Verbrechensfurcht speist: dazu gehört die Ausweitung der Videoüberwachung genauso wie DNA-Karteien oder das präventive Abhören von Telefongesprächen.

Vor allem nach den Terroranschlägen vom 11. März in Madrid haben die Unionsparteien mit ihren Vorschlägen zur Bekämpfung der „hoch gefährlichen“ Gewaltkriminalität ein bedenkliches rechtspolitisches Neuland betreten: In einem sicherheitspolitischen Papier zum Aufbau eines „nationalen Heimatschutzes“ erklärt die CDU die traditionelle Trennung von innerer und äußerer Sicherheit für aufgehoben und redet dem verstärkten Einsatz der Bundeswehr im Innern das Wort. Derweil schlägt Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) die präventive Tötung potentieller Terroristen vor.

Die Institutionalisierung des Präventionsgedankens wirkt genauso wie die Politisierung des „Ausnahmestands“ zersetzend für unser Rechtssystem. Dieser Trend führt tendenziell zu einer Gängelung, Verängstigung und Lähmung des Gemeinwesens. Politik und Verbände gießen mit der Einrichtung von Präventionsräten die bereits vorhandenen Ängste und das schon bestehende allgemeine Misstrauen in institutionelle Formen. Damit verschärfen Politik und Verbände gleichzeitig ihre eigene Legitimitäts- und Vertrauenskrise. So erweisen sich die Präventionsräte nicht als „zukunftsweisende Innovationsmotoren“. Sondern sie verschärfen unsere gesellschaftliche und politische Krise.

spw 4 / 2004

Chancengleichheit in der Bildung?

Die Sozialdemokratie entdeckt ein altes Thema neu

von Ulf Bancherus

Wer beim deutsch-schwedischen Dialogforum der Friedrich-Ebert-Stiftung im Berliner Tiergarten einen halbleeren Saal mit grauhaarigen Menschen vom Typ GEW-aktiver GemeinschaftskundelehrerInnen erwartet hatte, die sich gegenseitig in den überholten Konzepten der 1970er Jahre bestätigen, sah sich glücklicherweise enttäuscht. Zwar stellten LehrerInnen einen erheblichen Anteil an den rund als 300 TeilnehmerInnen, aber es waren auch andere Berufsgruppen auszumachen: Auffallend war der große Anteil von Studierenden, die sich aus völlig unterschiedlichen Motiven für eine Teilnahme entschieden hatten. Die ausgewogene Zusammensetzung des Publikums trug sicher dazu bei, dass die Diskussionen erfrischend pragmatisch geführt wurden, aber gleichzei-

tig gemeinsamen politischen Zielen verpflichtet waren.

Leitmotiv Chancengleichheit

In den einleitenden Worten machte der schwedische Botschafter in Deutschland, Carl Thamm, die Leit motive der Veranstaltung deutlich: In der Bildungspolitik könne es nicht nur um die Frage der Spitzenleistungen gehen, sondern gerade auch die Frage, wie man Kinder und Jugendliche dazu mobilisieren könne, sich zu entwickeln, oder anders gewendet, wie man verhindern könne, dass junge Menschen durch das soziale Netz fallen, sei entscheidend für eine Gesellschaft. Die PISA-Studie zeigt in verschiedenen Ländern einen substantiellen Zusammenhang zwischen der Herkunft und den Chancen eines jungen Menschen auf. Die-

ser Zusammenhang ist in Deutschland besonders stark, während andere Länder mit einer ähnlichen Sozialstruktur, wie eben Schweden, bei diesem politischen Ziel erfolgreicher abschneiden. Entscheidend für die Umsetzung des Ziels der Chancengleichheit sind also politische Entscheidungen, strukturelle Rahmenbedingungen keine Entschuldigung für Untätigkeit.

Der schwedische Ansatz

Der Göteborger Professor Roger Säljö erläuterte den spezifisch schwedischen Ansatz im Bereich der Bildungspolitik. Diese fußt auf einer neunjährigen Grundschule für alle SchülerInnen, auf die für 98% noch die dreijährige Gymnasialstufe folgt. In der Gymnasialstufe können die SchülerInnen frei aus 17 unterschiedlichen Schwerpunkten wählen, von denen 14 berufsvorbereitend und drei studienvorbereitend sind. Die schwedische Gymnasialstufe bietet also sowohl den Weg einer schulischen Berufs-

ausbildung als auch den des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung in einer Schulform an. Bei den berufsvorbereitenden Ausbildungsprogrammen besteht eine große Bandbreite von Kraftfahrzeugtechnik bis zum Medienfach, darunter gibt es natürlich auch Angebote in den Bereichen von Handel, Handwerk und Pflege. Die einzelnen Programme werden im zweiten und dritten Ausbildungsjahr in verschiedenen Schwerpunkten vertieft, so dass die Berufe trotz der strukturellen Begrenztheit in ihrer ganzen Breite abgedeckt werden können.

Eine wichtige Motivation der schwedischen Bildungspolitik ist die in der Bevölkerung weit verbreitete Überzeugung, dass soziale Privilegien ungerecht sind. Diese Grundidee bestimmt die bildungspolitische Diskussion in Schweden seit 1945. Daneben tritt die Vorstellung, dass unausgeschöpfte Bildungspotenziale einen Missbrauch der Talente des Einzelnen, aber auch einen Verlust für die Gesellschaft darstellen. Dies erklärt die starke Bildungsexpansion im 20. Jahrhundert, an deren Ende ungefähr 90% der jungen Menschen Abitur machen. Diese massive Verbreiterung der höheren Schulabschlüsse gilt in Schweden nicht etwa als Entwertung des Abiturs, eine Diskussion, die aus deutschen Debatten allzu vertraut ist, sondern im Gegenteil als Beitrag zu Demokratisierung und Chancengleichheit. Dazu gehört es auch, dass im Diskurs um lebenslanges Lernen den Menschen wie selbstverständlich eine zweite oder nötigenfalls auch eine dritte Chance zum Bildungserwerb eingeräumt wird, während sich in Deutschland die einmal begonnenen Einbahnstrassenbiografien auch nach der Schulzeit im Regelfall weiter fortsetzen, ohne dass im Regelfall eine realistische Entwicklungsperspektive für die einzelnen Menschen besteht.

Aktuelle Entwicklungen in Schweden

Eigentlich könnten sich die schwedischen BildungspolitikerInnen gerade im Bereich der Chancengleichheit behaglich auf ihren Lorbeeren ausruhen. Doch in Schweden wird die weiterhin bestehende soziale Ungleichheit immer noch als wichtiges gesellschaftliches Problem wahrgenommen: So beklagen bildungspolitische AkteurInnen, dass die soziale Herkunft auch heute noch in erheblichem Maße über Bildungschancen entscheidet. Von den so genannten Arbeiterkindern eines Altersjahrgangs studieren aktuell 30% an schwedischen Hochschulen, während es bei den Kindern von Beamten mehr als 70% sind. Diese Zahlen führten bei den ZuhörerInnen zu ungläubigem Staunen, denn in Deutschland hat die Quote der Arbeiterkinder aktuell auf rund 10% zugenommen, was die Bundesregierung mit einigem Recht als Erfolg ihrer BAföG-Politik wertet.

Die Perspektive der OECD

Der Leiter der Abteilung für Bildungsstatistik der OECD, Andreas Schleicher, wies auf die

hohe ökonomische Bedeutung der Bildungsbeteiligung hin. Ein hoher Bildungsgrad habe nicht nur einen erheblichen Einfluss auf das individuelle Einkommen, sondern auch auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität und damit indirekt auch auf den Beschäftigungsstand. Schweden habe in den letzten 30 Jahren Bildung als strategische Perspektive für eine Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft betrachtet und die Bildungspolitik gezielt eingesetzt, um bestehende Strukturen zu verändern. Dies erklärt zu einem großen Teil den Erfolg Schwedens als modernisiertes Industrieland, das auch im Übergang zu einer wissensbasierten Ökonomie seine Wettbewerbsfähigkeit sichern konnte. Der in den schwedischen Schulen praktizierte Ansatz wird dem gesellschaftlichen Wandel in besonderer Weise gerecht, weil dort eine Orientierung an individuellen Leistungen erfolgt und die Bewertung an den Ergebnissen ansetzt. Im Mittelpunkt des Interesses steht deshalb immer die Leistung des Bildungssystems insgesamt, gemessen am Zielerreichungsgrad, und nicht die Leistungen einzelner SchülerInnen. Vielmehr versucht das schwedische Schulsystem individuelle Leistungen zu verstehen nicht sie zu standardisieren. Dazu gehört auch ein hohes Maß an individuellen Unterstützungsleistungen durch die Institutionen im Sinne einer Art Produkthaftung. Diese Unterstützung wird von deutschen SchülerInnen regelmäßig vermisst.

Rückblick auf PISA

Im direkten Vergleich mit Schweden schneidet Deutschland sowohl bei den Leistungen der SchülerInnen als auch bei der Dimension der Chancengleichheit schlecht ab. Das mehrgliedrige Schulsystem neigt nach Einschätzung Schleichers, der auch Koordinator der PISA-Untersuchung ist, dazu, die Verantwortung auf die Einzelnen abzuschieben, was sich häufig im Sitzenbleiben oder im institutionellen Abstieg in eine andere Schulform widerspiegelt. In einer „entweder-oder“-Entscheidung werden in Deutschland SchülerInnen in Schultypen einsortiert, die die Grundlage für die sprichwörtliche schulische Einbahnstrasse legt, die darüber hinaus eng an die soziale Herkunft gekoppelt wird. Auf diesem Wege werden in Deutschland milieuspezifische Bildungschancen fortgeschrieben. In Schweden stellt sich die Situation ganz anders dar: Das Bildungssystem gibt allen Menschen die Möglichkeit, sich die eigene Lebensperspektive selber zusammenzustellen und die getroffene Entscheidung auch nachträglich zu korrigieren. Erst sehr spät, im Alter von 16 Jahren, müssen die schwedischen Jugendlichen sich entscheiden, ob sie eine berufliche Ausbildung machen möchten oder den Weg zur Hochschule einschlagen wollen. Diese lange Phase des gemeinsamen Lernens schafft den Raum zur individuellen Entwicklung.

Bildungsfinanzierung

Bei der abschließenden Podiumsdiskussion wurde auch über den Bereich der Bildungsfi-

nanzierung diskutiert. Der Essener Bildungsforscher Klaus Klemm fasste noch einmal die seit langem bekannte problematische Situation der Bildungsfinanzierung in Deutschland zusammen: Im internationalen Vergleich ist das deutsche Bildungssystem chronisch unterausgestattet. Um das Ausgaben-niveau Schwedens zu erreichen wäre eine Erhöhung des Gesamtbudgets um 25% notwendig. Aber auch innerhalb des Systems gibt es massive Unterschiede. Insbesondere die Bereiche der Vorschule und der Hochschulen stehen im internationalen Vergleich besonders schlecht da, während der größte Kostenanteil auf die gymnasiale Oberstufe entfällt. Dies liegt zum Teil auch an der sehr hohen Bezahlung der deutschen StudienrätInnen. Im gegliederten Schulsystem gibt es nach Einschätzung Klemms Verteilungskämpfe, die teilweise zu deutlichen Allokationsproblemen führen. Es gibt also nicht nur zu wenig Geld, es müsste auch anders verteilt werden. Aus dem Blickwinkel der Chancengleichheit gilt dies insbesondere für den Bereich der Kindertagesstätten, da dort zu einem frühen Zeitpunkt zusätzliche Bildungschancen eröffnet werden können. Diese Herausforderung hat Schweden erkannt und die KiTa-Gebühren in den letzten Jahren deutlich gesenkt, eine Forderung, die auch in Deutschland zunehmend an Popularität gewinnt, häufig aber als Begründung für die gleichzeitige Forderung der Einführung von Studiengebühren vorgeschoben wird. Eine entsprechende Frage wurde auch von der Vertreterin einer Berliner Hochschule gestellt. Der schwedische Bildungsminister Thomas Östros gab sich ob dieser Nachfrage verwundert und lehnte diesen Ansatz entschieden ab, denn die Einführung von Studiengebühren würde seiner festen Überzeugung nach die Erfolge der Chancengleichheitspolitik in Kindergarten und Schule gefährden. Die Forderung nach der Einführung von Studiengebühren als Beitrag zu mehr Chancengleichheit zu verkaufen, bildet die komplexe Problemlage nur sehr unzureichend ab. Deshalb sollte man auch in Deutschland mit diesem Ansinnen wieder vorsichtiger sein.

Lösung: Ganztagschule?

Die PISA-Debatte hat in deutschen Schulen vielfältige Diskussionen ausgelöst und auch ein konkretes politisches Ergebnis ermöglicht: Die Einführung von Ganztagschulen. Diese Schulen sollen viele der bei der Tagung angesprochen Probleme lösen helfen und werden nach Auffassung von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn die Schulwirklichkeit dauerhaft verändern. In der durch Jahrzehnte alte Auseinandersetzungen verminten Debatte um Schulstrukturen ist die breite Akzeptanz der Ganztagsangebote sicher ein wichtiger Erfolg, die Lösung kann diese Maßnahme allein aber insbesondere für das politische Ziel der Chancengleichheit sicherlich nicht sein, dazu

werden weitere Strukturveränderungen nötig sein.

Bis auf einzelnen Ausnahmen ist die deutsche Sozialdemokratie derzeit in der wichtigen Frage der Chancengleichheit nicht sprachfähig.

Dies wird auch darin deutlich, dass sie auf ihren Parteitag den ehemals zentralen Bereich der Bildung nur noch wie eine lästige Pflicht abhandelt. Innovative Konzepte sind deshalb Mangelware. In Zukunft werden weitere Ta-

gungen wie diese notwendig sein, um ein altes Thema neu zu diskutieren. Die Fragen sind neu gestellt, die Antworten fehlen weiter. Im Rahmen unseres bildungspolitischen Diskurses wird spw weiter berichten.

spw 4 / 2004

Welchen Fortschritt gibt es, welchen wollen wir?

von Jürgen Meier

Für Descartes (1596-1650) war die Instanz der Erkenntnis das denkende Ich. Erstmals in der menschlichen Geschichte wird das Ich als menschliches Subjekt geschätzt und nicht länger einem aristokratischen Ständedenken subsumiert.

„Ich denke also bin ich“, sagte Descartes. Das war ein großer philosophischer Fortschritt. In der Folge zeigte Kant (1724-1804), dass philosophisch gesehen Gott nicht notwendig als Grund der Einheit der Welt angenommen werden muss. Damit aber waren die Gottesbeweise, soweit sie erkenntnistheoretisch begründet waren, hinfällig. Doch heute kann mit Kant kein philosophischer Fortschritt mehr erzielt werden. Kant trennte das Denken „der reinen Vernunft“ von jener der „praktischen“. Wer nur denkt, der ist bei Kant noch nicht so richtig bei sich. Dazu gehöre auch ein Wollen, aber ein Wollen, das von Innen kommt und nicht von außen durch Gott auferlegt ist. „Wir werden, so weit praktische Vernunft uns zu führen das Recht hat, Handlungen nicht darum für verbindlich halten, weil sie Gebote Gottes sind, sondern sie darum als göttliche Gebote ansehen, weil wir dazu innerlich verbindlich sind.“

Die „reine“ und die „praktische“ Vernunft

Für Kant ist nur der ein praktisch ethisch denkender Mensch, der etwas göttliches auch wirklich von innen heraus will. Folgt man Kant und seinen modernen Interpreten, – zu denen auch Habermas gehört, sein „politischer Liberalismus, dem er in der Form des kantischen Republikanismus anhängt, stehe in der Tradition des Vernunftrechts“ („Rheinischer Merkur“, Nr. 4, 2004) –, dann gibt es also zweierlei Arten zu Denken, einmal praktisch und einmal metaphysisch. Das praktische Denken der Alltagsmenschen geht vom jeweiligen Willen aus, weshalb der Volksmund auch Schulter klopfend sagt: „Des Menschen Wille ist sein Himmelreich“. Kant beschreibt das ähnlich: „Der Wille“ ist „nichts anders, als praktische Vernunft“ oder „Handle so, dass

die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“ Aber woher soll der Wille wissen, was er wollen soll. Durch die „reine Vernunft“, sagt Kant, nur sie sei unbefleckt vom Alltag und vom spröden Willen des Einzelnen.

„Die reine Vernunft“ sei nicht nur so eine Idee, sondern weil sie „die Idee von der notwendigen Einheit aller möglichen Zwecke ist, so muss sie allem Praktischen als ursprüngliche, zum wenigsten einschränkende, Bedingung zur Regel dienen.“ Es gibt also ein Denken vor dem Alltagsdenken? Ja, sagt Kant.

Denn die reine Vernunft gibt, die Idee zu einer transzendentalen Seelenlehre (psychologia rationalis), zu einer transzendentalen Weltwissenschaft (cosmologia rationalis), endlich auch zu einer transzendentalen Gotteserkenntnis (theologia transcendentalis) an die Hand.“ Die reine Vernunft bezieht sich eben nicht auf Gegenstände, also auf das Sein, sondern auf die „Verstandesbegriffe“, also auf das Bewusstsein von den Gegenständen. Bei Kant geht alles von der „reinen Vernunft“ aus, die uns letztlich aus der Hand einer „transzendentalen Gotteserkenntnis“ geschenkt wird? Gott ist bei Kant nicht tot, sondern sein Wille ist sozusagen durch die „reine Vernunft“ in das Innere des Ichs gepflanzt.

Der moderne „Weltgeist“

Dieser Dualismus von Gegenständlichkeit und Denken, von Sein und Bewusstsein, bei Kant, beherrscht noch immer unser Denken. Anders als zu Zeiten Kants ist der Einfluss der Kirche zwar geringer geworden, nicht aber der Wunsch nach einer führenden Hand mit „transzendentaler“ Erkenntnis, die unseren Willen stärkt, ohne dabei erkennen zu müssen, wie, mit wem und wofür wir leben und arbeiten. Das Gefühl der Einsamkeit, die Angst vor der eigenen Zukunft, die Konkurrenz gegenüber anderen nimmt zu, je mehr die soziale Not zu einer allgemeinen Erscheinung wird. Diese Not

ist aber keine gedachte, sondern eine objektiv Seiende. Die „reine Vernunft“ entpuppt sich heute für die „praktische Vernunft“ als Kampf um Marktanteile, in dem die Teilnehmer den Willen zum Siegen lernen müssen, um zu existieren. Doch die Wurzel der „praktischen Vernunft“ bekommt bei allen Tricks, die Marketing- oder Kommunikationstrainer an den Tag legen, keine bewusste Erdung. Sie bleibt im gedanklichen Rahmen der „transzendentalen“ Weltwirtschaft und sucht keine Erdung im gesellschaftlichen Sein selbst. Dieses Sein ist im Unterschied zu allen stofflichem und organischem Sein der Natur vom Menschen selbst geschaffen worden. Schon als er sich als Sammler entschloss, die Früchte seiner Arbeit Heim zu tragen, entzog sich der Mensch der passiven Anpassung an die Umwelt, wie es dem Tier im günstigen Fall gelingt, und wurde aktiv gegenüber der Umwelt. Er setzte sich Ziele und wirkte mit diesen Zielen ein in den Verlauf der Kausalitäten in der Natur. Er veränderte die Natur und veränderte sich so auch selbst, indem er immer gesellschaftlicher wurde. Seine Arbeit wurde immer gesellschaftlicher, denn immer intensiver arbeiteten die Menschen zusammen. Immer intensiver wurde die Effizienz ihrer Arbeit. Was dazu führte, dass die Arbeitsteilung unter den Menschen immer differenzierter wurde, wodurch schließlich der Eindruck entstand, die Theorie, also die mittelbaren Erfahrungen die der Mensch mit der Natur machen konnte, würden durch eine höhere Instanz gespeist, eben aus der „reinen Vernunft“ oder dem „absoluten Weltgeist“ oder aber von einem sozialistischen Staatsrat, der die Ökonomie dualistisch vom Denken trennte, indem er ihr eine Art „zweite Natur“ zuschrieb, dem sich das Denken nur anzunähern hätte. Statt die Ökonomie als gesellschaftliches Verhältnis der Menschen zur Zielsetzung ihrer Arbeit und zu sich als Gattungswesen zu betrachten, bekam sie eine Art Naturstatus. Sie wurde zu einem „Organismus“ der Gesellschaft, dessen Naturgesetzlichkeit lediglich die Parteifunktionäre glauben steuern zu können. Ganz im Sinne Kants wurde so in der DDR die „praktische Vernunft“ oder der Wille des Staatsbürger, von der „reinen Vernunft“, vertreten durch die Parteikader, getrennt. Die Folge war eine Ent-

fremdung der Staatsbürger von den Funktionen, sowie eine Entfremdung der Staatsbürger, wie der Funktionäre, von den Möglichkeiten und Zielsetzungen der gesellschaftlichen Arbeitsleistung. Dabei führte nicht Marx Regie, sondern Kant.

Im vereinigten Deutschland führt immer noch, zwar ein modernisierter und von philosophischer Orientierung gereinigter, Kant die Regie. Heute wird in Deutschland die Kette der Kausalreihen nicht durch die Zielbestimmungen von Staatsfunktionären in die Ökonomie, also die geglaubte „zweite Natur“, getragen, sondern diese „zweite Natur“ wird ihrer eigenen Dynamik überlassen und die Beteiligten glauben, in dem sie als Manager, Arbeiter, wie Angestellte dieser Dynamik der globalisierenden Kausalreihen zur Verfügung stehen, frei zu sein. Sie glauben ganz im eigenen Interesse zu handeln, wenn sie für ihren Arbeitsplatz oder ihre Firma und deren Umsatz kämpfen. Sie handeln sozusagen ganz im Interesse der Gesetze dieser „zweiten Natur“, in deren Dynamik sie sich integrieren. Sie wollen den Fortschritt und entwickeln Technik und Wissenschaft, die eine noch schnellere Gangart bewirkt. Das Ich denkt und fühlt sich deshalb frei. Es darf, ja es soll innovativ denken. Die Zielsetzung der dienenden Menschen in der „zweiten Natur“ ist die Produktions- wie Distributionszeit zu beschleunigen. Die „transzendente Weltwissenschaft“ Kants wurde in die „transzendente Weltwirtschaft“ integriert, insofern gibt es immer noch die „reine Vernunft“, wie bei Kant, allerdings ohne die „transzendente Gotteserkenntnis“.

Mensch, Arbeit und Fortschritt

Doch der Einzelne, der sich mit wachsendem Fortschritt in der Beschleunigung der Zeiten durch Wissenschaft und Technik, immer weiter von seinem Mitmenschen isoliert, weil dieser immer häufiger zu seinem potentiellen Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt werden könnte, braucht spätestens dann, wenn er aus den funktionalen Diensten an der „zweiten Natur“ erwacht, einen Lebenssinn. Er wird zu einem „Suchenden“, Süchtigen oder Stumpfsinnigen in seiner arbeitsfreien Zeit. Er glaubt diesen Sinn immer häufiger in Sekten oder extravaganten Freizeitbeschäftigungen zu finden. So trennt er, ganz im Sinne Kants, die Gegenständlichkeiten seiner Arbeit, von seinem eigenen Denken. Das eine scheint mit dem anderen nichts zu tun zu haben. Morgens entlässt er tausend Arbeiter und Angestellte und kauft die Produkte von Kinderarbeit in Taiwan ein, oder erklärt sich bereit für gleichen Lohn länger zu arbeiten, abends besucht er einen Verein oder schwärmt mit Freunden von seiner letzten Safari.

Der objektive Fortschritt durch Technik und Wissenschaft in der Arbeit, führt gleichzeitig zu einer subjektiv wachsenden Entfremdung vom menschlichen Leben als einheitlichem Gattungsleben. Die Philosophie, anders als bei Kant, der noch fragte: „Was ist der Mensch?“,

trennte sich von der Wissenschaft, sowie sich die gesellschaftliche Arbeit mit ihren partikularen Zielen vom privaten Leben des Einzelnen trennte. Philosophie wurde zu einer Einzelwissenschaft im akademischen Lehrbetrieb, die bestenfalls Tröster für einzelne Menschen sein möchte. An deutschen Universitäten wird die Philosophie neben anderen Fächern gar als „Geisteswissenschaft“ geführt und damit deutlich der Wissenschaft untergeordnet, die als solche ja lediglich objektiven Seinsprozessen auf die Spur rücken sollte. Unter Fortschritt versteht man heute einen objektiv feststellbaren wissenschaftlichen Fortschritt und nicht den Fortschritt in der Erkenntnis des menschlichen Seins, wie dies noch das Motiv Kants war.

Seit Kant zeichnet sich eine Verschiebung in der Konstruktion des Verhältnisses von Fortschritt und Geschichte ab: Aus dem Fortschritt der Geschichte wird die Geschichte des Fortschritts; aus dem Fortschritt, den die Intensität der menschlichen Arbeit bewirkte, wird der Fortschritt, der die Geschichte – als ihre innere Unruhe – vorwärtstreibt. Der Fortschritt vollzieht sich sozusagen automatisch. Der Mensch denkt, er liefere „geistiges Kapital“ und die Ökonomie lenke ihn wie eine Naturgewalt gesetzmäßig zum Fortschritt. Ziel der gesellschaftlichen Arbeit ist dabei jedoch nicht die menschliche Gattung von Hunger, Not und Elend zu befreien, sondern sie folgt einer kausalen Mechanik, die partikular ökonomischen Interessen des Kapitals bedeutet, und entfremdet dadurch alle Menschen die in diesem Prozess dienen von sich selbst als Menschen. Der einzelne Mensch wird zu einem funktionierenden Rädchen, das den Mechanismus der „zweiten Natur“ (Ökonomie) deshalb nicht leicht durchschauen kann, weil er nicht erkennt, dass es sich bei der Ökonomie eben nicht um einen Mechanismus handelt, sondern um ein Beziehungsverhältnis, in dem sich der Mensch mit der Natur und den Menschen zielorientiert und arbeitend in Beziehung setzt. Zwar, und dies macht die Erkenntnis dieser Besonderheit der Ökonomie so schwierig zu erkennen, handelt es sich in der Ökonomie auch um eine prozesshafte Reihen von Kausalitäten, denen sich der Einzelne bei Strafe seines Untergangs anpassen muss. Allerdings, und das unterscheidet diese Kausalität von den sich kausal vollziehenden Prozessen in der Natur, lässt sie sich im gesellschaftlichen Sein grundsätzlich nur durch die jeweiligen Zielbestimmungen der Menschen in Bewegung setzen.

Arbeit, Menschwerdung und Humanismus

Die Arbeit des Menschen findet seit der Menschwerdung stets im unmittelbaren Austausch mit der Natur statt. Da mit technischem Fortschritt sich dieser Prozess immer mehr aus der Unmittelbarkeit zur Natur entfernt entsteht nicht nur der Eindruck, die Arbeit habe mit der Natur eigentlich keinerlei Berührung mehr, sondern es wird die damit verbundene, objektiv sich entwickelnde Vergesellschaftung

der Arbeit auch nicht bewusst zur Kenntnis genommen. So verändern sich hinter dem Rücken der Menschen ständig die Kategorien, also die Existenz- und Daseinsbestimmungen des menschlichen Seins. Eine bestehende Form der Entfremdung verschwindet, dafür entsteht eine neue. Eine gesellschaftliche Epoche, die dem objektiven Fortschritt der Dynamisierung der Arbeit im Wege steht, verschwindet, eine neue entwickelt sich dafür auf dem Nährboden der alten. Das geschieht häufig ohne subjektiv begriffen zu werden. So war der Fortschritt vom Kannibalismus zur Sklavenhaltergesellschaft, vom Feudalismus zum Kapitalismus nicht geplant, also nicht von Menschen ausgedacht oder als Utopie erfunden, sondern er vollzog sich hinter dem Rücken der Menschen, die mit der Dynamisierung der Arbeit immer mehr vergesellschafteten und die dementsprechend die Form ihrer gesellschaftlichen Beziehungen veränderten. Einen kausal wirkenden Gesamtprozess der gesellschaftlichen Entwicklung, der als solcher ganz erkennbar wäre, gibt es in dieser Entwicklung nicht. Es gibt keine gesetzmäßige Spirale, die sozusagen von einer Gesellschaftsordnung niedriger Stufe zur höheren führt. Diesen Glauben hat Stalin zu glorifizieren versucht und glaubte sich als Vertreter der „reinen Vernunft“ über die Willen der einzelnen Menschen erheben zu müssen, um den Sieg des Sozialismus zu erkämpfen, den er als nächste Stufe nach dem Kapitalismus einstufte. Die Fortschritte der wachsenden Vergesellschaftung der Arbeit, durch die immer weniger Menschen immer mehr und besser produzieren können, sind nur objektive Möglichkeiten auch eines gattungsmäßigen Fortschritts, sie führen nicht notwendig zu einer höheren gesellschaftlichen Epoche. Kriegsbeteiligung, Rassismus, ja selbst Kannibalismus ist heute wieder Tatbestand in Deutschland. Das führt, wenn nicht bewusst die objektiven Möglichkeiten gattungsmäßig genutzt werden, durchaus zu einer Verrohung der Menschen, also zu einem gesellschaftlichen Rückschritt in längst vergessenen geglaubten Zeiten der Vergangenheit.

Karl Marx beschrieb die gesellschaftliche Epoche, in der die objektiven Möglichkeiten des Fortschritts gleichzeitig auch subjektive werden könnten, die er Kommunismus nannte, „als vollendeten Naturalismus = Humanismus, als vollendeter Humanismus = Naturalismus, er ist die Wahrhafte Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen, die wahre Auflösung des Streits zwischen Existenz und Wesen, zwischen Vergegenständlichung und Selbstbestätigung, zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Individuum und Gattung.“ Anders als Kant trennte Marx nicht mehr das Denken der Menschen von ihrem Sein. Für ihn standen beide in einer einheitlichen dialektischen Beziehung, die es nur bewusst zu machen gilt, um sich schließlich in humanistische Aktion wandeln zu können.

Erneuerung von unten oder Krise an der Basis?

Bericht von einer strukturpolitischen Tagung von FIAB und Gewerkschaften in Dortmund

von Ulf Banscherus,

Das Forschungsinstitut Arbeit Bildung Partizipation (FIAB) hatte gemeinsam mit Hans-Böckler-Stiftung, DGB und IG Metall zur Präsentation seiner Studie zu Möglichkeiten und Grenzen regionaler Strukturpolitik ein breites Publikum geladen. Eine gleichermaßen wissenschaftliche wie politische Tagung sollte es werden, bei der VertreterInnen aus Wissenschaft, Gewerkschaften und kommunalen Trägern gemeinsam über die Perspektiven in den Regionen debattieren sollten. Zu diesem Anspruch passte auch der optimistische Titel: Erneuerung von unten. Dass es doch anders kam, lag vor allem an den aktuellen Beschlüssen des Vermittlungsausschusses zur Umsetzung von Hartz IV. Die erwarteten Auswirkungen der beschlossenen Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf deren Niveau legten sich wie ein Schleier über die gesamte Veranstaltung.

Aktuelle Strategien regionaler Strukturpolitik

Im Eröffnungsvortrag präsentierte der Leiter des Forschungsteams, Klaus Dörre, nüchterne Ergebnisse aus drei altindustriellen Regionen: Dortmund, Chemnitz und Nürnberg. In allen untersuchten Regionen wird der Versuch unternommen, durch regionale Wirtschaftsförderungspolitik den Strukturwandel voranzubringen, was vor allem meint, die hohen Arbeitslosenquoten zu reduzieren. Dabei steht der Ansatz im Vordergrund, die industrielle Restrukturierung durch gezielte Ansiedlungspolitik, Qualifizierungsangebote und die Nutzung bestehender Akteursnetzwerke zu fördern. Die beteiligten AkteurInnen gehen so häufig den Weg der wirtschaftspolitischen *high road*, indem sie auf Innovationskonkurrenz statt auf Lohndumping setzen. Die Erfolgchancen dieses Ansatzes sind allerdings begrenzt, weil viel zu oft ähnliche Strategien von einer anderen Region, die schon in der Nachbarstadt beginnen kann, entwickelt werden. Nach den Erkenntnissen des FIAB werden die Chancen der Bildung regionaler Wachstumscluster häufig von einem einseitigen Wettbewerbsregionalismus kon-

terkariert, wenn die Regionen in harte Konkurrenz zueinander treten und immer größere Zugeständnisse an die InvestorInnen machen müssen, weshalb dann unterm Strich weniger übrig bleibt als erhofft.

Wettbewerbsorientierte Clusterpolitik statt arbeitsorientierter Ansätze

Der neue Ansatz der wettbewerbsorientierten Clusterpolitik drängt das frühere Ziel regionaler Strukturpolitik, nämlich die Förderung sozialer Kohäsion, zunehmend in den Hintergrund: Der von den Gewerkschaften mitgetragene Ansatz einer arbeitsorientierten Regional- und Strukturpolitik weicht einer Ansiedlungspolitik der Leuchttürme. Die Balance zwischen Wachstum und sozialen Zielen gilt es nach Auffassung der TeilnehmerInnen aber weiterhin zu wahren, wozu auch eine stärkere Betonung der regionalen Stärken und die systematische Entwicklung einer gemeinsamen Strategie aller regionalen AkteurInnen nötig wären. Die Fähigkeit zur Vernetzung der regionalen AkteurInnen entscheide in hohem Maße über den Wirkungsgrad der Politiken und somit indirekt über die Schaffung von Jobs, aber von deren Erhaltung.

Ambivalente Folgen für die Gewerkschaften

Der beteiligungsorientierte Ansatz ist aus Sicht der Gewerkschaften ambivalent zu bewerten, da die Mitbestimmung über die Strategie der regionalen Netzwerke zum einen zwar ein politisch wichtiges Ziel ist, ihnen die öffentliche Vertretung des erkämpften inhaltlichen Konsenses in vielen Fällen aber nicht nützt, sondern sie für das Ergebnis, den politischen Kompromiss, haftbar gemacht werden können. Auch trägt eine erfolgreiche Förderung strukturellen Wandels von der industriellen zur wissensbasierten Ökonomie zur weiteren Erosion der klassischen gewerkschaftlichen Organisationsbasis bei, wenn kleine hoch spezialisierte Start Ups mit einer ganz anderen Betriebskultur die Wirtschaftsstruktur einer Region bestimmen.

Hier gilt es für die Gewerkschaften, der aufgestellten „mitbestimmten Beteiligungsfalle“ zu entgehen.

Das Konzept einer Regionalpolitik „von unten“

Der Magdeburger Wissenschaftler Roland Roth stellte dem Wettbewerbsregionalismus das Konzept einer Regionalpolitik „von unten“ entgegen, um die unterschiedlichen Interessenlagen produktiv zu verbinden. Dazu sei die demokratische Verfasstheit der regionalen Netzwerke genauso essentiell wie eine institutionelle Aufwertung der Region durch die Verlagerung der Verfügungsmöglichkeiten über die zu vergebenden Ressourcen auf diese Ebene. Aus einer breiten Partizipation leitet Roth die Möglichkeit einer ausgewogenen Formulierung regionaler Leitbilder ab, denen allerdings eine kritische Bestandsaufnahme der regionalen Stärken und Schwächen zugrunde liegen müsse. Dazu sollte auch die Prüfung möglicher regional orientierter Wirtschaftsstrukturen gehören. Durch die Demokratisierung der regionalen Strukturpolitik sei es jedenfalls möglich, Ergebnisse zu erzielen, die der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur der Region in höherem Maße entsprechen.

Erwartete Auswirkungen von Hartz IV auf regionale Strukturen

Nach Einschätzung der weitaus meisten TeilnehmerInnen wird die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die in den Augen vieler nur die Streichung der Arbeitslosenhilfe und die Abschiebung von Langzeitarbeitslosen in die Sozialhilfe bedeutet, in den ohnehin schon strukturschwachen Regionen schwerwiegende Folgen haben: Neben dem befürchteten Nachfrageausfall, der zum Verlust weiterer Arbeitsplätze führen dürfte, wird auch eine Verschärfung der relativen Armut befürchtet, die den gesellschaftlichen Ausschluss weiterer Gruppen der Bevölkerung nach sich ziehen würde. In den Regionen, in denen Deindustrialisierung und hohe strukturelle Arbeitslosigkeit das trübe Bild bestimmen, bedeutet Hartz IV eine Erhöhung des Risikos sozialer Spaltung, zu deren Abbau einst strukturpolitischen Maßnahmen ergriffen wurden. Dies würde das Scheitern des Ziels der sozialen Kohäsion bedeuten.

Was hat der Rechtspopulismus in Europa mit der Arbeitswelt zu tun?

von Jörg Flecker und Gudrun Hentges

Wie nehmen die Beschäftigten in verschiedenen europäischen Ländern die tiefgreifenden Veränderungen im Erwerbsleben wahr, wie verarbeiten sie Enttäuschungen, Bedrohungen oder neue Chancen? Besteht ein Zusammenhang zwischen den Umbrüchen in der Arbeitswelt und dem Aufstieg des Rechtspopulismus bzw. -extremismus in vielen europäischen Ländern? Fragen wie diesen ging das internationale Forschungsprojekt SIREN nach. (Das Projekt „Socio-economic change, individual reactions and the appeal of the extreme right“ (SIREN) wird von der EU-Kommission und nationalen Stellen gefördert und von FORBA (Wien) koordiniert. Weitere Informationen – u.a. über die bislang im Rahmen des Projekts erschienenen Veröffentlichungen – finden sich auf der Web-Seite www.siren.at.)

Im Rahmen dieses Projekts wurden im Jahr 2002 in einer ersten qualitativen Studie 300 ausführliche Interviews mit prekär Beschäftigten, Abstiegsbedrohten und Aufsteiger(inne)n geführt. In der sich daran anschließenden quantitativen Repräsentativhebung wurden im Jahr 2003 5.800 Personen telefonisch befragt. Die interdisziplinäre und vergleichende Untersuchung umfasste acht Länder und wurde von Instituten aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Ungarn und der Schweiz durchgeführt. Schwerpunkte des Forschungsprojekts bildeten liberalisierte und privatisierte öffentliche Dienstleistungen, Industriebranchen und personenbezogene Dienste.

In den meisten Fällen waren die von negativen Veränderungen in der Arbeitswelt Betroffenen dazu gezwungen, ihre Position in der sozialen Welt zu überdenken. Von einem sozialen Abstieg oder Ausgrenzung bedroht zu sein oder für die Aufrechterhaltung des Lebensstandards einen hohen Preis zu zahlen, obwohl man sich den Normen der Arbeitsgesellschaft voll und ganz unterwirft, führt zu heftigen Enttäuschungen und Ängsten. Diese können als Potentiale politi-

scher Subjektivität angesehen werden, in denen Gefühle der Ungerechtigkeit, Unsicherheit und Machtlosigkeit sowie Konkurrenzorientierung und Wohlstandschauvinismus besonders deutlich hervortreten.

Starke Gefühle der Ungerechtigkeit ergeben sich aus Frustrationen legitimer Erwartungen im Hinblick auf verschiedene Aspekte der Arbeit, der Beschäftigung, des sozialen Status und des Lebensstandards. Es sind insbesondere Umstrukturierungen der Unternehmen, Kündigungen, Frühpensionierungen, Pensionskürzungen, neue Managementmethoden oder die verstärkte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, welche bisherige Leistungen und erbrachte Opfer oft innerhalb kürzester Zeit entwerten. Hinzu kommt das möglicherweise gleich gebliebene Arbeitsleid, dem nunmehr geringere Anerkennung sowie unsichere und niedrigere materielle Belohnungen gegenüber stehen. Solche Frustrationen münden in ein Ungerechtigkeitsempfinden, bei dem auf andere Gruppen verwiesen wird, die sich nicht (oder nicht in diesem Ausmaß) den Forderungen der zunehmend gnadenlosen Arbeitswelt unterwerfen, für die aber scheinbar viel besser gesorgt wird, ob dies nun die politischen und wirtschaftlichen Eliten oder die Flüchtlinge und „Sozialschmarotzer“ sind. Leitmotiv der Deutungsmuster ist die Einschätzung, dass die „Anständigen und Fleißigen“ (und damit moralisch Überlegenen) betrogen worden sind. Die von uns Befragten hatten häufig den Eindruck, dass es dumm von ihnen war, ehrlich, loyal und gehorsam gewesen zu sein. Auf diese Wahrnehmungen zielt der Rechtspopulismus ab, wenn er ein „Volk“ konstruiert, welches sich nach oben von den „betrügerischen Eliten“ und nach unten gegenüber den Subalternen abgrenzt. Hierbei handelt es sich um Wahrnehmungen, die durch die vom Rechtspopulismus angebotenen Deutungsmuster mitproduziert werden.

Abstiegsängste, Unsicherheiten und Gefühle der Machtlosigkeit gehen mit der Entwer-

tung von Qualifikationen, mit dem Niedergang ganzer Regionen und zunehmender Prekarisierung von Arbeit einher. Die subjektive Wahrnehmung, ein Spielball der ökonomischen Entwicklung und damit letztlich anonymer Kräfte zu sein, wird von Seiten der Ideologien der extremen Rechten dadurch verstärkt, dass das „Volk“ als passives Opfer von Globalisierungs- und Internationalisierungsprozessen entworfen und dieser übermächtige Gegner häufig personalisiert wird. Auch der nostalgische Blick zurück auf bessere Zeiten macht die Resonanz der rechtspopulistischen Glorifizierung traditioneller Gemeinschaften verständlich. Hinter diesen Deutungen steht die Überzeugung, keinen Schutz und keine Vertretung zu haben und sich folglich nur auf sich selbst verlassen zu können. Dies ergibt sich nicht nur aus Erfahrungen etwa beim Verlust des Arbeitsplatzes, sondern auch aus solchen auf der symbolischen Ebene: Die fehlende Anerkennung der eigenen Probleme in der öffentlichen und insbesondere in der politischen Diskussion wird schmerzlich erfahren. Es fehlt, das brachten die Befragten in den Interviews zum Ausdruck, auch an legitimen Ausdrucksformen für Arbeitsleid, Abstiegsängste, verletztes Gerechtigkeitsempfinden oder Schwierigkeiten, die in Zusammenhang mit Einwanderungsprozessen stehen. Die Empfänglichkeit für den Rechtspopulismus erklärt sich somit zum Teil schon allein daraus, dass dieser die Probleme und die mangelnde Belohnung der „Tüchtigen und Anständigen“ zum öffentlichen Thema macht und vielen so jene gesellschaftliche Anerkennung zuteil werden lässt, die ihnen alle anderen versagen.

Schließlich zeigten die qualitativen und die quantitativen Erhebungen, dass nicht nur die Abstiegsbedrohten, prekär Beschäftigten oder Erwerbslosen empfänglich für die „Sirenen-Gesänge“ des Rechtspopulismus sind. Aufsteiger(innen), typischerweise mit mittlerem Bildungsniveau, kann die starke Identifikation mit „ihrem“ Unternehmen und die von ihnen vollzogene Überanpassung an die Prinzipien der kapitalistischen Konkurrenz dazu bringen, in der Deutung ihrer Lebenssituation ideologische Angebote von rechts außen zu übernehmen. Dies bezieht sich insbesondere auf die Forderung nach einer strikten Herrschaft und nach einem Selektionsprozess, der sich an sozialdarwinistischen Prinzipien zu orientieren habe. Ag-

Dr. Jörg Flecker ist wissenschaftlicher Leiter der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) in Wien und Dozent an der Universität Wien. Er koordiniert das internationale Forschungsprojekt SIREN, flecker@forba.at.

Dr. Gudrun Hentges ist wissenschaftliche Assistentin am Seminar für Sozialwissenschaften (Abteilung für Politikwissenschaft) der Universität zu Köln und leitet die deutsche Teilstudie im Rahmen des Forschungsprojekts SIREN, g.hentges@uni-koeln.de.

gressionen werden beispielsweise auf jene Kolleg(inn)en gelenkt, denen man unterstellt, dass sie nicht ausreichend intensiv arbeiten, um das wirtschaftliche Überleben des Unternehmens zu garantieren, oder auf Einwanderer und Flüchtlinge, die nicht erwerbstätig sind.

Welche Ansatzpunkte für politische Maßnahmen ergeben sich aus den Untersuchungsergebnissen? Zunächst gilt es, die Probleme im Erwerbsleben öffentlich anzuerkennen und das Arbeitsleid zu einem Thema der öffentlichen Debatte zu machen. Gefühle der Unsicherheit und der Machtlosigkeit sollten durch Bekämpfung der Erwerbslosigkeit, Vermeidung von Frauen- und Al-

tersdiskriminierung, durch Verbesserung der sozialen Absicherung sowie durch Konflikt-erfahrungen und Möglichkeiten der politischen Partizipation gemildert werden. Offensichtlich wurde in der Untersuchung jedoch, dass einzelne neue politische Maßnahmen den Problemen nicht gerecht werden können. Vielmehr zeigte sich, dass die zentralen politischen Programme auf nationaler und europäischer Ebene, die auf die Durchsetzung neoliberaler Politik ausgerichtet sind und einen massiven Sozialabbau vorantreiben, bei den Betroffenen eine Rebellion hervorzurufen. Unter dem Einfluss der vorherrschenden und der rechtspopulistischen und -extremen Ideologien bleibt eine solche Re-

bellion jedoch konformistisch und wird die Ursachen der sozialen Misere in Zukunft eher ausweiten als eindämmen.

spw 4 / 2004

Literatur:

Guadrin Hentges/Malte Meyer/Jörg Flecker/Sabine Kirschenhofer/Eva Thoft/Edvin Grinderslev/Gabrielle Balazs: *The Abandoned Worker – Socio-Economic Change And The Attraction Of Right-Wing Populism*. European Synthesis Report On Qualitative Findings, Vienna 2003.

Guadrin Hentges/Malte Meyer: *Right-Wing Extremist Attitudes in Germany – Implications of Competitive Nationalism and Neoliberalism*, Cologne 2003; Jörg Flecker/Sabine Kirschenhofer/Manfred Krenn/Ulrike Papouschek: *Perceptions of Changing Working Lives and the Impact on Political Orientations*, Vienna 2003.

Nachhaltigkeitspolitik in EU-Staaten

Göll, Edgar/Thio, Sie Liong: *Nachhaltigkeitspolitik in EU-Staaten. ZukunftsStudien Band 30, Nomos-Verlag Baden-Baden 2004.*

Für alle, die Nachhaltigkeit als Reformprinzip in Richtung auf eine zukunftsfähige Gesellschaft begreifen, stellt sich die Schwierigkeit gegenüber den dominierenden ökonomisch-wissenschaftlichen und politischen Hauptstrom die Praxistauglichkeit einer auf dem Prinzip Nachhaltigkeit beruhenden Reformstrategie zu beweisen. Das Buch von Edgar Göll und Sie Liong Thio, dem ein Forschungsprojekt für den Deutschen Bundestag zugrunde liegt, gibt ihnen wichtige, sehr konkrete argumentative Hilfestellung, wenn es darum geht, Nachhaltigkeitspolitik einzuklagen, und nicht nachhaltige politische Projekte als nicht zukunftsfähig zu identifizieren.

„Nachhaltigkeit als Kompass für Zukunftsfähigkeit“ nennt Volker Hauff, der Vorsitzende des Deutschen Nachhaltigkeitsrates als Leitmotiv jeder Nachhaltigkeitsstrategie. Sie müsse reagieren auf den zerstörerischen Umgang mit den natürlichen Ressourcen und den in den Menschen ruhenden Fähigkeiten sowie der Produktivität der Natur und der Menschen. Geleitet von den Prinzipien Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung müssen Produktion, Konsum, Mobilität wissenschaftlich-technische Innovationen und der kulturelle Lebensstil so verändert werden, dass die Hypotheken nicht nachhaltiger Politik für künftige Generationen und andere Regionen möglichst gering ist. Unter Anlegen dieses allgemeinen Maßstabs beschreiben und analysieren die Autoren die Nachhaltigkeitspolitik der EU-

Länder Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande und Schweden. Sie stellen ihre Ergebnisse in den Kontext internationaler Entwicklung, des Rio-Prozesses und der Nachhaltigkeitspolitik der EU und beurteilen vor diesem Hintergrund kritisch die deutsche Nachhaltigkeitspolitik. Schließlich verdichten sie die Erkenntnisse des Ländervergleichs zu Perspektiven nachhaltiger Entwicklung.

Antrieb für die Autoren ist die Suche nach politischen Innovationen, die Ausdruck eines anderen Politikverständnisses sind. Sie meinen, dass der Versuch, die krisenhaften Probleme mit denselben Denkweisen lösen zu wollen, die zu ihnen geführt haben, von vornherein von Erfolglosigkeit bedroht sei. Deshalb steht im Zentrum des Buches die Frage, wie kann eine Politik implementiert werden, die sicherstellt, dass sie die Ressourcen der Erde so behutsam bewirtschaftet werden, dass sie den Ansprüchen einer wachsenden Weltbevölkerung genügen und auch künftige Generationen Entwicklungschancen bieten. Mit dieser Berufung auf den globalen Anspruch des Rio-Prozesses und des darauf gründenden internationalen Nachhaltigkeitsregimes fragen sie nach den Wirkungen dieses Prozesses in den untersuchten Ländern. Sie fragen, ob die traditionellen Institutionen demokratisch verfasster Staaten mit der Implementierung von Nachhaltigkeitspolitik überfordert sind. Inwieweit Denken in Fachressorts, Einflüsse korporatistisch organisierter Interessen, das Primat der kurzfristigen Politik, die sich an Legislaturperioden orientiert, die weitgehende Ausgrenzung von Formen direkter Demokratie, die Unterordnung wirtschaftlicher Entscheidungen unter das Prinzip der maximalen Gewinnerzielung die Imple-

mentierung einer auf ressortübergreifende Ganzheitlichkeit setzende Politik verhindernd im Wege steht. Sie gehen davon aus, dass die Durchsetzung der Nachhaltigkeitspolitik von Konflikten geprägt sein wird. Die Minderung des Ressourceneinsatzes durch suffizienzorientierte Konsumstile und Verbrauchsmuster, die Anpassung von Produkten, Transport und Konsum an natürliche Kreisläufe und Prozesse, die Beteiligung der Bevölkerung bei der Klärung von Bedürfnissen, der Definition von Zielen und der Wahl von politischen Strategien bedingen die Überwindung von Nachhaltigkeitshindernissen. Aus diesen Überlegungen heraus entwickeln die Autoren für den Ländervergleich fünf Basiskriterien zur Bewertung der jeweiligen Nachhaltigkeitspolitik:

1. Inwieweit wird die Politik den Integrations- und Querschnittserfordernissen von Nachhaltigkeit gerecht?
2. Werden alle Politikfelder von einer langfristigen Nachhaltigkeitsperspektive erreicht?
3. Werden innovative und effektive Formen von Kommunikation und Partizipation entwickelt und gefördert?
4. Wird die Nachhaltigkeitspolitik transparent und überprüfbar gestaltet?
5. Werden die politischen Aktivitäten in ihren globalen und internationalen Bezügen reflektiert?

Außerdem werden die für die Durchsetzung von Nachhaltigkeitspolitik förderlichen und hemmenden länderspezifischen Faktoren analysiert, die erklären worin die Nachhaltigkeitspolitik der einzelnen Länder sich durchaus unterscheidet und nicht jedes Projekt ohne weiteres von anderen Ländern adaptiert werden kann. Gesagt werden kann allerdings, dass auf Konsensfindung und Beteiligung angelegte politisch-gesell-

schaftliche Systeme mit in der Regel Mehrparteienregierungen förderlicher für Nachhaltigkeitspolitik sind als stark zentralistische Systeme mit ideologischer Abgrenzung von Regierungs- und Oppositionspolitik.

Auch längeren Erfahrungen mit integrierten Politikansätzen, insbesondere mit integrierter Umweltpolitik wie sie vor allem die skandinavischen Staaten und die Niederlande gesammelt haben, fördern die Implementierung von Nachhaltigkeitspolitik, besonders auch gegenüber wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen.

Besonders beeinflusst wurde die Nachhaltigkeitspolitik von der Bereitschaft, die 1992 in Rio eingegangenen Verpflichtungen zum wichtigen Bestandteil der offiziellen Politik zu machen. Verstärkt wurde dieser Prozess, wenn sich Regierungschef oder Staatspräsident öffentlich mit Nachhaltigkeitspolitik identifizierten.

Als hemmende Faktoren erweisen sich besonders partizipationsresistente Bürokratie auf allen Ebenen, sich abschottende Fachadministrativen und Fachpolitik, unterentwickelte von den Wirtschaftswissenschaften dominierte Politikberatung oder durch Interessenpolitik festgezurrte Subventionsstrukturen, die die finanzielle Ausstattung neuer Politikprojekte blockieren können.

So stellen die Autoren besonders die Frage nach innovativen, die hemmenden Faktoren aufbrechenden neuen Institutionen und neuen Verfahrensweisen für die Parlamente und auch Regierungen.

Auf der Basis der sieben Länderstudien formulieren die Autoren fünf Prinzipien, die eine Überwindung bisheriger nicht nachhaltiger Politikermöglichkeiten könnten. Sie stellen Orientierungspunkte für eine innovative und erfolgversprechende Institutionalisierung im Bereich der Nachhaltigkeit dar.

1. Integration/Querschnittscharakter/Ressortübergreifende Kooperation;
2. Langfristperspektive/Ausweitung der zeitlichen Wahrnehmungs- und Handlungshorizonte. Szenarienstrategie;
3. Kommunikation/Partizipation, Aktivierung der in den Bürgern ruhenden Sozialressourcen;
4. Praxis-/Ergebnisorientierung, um Umsetzungsdefizite von Nachhaltigkeitsprojekten zu reduzieren. So sind konkrete und modellhafte Maßnahmen inklusive ihrer Evaluation dringend notwendig;
5. Globalität/internationale Ausrichtung, um negative Auswirkungen nationaler Politik zu vermeiden und internationale Nachhaltigkeitsaktivitäten zu verstärken;

Die Prinzipien sind in den einzelnen untersuchten Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt. Zwar zeigt sich, dass die Spitzengruppe in der Nachhaltigkeitspolitik die skandinavischen Staaten bilden, dass aber alle Staaten ihren spezifischen Beitrag zur Implementierung von Nachhaltigkeitspolitik leisten. Für Deutschland erwähnenswert ist der britische Beitrag. In ihrem Programm „A better Quality of life“ gibt die britische Regierung einen gesamtpolitischen Entwurf einer integrierten Politik mit den Schwerpunkten sozialer Fortschritt, der die Bedürfnisse aller anerkennt, effektiver Schutz der Umwelt, schonender Umgang mit natürlichen Ressourcen, Erhalt eines hohen und starken Wachstumsniveaus bei niedrigen Arbeitslosenzahlen. Immerhin stammt dieses Programm aus 1999, als es in Deutschland kaum Ansätze von Nachhaltigkeitspolitik gab. Der Ländervergleich wird zum Schluss auf Deutschland projiziert. Deutschland schneidet nicht gut ab. „Die Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland verlief...in geradezu unverantwortlicher Weise langsam, fragmentarisch, oberflächlich und ohne Nachdruck“. Gelobt werden die beiden Enquete-Kommissionen des Bundestages „Zum Schutz des Menschen und der Umwelt“ und „Zum Schutz der Erdatmosphäre“. Es sei symptomatisch, dass auch unter Rot-Grün der Nachhaltigkeitsprozess zäh und langsam verläuft, wenn sich auch durch die Einberufung des „Rates für nachhaltige Entwicklung“ und die Bildung des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung, das sogenannte „Green Cabinet“ 2001 und die Einrichtung einer bundesweiten Servicestelle für „Lokale Agenda 21-Aktivitäten“ die Rahmenbedingungen deutlich verbessert hätten. So seien positive Auswirkungen all dieser Nachhal-



Du kannst diese Motive als Plakat (DIN A1, für nur 40 Cent zzgl. Versandkosten), als Flyer oder als Postkarte (für nur jeweils 10 Cent zzgl. Versandkosten) bestellen.

- Ich möchte Plakate A, Plakate B, Plakate C, Plakate D, Plakate E bestellen.
- Ich möchte Flyer A, Flyer B, Flyer C, Flyer D, Flyer E bestellen.
- Ich möchte Postkarten A, Postkarten B, Postkarten C, Postkarten D, Postkarten E bestellen.
- Ich hätte gerne weitere Informationen über das Jugendwerk der AWO.

Mein Name: _____

Meine Anschrift: _____

Mein Wohnort und PLZ: _____

Telefon: _____ E-mail: _____

Geschäftsstelle des Bundesjugendwerkes der AWO
Oppelner Straße 130, 53119 Bonn
Telefon: 0228/6685-117
e-mail: info@bundesjugendwerk.de

www.einer-fehlt-noch.de

tigkeitsaktivitäten auf die wesentlichen gesellschaftspolitischen Weichenstellungen allerdings noch nicht spürbar, im Gegenteil: zentrale Vorhaben wie die „Agenda 2010“ nehmen keinen Bezug auf Nachhaltigkeitsprinzipien und widersprechen diesen teilweise sogar. So schließen die Autoren einen Katalog von Empfehlungen für Bundestag und Bundesregierung an, deren Umsetzung allerdings von der Initiativkraft derjenigen abhängt, die in einer deutschen Nachhaltigkeitsstrategie den besseren Weg sehen, auf die veränderte Weltlage zu reagieren als in der alternativlosen Anpassung an das neoliberale Entwicklungsmodell.

Das Buch zeigt, dass wir wissen könnten, was wir tun könnten, wenn wir nur wollten. Darin liegt der Verdienst der Autoren. Fragen wie die Vereinbarkeit von Tauschwertwirtschaft mit Gebrauchsorientierter Produktion und Konsumption, die Entwicklung einer gesellschaftlichen Vermögensrechnung als Abgleich zur Sozialproduktrechnung, Nachhaltigkeitspolitik und Sozialstaat bedürfen jedoch weiterhin der Klärung. Das Buch zeigt, dass die Ermutigung von Volker Hauff im Vorwort notwendig ist.

spw

intern

Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen spitzen sich in diesem Jahr zu. Die Kritik an der rot-grünen Bundesregierung hält unvermindert an. Sie kommt aber nicht nur aus den üblichen, kritischen Kreisen sondern verstärkt aus der „Mitte der Gesellschaft“ und den traditionellen WählerInnen-schichten der Sozialdemokratie. Sogar langjährige SPD-Mitglieder wenden sich ab und gründen mit GewerkschafterInnen und BewegungsaktivistInnen einen Verein „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ und beabsichtigen, bei kommenden Wahlen anzutreten. Eine solche Situation ist natürlich auch für spw eine Herausforderung (vgl. die Beiträge in spw 136 und in der vorliegenden Ausgabe).

Wir haben in verschiedenen spw-Schwerpunkten (zuletzt spw 129 – „Identität und Politik“) darauf hingewiesen, dass die Sozialdemokratie sich zusehend als Interessensvertretung von ihrer Wählerschaft verabschiedet. Schon vor sechs Jahren, nach dem ersten Wahlsieg im Spätsommer 1998 haben wir geschrieben:

„Offen bleibt ... die Frage, in wie weit es perspektivisch tatsächlich gelingen könnte, Protest über den Kreis der zumeist eher Wohl-situierteren (wenn auch zunehmend in prekären Verhältnissen lebend) hinaus zu organisieren... Was wäre das für ein gesellschaftlicher Aufruhr, wenn auch nur ein Zehntel der von Dauerarbeitslosigkeit und Armut betroffenen Menschen in ein „politisches“ Protestverhältnis treten würde. Und welche Herausforderung wäre diese Situation für ein sozialdemokratisch geführte Regierung in diesem Land?“ (Frank Wilhelmy, Claudia Walther, Reinhold Rünker: Macht-Demokratie-Protest, spw 103, September/Oktober 1998, S. 25)

Diese Frage ist aktuell zwar nicht abschließend beantwortet, aber es stellt sich einmal mehr die Frage, ob neben der falschen Ausrichtung der rot-grünen „Reformpolitik“ auch die Art und Weise parteiförmiger Politikentwicklung und politischer Kommunikation in eine Sackgasse geraten ist, denn gleichzeitig erleben wir mit der öffentlichen Berichterstattung über attac oder die Welt-

sozialforen den „medialen Aufschwung“ einer bunt gefächerten sozialen Bewegung, die keineswegs den Eindruck erweckt, als sei sie lediglich auf der Suche nach einer neuen parteipolitischen Organisationsform. Geben die gewerkschaftlichen Protestaktionen oder auch die oben genannte Gründungsinitiative einen Eindruck

davon, was möglich wäre, wenn es tatsächlich gelänge, sozialen Protest politikwirksam werden zu lassen?

spw will in einem öffentlichen Round table gemeinsam mit Felix Kolb (attac), Barbara Stolterfoth (Vorsitzende des Dt. Paritätisches Wohlfahrtsverband), Frank Bsirske (Ver.di-Vorsitzender, angefragt) und Andrea Nahles (spw-Mitherausgeberin, Mitglied im SPD-Präsidium) am 21. September in Berlin die aktuelle Lage analysieren und fragen, welche Optionen sozialer Protest innerhalb wie außerhalb parteipolitischer Zuordnungen hat. Weitere Informationen hierzu demnächst auf www.spw.de

*

Die spw-Jahrestagung wird am 13. November 2004 in Dortmund stattfinden. Beschäftigten wollen wir uns einmal mehr mit dem Zusammenhang zwischen regionaler Industrie- und Strukturpolitik und der Schaffung zukunftsorientierter, nachhaltiger Beschäftigung, Vereins- und Gesellschafterversammlung finden wie üblich am Sonntag nach der Tagung am gleichen Ort statt. Nähere Infos dazu demnächst auf www.spw.de bzw. in der nächsten spw.

*

In der letzten Ausgabe ist uns in der Autorenangabe von Dr. Jörg Flecker eine Panne unterlaufen. Er ist nicht Mitarbeiter an der Universität zu Köln, sondern wissenschaftlicher Leiter der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) in Wien und Dozent an der Universität Wien. Dort leitet er auch das Projekt SIREN, über das er in diesem Heft gemeinsam mit Gudrun Hentges berichtet. Den Fehler bitten wir zu entschuldigen.

*

Kai Burmeister und Björn Böhning, beide seit Jahren als Arbeitsausschuss- bzw. Redaktionsmitglied Aktivposten des spw-Zusammenhangs, haben ein Buch im VSA-Verlag herausgegeben, das sich mit dem Begriff der „Generationengerechtigkeit“ auseinandersetzt. In der Buchankündigung schreiben sie: „War Generationengerechtigkeit ursprünglich eng mit einem ökologisch inspirierten Nachhaltigkeitsdiskurs verbunden, bezieht

er sich heute eher auf die Finanz- und Sozialpolitik. Die „Generationengerechtigkeit“ schafft im politischen Diskurs mittlerweile per se eine Legitimationsaura für fiskalische Sparprogramme oder aber pauschale Kürzungen insbesondere in der Kranken- und Rentenversicherung. „Mangelnde Generationengerechtigkeit“ wird dabei häufig mit dem demografischen Wandel in Verbindung gebracht, der praktisch wie ein Naturgesetz das bisherige Niveau an sozialer Sicherheit als nicht mehr finanzierbar erscheinen lässt. Nicht ungenutzt bleibt dabei eine bildhafte Sprache, die suggeriert, „die vielen Alten“ würden auf Kosten „der wenigen Jungen“ leben und deren Zukunftschancen verfrühen.

Diese Bilder und Argumentationsstränge finden sich mittlerweile in allen gesellschaftlichen Feldern: der Ökonomie, der Politik und auch der Kultur. Mit anderen Worten: Eine wahrhaft universalistische Debatte um das Thema Generationengerechtigkeit hat sich im öffentlichen Raum entfaltet und verbreitet.

Als Stipendiatinnen und Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung haben wir seit März 2003 im Rahmen eines Projekts diese populäre Denkfigur kritisch hinterfragt und Ansatzpunkte für eine solidarische Herangehensweise an die real existierende Generationen-debatte diskutiert. Schwerpunkt unserer Zusammenarbeit mit VertreterInnen aus Wissenschaft, Politik und Kultur bildete dabei die sozialpolitische Dimension der Debatte. Den Höhepunkt bildete die Tagung „Solidarische Generationen?!“, die am 6. und 7. März 2004 in Düsseldorf stattfand. Viele der dort diskutierten Beiträge finden sich auch in diesem Buch wieder und können so einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden. Wir hoffen, mit diesem Buch einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte leisten zu können.

Trotz größter Bemühen ist es uns leider weder zur Tagung noch für dieses Buch gelungen, mehr als eine Autorin für einen Beitrag zu gewinnen. Trotz diverser Versuche, den zweifelsohne nicht unwesentlichen „Gender-Aspekt“ der Generationen-debatte aufzunehmen, waren unsere Anfragen an Wissenschaftlerinnen nicht von Erfolg gekrönt. Wir haben versucht, in den verschiedenen Beiträgen, geschlechtsspezifische Sichtweisen, Herangehensweisen und Problemlagen zu berücksichtigen. Wo es uns oder den Autoren nicht gelungen ist, mögen es die Leser/innen nachsehen. Wir sind davon überzeugt, dass eine feministische Kritik an der derzeitigen völlig pauschalisierenden Generationen-debatte unbedingt notwendig ist.“

Das Buch trägt den Titel „Generationen & Gerechtigkeit“, umfasst 212 Seiten und kostet 14,80 EUR und kann im Buchhandel oder direkt beim VSA-Verlag (www.vsa-verlag.de) bestellt werden.

Solidarische Lohnpolitik in Europa

Thorsten Schulten, *Solidarische Lohnpolitik in Europa – Zur Politischen Ökonomie der Gewerkschaften* – VSA-Verlag Hamburg 2004, 19.80 EUR

Engagiert entwickelt Thorsten Schulten die Perspektive einer solidarischen Lohnpolitik in Europa zu einem Zeitpunkt, da die gewerkschaftliche Lohn- und Tarifpolitik in den meisten europäischen Ländern in einer grundlegenden Krise steckt. Die schleichende Erosion des Flächentarifvertrags, der kontinuierliche Rückgang der Lohnquote als Ausdruck einer anhaltenden Umverteilung von Arbeits- zu Kapitaleinkommen, wachsende Lohnunterschiede zwischen einzelnen Arbeitnehmergruppen und ein stetig zunehmender Niedriglohnsektor sind die sichtbarsten Symptome für diese Krise. Die Gewerkschaften handeln unter dem Druck der ökonomischen und politischen Verhältnisse weitgehend defensiv und pragmatisch und versuchen in Wettbewerbsbündnissen und mit Zugeständnissen bei Arbeits- und Sozialstandards Personalabbau zu verhindern. Seine Bilanz der Lohnpolitik ist ernüchternd: „Die in fast allen EU-Staaten gleichge-

richtete Entwicklung der Löhne und der Einkommensverteilung zuungunsten der Beschäftigten kann somit als das Ergebnis eines nun mehr als zwei Jahrzehnte andauernden europäischen Lohnsenkungswettbewerbs interpretiert werden.“ Thorsten Schulten untersucht sehr genau die Ursachen und Zusammenhänge der aktuellen Entwicklungen und lotet damit die Bedingungen für eine andere, solidarische Lohnpolitik aus. Im ersten Teil des Buches analysiert er die grundlegenden makroökonomischen Theorien und die Rolle, die diese der Lohnpolitik beimessen. Dabei wird deutlich: vorgebliche Wissenschaftlichkeit und Neutralität verschleiern den enormen politisch-ideologischen Einfluß, den neoklassische und neoliberale Ökonomen gewonnen haben. Die scheinbar objektive Funktionslogik des Marktes und abstrakte Modelle wie die gegenseitige Abhängigkeit von Lohnhöhe und Beschäftigung sind politisch konstruiert und immunisieren den herrschenden ökonomischen Mainstream, der nicht nur durch faktische Kräfteverhältnisse, sondern auch durch Werte, Normen und Deutungen in der Gesellschaft gesichert wird. Gegen Marktzwang und Wettbewerbsdiktat, gegen die zunehmende Delegitimierung sozialer Gleichheit und die Tabuisierung der Verteilungsfrage setzt Thorsten Schulten offensiv

die Konzepte der „Moralischen Ökonomie“ und der „Solidarischen Lohnpolitik“, die einen originär gewerkschaftlichen Ursprung haben. Die Gewerkschaften müssen die Verteilung der Werte, die in dieser Gesellschaft geschaffen werden, neu diskutieren. Das kann nur im europäischen Rahmen gelingen. Ansätze der Koordinierung der Tarifpolitik in Europa sind ein erster Schritt in diese Richtung. „Mit dem tarifpolitischen Koordinierungsansatz haben die europäischen Gewerkschaften einen neuen strategischen Ansatzpunkt zur Überwindung der Krise der gewerkschaftlichen Lohnpolitik entwickelt. Dieser impliziert gleichermaßen eine Veränderung gewerkschaftlichen Handelns auf europäischer und auf nationaler Ebene.“ Obendrein müssen die Gewerkschaften sich mächtig verändern: „Ohne eine Transformation der europäischen Gewerkschaften zu einer europaweiten sozialen Bewegung wird schließlich auch eine Rekonstruktion solidarischer Lohnpolitik in Europa nicht zu machen sein.“ Fazit: Ein spannendes und anregendes Buch – analytisch und programmatisch-engagiert. Nicht nur für engagierte Gewerkschafterinnen, sondern auch für jeden aufgeweckten Zeitgenossen ein absolutes Muß!

(Gabriele Sterkel, Berlin)

McKinsey kommt

McKinsey kommt, Rolf Hochhuth, dtv München 2003, 10,— Euro

Vier Millionen Arbeitslose, Bank- und Konzernvorstände, die zweistellige Millionengehälter einstreichen, Milliardengewinne erzielen und Tausende auf die Straße setzen, Unternehmensberater, die – wie Roland Berger vom Verteidigungsministerium – 2556,- • kassieren, pro Tag, pro Mitarbeiter, aus Steuergeldern.

Längst ist unser Staat zur Beraterrepublik verkommen. Unternehmensberater sind Teil der neoliberalen Privatisierung unseres Staatswesens. Das hat mit Demokratie nichts mehr zu tun; im Gegenteil: der Souverän, das Volk, hat abgedankt, zahlt und schweigt. Berater stehen hinter den Arbeitsmarktreformen (u.a. McKinsey und Roland Berger als Mitglieder der Hartz-Kommission), dem virtuellen Arbeitsmarkt (Accenture) und dem Umbau der Bundesanstalt (pardon: -agentur) für Arbeit, der Gesundheits- und Steuerreform, der Reform der Bundeswehr, aber auch hinter Unternehmensfusionen und den damit einhergehenden Massenentlassungen. Das alles ist – jedenfalls in seinen Grundzügen – bekannt. „Doch ist das Bekannte“, sagt Hegel, „darum, weil es bekannt ist, nicht erkannt.“

Rolf Hochhuth, einer unserer renommiertesten Schriftsteller und Theaterdichter, macht – 40 Jahre nach seinem Theaterstück „Der Stellvertreter“ über das Versagen Papst Pius XII. angesichts der Judenvernichtung im Dritten Reich – das Bekannte erkennbar: Er gehört nicht zu denen, die schweigen und wegsehen. Ihm ist das Bekannte ein Gräuelfeld, und das sagt er auch, ohne Wenn und Aber.

Seit Arthur Millers „Tod eines Handlungsreisenden“ (1949) rückt er erstmals wieder den „Rausrationalisierten“ in den Mittelpunkt einer Theaterdichtung, die am 13. Februar 2004 in Brandenburg/Havel uraufgeführt wurde. Von den Folgen der „McKinsey-Revolution“ handelt dieses Stück, jener gesellschaftlichen Umwälzung, deren Ideologie auf Effizienz und Rationalisierung gründet, deren Weltbild auf Zahlen und Statistiken aufbaut und dem globalen benchmarking geschuldet ist und deren Folge der massive Abbau des Kostenfaktors „Erwerbsarbeit“ ist.

Hochhuth geht es dabei um die zunehmende Ohnmacht des einfachen Bürgers gegenüber den Mächtigen in Staat und Wirtschaft. Viele Bürger haben heute das Gefühl, ohne wirkliche Vertretung im politischen System zu sein und keine Möglichkeiten zu besitzen, wichtige Entscheidun-

gen, die sie selbst und ihre Existenz betreffen, zu beeinflussen.

Es gibt derzeit keinen Ausweg, so seine Analyse, und deshalb bräuchten „wir erstens eine linke Partei und zweitens eine Revolution“, sonst könne es gar zum „ekel-erregenden, aber nie ganz auszuschließenden Meuchelmord“ kommen, so Hochhuth gegenüber dem Magazin „aspekte“. Hochhuths drastische Wortwahl zeigt die Empörung an, die er versucht, in seinem Theaterstück zur Geltung kommen zu lassen.

Die zentrale Frage, die uns Hochhuth stellt, lautet: Darf der einzelne Bürger die Gewalt an sich ziehen, wenn der Staat nicht mehr in der Lage oder willens ist, seine fundamentalen Rechte sicherzustellen?

Hochhuth lässt diese Frage durch seine Protagonisten nicht beantworten, doch er lässt sein Stück friedlich enden: vor dem Bundesverfassungsgericht, und nicht auf dem Friedhof.

Hochhuth hat ein wichtiges, ein aufrüttelndes, auch provozierendes Stück Theater geschrieben. Seit Jahrzehnten geht die deutsche Literatur am Thema der vier Millionen Arbeitslosen vorbei. Ihn, der am 1. April dieses Jahres 73 Jahre alt wurde, lässt dieser wirkliche Skandal nicht ruhen.

Jürgen Karrasch (Troisdorf)

25 Jahre spw – jetzt abonnieren und zugreifen!

Wer jetzt spw abonniert, erhält als Prämie eines dieser Bücherpakete!

Paket 1

Perspektiven rot-grüner Politik



Edelbert Richter
Eine zweite Chance? Die Sozialdemokratie unter dem Druck der „Globalisierung“
300 S., EUR 15.50, sFr 27.80, VSA-Verlag 2002

Ulla Burchardt/Reinhold Rünker (Hrsg.)
Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 2

It's the economy, stupid!



Beck, Stefan; Caglar, Gülay; Greven, Thomas (Hrsg.)
Nach der New Economy – Perspektiven der deutschen Wirtschaft
233 S., EUR 15,30 - SFR 27,80, Verlag Westfälisches Dampfboot 2002

Andrea Nahles/Benjamin Mikfeld (Hrsg.)
Jobs, Jobs, Jobs! Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?
136 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 3

Sozialistische Politik und Wirtschaft



Wolfgang Fritz Haug und Frigga Haug (Hrsg.)
Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden
256 Seiten, EUR 8,-; SFR 14,40

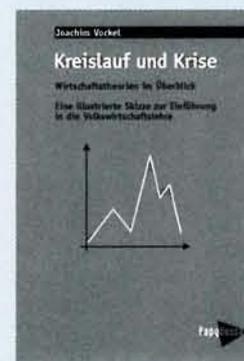
Ulla Burchardt/Reinhold Rünker (Hrsg.)
Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Andrea Nahles/Benjamin Mikfeld (Hrsg.)
Jobs, Jobs, Jobs! Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?
136 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Detlev von Larcher (Hrsg.)
Jenseits des Sparzwangs – Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 4

Sparen wir uns zu Tode?



Joachim Vockel
Kreislauf und Krise - Wirtschaftstheorien im Überblick. Eine illustrierte Skizze zur Einführung in die Volkswirtschaftslehre
PapyRossa
Hochschulschriften 40
131Seiten, EUR 15,- SFR 26,-

Detlev von Larcher (Hrsg.)
Jenseits des Sparzwangs – Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Abo unter www.spw.de oder per eMail an verlag@spw.de